

2026

David M. Malitz | Alfred Gerstl [Hrsg.]

Südostasien-Jahrbuch: Wirtschaft – Politik – Gesellschaft

**Southeast Asia Yearbook:
Economy – Politics – Society**



Nomos

David M. Malitz | Alfred Gerstl [Hrsg.]

Südostasien-Jahrbuch: Wirtschaft – Politik – Gesellschaft

**Southeast Asia Yearbook:
Economy – Politics – Society**

1. Jahrgang | Volume 1, 2026



Nomos

The open access publication of this yearbook was financed by the German Institute for Japanese Studies (DIJ) and the EU NextGenerationEU through the Recovery and Resilience Plan for Slovakia under project No. 09I03-03-V04-00462 (EUSEAR, August 2024-July 2026).

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available on the Internet at <http://dnb.d-nb.de>



Online version
Inlibra

ISBN 978-3-7560-4439-9 (Print)

ISBN 978-3-7489-7521-2 (ePDF)

ISSN 3055-2044 (Print)

ISSN 3055-2052 (ePDF)

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748975212>

1. Auflage | 1st edition 2026

© Die Autor:innen | The Authors

Publiziert von | Published by

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

www.nomos.de

Gesamtherstellung | Production of the printed version:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.

This work is licensed under a Creative Commons Attribution – Non Commercial – Share Alike 4.0 International Public License.

1. Vorwort zur ersten Ausgabe

Die Rede von Bundeskanzler Friedrich Merz auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2026 markierte einen vielbeachteten außenpolitischen Wendepunkt. Merz konstatierte, dass die internationale Nachkriegsordnung ihr Ende gefunden und selbst die transatlantische Partnerschaft ihre Selbstverständlichkeit verloren habe.

Vor diesem Hintergrund ist für Deutschland das Knüpfen neuer und die Stärkung bestehender globaler Partnerschaften wichtiger als jemals zuvor. Dies gilt natürlich genauso für Österreich und die Schweiz. Denn nur durch solche internationalen Partnerschaften lassen sich bestehende Abhängigkeiten verringern und neue Chancen identifizieren und realisieren.

In München erwähnte Bundeskanzler Merz in diesem Zusammenhang ausdrücklich Japan und Indien – wohin den Bundeskanzler seine erste Asienreise geführt hatte – als Schlüsselakteure und Partner im indopazifischen Raum. Keine Erwähnung fand hingegen die südostasiatische Staatengemeinschaft ASEAN (englisch: Association of Southeast Asian Nations). Dabei bilden die Mitgliedsstaaten der ASEAN gemeinsam bereits den fünfgrößten Wirtschaftsraum – und das mit steigender Tendenz. Mit einer Gesamtbevölkerung von über 680 Millionen Menschen ist die ASEAN-Region dabei zudem nach China und Indien die bevölkerungsreichste politische Einheit weltweit. Außerdem können die ASEAN und ihre Mitgliedstaaten als natürliche Partner für die DACH-Staaten – Deutschland, Österreich und die Schweiz – und die Europäische Union betrachtet werden, setzen sie sich doch traditionell genauso für eine stabile globale Ordnung und eine freie Welthandelsordnung ein.

Dass Südostasien eine Region mit wachsender wirtschaftlicher und politischer Bedeutung ist, steht außer Frage und wurde auch in den DACH-Ländern erkannt, die die ASEAN als wichtigen Partner identifiziert haben. Die *Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik*“ von 2020 erwähnen ASEAN 66-mal. Die erst im Dezember 2025 verabschiedeten *Leitlinien des Landes Baden-Württemberg für die Asien-Pazifik-Region* nennen ASEAN 22-mal und widmen der Region zugleich ein eigenes Kapitel. Die Schweiz hat neben ihrer *Asien-G20 Strategie 2025–2028* Südostasien sogar eine eigene *Südostasien Strategie 2023–2026* gewidmet.

In etlichen Bereichen sind die DACH-Länder und die ASEAN zudem komplementäre Partner. Südostasien ist besonders anfällig für die Folgen

des Klimawandels, während die DACH-Länder über umfassende Expertise in Umwelttechnologien und erneuerbaren Energien verfügen – Bereiche, in denen die Region zugleich ein attraktiver Markt ist.

Auch die EU erkennt die zunehmend wichtige Rolle der ASEAN an und hat die seit 1977 bestehende Kooperation, insbesondere in den Bereichen digitale Infrastruktur, Handel und Sicherheit, über die Jahre kontinuierlich vertieft, zuletzt im EU-ASEAN Plan of Action for 2023–2027. Beide Organisationen verbindet dabei ein klares Bekenntnis zum Multilateralismus und das Bestreben, durch verstärkte Zusammenarbeit ihre strategische Autonomie gegenüber den Vereinigten Staaten und China zu wahren, wie es der Präsident des Europäischen Rates, António Costa, im Oktober 2025 auf dem 47. ASEAN-Gipfel noch einmal ausdrücklich betonte:

The European Union is proud to engage with ASEAN as a reliable partner in today's shifting geopolitical environment. We live in a multipolar world. A world facing increasing fragmentation and uncertainty. And so, it is crucial that we weave a global network of cooperation across regions. That we strengthen our partnership.

Dass Südostasien in der DACH-Region weniger Aufmerksamkeit als die Volksrepublik China und Indien erhält, ist dennoch kaum verwunderlich, sind die ASEAN-Staaten doch in ihrer Gesamtheit wirtschaftlich und demographisch insgesamt schwächer. Zudem hatten Deutschland, Österreich und die Schweiz historisch nie enge Verbindungen zu der Region, wobei die Beziehungen – positiv betrachtet – auch nicht durch den Kolonialismus belastet sind. Hinzu kommt, dass die ASEAN nicht nur aus elf eigenständigen Staaten besteht, sondern diese auch ausgesprochen heterogen sind: politisch, wirtschaftlich und kulturell. Mit Brunei Darussalam findet sich in der Region eine absolute islamische Monarchie neben mehr oder weniger freiheitlichen Demokratien, kommunistischen Diktaturen und dem von einer Militärjunta dominierten Bürgerkriegsland Myanmar. Diese Staaten unterscheiden sich des Weiteren nicht nur hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung – von Ländern mit unteren mittleren Einkommen wie Kambodscha und Laos bis zum hochentwickelten Singapur –, sondern weisen auch beträchtliche Einkommens- und Vermögensunterschiede innerhalb ihrer Gesellschaften auf.

Die anhaltenden Entwicklungsunterschiede gehen zu einem großen Teil auf die Phase nach der Unabhängigkeit und die Zeit des Kalten Krieges zurück. Während sich die ASEAN-Gründungsmitglieder Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand klar im westlichen Lager

verorteten und eine überwiegend marktwirtschaftliche Politik verfolgten, setzten die indochinesischen Länder Laos, Kambodscha und Vietnam sowie Myanmar auf eine gelenkte Wirtschaft. Trotz ihrer ideologischen Ablehnung des Kommunismus wahrten die westlich orientierten Staaten jedoch auch bewusst Distanz zu den Vereinigten Staaten, und auch Vietnam setzte stets auf eine Schaukelpolitik zwischen Peking, Moskau und später Washington. Der Versuch, zwischen den Großmächten zu balancieren („hedging“), ist heute ein außenpolitisches Charakteristikum in Südostasien.

So spielte Malaysias Ministerpräsident Anwar Ibrahim in seiner Eröffnungsrede auf dem 28. ASEAN-China Gipfel im Oktober 2025 genau auf dieses Balancieren an:

And if people are curious, day before we were with President Donald Trump of the United States of America, and today we are back with China. That reflects ASEAN centrality and I commend and congratulate my colleagues in ASEAN for the wisdom to maintain centrality and maintain friendly relations with all countries.

Das Bestreben, den eigenen Handlungsspielraum gegenüber den Großmächten zu wahren, verbunden mit häufig unterschiedlichen nationalen und innenpolitischen Interessenslagen, führt mitunter dazu, dass die südostasiatischen Staaten trotz der vielbeschworenen regionalen Zentralität ASEANs bei wesentlichen Fragen keinen Konsens finden. Übereinstimmung besteht jedoch dahingehend, dass die Regierungen sowohl auf ASEAN-Ebene als auch bilateral mit anderen Partnern, sei es aus dem Indopazifik oder Europa, enger zusammenarbeiten möchten. Dies ist angesichts des zunehmenden geopolitischen und geökonomischen Wettstreits zwischen den USA und China tatsächlich unerlässlich.

Dabei ist besonders Japan zu erwähnen. Für Japan, eine frühere Kolonialmacht, sind die ASEAN-Staaten bereits seit der Nachkriegszeit, vor allem aber seit den 1980er Jahren, einer der wichtigsten wirtschaftlichen Partner. Vor dem Hintergrund des globalen Wettbewerbs zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China sind einige Mitglieder der ASEAN auch zu wichtigen strategischen Partnern Japans geworden. Und so gibt es in Japan eine ganze Reihe von Institutionen und Publikationen, die sich den Beziehungen mit der wichtigen und immer bedeutsamer werdenden Region widmen und dabei dezidiert ihr Fachwissen über die Region in politische und wirtschaftliche Praxis vermitteln.

Auch die Europäische Union und die DACH-Staaten sind willkommene Partner in Südostasien. Allerdings, so stellten die Herausgeber – passender-

weise bei einem Mittagessen in Japan – fest, fehlt es im deutschsprachigen Raum noch vielerorts am erforderlichen Wissen über die Region – und insbesondere an einem Medium, das fundiert und regelmäßig aktuelle politische, ökonomische und außenpolitische Entwicklungen analysiert und einordnet. Die vorliegende erste Ausgabe des neuen Südostasien-Jahrbuches soll ein erster Schritt dazu sein, eine solche Wissens- und Kompetenzbasis im DACH-Raum zu schaffen

Die Herausgeber sind dem Nomos-Verlag und insbesondere Frau Vanessa Schäffner zu großem Dank für den Vertrauensvorschuss und die große Unterstützung bei der Umsetzung der Idee verpflichtet – vor allem für das Angebot, das Jahrbuch tatsächlich jährlich statt wie vorgeschlagen in einem zweijährigen Rhythmus herauszugeben. Dies bietet die Möglichkeit, dem deutschsprachigen Publikum jährlich in einem kompakten Format durch Expertinnen und Experten einen Überblick über die Geschehnisse in Südostasien des jeweiligen vergangenen Jahres zu verschaffen. Unser Jahrbuch wendet sich dabei an ein breites Publikum aller an Südostasien Interessierter. Wir möchten Schülerinnen und Schüler sowie Studierende ebenso erreichen wie Wirtschaftstreibende, Politikerinnen und Politiker, Medienschaffende, NGO-Vertreterinnen und -Vertreter sowie generell alle, die an einer fundierten, analytisch anspruchsvollen Auseinandersetzung mit Südostasien interessiert sind.

Auch in den Folgejahren soll der Aufbau des Jahrbuches gleichbleiben. Eine „Practitioner’s Perspective“ vermittelt Einblicke aus der politischen sowie wirtschaftlichen, beide Regionen verbindenden Praxis. Die Herausgeber freuen sich ganz besonders, dass sie mit dem ehemaligen thailändischen Ministerpräsidenten Abhisit Vejjajiva einen prominenten Autor für die erste „Practitioner’s Perspective“ gewinnen konnten. Die Zusage erfolgte im Sommer des letzten Jahres, als Herr Abhisit stellvertretender Vorsitzender des Vorstands des thailändischen Konsumgüterkonglomerats Saha Pathanapibul PLC war. Trotz seiner Rückkehr in die nationale Politik durch die Wiederwahl zum Vorsitzenden der Demokratischen Partei Thailands im September 2025 und den Wahlkampf für das thailändische Repräsentantenhaus am 8. Februar 2026 hat Herr Abhisit seinen Beitrag fristgerecht eingereicht, wofür wir ihm unseren besonderen Dank aussprechen.

In einem sich der „Practitioner’s Perspective“ anschließenden ersten Hauptabschnitt folgen die Länderkapitel, die die wirtschaftlichen, politischen, außenpolitischen und gesellschaftlichen Entwicklungen sowohl auf Ebene der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN als auch in den

einzelnen Mitgliedsländern ins Auge fassen, wobei versucht wird, Autoren und Autorinnen sowohl aus dem deutschsprachigen Raum als auch aus Südostasien zu Wort kommen zu lassen. Aus diesem Grund sind einige Beiträge auf Englisch verfasst. In diesem ersten Jahrbuch werden neben der ASEAN Indonesien, Malaysia, Myanmar, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam besprochen. In zukünftigen Ausgaben wird angestrebt, alle südostasiatischen Länder zu erfassen.

In einem zweiten Hauptabschnitt folgen thematische Kapitel, die aktuelle Entwicklungen analysieren, die die gesamte Region oder große Teile davon betreffen, und vereinzelt auch Politik- und Handlungsempfehlungen abgeben. Für diese Jahrbuch-Ausgabe sind wir Kei Koga von der Nanyang Technological University in Singapur zu Dank dafür verpflichtet, innerhalb kürzester Zeit einen Beitrag zu den Reaktionen der ASEAN-Mitgliedsstaaten zu der US-amerikanischen Intervention in Venezuela, die zur Verhaftung von Präsident Maduro am 3. Januar 2026 führte, zu verfassen. Zwei weitere Beiträge befassen sich mit dem Grenzkonflikt zwischen Kambodscha und Thailand sowie Cybersicherheit in der Region – ein Thema von zunehmender Bedeutung für sowohl ASEAN als auch die DACH-Region.

Die Open Access-Publikation wurde durch das Deutsche Institut für Japanstudien (DIJ) in Tokyo und das Central European Institute of Asian Studies (CEIAS) in Bratislava, Prag und Wien ermöglicht.

Die Herausgeber bedanken sich außerdem für die tatkräftige Unterstützung von Philipp-Ben Wakker, der im Rahmen eines Praktikums am DIJ in Tokyo die Fertigstellung des Manuskripts mit einem bemerkenswerten Auge für Details tatkräftig unterstützt hat.

Wir wünschen unserer Leserschaft eine spannende Lektüre mit der ersten Ausgabe des neuen Südostasien-Jahrbuches!

Tokyo und Wien, im März 2026

David M. Malitz und Alfred Gerstl

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort zur ersten Ausgabe <i>(David M. Malitz und Alfred Gerstl)</i>	5
2. Practitioner's Perspective <i>(Abhisit Vejjajiva)</i>	13
3. Länderschwerpunkte und nationale Entwicklungen	17
3.1. Die Beziehungen der EU und der DACH-Länder mit der ASEAN: Gemeinsame strategische und wirtschaftliche Interessen in der neuen Großmächte-Ordnung <i>(Alfred Gerstl)</i>	17
3.2. Indonesien: Ein neuer Präsident, aber viele Kontinuitäten <i>(Patrick Ziegenhain)</i>	35
3.3. Malaysia: Key Events and their Ramifications 2025 <i>(Guanie Lim)</i>	59
3.4. Myanmar: Zwischen Krieg und Geopolitik <i>(Johanna Neumann)</i>	73
3.5. Die Philippinen: Kontinuität und Wandel <i>(Carmen Wintergerst)</i>	101
3.6. Singapur: Stabilitätsparadigma unter Druck? Zwischen Resilienz und Herausforderungen in den Jahren 2024 und 2025 <i>(Royston Lin)</i>	119
3.7. Thailand: Vom progressiven Aufbruch zur konservativen Wende 2023–2026 <i>(David M. Malitz)</i>	151
3.8. Vietnam: Innen- und außenpolitische Entwicklungen, wirtschaftliche Trends und die Beziehungen zu den DACH- Ländern 2024–2025 <i>(Alfred Gerstl und Oliver Thurin)</i>	173

4. Thematische Analysen und aktuelle Diskurse	195
4.1. ASEAN's Responses to the US Intervention in Venezuela (<i>Kei Koga</i>)	195
4.2. Der Grenzkonflikt zwischen Kambodscha und Thailand im Sommer 2025: Hintergründe und Ausblick (<i>David M. Malitz</i>)	205
4.3. Varied Threats, Tailored Responses: Rethinking International Cyber Cooperation in Southeast Asia (<i>Surachanee 'Hammerli' Sriyai</i>)	231
5. Dokumentation	245
Autoren- und Autorinnenbiographien	247
Stichwortverzeichnis	251

2. Practitioner's Perspective

Abhisit Vejjajiva

Leader of the Democrat Party of Thailand and Member of the House of Representatives, former Prime Minister of Thailand and former Vice Chairman of the Board of Directors of Saha Pathanapibul PLC.

It is my privilege to share my thoughts on the deep-rooted relations between German-speaking countries and Thailand for the inaugural Yearbook on Southeast Asia; and why I think this initiative to link our two regions is beneficial to all.

In an era marked by geopolitical uncertainty, technological disruption, and intensifying global trade tensions, Thailand must pursue an outward-looking and resilient economic strategy. Central to this strategy is strengthening relations with German-speaking countries – primarily Germany, Austria, and Switzerland. These countries are not only among the most advanced industrial economies in the world, but they also serve as a critical gateway to the European Union for Thailand. Germany, in particular, stands as Thailand's largest trading partner within the EU. As global trade wars and unilateral tariff measures – especially those imposed by the United States – reshape international commerce, deepening cooperation with German-speaking partners has become both an economic necessity and a strategic opportunity for Thailand.

Trade Relations and Economic Complementarity

Trade relations between Thailand and German-speaking countries are grounded in strong economic complementarity. Thailand's export strengths – automotive parts, electronics, machinery components, food products, and medical supplies – align well with German-speaking economies that prioritize high-quality inputs, diversified supply chains, and advanced manufacturing ecosystems. Germany's industrial base, especially in automotive engineering, precision machinery, and the chemical industry, has long relied on integrated global value chains, within which Thailand is increasingly playing an important role.

Germany's position as Thailand's largest EU trading partner is not merely a reflection of volume, but of depth and sophistication. Thai firms participate in supply networks that feed into German manufacturing hubs, while German firms import Thai intermediate goods that meet rigorous technical and environmental standards. Austria and Switzerland, though smaller in scale, contribute significantly through niche markets, high-value imports, and advanced services. Switzerland's demand for high-quality agri-food products and medical goods, for example, has encouraged Thai producers to upgrade standards and certification systems, thereby enhancing competitiveness.

In a global context where protectionism and trade fragmentation are on the rise, these relationships provide Thailand with stability and predictability. German-speaking countries remain committed to rules-based trade, transparency, and long-term partnerships – principles that align well with Thailand's own interest in sustaining export-led growth.

Investment, Technology, and Industrial Transformation

Beyond trade, investment relations with German-speaking countries are of strategic importance to Thailand's long-term development. German, Austrian, and Swiss companies are among the most significant investors in Thailand's manufacturing, logistics, renewable energy, and service sectors. Long time horizons, strong corporate governance, and an emphasis on skills development typically characterizes their investments.

Germany's strength in Industry 4.0, automation, and advanced engineering is particularly relevant to Thailand as it seeks to move beyond middle-income constraints. Collaboration with German firms has facilitated technology transfer, vocational training, and the upgrading of Thai industrial capabilities. The dual vocational education model, which Germany excels in, has inspired partnerships that improve workforce skills and productivity in Thailand.

Equally important is the role of Swiss and Austrian investment in high-value services, finance, and precision industries. These investments support Thailand's ambition to become a regional hub for innovation and high-quality services, rather than a low-cost production base. In the current climate of global trade wars, attracting such investment also helps Thailand diversify economic partners and reduce vulnerability to external shocks.

Sustainability, Green Energy, and Climate Cooperation

One of the most promising dimensions of Thailand's relations with German-speaking countries lies in sustainability and climate cooperation. Germany, Austria, and Switzerland are global leaders in renewable energy, energy efficiency, circular economy practices, and environmental governance. As Thailand confronts climate change, urban pollution, and energy security challenges, collaboration in these areas is no longer optional – it is essential.

Joint projects in solar energy, smart grids, waste-to-energy systems, and sustainable urban planning demonstrate how economic cooperation can advance environmental goals. German-supported initiatives in energy efficiency and climate finance have helped Thai institutions strengthen regulatory frameworks and adopt international best practices. Swiss expertise in sustainable finance and green certification has also contributed to improving transparency and accountability in Thailand's financial system.

Notably, such cooperation supports Thailand's efforts to reduce “gray capital” – financial flows that exist in legal ambiguity and undermine trust, governance, and sustainability. By aligning with the stringent transparency, environmental compliance, and corporate responsibility standards of German-speaking countries, Thailand can strengthen regulatory oversight, improve investment quality, and channel capital into productive, sustainable sectors. This not only enhances economic credibility but also reinforces Thailand's standing as a responsible partner in the global economy.

Strategic Importance in a Changing Global Order

In strategic terms, German-speaking countries offer Thailand more than market access; they offer a partnership in navigating a changing global order. As trade wars and unilateral tariffs distort traditional economic relationships, Thailand must anchor itself to partners committed to multilateralism, sustainability, and innovation. German-speaking countries provide this anchor precisely, serving as a stable gateway to the EU while respecting national development priorities.

There is also a creative and human dimension to these relations. Long-standing people-to-people ties – through tourism, education, research collaboration, and cultural exchange – have built mutual trust. Thai students in German-speaking universities, joint research on climate and technology,

and cooperation in creative industries all contribute to a relationship that extends beyond economics.

Conclusion

The importance of relations between Thailand and German-speaking countries cannot be overstated. In trade, they provide access to sophisticated markets and resilient supply chains. In investment, they support technology transfer, skills development, and industrial upgrading. In sustainability, they offer indispensable partnerships to address climate change, advance green energy, and improve governance to reduce grey capital. At a time of global uncertainty and economic fragmentation, these relationships strengthen Thailand's strategic autonomy and long-term competitiveness.

Looking ahead, Thailand should deepen engagement with Germany, Austria, and Switzerland not only as economic partners but as collaborators in shaping a sustainable, transparent, and inclusive future. By doing so, Thailand positions itself wisely within the evolving global economy – confident, adaptive, and forward-looking. In conclusion, I wish this association success in fostering exchanges and connections between Germany (and the wider German speaking region, including Austria and Switzerland) and ASEAN Member States. I believe this initiative will be a solid platform in generating enhanced investment and business opportunities between our regions moving forward.

3. Länderschwerpunkte und nationale Entwicklungen

3.1. Die Beziehungen der EU und der DACH-Länder mit der ASEAN: Gemeinsame strategische und wirtschaftliche Interessen in der neuen Großmächte-Ordnung

Alfred Gerstl

Central European Institute of Asian Studies, Bratislava, Prag und Wien

3.1.1. Einleitung

2025 ging als ein wichtiges Jahr für die Assoziation Südostasiatischer Nationen (ASEAN) in die Geschichte ein, erfüllte sich doch der Traum der Gründungsväter, die von Anfang an den Zusammenschluss sämtlicher südostasiatischer Staaten in einer gemeinsamen Regionalorganisation anstrebten: Am 26. Oktober trat Timor-Leste (Osttimor) nach langjährigen Beitrittsverhandlungen ASEAN bei. Timor-Leste ist in Bezug auf seine Bevölkerung und Wirtschaftskraft und Bevölkerungsgröße das kleinste bzw. zweitkleinste Mitglied. Doch auch wenn es wirtschaftlich starken Aufholbedarf aufweist, so ist es gemäß praktisch aller Demokratie-Indices doch jenes südostasiatische Land mit der höchsten Demokratiequalität in Südostasien.

Weiterhin ungelöst ist die Situation in Myanmar, wo ein brutales Militärregime die eigene Bevölkerung unterdrückt (siehe Kap. 2.4.). Die Pseudowahlen von Ende 2025/Anfang 2026 brachten erwartungsgemäß keine Verbesserung. Trotz zunehmender Kritik einiger ASEAN-Mitglieder an der mangelnden Umsetzung, etwa von Malaysia und den Philippinen, hielt die Assoziation am Minimalkompromiss des Fünf-Punkte-Konsens aus dem Jahr 2021 lange fest. Er sieht ein sofortiges Ende der Gewalt in Myanmar vor, weiters die Aufnahme eines konstruktiven Dialogs zwischen allen Beteiligten, die Vermittlung durch einen ASEAN-Sondergesandten, die Bereitstellung humanitärer Hilfe sowie den Besuch des ASEAN-Sondergesandten. Seit dem Amtsantritt der Regierung unter Premierminister Anutin Charnvirakul (Bhumjaithai-Partei) im September 2025 wirbt Thailand

nun aber verstärkt für eine „kalibrierte Wiederannäherung“ an Myanmar. Dabei bietet sich Thailand als „Brücke“ zwischen dem Nachbarland und der südostasiatischen Staatengemeinschaft an.¹ Begründet wird dieser Richtungswechsel einerseits mit thailändischen Sicherheitsinteressen und andererseits durch das bisherige Scheitern des Fünf-Punkte-Konsens.

Während die Situation in Myanmar also 2025 ungelöst blieb, kam im Juli ein kurzer, im Dezember 2025 jedoch erneut aufgeflammter militärischer Schlagabtausch zwischen Thailand und Kambodscha hinzu (siehe Kap. 3.2.). ASEAN war stets stolz darauf, dass es seit ihrer Gründung 1967 zu keinem nennenswerten gewaltsamen Konflikt zwischen ihren Mitgliedern gekommen war. Dass es bereits im Zeitraum zwischen 2008 und 2011 mehrfach zu Gefechten an der kambodschanisch-thailändischen Grenze gekommen war, wurde dabei in der öffentlichen Wahrnehmung oft übergangen. Das massive Ausmaß der Kämpfe im vergangenen Jahr macht ein solches Ignorieren nun aber nicht länger möglich. Trotz der aktiven Vermittlung des ASEAN-Vorsitzlandes Malaysia – und des amerikanischen Präsidenten Donald J. Trump – konnten die Ursachen des Konfliktes nicht behoben werden. Der ungelöste Konflikt zwischen Thailand, einem gewichtigen Gründungsmitglied, und Kambodscha untergräbt den Zusammenhalt wie auch die Glaubwürdigkeit ASEANs als starker Regionalorganisation.

Wirtschaftlich war ASEAN 2025 jedoch wie in den Jahren zuvor höchst erfolgreich. Kumuliert erzielten die elf Volkswirtschaften ein Wachstum von knapp über 4 %, wobei sich Vietnam, die Philippinen und Kambodscha besonders dynamisch entwickelten. 2024 wuchsen die ASEAN-10 um 4,8 %. Zwischen 2011 und 2024 betrug das Wachstum im Schnitt 4,3 %. Die Entwicklungsunterschiede zwischen den südostasiatischen Staaten bleiben jedoch groß. Lediglich Singapur gilt als Industriestaat, während die anderen ASEAN-Mitglieder entweder Schwellen- oder Entwicklungsländer sind.

ASEAN und die Europäische Union (EU) sind jene beiden Regionalorganisationen, die – trotz der großen Unterschiede zwischen ihnen – im internationalen Vergleich den höchsten Grad an Zusammenarbeit unter den Mitgliedern erreicht haben. Zudem fördern beide den Multilateralismus und die regelbasierte Ordnung nicht nur in der eigenen Region, sondern weltweit mit diplomatischen Initiativen. Angesichts ihrer weitgehenden Interessensübereinstimmung arbeiten sie in zahlreichen Politikbereichen eng zusammen. Zudem stehen beide Regionalbündnisse angesichts der sich verändernden geopolitischen und geökonomischen Weltlage vor ähnlichen strategischen Herausforderungen, die eine Vertiefung der bilateralen Kooperation in den nächsten Jahren als ratsam erscheinen lassen.

Dieser Beitrag zeichnet die Zusammenarbeit zwischen der EU und der ASEAN in Politik, Sicherheitspolitik und Wirtschaft seit den Anfängen in den 1970er Jahren nach und beleuchtet speziell die Beziehungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz mit der ASEAN. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick auf die weitere Zusammenarbeit.

3.1.2. Ein kurzer Abriss der EU-ASEAN-Beziehungen seit 1967

Im Jahr 2027 wird sich die Aufnahme von Dialogbeziehungen zwischen der EU und der ASEAN auf Ebene der Außenministerinnen und Außenminister zum 50. Mal jähren. Sie wurden somit bereits zehn Jahre nach der Gründung von ASEAN im Jahr 1967 formell aufgenommen. Seitdem haben sich die Beziehungen zwischen den beiden Regionalorganisationen in Politik, Wirtschaft, Sicherheit, Bildung und Wissenschaft sowie in der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit kontinuierlich vertieft. Doch auch zwischen 1967 und 1977 gab es Kontakte, wobei diese hauptsächlich handelspolitisch ausgerichtet waren. Die ASEAN, namentlich die Mitglieder Malaysia und Singapur, wollten sich den Zugang zum Markt der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)² sichern, der die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien 1973 beigetreten war.³

Die EU hat seit ihrer Gründung ein großes Interesse, weltweit regionale Zusammenarbeit zu fördern, um einerseits den Multilateralismus – und damit Frieden und Stabilität – zu stärken. Andererseits bevorzugt Brüssel schon allein aus pragmatischen und zeitökonomischen Gründen Verhandlungen und Abkommen mit Länderblöcken statt mit einer Vielzahl von einzelnen Ländern.

1980 schlossen die EU und die ASEAN ein Kooperationsabkommen, das den Austausch weiter institutionalisierte und sich primär auf wirtschaftliche und entwicklungspolitische Zusammenarbeit konzentrierte. Letzteres war auch der kolonialen Vergangenheit von Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Portugal und Spanien in Südostasien geschuldet, die Entwicklungshilfe auch als eine Form der Wiedergutmachung betrachteten. Spätestens seit den 1980er Jahren strebt Brüssel eine prominentere Rolle in Südostasien an, insbesondere aufgrund der wirtschaftlichen Dynamik der Region, aber auch aufgrund sicherheitspolitischer Herausforderungen, die auch Europa direkt und indirekt berühren, etwa durch Bedrohungen der Seewege. Zudem erkannte Brüssel schon früh die Notwendigkeit, die Wichtigkeit der Region für Europa in den EU-Mitgliedstaaten besser zu

vermitteln. Gleichzeitig sollte die Funktionsweise der EU und ihre Interessen in Südostasien besser erklärt werden, um Vertrauen in die EU zu schaffen.⁴ In der Tat zeigen die jährlichen Erhebungen von ISEAS–Yusuf Ishak, eines Singapur Think-Tanks, dass die EU unter südostasiatischen Entscheidungsträgern eine hohe Glaubwürdigkeit bezüglich des Entstehens für eine regelbasierte internationale Ordnung genießt.

Im Rückblick erscheinen die 1990er Jahre als goldenes Zeitalter des Multilateralismus und der Ausweitung des Regionalismus im Weltmaßstab. Sowohl die EU als auch die ASEAN verfolgten damals eine Doppelstrategie der Vertiefung der regionalen Kooperation bzw. Integration und Erweiterung um neue Mitglieder. Die ASEAN-Gründungsmitglieder Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand nahmen Vietnam (1995), Laos und Myanmar (1997) sowie Kambodscha (1999) auf; Brunei war bereits 1984 beigetreten. Der ASEAN gelang es dadurch, ihren Einfluss auf Nordostasien (ASEAN+3, ein Kooperationsformat mit China, Japan und Südkorea) und sukzessive die Region Asien-Pazifik auszuweiten. Insbesondere das sicherheitspolitische ASEAN Regional Forum (ARF), gegründet 1994, erwies sich als wichtige Institution, in der traditionelle und nicht-traditionelle Sicherheitsrisiken diskutiert werden. Die EU ist ein ARF-Gründungsmitglied. Die ASEAN ist auch eine zentrale Partnerin im 1996 gegründeten Asia-Europe Meeting (ASEM). In diesem losen intergouvernementalen Kooperationsmechanismus, der EU-Europa mit den ASEAN-Mitgliedern und 16 weiteren asiatischen Staaten verbindet, werden politische, ökonomische und zivilgesellschaftliche Themen, darunter Wissenschaft und Studierendenaustausch, besprochen.

Da in der Diplomatie neben Inhalten die Symbolik wichtig ist, wurden die Beziehungen in den beiden letzten Jahrzehnten formal stetig auf eine höhere Stufe gehoben. Die Nuremberg Declaration, die 2007 während der deutschen Ratspräsidentschaft verabschiedet wurde, begründete eine erweiterte Partnerschaft, die auch die Substanz der Beziehungen vertiefte: Mit ihr wurden die Beziehungen in Politik und Sicherheitspolitik, Wirtschaft und im sozio-kulturellen Bereich – mithin den drei Säulen der ASEAN Community – weiter formalisiert und der Dialog klarer strukturiert.

Die ASEAN erlangte erst 2007 aufgrund der Annahme der ASEAN-Charter eine internationale Rechtspersönlichkeit ähnlich der EU. Eine solche ist die Voraussetzung, um formale diplomatische Beziehungen zu schließen. Bereits 2008 einigten sich die EU und die ASEAN auf eben diese. Seit 2020 besteht eine strategische Partnerschaft, was die Tiefe des bilateralen Austausches unterstreicht. Neben regelmäßigen Treffen von Politikerin-

nen, Diplomatinen und Expertinnen beider Seiten besteht in zahlreichen Politikbereichen eine enge Kooperation. Diese ist in der Regel konfliktfrei, sie wird daher problemorientiert und technokratisch umgesetzt, vor allem in Wirtschaftsfragen, aber auch bei der gemeinsamen Bekämpfung von Terrorismus und transnationalem organisiertem Verbrechen. Kontroversen ergeben sich bei Fragen von Demokratie und Menschenrechten – wobei der Umgang mit dem autoritären Militär-Regime in Myanmar seit Jahrzehnten ein Stein des Anstoßes ist – sowie Handelsthemen, wo die EU auf Einhaltung ihrer höheren Sozial- und Umweltstandards pocht. Insbesondere Palmöl – hier sind Indonesien und Malaysia die weltweit führenden Produzenten – ist in Handelsgesprächen immer noch ein strittiges Thema.

Im Dezember 2022 fand aus Anlass des 45-jährigen Bestehens der Beziehungen in Brüssel das erste EU-ASEAN-Gipfeltreffen auf Ebene der Staats- und Regierungschefs statt. Beide Seiten unterstrichen, dass die Partnerschaft auf gemeinsamen Werten und Prinzipien beruhe, wobei das Eintreten für eine regelbasierte internationale Ordnung, der Respekt für territoriale Integrität der Staaten und einen effektiven und nachhaltigen Multilateralismus hervorgehoben wurden. Ebenfalls, wiewohl schwächer betont wird die Notwendigkeit der Stärkung von Demokratie und Menschenrechten. Dies ist nicht verwunderlich, da die meisten südostasiatischen Staaten entweder semi-demokratische oder autoritäre Staatswesen sind. Zumindest gibt es einen regelmäßigen politischen Dialog, der auch Menschenrechte umfasst; das letzte Treffen fand im Oktober 2025 in Kuala Lumpur statt.

Bereits im August 2022 hatten beide Seiten bei einem Treffen in Kambodscha den Plan of Action to Implement the ASEAN-EU Strategic Partnership (2023–2027) angenommen, der den ASEAN-EU Plan of Action (2018–2022) fortschreibt und vertieft. Dieser Plan steckt die derzeit gültigen Leitlinien der Kooperation ab. Engere Zusammenarbeit wird in den Bereichen Sicherheit, Frieden und Stabilität, Wirtschaft, inklusive Digitalisierung und Konnektivität, und Umwelt angestrebt, wobei alle genannten Politikbereiche sehr umfassend definiert werden.

In der EU-Indopazifik-Strategie aus dem Jahr 2021 wird die ASEAN 30-mal erwähnt – und damit gemeinsam mit Indien häufiger als jeder andere Akteur. Dies reflektiert die Tatsache, dass die ASEAN die einzige internationale Organisation ist, die im Indopazifik tragfähige transregionale Strukturen in Politik, Wirtschaft und Sicherheit aufgebaut hat. Einmal mehr wird in der Strategie ASEANS regionale Zentralität im Indopazifik betont und die Relevanz von ASEAN-Institutionen wie dem ASEAN Regional Forum und der Einsatz der ASEAN für einen bindenden Verhaltensko-

dex im Südchinesischen Meer herausgestrichen. Der Beitritt der EU zum Treaty of Amity and Cooperation (TAC) im Jahr 2012 war ein wichtiges Signal, dass Brüssel die ordnungspolitische Rolle der ASEAN in Südostasien anerkennt und unterstützt. Im ARF arbeiten die europäischen Staaten eng mit ihren südostasiatischen Partnern zusammen und leisten konkrete Unterstützung im Bereich nicht-traditioneller Sicherheit, etwa beim Informationsaustausch bezüglich der Bekämpfung von Terrorismus und transnationaler Kriminalität oder bei der Minenräumung.

Die EU unterhält in sämtlichen ASEAN-Mitgliedstaaten bis auf Brunei Darussalam, das via Indonesien abgedeckt wird, Delegationen, also De-facto-Botschaften, die auch für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig sind; zudem ist sie mit einer eigenen Repräsentanz am ASEAN-Sekretariat in Jakarta vertreten. Dass die EU eine derart starke Präsenz markiert, ist für die ASEAN mehr als nur symbolisch bedeutsam. Brüssel leistet zudem technische Unterstützung für das ASEAN-Sekretariat und ausgewählte ASEAN-Initiativen mit dem Ziel, den Regionalismus in Südostasien weiter zu stärken. Auch die 27 EU-Mitgliedstaaten haben in den südostasiatischen Ländern diplomatische Vertretungen, wiewohl nicht alle in sämtlichen Staaten; umgekehrt sind die elf südostasiatischen Länder in den EU-Staaten und am EU-Hauptsitz in Brüssel stark präsent. Aus Kostengründen gibt es jedoch häufig regionale Botschaftshubs, so ist beispielsweise die philippinische Botschaft in Österreich auch für Kroatien, die Slowakei und Slowenien zuständig.

Dem regelmäßigen, stark formalisierten Dialog zum Trotz muss festgehalten werden, dass der Austausch zwischen der EU und der ASEAN weniger tief und weniger stark institutionalisiert ist als zwischen anderen Partnern.⁵ Dies gilt sowohl für die EU als auch für die ASEAN. Ein Beleg dafür ist, dass die ASEAN der EU noch immer nicht den langgehegten Wunsch erfüllt hat, Mitglied im East Asia Summit (EAS) zu werden, um den Großmächten USA, China, Russland, aber auch den Mittelmächten Australien, Indien, Japan und Südkorea sowie Neuseeland bei den jährlichen Gipfeltreffen auf Augenhöhe begegnen zu können. Immerhin lud der malaysische ASEAN-Vorsitz den Präsidenten des Europäischen Rates, António Costa, erstmals zum jährlichen ASEAN-Gipfeltreffen am 26. und 27. Oktober 2025 ein.

3.1.3. Enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und der ASEAN

Wirtschaftlich sind sowohl die EU mit einer auf 27 Mitglieder verteilten Bevölkerung von knapp 450 Millionen und die ASEAN mit fast 690 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern in seit 2025 elf Mitgliedstaaten globale Schwergewichte. Sicherheitspolitisch ist der Einfluss beider Regionalorganisationen jedoch beschränkt. Selbst in der jeweils eigenen Region ist ihre Macht aufgrund der starken Rolle der Großmächte, allen voran der USA und Chinas sowie in Europa zusätzlich Russlands, eingeschränkt.

Trotz zahlreicher überlappender Ziele und institutioneller Gemeinsamkeiten bestehen zwischen den beiden Regionalorganisationen signifikante Unterschiede: Der wesentlichste ist, dass die ASEAN anders als die EU keine supranationale Zusammenarbeit anstrebt, sind doch Respekt für die nationale Souveränität und Nichteinmischung in innenpolitische Angelegenheiten seit der Gründung von ASEAN 1967 sakrosankte Grundprinzipien. Entsprechend lässt sich lediglich in einigen wirtschaftlichen Bereichen von Integration sprechen, in allen anderen Bereichen kooperieren die ASEAN-Mitglieder bloß oder konsultieren einander. Jedoch basiert auch innerhalb der EU die Zusammenarbeit etwa in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auf intergouvernementaler Zusammenarbeit, sind diese Politikbereiche doch hochsensibel, da sie die Kernbereiche nationalstaatlicher Souveränität betreffen.

Das größte Potenzial zur weiteren Vertiefung der EU-ASEAN-Beziehungen besteht eindeutig im wirtschaftlichen Bereich. Einerseits ist Südostasien traditionell eine der wachstumsstärksten Weltregionen, andererseits nimmt die Kaufkraft der Mittelschicht stetig zu. Während die ASEAN der drittgrößte außereuropäische Handelspartner der EU ist, ist die EU nach China und den USA der drittgrößte Handelspartner der ASEAN. Zudem sind die EU-27 die zweitgrößte Quelle von Investitionen in Südostasien, nach den USA, aber noch vor China. Die EU ist weiters traditionell eine führende Partnerin in der Entwicklungszusammenarbeit mit Südostasien.

Zudem benötigen die südostasiatischen Schwellen- und Entwicklungsländer dringend ausländisches Kapital und Know-how, um den nächsten Modernisierungs- und Wachstumsschritt tätigen zu können. Ferner besteht namentlich im Bereich der Infrastruktur in Südostasien großer Nachholbedarf. Letztere ist breit definiert und reicht von Straßen, Flughäfen, Krankenhäusern/Spitälern, Energie- und Wasserversorgung bis Bildung und Digitalisierung.

Anlässlich des EU-ASEAN-Gipfels im Dezember 2022 stellte die EU ein Investitionspaket in Höhe von 10 Milliarden Euro unter dem Dach der Global Gateway Initiative (GGI) für Südostasien vor. Die GGI folgt dem „Team Europe“-Ansatz, d.h. die EU-Mitgliedstaaten können sich freiwillig an Investitionsvorhaben beteiligen, wodurch sich zusätzliche Finanzierungsmittel ergeben, andererseits eröffnen sich Geschäftsmöglichkeiten für die Unternehmen aus den involvierten Mitgliedsländern. Die mit einem Mobilisierungsvolumen von 300 Milliarden Euro (2021–2027) ausgestattete GGI illustriert indes auch, dass die EU häufig eine Spätzüglerin ist. Denn Japan fördert bereits seit den 1960er Jahren tatkräftig den Ausbau der Infrastruktur in Südostasien, insbesondere in der Mekong-Subregion, während Chinas Belt-and-Road-Initiative (BRI) seit ihrem Start 2013 einen Schwerpunkt auf Südostasien legt. Die ASEAN hat 2016 mit dem ASEAN Master Plan on Connectivity 2025 einen detaillierten Infrastrukturplan vorgelegt, in dem infrastrukturelle Prioritäten festgelegt werden.

Die Europäische Union und die meisten Mitgliedstaaten verfolgen eine De-Risking-Strategie von China, um die Abhängigkeiten von Technologien oder Rohstoffen wie seltenen Erden aus dem Reich der Mitte zu reduzieren.⁶ Südostasien stellt zwar keine Alternative zu China, aber eine wichtige Ergänzung im Sinne einer „China plus one“-Strategie dar. Entsprechend sind in den nächsten Jahren erhöhte europäische Investitionen in Südostasien und die Verlagerung von Produktionsstätten aus China in die Region zu erwarten. Südostasiatische Länder sind jedoch auch angesichts ihrer jungen und zumeist gut ausgebildeten Bevölkerung wichtige Partner für die Anwerbung von Arbeitskräften. So sind die DACH-Länder etwa an Pflegekräften aus den Philippinen und Vietnam oder Facharbeitern aus Indonesien interessiert.

Eine auch international hoch gelobte Kooperationsvereinbarung schlossen Brüssel und die ASEAN 2022 in Form des ASEAN-EU Comprehensive Air Transport Agreement (CATA), das weltweit erste Luftverkehrsabkommen zwischen zwei regionalen Blöcken. Es vereinheitlicht die zwischen den einzelnen Staaten geschlossenen Abkommen. Ziel ist die Liberalisierung und Ausweitung des Flugverkehrs zwischen den EU- und ASEAN-Mitgliedstaaten und die Schaffung fairer und einheitlicher Regeln für die Fluglinien. Das Abkommen wurde jedoch noch nicht von allen Staaten ratifiziert.

In einem wesentlichen Wirtschaftsbereich gab es in den letzten Jahren keinerlei Fortschritte, nämlich hinsichtlich des Abschlusses eines EU-ASEAN-Freihandelsabkommens. Die Verhandlungen liegen auf Eis, wobei EU-Vertreter primär die unterschiedliche Wirtschaftskraft der einzelnen

ASEAN-Mitglieder anführen, welche ein Gesamtabkommen schwierig machen.⁷ Stattdessen verhandelt Brüssel mit einzelnen ASEAN-Staaten. Mit Singapur (2019) und Vietnam (2020) sind bereits Abkommen in Kraft, mit Indonesien einigte man sich im Oktober 2025; das Abkommen soll im Laufe des Jahres 2027 in Kraft treten. Seit 2023 verhandelt die EU erneut mit Thailand, seit 2024 mit den Philippinen und seit Anfang 2025 mit Malaysia. Namentlich Indonesien und Malaysia haben ihre Sozial- und Umweltstandards bei der Palmölgewinnung erhöht und somit das größte Hindernis in den bilateralen Verhandlungen ausgeräumt.⁸ Auch wenn der Abschluss bilateraler Abkommen mit einzelnen ASEAN-Mitgliedern anstelle mit der gesamten ASEAN nicht die optimale Variante ist, so belegt dieser Ansatz doch den Wunsch, die Zusammenarbeit weiter auszubauen, und dies auf pragmatisch-flexible Weise zu erreichen. Zudem scheint er realpolitisch begründet, zeigt doch das umstrittene Abkommen der EU mit dem Mercosur-Block, wie groß der Widerstand in vielen EU-Mitgliedstaaten, darunter in Österreich, gegenüber regionalen Freihandelsabkommen ist.

3.1.4. Ein Ausblick auf die weitere Kooperation – gemeinsame geopolitische Herausforderungen

Generell stehen die Chancen in den nächsten Jahren sehr gut, dass die EU-ASEAN-Beziehungen in den wirtschaftlichen, politischen, sicherheitspolitischen, kulturellen, wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Bereichen noch enger werden. Dies hängt einerseits am wachsenden wechselseitigen Interesse aneinander – andererseits an den spätestens seit Donald J. Trumps Rückkehr in das Weiße Haus im Jänner 2025 geänderten geopolitischen und geoökonomischen Rahmenbedingungen. Seitdem verstärkt sich die Entwicklung zu einer Weltordnung, in der Großmächte, namentlich China, Russland und die Vereinigten Staaten, ihre Interessen rücksichtslos, teilweise unter Androhung oder sogar Ausübung von Gewalt gegen Schwächere durchsetzen. Die sogenannte regelbasierte Ordnung, die auf dem Völkerrecht, Multilateralismus und Kooperation beruht und von der die schwächeren Mächte ganz besonders profitieren, gerät zusehends unter Druck.

In dieser sich ausprägenden neuen Weltordnung stellt sich grundsätzlich die Frage nach der geopolitischen Relevanz der ASEAN und der EU. Der Erfolg und Einfluss beider Regionalorganisationen gründet sich nämlich auf der Einhaltung von internationalem Recht und der bestehenden Ord-

nung durch größere Mächte. Wie man gerade schmerzlich sieht, fehlen der EU wie der ASEAN die Machtmittel, die sicherheitspolitische Ordnung selbst in der eigenen Region zu verteidigen – im Falle von ASEAN betrifft dies primär das Südchinesische Meer, im Falle der EU ist es die Post-1989-Ordnung in Europa, die Russland mit seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine erschüttert.

Doch noch ist die alte Ordnung nicht rettungslos verloren. Umso bedeutsamer wäre eine stärkere Zusammenarbeit von kleineren Akteuren und Mittelmächten, wie es die EU und die ASEAN trotz ihrer hohen Wirtschaftskraft, aber wegen der fehlenden militärischen Macht nun einmal sind, um das internationale Regelwerk und den Multilateralismus so gut wie möglich am Leben zu halten. Die ASEAN und die EU verfügen sowohl in der eigenen Region als auch international über die entsprechende Glaubwürdigkeit und Erfahrung. Allerdings verstehen beide Organisationen die regelbasierte Ordnung durchaus unterschiedlich: Während Konsens dahingehend besteht, dass Völkerrecht und Multilateralismus die tragenden Säulen sind, betont die EU zusätzlich liberale Werte wie Demokratie und Menschenrechte. Die unterschiedlichen Prioritäten zeigen sich beispielhaft an Myanmar: Die EU kritisiert nicht nur die schreckliche Menschenrechtssituation im von einer brutalen Militärjunta regierten Land, sondern prangert mitunter den aus ihrer Sicht mangelnden Willen der ASEAN an, dem Regime entschlossen entgegenzutreten – war aber selber nach dem Putsch von 2021 nicht gewillt, das wirtschaftliche Engagement europäischer Unternehmen in dem Land zu sanktionieren. Die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten der ASEAN und der einzelnen Mitglieder auf die Junta sind allerdings realistisch betrachtet stark eingeschränkt.

Ein Beispiel für eine funktionierende, aber ausbaufähige interessens- wie wertebasierte Zusammenarbeit ist der Schutz der maritimen Sicherheit, der Freiheit des Handels und des Seerechts im Südchinesischen Meer. Ungefähr 40 % des europäischen Handels werden über diesen auch global vitalen Seeweg abgewickelt. China beansprucht knapp 90 % des Südchinesischen Meeres für sich – ein Anspruch, der 2016 vom Internationalen Schiedshof in Den Haag klar zurückgewiesen wurde. Auch zehn Jahre später hat Peking diesen Schiedsspruch nicht akzeptiert. Die EU könnte Brunei, Malaysia, die Philippinen und Vietnam, deren Territorialansprüche teilweise stark mit denen Chinas überlappen, sowie ASEAN im Konflikt im Südchinesischen Meer mit regelmäßigen diplomatischen Statements, die die Gültigkeit des Schiedsspruches betonen, stärker unterstützen. Auch die sicherheitspolitische Zusammenarbeit könnte verstärkt werden, etwa in

3.1. ASEAN: Die Beziehungen der EU und der DACH-Länder mit der ASEAN

Form eines regelmäßigen maritimen Dialogs zwischen der EU und ASEAN und des Ausbaus des CRIMARIO II-Programms zur maritimen Sicherheit. Einen europäischen Mehrwert würde die Umsetzung des „Team Europe“-Ansatzes schaffen, also eine Kooperation zwischen der Europäischen Kommission und einzelnen Mitgliedstaaten, wobei Letztere konkrete und militärische Unterstützung leisten. Bereits jetzt finden gemeinsame Militär- und Marinemanöver oder Trainings zwischen EU- und ASEAN-Mitgliedstaaten statt; Frankreich und Deutschland liefern auch Rüstungsgüter, namentlich an die Philippinen. Paris unterhält zudem eine bedeutende militärische und navale Präsenz in der Region. Auch wenn Deutschland nur alle zwei, drei Jahre ein oder zwei Kriegsschiffe durch das Südchinesische Meer schickt, so ist diese Präsenz aus Sicht einiger südostasiatischer Staaten doch symbolisch bedeutsam.

Ganz grundsätzlich heißt die ASEAN die EU, so wie auch andere Staaten und internationale Organisationen, „strukturell“ willkommen. Denn sie und die südostasiatischen Staaten verfolgen außen- und sicherheitspolitisch mehrheitlich eine Hedging-Strategie.⁹ Diese besagt, dass sie nicht dazu gezwungen werden möchten, sich strategisch zwischen den USA und China entscheiden zu müssen. Vielmehr suchen sie enge Beziehungen mit beiden Supermächten: mit Washington vorwiegend sicherheitspolitisch, aber auch wirtschaftlich, mit China primär ökonomisch. Eine weitere Voraussetzung, um einseitige Abhängigkeiten von einer der beiden Mächte zu vermeiden, ist das Eingehen von engen Beziehungen mit zahlreichen anderen Partnern. Wirtschaftlich ist die EU, wie oben beschrieben, ein zentraler Partner, doch im immer wichtiger werdenden Sicherheits- und Verteidigungsbereich sind andere Länder eindeutig relevanter, darunter Japan, Indien, Australien und Südkorea.

3.1.5. Die Beziehungen der DACH-Länder mit der ASEAN

Als EU-Mitglieder sind Deutschland und Österreich in die Strategie und Diplomatie der EU gegenüber der ASEAN direkt eingebunden und entscheiden diese mit. Anders als das kleine Österreich unterhält Deutschland darüber hinaus eigene, allerdings begrenzte Beziehungen mit dem südostasiatischen Staatenbund. In den *Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik* (2020) hebt Berlin die strategische Relevanz der ASEAN in der Großregion hervor.¹⁰ Im Dezember 2025 legte die Landesregierung von Baden-Württemberg eigene Leitlinien für die Asien-Pazifik-Region

vor, in der der ASEAN ein eigenes Kapitel gewidmet ist. Die Schweiz hat keine Indopazifik-Strategie, stattdessen veröffentlichte sie im Februar 2023 erstmals eine eigene Südostasien-Strategie (für den Zeitraum von 2023 bis 2026). Auf 56 Seiten geht sie ausführlich auf die ASEAN und jedes einzelne südostasiatische Land ein, wobei sie für jedes klare Prioritäten in der Zusammenarbeit in den Bereichen Frieden und Sicherheit, Wohlstand, Nachhaltigkeit und Digitalisierung definiert. Österreich hat bis jetzt weder eine Strategie für den Indopazifik noch für Südostasien verabschiedet. Allerdings ist die Alpenrepublik generell keine Verfechterin von regionsspezifischen außenpolitischen Strategien.

Politisch fokussiert sich Deutschland in Südostasien auf die Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit, wobei der ASEAN-zentrierten Sicherheitsarchitektur und ASEANs ordnungspolitischem Potential eine Schlüsselrolle zufällt.¹¹ Neben Frieden und Stabilität stehen thematisch die wirtschaftliche, klimapolitische und entwicklungspolitische Zusammenarbeit im Mittelpunkt. Der Treaty of Amity and Cooperation aus dem Jahr 1976 ist ein für die ASEAN bedeutsamer Vertrag, der die Zentralität von ASEANs Normen und Werten für die Ausgestaltung der Regionalordnung kodifiziert. Alle wesentlichen Dialogpartner sind diesem Vertragswerk beigetreten, darunter 2012 die EU. Deutschland ist seit 2019 Vertragspartei; Österreich hat Ende 2025 einen Beitrittsantrag gestellt, die Schweiz noch nicht.

Deutschland unterhält mit Ausnahme von Osttimor in sämtlichen südostasiatischen Ländern Botschaften und seit 2009 zusätzlich einen Ständigen Vertreter in Jakarta, der für ASEAN zuständig ist. Als kleines Land hat Österreich relativ viele Botschaften in Südostasien, hinzu kommen wie im Falle der beiden anderen DACH-Länder mehrere Honorarkonsulate. Da Wien einer der Hauptsitze der Vereinten Nationen ist, sind an den südostasiatischen Botschaften in der Bundeshauptstadt zahlreiche Diplomateninnen und Diplomaten stationiert. Die Botschafterinnen und Botschafter organisieren sich im ASEAN Vienna Committee (AVC) mit dem Ziel, ihre Zusammenarbeit mit den in Wien ansässigen internationalen Organisationen und der Republik Österreich zu vertiefen sowie die Sichtbarkeit ASEANs in Österreich zu erhöhen. Im Gespräch ist auch die Gründung eines eigenen ASEAN-Hauses in Wien.

Die Schweiz hat Botschaften in den großen südostasiatischen Staaten, von wo auch die Beziehungen zu den kleineren Ländern wahrgenommen werden. So ist die Botschaft in Thailand auch für Laos und Kambodscha zuständig. Seit 2016 ist Bern ein sogenannter Sectoral Dialogue Partner der ASEAN. Einmal jährlich tagt das ASEAN-Switzerland Joint Sectoral

Cooperation Committee, das auf hoher Beamtenebene u.a. Themen wie Frieden und Versöhnung, Energie, Wissenschaft, Technologie und Innovation, Informationstechnologien, Digitalisierung, Nachhaltigkeit oder Konnektivität bespricht.

Zusätzlich zu ihren diplomatischen Vertretungen unterhalten alle drei DACH-Länder Außenhandelsvertretungen in Südostasien, die eng mit den Botschaften kooperieren und Informationen und Unterstützung für Wirtschaftstreibende bieten. Die sieben deutschen Vertretungen in der Region sind als AHK ASEAN zusammengeschlossen. Im März 2024 eröffnete Germany Trade and Invest (GTAI) einen Hub in Singapur an einem gemeinsamen Standort mit der AHK ASEAN. Neben Singapur ist die GTAI in fünf weiteren südostasiatischen Staaten präsent, um deutsche Unternehmen beim Markteintritt in der Region zu beraten. Die Swiss Business Hubs bieten Schweizer Unternehmen Unterstützung, die Außenwirtschaft Austria (Advantage Austria) österreichischen. Die Vertretungen organisieren Reisen, Ausstellungsmöglichkeiten an Messen und Vernetzen „ihre“ Unternehmen mit südostasiatischen.

2024 belief sich Deutschlands Handel gemäß ASEAN-Statistiken mit den damals ASEAN-10 auf 79,7 Milliarden Euro, wobei Deutschland Güter im Wert von 52,2 Milliarden importierte. Gemäß den jeweiligen nationalen Statistiken betrug Österreichs Handelsaustausch mit Südostasien 2024 knapp 6,8 Milliarden Euro (Einfuhren: 4,6 Milliarden Euro), der Schweizer Handelsaustausch 28,3 Milliarden US-Dollar.

Anders als die beiden EU-Mitglieder Deutschland und Österreich kann die Schweiz eigenständig Handelsabkommen aushandeln. Sie macht dies jedoch in der Regel gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der Europäischen Freihandelsassoziation (englisch: European Free Trade Association, EFTA), nämlich Island, Liechtenstein und Norwegen. Die EFTA hat Freihandelsabkommen mit Singapur (in Kraft seit 2003), den Philippinen (2018) und Indonesien (2021) abgeschlossen, ebenso hat sie bereits die Verhandlungen mit Thailand und Malaysia beendet (beide im Jahr 2025), doch sind diese noch nicht in Kraft getreten. Die Verhandlungen mit Vietnam laufen seit 2024.

Berlin hat seit 2016 den Status als offizieller Entwicklungspartner der ASEAN. Entwicklungspolitische Projekte werden durch die Ministerien für Auswärtiges sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert. Umgesetzt werden sie durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und andere Agenturen. In Laos beispielsweise engagiert sich Deutschland

beim Schutz bedrohter Ökosysteme, der Stärkung von Landrechten als Grundlage für die Ernährungssicherheit, der Modernisierung der Berufsausbildung sowie der Förderung von Dialog und Teilhabe im autoritär regierten Land. Berlin leistet zudem so wie die EU technische Unterstützung für das ASEAN-Sekretariat in Jakarta.

Die Austrian Development Agency (ADA) hat im letzten Jahrzehnt einige umfangmäßig kleinere entwicklungspolitische Projekte in Indonesien, Kambodscha, Laos, Myanmar, den Philippinen, Timor-Leste und Vietnam durchgeführt, allerdings ist kein einziges südostasiatisches Land ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Für die Schweiz ist Südostasien hingegen eine wichtige Region in der Entwicklungszusammenarbeit. Seit 1976 wird mit Indonesien kooperiert, seit 1991 mit Vietnam (beides sind Schwerpunktländer des Staatssekretariats für Wirtschaft – SECO). Internationale Zusammenarbeit (IZA) besteht darüber hinaus mit Laos (seit 2006), Kambodscha (seit 2012) und Myanmar (seit 2013). In diesem von Gewalt und Unterdrückung gebeutelten Land unterhält Bern zudem ein friedenspolitisches Programm. Doch auch die südostasiatischen Länder werden wohl von den Sparzwängen, die aktuell in der Schweizer IZA herrschen, nicht verschont bleiben.

Medial genießt Südostasien in den DACH-Ländern zunehmend mehr Aufmerksamkeit, und auch seitens der Studierenden steigt das Interesse an der Region Südostasien. Dennoch sind die Südostasienwissenschaften an den Universitäten im DACH-Raum vergleichsweise unterrepräsentiert. Generell ist die Südostasien-Forschung hier stark trans- und interdisziplinär und in der Regel auf einzelne Länder ausgerichtet, was sich auch in den Forschungsprofilen der Südostasien-Spezialisten und -Spezialistinnen zeigt, die der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde (DGA) angehören, die die DACH-Region abdeckt.

In Deutschland bieten die Universitäten Bonn, Hamburg, Frankfurt und die Humboldt-Universität Berlin Studienprogramme oder einschlägige Kurse an, darunter auch Sprachkurse (etwa in Thai, Indonesisch und Vietnamesisch). Die Goethe-Universität Frankfurt bietet ein Bachelor-Programm zu Sprachen und Kulturen Südasiens sowie das englischsprachige Master-Programm Southeast Asian Studies. Die Humboldt-Universität hat am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften zwei Lehrstühle (Gesellschaften und Kulturen Südasiens und Transregionale Südasiensstudien) und eine Gastprofessur zu Südostasien (Insulares Südostasien), während es an der Universität Passau an der Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät einen Lehrstuhl für Kritische Entwicklungsforschung Süd-

ostasien gibt. Ein Bachelor-Studiengang Südostasienwissenschaften kann an der Universität Bonn absolviert werden, ein Bachelor- und Master-Studiengang zu Sprachen und Kulturen Südostasiens an der Universität Hamburg. Südostasien wird zudem im Rahmen von Studienprogrammen wie Internationale Beziehungen oder Area Studies vertiefend behandelt, etwa an der Universität Rostock. Mit Südostasien – allerdings als Teil eines größeren geografischen Schwerpunktes – befassen sich zudem einige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, darunter das GIGA Institut für Asien-Studien (das seit 2009 *The Journal of Current Southeast Asian Affairs* herausgibt), die Stiftung Wissenschaft und Politik, das Asienhaus und die Bertelsmann Stiftung.

In Österreich gibt es lediglich an der Universität Wien ein Institut für Ostasienwissenschaften, das im Rahmen des Masterprogramms East Asian Economy and Society (EcoS) auch Südostasien abdeckt (wobei der Autor dieser Zeilen der einzige Südostasien-Experte am Institut ist). Allerdings gibt es nach wie vor weder einen eigenen Lehrstuhl für Südostasienwissenschaften, noch werden südostasiatische Sprachen unterrichtet. Es bieten jedoch auch andere Institute, auch an anderen österreichischen Universitäten, vereinzelt Kurse mit Südostasien-Bezug an. Im Jahr 2008 wurde das interdisziplinäre *Austrian Journal of South-East Asian Studies* (ASE-AS) von einer Gruppe von Nachwuchswissenschaftlern und Nachwuchswissenschaftlerinnen gegründet, das heute unter dem Namen *Advances in Southeast Asian Studies* erscheint. Seit 1994 besteht das von der Regierung finanzierte ASEA-UNINET, das den wissenschaftlichen Austausch zwischen österreichischen und südostasiatischen Universitäten mit kleineren Geldsummen fördert. Der Think-Tank Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) behandelt Südostasien im Rahmen seines Indopazifik-Schwerpunktes, zudem organisiert das Central European Institute of Asian Studies (CEIAS; mit Büros in Bratislava, Prag und Wien) öffentliche Veranstaltungen in Österreich zu Südostasien.

In der Schweiz bietet an der Universität Zürich das Institut für Sozialanthropologie und Empirische Kulturwissenschaft ein breites Forschungs- und Lehrangebot zu Südostasien, inklusive Sprachen (Khmer, Indonesisch oder Tagalog). Die Universität St. Gallen hat 2011 in Singapur ihr erstes internationales Institut eröffnet, das St. Gallen Institute of Management in Asia. An anderen Schweizer Universitäten wird Südostasien als Teil von umfangreicheren Asien- oder entwicklungspolitisch ausgerichteten Studienprogrammen behandelt, etwa an der Universität Bern am Centre for Development and Environment.

Einen wertvollen Beitrag zur Förderung des Dialogs mit den südostasiatischen Ländern und insbesondere der Zivilgesellschaft leisten die großen deutschen parteinahen Stiftungen: die Konrad-Adenauer-Stiftung (sechs Büros in der Region), die Friedrich-Ebert-Stiftung (vier), die Friedrich-Naumann-Stiftung (vier), die Hanns-Seidel-Stiftung (fünf), die Heinrich-Böll-Stiftung (zwei Büros) sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftung (ein Büro). Eine immer größere Öffentlichkeit erreichen in den DACH-Ländern Vereine von südostasiatischen Immigrantinnen und Immigranten, insbesondere durch künstlerische, kulturelle und kulinarische Aktivitäten. Nicht zu unterschätzen ist auch die Bedeutung des Tourismus, wobei nicht nur Europäerinnen und Europäer nach Südostasien reisen, sondern immer mehr Besucherinnen und Besucher aus Südostasien in die DACH-Länder.

3.1.6. *Conclusio*

Ein halbes Jahrhundert ist eine lange Zeit in der internationalen Politik. Umso erstaunlicher ist, dass es in dieser Zeitspanne keine gravierenden politischen Spannungen in den Beziehungen zwischen ASEAN und der EU gegeben hat. Sie haben sich seit den 1970er Jahren schrittweise vertieft und wurden kontinuierlich stärker formalisiert. Andererseits muss jedoch auch kritisch festgehalten werden, dass die Beziehungen noch nicht so eng und verdichtet sind, wie sie angesichts des regionalpolitischen und wirtschaftlichen Gewichts beider Organisationen sein könnten.

Das Jahr 2027, in dem sich die Aufnahme der Dialogbeziehungen zum 50. Mal jährt, bietet eine goldene Gelegenheit für die EU und die ASEAN, die Kooperation auszubauen, etwa in Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Forschung und Technologie, Bildung, Kultur und bei der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit. Vorteilhaft ist auch, dass das derzeitige ASEAN-Vorsitzland – die Philippinen – und das nächstjährige – Singapur – große Sympathien für die EU hegen. Das für 2027 geplante hochrangige EU-ASEAN-Gipfeltreffen wird die Sichtbarkeit Südostasiens in Europa und diejenige Europas in Südostasien jedenfalls erhöhen. Weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen, etwa Filmwochen oder Kunstausstellungen, aber auch eine verstärkte Präsenz von südostasiatischen Unternehmen bei Messen in Europa und umgekehrt sowie ein intensivierter wissenschaftlicher Austausch könnten die Beziehungen weiter stärken, zudem sollten die Zivilgesellschaften vermehrt eingebunden werden.

Da der Abschluss eines EU-ASEAN-Freihandelsabkommens in naher Zukunft unrealistisch ist, sollte sich die EU auf das Aushandeln von Han-

dels- und Investitionsabkommen mit den einzelnen ASEAN-Mitgliedern konzentrieren. Diese würden den wirtschaftlichen Austausch weiter beleben. Der wichtigste Katalysator für eine engere Zusammenarbeit bleibt jedoch die auf nachholender Entwicklung beruhende wirtschaftliche Dynamik Südostasiens. Die europäische Strategie des De-Riskings von China macht die Region für europäische Unternehmen strategisch noch interessanter.

Doch nicht nur im wirtschaftlichen Bereich sollte die EU einen stärkeren Beitrag in Südostasien leisten, sondern auch sicherheitspolitisch. Denn Krisen und Konflikte in der Region haben unmittelbare Auswirkungen auf Europa – man denke nur an eine militärische Auseinandersetzung im Südchinesischen Meer, die zu einer längeren Störung des Welthandels führen würde. Die EU und ASEAN sollten deshalb ihren sicherheitspolitischen Dialog intensivieren. Zudem kann Europa in Gestalt einiger williger EU-Mitgliedstaaten und unter Einbeziehung Großbritanniens durch Training, Ausbildung und Rüstungsgeschäfte einen prominenteren Beitrag zur Stärkung der Sicherheit der südostasiatischen Staaten leisten.

Eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und der ASEAN liegt nicht zuletzt aufgrund der aktuellen geopolitischen und geoökonomischen Verwerfungen im Interesse beider. Beide Regionalorganisationen halten die regelbasierte Ordnung und den Multilateralismus hoch – ihre vertiefte Kooperation kann diesbezüglich ein Beispiel für andere internationale Institutionen setzen. Denn selbst wenn die Welt nach dem Ende von Trumps Amtszeit 2029 nie wieder so sein wird wie zuvor, so besteht doch die Hoffnung, dass die internationale Gemeinschaft bald wieder die Bedeutung einer auf dem Völkerrecht und gemeinsam anerkannten Regeln und Normen basierenden Ordnung erkennt.

Förderung

Die Arbeit an diesem Beitrag wurde durch EU NextGenerationEU through the Recovery and Resilience Plan for Slovakia, Projektnummer 09I03–03-V04–00462 (August 2024 bis Juli 2026), gefördert.

Notes

- 1 Ministry of Foreign Affairs of Thailand, „Minister of Foreign Affairs holds discussion with Minister of Foreign Affairs of Myanmar in Phuket province“, press release,

19. Februar 2026, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://mfa.go.th/en/content/fm-talks-with-myanmar-fm-2?cate=5d5bcb4e15e39c306000683e&menu=5d5bd3da15e39c306002aafa>.
- 2 Der Einfachheit halber wird für das europäische Integrationsbündnis hier durchgängig die Bezeichnung EU verwendet.
- 3 Jürgen Rüländ, *ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship* (Bonn: Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, 2001), https://edz.bib.uni-mannheim.de/www-edz/pdf/zei/dp_c95.pdf.
- 4 Commission of the European Communities, *Towards a New Asia Strategy: Communication from the Commission to the Council*, COM(94) 314 final (Brüssel, 13. Juli 1994).
- 5 Guangyu Qiao-Franco, Aleš Karmazin und Michal Kolmaš, „The Indo-Pacific and the Next Phase of ASEAN Centrality“, *Journal of Current Southeast Asian Affairs* 44, Nr. 3 (2025): 413–435, hier 424.
- 6 Nur Shahadah Jamil und Alfred Gerstl, „De-Risking China: The Evolution of European Strategic Thinking (2019–2024)“, in: *Unpacking 'De-Risking' China in the Indo-Pacific Region: Origin, Evolution and Variations*, hrsg. von Karl Chee Leong Lee, Jens Damm, Nurliana Kamaruddin, Nur Shahadah Jamil und Alan Hao Yang (Abingdon: Routledge, 2026), 13–30.
- 7 Interviews des Autors mit Repräsentantinnen und Repräsentanten des European External Action Service und Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Brüssel, November 2025, sowie verschiedenen südostasiatischen Diplomaten und Diplomatinen in Mitteleuropa im Jahr 2025.
- 8 Einen regelmäßig aktualisierten Überblick über die Beziehungen der EU mit ASEAN und ausgewählter mittelosteuropäischer Länder, inklusive Österreich, gibt der European-Southeast Asian Relations-Tracker (EUSEAR-Tracker), <https://euseartracker.ceias.eu/tracker>.
- 9 Alfred Gerstl, *Hedging Strategies in Southeast Asia: ASEAN, Malaysia, the Philippines, and Vietnam and Their Relations with China* (Abingdon: Routledge, 2022); und Alfred Gerstl, „Southeast Asia’s Grand Strategy: Hedging“, *Georgetown Journal of International Affairs*, 12. August 2024, <https://gjia.georgetown.edu/2024/08/12/southeast-asias-grand-strategy-hedging/>.
- 10 Kristina Kironska, Alfred Gerstl, Renate Westlake, Nick Nieschalke, Valentin Hoffmann, und Matej Simalcik, *Strategies and Approaches of EU Countries to the Indo-Pacific Region: Implications for Slovakia* (Bratislava: Central European Institute of Asian Studies (CEIAS), 2023), https://ceias.eu/wp-content/uploads/2024/01/SK-MOFA_In doPac_paper.pdf.
- 11 Felix Heiduk und Nora Hell, „Der ASEAN-Gipfel 2025: Mehr als nur eine Bühne für Trump“, *SWP Aktuell*, Nr. 49, November 2025, <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2025A49/>.

3.2. Indonesien: Ein neuer Präsident, aber viele Kontinuitäten

Patrick Ziegenhain

President University, Cikarang

3.2.1. Einleitung

Im Jahr 2025 wurde die politische und sozioökonomische Landschaft Indonesiens maßgeblich durch das erste volle Amtsjahr von Prabowo Subianto geprägt, das von einer Konsolidierung der exekutiven Macht und eine Stärkung des Militärs gekennzeichnet war.¹ Weitere wichtige Merkmale waren der Abbau demokratischer Strukturen, der ambitionierte Ausbau der staatlichen Sozialleistungen sowie weitgehende außenpolitische Kontinuität. Im Rückblick ebenfalls von großer Bedeutung waren die landesweiten Unruhen, die Indonesien Ende August 2025 erschütterten.

In der Gesamtschau der Regierungsarbeit von Präsident Prabowo im Jahr 2025 zeigen sich deutliche Kontinuitäten zu den politischen Ausrichtungen seines Vorgängers Joko Widodo (oft „Jokowi“ genannt). Nachdem dessen zehnjährige Amtszeit im Oktober 2024 verfassungsgemäß endete und eine weitere Kandidatur ausgeschlossen war, wurde im Februar 2024 ein neuer Präsident gewählt. Die feststellbare Kontinuität in der Regierungsarbeit steht dabei in engem Zusammenhang mit dem von dem scheidenden Präsidenten Jokowi strategisch vorbereiteten politischen Übergang.

Zur Sicherung seines – beziehungsweise des politischen Einflusses seines familiären Umfelds – ging Jokowi eine politische Verständigung mit seinem damaligen Verteidigungsminister, dem pensionierten Armeegeneral Prabowo Subianto, ein. Im Gegenzug für seine Unterstützung im Wahlkampf sagte der 72-jährige, wohlhabende und gut vernetzte Prabowo zu, zentrale Projekte der Jokowi-Ära fortzuführen und dessen Sohn Gibran als Vizepräsidenten zu akzeptieren. In der Folge trug Jokowi mit der Nutzung administrativer und finanzieller Einflussmöglichkeiten seiner Regierung maßgeblich zum Wahlsieg Prabowos bei den Präsidentschaftswahlen im Februar 2024 bei.

Jokowis politisches Manöver, seinen politisch recht unerfahrenen Sohn Gibran zum Vizepräsidenten zu machen, ist fragwürdig und schadet Indonesiens fragiler Demokratie. Darüber hinaus war die Kandidatur auch in rechtlicher Hinsicht nicht zulässig. Als sich Gibran im Oktober 2024 bei

der nationalen Wahlbehörde (Komisi Pemilihan Umum, KPU) offiziell als Vizepräsident registrierte, hatte er das laut Verfassung erforderliche Mindestalter von 40 Jahren noch nicht erreicht.

Eigentlich hätte die KPU die Kandidatur nicht zulassen dürfen, was aber dennoch geschah. Der Fall wurde im Wege eines Eilantrags an das indonesische Verfassungsgericht weitergeleitet, das überraschend entschied, ihn trotz Unterschreitens der Altersgrenze zur Wahl zuzulassen. Es blieb ein fahler Beigeschmack, denn diese Entscheidung wurde maßgeblich von Jokowi Schwager, dem Verfassungsgerichtsvorsitzenden Anwar Usman, getroffen, der zugleich Gibrans Onkel ist.

Wenige Wochen später ordnete der Ethikrat des Verfassungsgerichts die Absetzung Anwar Usmans von seinem Führungsposten an und verbot ihm die Teilnahme an Wahlangelegenheiten. Er wurde eines „schweren ethischen Verstoßes“ für schuldig befunden, da er den Fall trotz enger familiärer Verbindung und damit fehlender Neutralität übernahm, um den Weg für die Kandidatur Gibrans zu ebnen. Trotz der klaren Worte und Entscheidung des Ethikrats blieb die sehr fragwürdige Entscheidung bestehen: Gibran durfte zur Wahl antreten und wurde im Oktober 2024 als Vizepräsident vereidigt.

Jokowis dynastische Absichten werden dadurch verstärkt, dass er auch seinen zweiten Sohn, den 29-jährigen Kaesang Pangarep, in die Politik schickte. Nur zwei Tage, nachdem dieser ohne jegliche politische Erfahrung der PSI (Partai Solidaritas Indonesia) beigetreten war, wurde er im September 2023 zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Für das Jahr 2024 plante sein Vater, ihn als Vizegouverneur der Provinz Zentraljava einzusetzen. Mit 37,6 Millionen Einwohnern zählt diese zu den politisch und wirtschaftlich bedeutendsten Provinzen des Landes.

Wie bereits bei seinem älteren Bruder sah sich auch Kaesang mit dem rechtlichen Hindernis konfrontiert, dass er aufgrund seines Alters nicht für das Amt des Vizegouverneurs kandidieren durfte. Entsprechend wurde seine Kandidatur von der Wahlkommission zurückgewiesen. Der Rechtsstreit gelangte schließlich vor das Verfassungsgericht, dessen personelle Zusammensetzung sich zwischenzeitlich infolge des Ausscheidens von Kaesangs Onkel Anwar Usman verändert hatte. Das Gericht bestätigte letztlich das bestehende Kandidaturverbot. Gleichwohl gelang es bei den Regionalwahlen im November 2024 einem anderen Mitglied des sogenannten „Jokowi-Clans“, eine bedeutende politische Position zu erlangen: Bobby Nasution, der mit einer Tochter Jokowi verheiratet ist, wurde zum Gouverneur der Provinz Nordsumatra gewählt.

3.2.2. Dynastien

Jokowi, der 2005 als politischer Neuling mit seiner Wahl zum Bürgermeister der zentraljavanischen Stadt Solo auf die nationale politische Bühne trat, vermochte im Laufe seiner Karriere eine politische Dynastie aufzubauen, die auch über seine Amtszeit als Präsident hinaus erheblichen Einfluss ausüben wird. Politische Dynastien gelten jedoch als problematisch für demokratische Systeme, da sie dem Gleichheitsprinzip widersprechen und strukturelle Vetternwirtschaft begünstigen. Werden politische Schlüsselpositionen bevorzugt an Familienangehörige vergeben, tritt das Prinzip der Meritokratie in den Hintergrund, wonach politische Macht auf individueller Qualifikation, Leistung und Befähigung beruhen sollte. Politische Ordnungen, die von einem engen Kreis familiärer Netzwerke dominiert werden, stehen daher im Spannungsverhältnis zu demokratischen Grundwerten wie Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit vor dem Gesetz.

Die zunehmende Bedeutung von Dynastien in der indonesischen Politik wird dadurch unterstrichen, dass mehr als 100 der 575 Abgeordneten des nationalen Repräsentantenhauses Mitglieder politischer Clans sind. In der Vergangenheit gab es in Indonesien zwar auch einige Anzeichen für eine Dynastienpolitik, doch hat diese inzwischen ein solches Ausmaß angenommen, dass das Land heute immer mehr den Philippinen ähnelt. Dort wird das politische System seit Jahrzehnten von einer Handvoll Familienc clans dominiert. Kein Wunder, dass der neue Präsident des Landes, Prabowo Subianto, der Sohn eines ehemaligen wichtigen Ministers ist und in den 1980er- und 1990er-Jahren an die Macht kam, indem er die Tochter des damaligen starken Mannes Suharto heiratete.

Der Aufstieg dynastischer Politik stellt jedoch lediglich eines von mehreren Symptomen eines umfassenderen demokratischen Erosionsprozesses dar. Die Wahlen im Jahr 2024 gelten als die unfairsten und am stärksten manipulierten seit dem Ende der autoritären „Neuen Ordnung“ im Jahr 1998: Das Kandidatenpaar Prabowo-Gibran profitierte dabei von einer weitreichenden Unterstützung durch den Staatsapparat, zahlreiche lokale Regierungen, große Teile der Medien sowie durch Armee und Polizei. Darüber hinaus wurden große Mengen staatlicher Gelder (getarnt als *bantuan sosial*, Sozialhilfe) unter ärmeren Wählern verteilt, um Stimmen für Prabowo und Gibran zu sichern.

Auf der jährlichen Plenarsitzung der Volkskonsultativ-Versammlung (Majelis Permusyawaratan Rakyat, MPR) im August 2024 äußerte die Sprecherin des Repräsentantenhauses, Puan Maharani, ihre Besorgnis über den

Zustand der Demokratie in Indonesien. Indirekt übte sie damit auch Kritik an Jokowi, als sie betonte, Indonesien sei „ein Land für alle, nicht nur für eine Person oder Gruppe“. In Bezug auf die Präsidentschaftswahlen im Februar 2024 stellte sie rhetorisch die Frage: „Das Volk hat durch Wahlen abgestimmt. Aber wurden diese Wahlen in einem freien, ehrlichen und fairen Prozess durchgeführt? Beantworten Sie diese Frage bitte selbst.“²

Bei den Parlamentswahlen, die zeitgleich mit den Präsidentschaftswahlen stattfanden, konnten acht Parteien die Vier-Prozent-Hürde überwinden. Im Nachgang der Wahlen entschieden sich sieben von ihnen, die Regierung Prabowo zu unterstützen. Nur eine Partei trat der Regierungskoalition nicht bei, erklärte aber, ebenfalls nicht als Opposition, sondern als kritischer Partner der Regierung gesehen werden zu wollen. Infolgedessen werden die „Checks and Balances“ zwischen Exekutive und Legislative, die typischerweise ein Kennzeichen eines Präsidialsystems sind, voraussichtlich nur schwach ausgeprägt sein. Dies ist jedoch keine Neuerung: Schon zwischen 2019 und 2024 kontrollierte die Regierung Joko Widodo über 80 % der Sitze im nationalen Parlament.

Neu war dieses Mal, dass die Regierung von Präsident Prabowo Subianto ein überdimensioniertes Kabinett bildete, um alle Koalitionsparteien sowie andere gesellschaftliche Kräfte zu belohnen. Das Kabinett von Präsident Prabowo Subianto ist mit 48 Ministern, 56 Vizeministern und fünf Leitern von Behörden auf Ministerienebene das größte in der indonesischen Geschichte. Dieses aufgeblähte Kabinett wurde erst möglich, nachdem das Repräsentantenhaus die 2008 per Gesetz festgelegte Obergrenze von 34 Ministern kurzfristig aufhob.

Die rasche Erweiterung des Kabinetts im Jahr 2025 hat erhebliche institutionelle Reibungsverluste verursacht. Im Bildungssektor beispielsweise führte die Aufteilung des ehemaligen Ministeriums für Bildung, Kultur, Forschung und Technologie in drei separate Einrichtungen zu einem logistischen Engpass. Die Mitarbeiter waren sich ihrer Richtlinien und Befugnisse oft nicht im Klaren, und die Budgetauslastung sank auf ein Rekordtief, da die digitalen Systeme für die Gehaltsabrechnung und die Beschaffung von Grund auf neu entwickelt werden mussten.

3.2.3. *Militär*

Die zunehmende Bedeutung des Militärs kann als ein weiterer zentraler Faktor für den Rückgang demokratischer Strukturen gewertet werden. Die-

se Entwicklung ist nicht neu, da bereits in den letzten Jahren der Jokowi-Regierung zahlreiche pensionierte Angehörige von Streitkräften und Polizei in Schlüsselpositionen der Verwaltung berufen wurden. Zudem unterstützte auch die Vorgängerregierung zunehmend die Bestrebungen des Militärs, auch nicht-verteidigungsbezogene Aufgaben zu übernehmen.

Dieser Trend wurde vom neugewählten Präsidenten Prabowo fortgesetzt, der seine Amtszeit mit einer dreitägigen Kabinettsklausur an der Militärakademie in Magelang in Zentraljava begann. Präsident Prabowo erklärte, dass dieses „Bootcamp“ dazu dienen sollte, Disziplin und Einheit in seinem Kabinett zu fördern. Alle Minister mussten in Militäruniform erscheinen, zwei Nächte in provisorischen Zelten verbringen, und an frühmorgendlichen Sporteinheiten, drillartigen Übungen sowie militärischen Appellen teilnehmen. Prabowo kündigte außerdem die Einrichtung neuer regionaler Militärkommandos (Kodam) an, um die bestehenden zu verstärken. Die Stärkung der Militärstruktur durch die Bildung neuer Militärkommandos und deren Integration in die lokale Verwaltung birgt jedoch das Risiko, dass die Grenzen zwischen militärischen und zivilen Funktionen auf lokaler Ebene verschwimmen.

Die Regierung unter Prabowo nahm zudem umfangreiche Änderungen am Gesetz zur Rolle des Militärs vor. Das nun als Gesetz Nr. 3/2025 bekannte Gesetz wurde im März 2025 einstimmig vom indonesischen Parlament verabschiedet. Die wichtigste Bestimmung des geänderten Gesetzes war die Erweiterung der zivilen Rollen für aktives Militärpersonal. Die Zahl der zivilen Einrichtungen, in denen aktive Militäroffiziere dienen können, ohne aus den Streitkräften ausscheiden zu müssen, wurde von zehn auf 14 erhöht. Die Liste war zuvor hauptsächlich auf sicherheitsrelevante Behörden beschränkt und umfasst nun 14 Positionen, darunter die Nationale Agentur für Katastrophenschutz (BNPB), die Nationale Agentur für Grenzschutz (BNPP), die Nationale Agentur für Terrorismusbekämpfung (BNPT), die Agentur für Maritime Sicherheit (Bakamla) und das Büro des Generalstaatsanwalts (Kejagung). Zudem wurde das Renteneintrittsalter für alle Dienstgradgruppen um durchschnittlich zwei Jahre erhöht.

Das Gesetz erweitert außerdem den Umfang nicht-kriegerischer Militäroperationen von 14 auf 16 Aufgaben und fügt Zuständigkeiten wie Cyberabwehr sowie den relativ unpräzise definierten Schutz indonesischer Bürger und nationaler Interessen im Ausland hinzu. Die Verabschiedung dieser Änderungen stieß auf erheblichen Widerstand seitens zivilgesellschaftlicher Organisationen, Menschenrechtsgruppen und Demokratieaktivisten.

Kritiker argumentieren, dass die erweiterte Rolle des Militärs in zivilen Angelegenheiten ein Spiegelbild der Doktrin der „Doppelfunktion“ (*dwi-fungsi*) aus der autoritären Suharto-Ära (1965–1998) sei, in der das Militär sowohl im Verteidigungs- als auch im Zivilsektor dominierte. Sie äußerten die Sorge, dass dies die demokratischen Reformen und die zivile Kontrolle untergraben könnte, die seit dem Ende von Suhartos Herrschaft im Jahr 1998 etabliert wurden. Nach der Verabschiedung des Gesetzes kam es im ganzen Land zu Protesten. Tausende von zumeist studentischen Demonstranten forderten die Rücknahme der Gesetzesänderungen. Eine Online-Petition gegen das Gesetz sammelte innerhalb einer Woche über 57.000 Unterschriften und spiegelte damit den weit verbreiteten Widerstand in der Bevölkerung wider.

Die Befürworter der Gesetzesänderungen – darunter Präsident Prabowo Subianto und Verteidigungsminister Sjafrie Sjamsoeddin – argumentieren, dass die Änderungen notwendig seien, um die Rolle des Militärs an die aktuellen Herausforderungen, wie Cyberbedrohungen und die Notwendigkeit einer effizienten Katastrophenhilfe, anzupassen. Sie behaupten, die Änderungen zielten darauf ab, die nationale Sicherheit und die Effizienz der Regierungsführung zu verbessern, ohne demokratische Prinzipien zu beeinträchtigen.

Im Jahr 2025 erlebte Indonesien somit einen tiefgreifenden Wandel in seinen zivil-militärischen Beziehungen, gekennzeichnet durch die formale Wiedereingliederung der indonesischen Streitkräfte in das zivile und sozioökonomische Gefüge des Landes. Unter Präsident Prabowo Subianto wurde diese „strategische Militarisierung“ als Notwendigkeit für nationale Effizienz und Souveränität dargestellt, obwohl sie faktisch den bedeutendsten Rückzug vom Prinzip der zivilen Vorherrschaft der *Reformasi*-Ära seit 1998 bedeutete.

Ebenfalls im Jahr 2025 begann die Regierung, wichtige technokratische und logistische Behörden mit aktiven und kürzlich pensionierten Militärangehörigen zu besetzen. Im Februar 2025 wurde ein aktiver General zum Leiter von Bulog (Badan Urusan Logistik, der staatlichen Logistikagentur) ernannt. Dies war ein symbolischer und funktionaler Wendepunkt, da damit die Mechanismen zur Lebensmittelverteilung und Preiskontrolle des Landes der militärischen Befehlshierarchie unterstellt wurden.

Das Militär wurde darüber hinaus zum Hauptverantwortlichen für die Umsetzung der ambitionierten Agrarexpansion der Regierung, insbesondere in Ostindonesien. Mitte 2025 wurde das indonesische Militär nach Merauke in Südpapua entsandt, um die Rodung von mehr als 100.000 Hektar

Regenwald für Reis- und Zuckerrohrplantagen zu unterstützen.

Während der gerichtlichen Überprüfung des zuvor erwähnten Gesetzes Nr. 3/2025 im September 2025 sagten indigene Gruppen aus, dass Militär-angehörige eingesetzt wurden, um Rodungsgeräte zu eskortieren und lokale Proteste gegen das Projekt zu unterdrücken. Dadurch wurden Umwelt- und Landrechtskonflikte faktisch zu Fragen der nationalen Sicherheit erklärt.

Bis Ende 2025 hatte sich das Militär zunehmend von den Aufgaben einer klassischen Verteidigungsstreitmacht entfernt und sich zu einem „nationalen Entwicklungspartner“ entwickelt. Diese Neuorientierung wurde im Rahmen der Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag der Republik Indonesien am 5. Oktober 2025 institutionalisiert, als Präsident Prabowo Subianto das Militär als „Festung der Republik“ und „Rückgrat der nationalen Entwicklung“ hervorhob. Damit befürwortete er faktisch eine Rückkehr zu einer modernisierten Version der *dwi-fungsi*-Doktrin.

3.2.4. Programm für kostenlose, nahrhafte Mahlzeiten

Das Militär spielt, wie bereits kurz erwähnt, auch eine entscheidende Rolle in Präsident Prabowos neuem Schwerpunktprogramm zur Verteilung staatlich geförderter Nahrungsmittel und Milch für alle Schulkinder. Die Einführung des Programms für kostenlose, nahrhafte Mahlzeiten (*Makan Bergizi Gratis*, MBG) im Jahr 2025 bildete den administrativen und finanziellen Schwerpunkt des ersten Amtsjahres von Präsident Prabowo Subianto. Das Programm wurde am 6. Januar 2025 nach der Gründung der Nationalen Ernährungsagentur (Badan Gizi Nasional, BGN) offiziell begonnen. Die Führung der Agentur wurde von pensionierten Militär- und Polizeibeamten und nicht von traditionellen Ernährungswissenschaftlern dominiert, und ihre operative Strategie stützte sich stark auf das territoriale Logistiknetzwerk des Militärs.

Dieser „sicherheitsorientierte“ Ansatz im Sozialwesen ermöglichte zwar eine schnelle Umsetzung, wurde von Wissenschaftlern jedoch kritisiert, da dabei die Geschwindigkeit der Umsetzung Vorrang vor der fachlichen Gesundheitsaufsicht und Ernährungsexpertise hatte. Die Implementierung im Jahr 2025 folgte einem aggressiven Expansionsplan, der die anfänglichen konservativen Schätzungen bei Weitem übertraf. Unter dem Druck der Regierung, Wahlversprechen zu erfüllen, erreichte das MBG-Programm nach Angaben der Regierung bis Ende 2025 rund 40 Millionen Empfänger. Dies wurde durch die Erhöhung der Anzahl der Produktionsküchen auf über 9.600 landesweit erreicht.

Eine große Schwierigkeit bestand darin, dass die schnelle Verbreitung auf Kosten der Etablierung von Hygiene- und Qualitätsstandards erfolgte. Es kam zu mehreren Lebensmittelvergiftungen, was zu weit verbreiteter Kritik an der Qualität des Programms führte. Ein zentraler Kritikpunkt war zudem, dass die Zielgruppe des Programms (Schulkinder zwischen 6 und 18 Jahren) nicht mit dem Hauptziel der Bekämpfung von Wachstumsverzögerungen bei Kleinkindern (Stunting) übereinstimmt.

Das Hauptproblem des MBG-Programms waren jedoch die hohen Ausgaben, die den Staatshaushalt stark belasteten. Wie im späteren wirtschaftlichen Teil dieses Artikels genauer erläutert wird, stiegen die Ausgaben sprunghaft an. Die Umsetzung des Programms für kostenlose, nahrhafte Mahlzeiten steht seit Beginn des zweiten Jahres im Jahr 2026 an einem kritischen Punkt. Während die Regierung hierfür mehr staatliche Mittel verwenden will, haben zivilgesellschaftliche Gruppen alarmierende Kritikpunkte hinsichtlich seiner langfristigen Tragfähigkeit und seiner unmittelbaren Wirkung geäußert.

3.2.5. Finanz- und Haushaltspolitik

Das Haushaltsjahr 2025 war von einer risikoreichen Neuausrichtung geprägt: Einerseits musste die indonesische Regierung die Finanzierung umfangreicher, neuer Sozialprogramme – vor allem des zuvor erwähnten MBG-Programms – sicherstellen, andererseits galt es, die gesetzlichen Vorgaben zur Haushaltsdisziplin einzuhalten. Die Verabschiedung des Haushaltsplans für das Jahr 2026 kann somit als Übergang von der konservativen Stabilität des vergangenen Jahrzehnts zu einem offensiveren, schuldenfinanzierten Entwicklungsmodell interpretiert werden.

Dieser Richtungswandel steht in engem Zusammenhang mit der Ablösung der langjährigen Finanzministerin Sri Mulyani Indrawati im September 2025: Während Sri Mulyani als Vertreterin eines vorsichtigen und von Fiskaldisziplin geprägten Kurses galt, machte ihr Nachfolger Purbaya Yudhi Sadewa klar, dass er einen Kurswechsel von „Stabilität zuerst“ zu einer riskanteren, wachstumsorientierten Finanzpolitik plane, um das ehrgeizige BIP-Wachstumsziel des Präsidenten von 8 % zu erreichen.

Das Haushaltsdefizit belief sich zum Jahresende 2025 auf 695 Billionen Rupiah, was 2,9 % des BIP entspricht. Dieser Wert liegt gefährlich nahe an der gesetzlich festgelegten Obergrenze von 3 % und lässt kaum fiskalischen Spielraum für unerwartete wirtschaftliche Schocks. Insgesamt nahm die

indonesische Regierung im Laufe des Jahres 2025 neue Schulden in Höhe von 744 Billionen Rupiah auf und überschritt damit das ursprüngliche Ziel von 616 Billionen Rupiah deutlich.

Ende 2025 beliefen sich die gesamten ausstehenden Schulden Indonesiens auf 9.420 Billionen Rupiah. Damit überschritt die Schuldenquote die psychologisch wichtige Schwelle von 40 % des BIP. Zwar liegt sie noch deutlich unter der gesetzlichen Grenze von 60 %, dennoch haben internationale Ratingagenturen angesichts dieses Anstiegs Warnungen hinsichtlich steigender Zinsbelastungen ausgesprochen.

Der umstrittenste Aspekt der staatlichen Ausgabenpolitik für das Jahr 2025 war die Umsetzung der Präsidentialverordnung Nr. 1/2025. Diese schrieb eine „Effizienzeinsparung“ von rund 307 Billionen Rupiah vor. Dabei handelte es sich um eine erzwungene Umverteilung bestehender Mittel, um die wichtigsten Programme des Präsidenten zu priorisieren.

Der enorme Finanzierungsbedarf für das MBG-Programm führte zu sichtbaren Kürzungen in anderen Bereichen. Ein erheblicher Teil der geplanten Ausgaben für Bildung – geschätzt über 70 Billionen Rupiah in Jahr 2025 und rund 220 Billionen im Jahr 2026 – wurden in das MBG-Programm umgeleitet.³ Dies führte zu Kürzungen bei staatlichen Universitäten, aber auch bei der Lehrerausbildung und der Instandhaltung von Schulen, insbesondere in weniger entwickelten Regionen.

Auch die Mittelzuweisungen an die Regionalregierungen fielen den Effizienzbestrebungen zum Opfer. Im Vergleich zum Vorjahr fielen die regionalen Transfers um bis zu 30 % geringer aus. Dadurch hatten viele Provinz- und Landkreisregierungen Schwierigkeiten, die laufenden Betriebskosten und die Instandhaltung der lokalen Infrastruktur zu decken. Budgetkürzungen im Verkehrssektor führten beispielsweise Anfang des Jahres 2025 direkt zum Stillstand des gesamten öffentlichen Nahverkehrs in Yogyakarta und auf der Insel Bali.

Durch die Priorisierung des MBG-Programms akzeptierte die Regierung höhere Schuldenstände und reduzierte die fiskalische Autonomie der Kommunen. Das Hauptrisiko für das Jahr 2026 ist, dass die unzureichenden Steuereinnahmen (die bis Ende 2025 nur etwa 78 % des Zielwerts erreichten) noch tiefere Kürzungen oder gar eine Überschreitung der 3 %-Defizitgrenze erzwingen werden.

3.2.6. Weiterbau der neuen Hauptstadt Nusantara

Die Verlegung der indonesischen Hauptstadt von Jakarta, das laut den Vereinten Nationen im Jahr 2025 Tokyo als die größte städtische Agglomeration der Welt überholte, in die peripher gelegene, noch im Aufbau befindliche Hauptstadtneugründung Nusantara in Ost-Kalimantan, war unter dem vorherigen Präsidenten Joko Widodo eine Top-Priorität. Mit diesem Projekt wollte er sich wohl auch für immer in der indonesischen Geschichtsschreibung verewigen. Die ursprünglich bis zum Ende von Jokowi Amtszeit im August 2024 geplante offizielle Verlegung der Hauptstadt von Jakarta nach Nusantara musste allerdings um mehrere Jahre verschoben werden.

Der amtierende Präsident Prabowo Subianto will an der von seinem Vorgänger begonnenen Hauptstadtverlegung festhalten. Allerdings erfuhr das Projekt unter Prabowo einen bedeutenden Identitätswandel. Er positioniert es als Indonesiens „politische Hauptstadt“ und nicht mehr als alleinige nationale Hauptstadt.

Gleichzeitig wurde der Projektumfang reduziert. Mit dem Präsidialdekret Nr. 79 von 2025 erklärte Präsident Prabowo die neue Hauptstadt nicht mehr zum zukünftigen nationalen Zentrum mit einem möglichst großen Zuzug von Menschen und Wirtschaftskraft. Laut Dekret ist das Hauptziel nun, die volle Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen in Nusantara sicherzustellen, damit die neue „politische Hauptstadt“ bis zum Jahr 2028 funktional voll einsatzbereit ist.

Im Einklang mit den bereits erwähnten umfangreichen Sparmaßnahmen bis 2025 wurden die Ausgaben für die neue Hauptstadt deutlich gekürzt. Die Regierung genehmigte ein Entwicklungsbudget von 49 Billionen Rupiah bis 2028. Dies stellt einen deutlichen Rückgang gegenüber den 75 Billionen Rupiah dar, die im Zeitraum 2022–2024 ausgegeben wurden.

Um die weit verbreitete öffentliche Skepsis zu zerstreuen, verwendete der neue Leiter der Hauptstadtbehörde, Basuki Hadimuljono, im Jahr 2025 wiederholt den Ausdruck „Point of No Return“, um Investoren zu versichern, dass das Projekt trotz eines möglicherweise langsameren Tempos nicht aufgegeben werde.

Obwohl über 500 Absichtserklärungen unterzeichnet wurden, blieben die tatsächlichen ausländischen Privatinvestitionen in die neue indonesische Hauptstadt im Jahr 2025 sehr gering. Die meisten fertiggestellten Gewerbeimmobilien (Hotels und Einkaufszentren) werden nach wie vor von einheimischen Konzernen mit hohen staatlichen Subventionen finan-

ziert. Der geplante Massenumzug der staatlichen Beamten wurde wiederholt verschoben. So lebten Ende 2025 tatsächlich nur etwa 1.500 staatliche Mitarbeiter in Nusantara, weit weniger als die ursprünglich angestrebten 12.000 Personen. Für viele langjährige Beamte ist es wenig attraktiv, mit ihren Familien vom urbanen, hochentwickelten Jakarta in die abgelegene „Geisterstadt“ Nusantara auf der Insel Borneo zu ziehen.

3.2.7. Unruhen im August 2025

Der bedeutendste politische Widerstand gegen die Regierung Prabowo ereignete sich Ende August 2025, als es im gesamten Archipel zu landesweiten Protesten kam. Auslöser der Unruhen war ein umstrittener Vorschlag, die Wohnbeihilfe für Abgeordnete des nationalen Parlaments auf 50 Millionen Rupiah zu erhöhen – das Zehnfache des durchschnittlichen Mindestlohns –, und das inmitten nationaler Sparmaßnahmen.

Die Unruhen waren Teil einer landesweiten Protestwelle gegen die wahrgenommene Korruption der Eliten, sozioökonomischen Druck (wie stagnierende Löhne und Steuererhöhungen) und Forderungen nach politischen Reformen. Sie entwickelten sich zu einer der größten Unruhen in Indonesien seit Jahrzehnten, an der Zehntausende Demonstranten in allen Teilen des Landes teilnahmen.

Der Tod eines Zivilisten bei einem Polizeieinsatz während einer Massendemonstration in Jakarta wirkte wie ein Katalysator: Die Proteste wandten sich nun auch gegen die Polizei, forderten die Auflösung des Parlaments und ein Ende von Korruption und Machtmissbrauch der politischen und wirtschaftlichen Eliten. In Jakarta wurden mehrere Bushaltestellen und andere Gebäude der öffentlichen Infrastruktur beschädigt oder in Brand gesetzt.

In mehreren Auseinandersetzungen setzten Sicherheitskräfte daraufhin Tränengas, Wasserwerfer, Schlagstöcke und körperliche Gewalt ein. Menschenrechtsgruppen berichteten von exzessiver Gewaltanwendung und rechtswidriger Auflösung von Menschenansammlungen.

Die Gewaltspirale in Jakarta griff zwischen dem 28. und 31. August 2025 auf viele andere Städte in ganz Indonesien über. In Bandung (Westjava), Solo und Semarang (beide Zentraljava) sowie Surabaya (Ostjava) kam es zu Angriffen auf Parlaments- und lokale Regierungsgebäude sowie zu Bränden, bei denen die Feuerwehr eingesetzt werden musste. In Makassar (Süd-Sulawesi) wurden am 29. August 2025 vier Menschen getötet,

als Demonstranten das lokale Parlamentsgebäude in Brand steckten. Die Privathäuser einiger landesweit bekannter Politiker wurden attackiert und zerstört.

Erst politische Zugeständnisse der Regierung beendeten Anfang September 2025 die Welle der Gewalt. Angesichts des zunehmenden Drucks und der weit verbreiteten Gewalt kündigte Präsident Prabowo Subianto an, die umstrittenen Vergünstigungen für Abgeordnete auszusetzen. Zugleich wurde die Sicherheitspräsenz massiv erhöht und zahlreiche Militäreinheiten zur Stärkung der inneren Sicherheit eingesetzt.

3.2.8. Außenpolitik unter Präsident Prabowo

Seit seinem Amtsantritt im Oktober 2024 verfolgt Präsident Prabowo Subianto eine selbstbewusstere Außenpolitik als sein Vorgänger Jokowi, der außenpolitisch eher zurückhaltend agierte. Indonesien verfolgt seit Jahrzehnten eine Außenpolitik, die von pragmatischer Blockfreiheit geprägt ist. Prabowos Ansatz legt nun den Fokus auf nationale Interessen, wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und strategische Autonomie. Dabei strebt er Vorteile sowohl für Indonesien als auch für dessen Handelspartner und strategische Partner an, ohne sich in geopolitische Rivalitäten verstricken zu lassen.

Prabowo reiste am 3. September 2025 in die chinesische Hauptstadt Peking. Als einer der vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping eingeladenen Staats- und Regierungschefs nahm er an der großen Militärparade in Peking teil, die an den 80. Jahrestag des Sieges Chinas im Zweiten Weltkrieg erinnerte. Mit dem Besuch signalisierte Indonesien seine Bereitschaft, die engen Beziehungen zu China aufrechtzuerhalten, und versicherte dem Land seine Entschlossenheit, die strategische Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Investitionen, Technologie und Infrastruktur zu vertiefen.

Im Jahr zuvor musste sich Prabowos Regierung allerdings mit einigen heiklen geopolitischen Fragen im Verhältnis zu China auseinandersetzen. In einer gemeinsamen Erklärung Chinas und Indonesiens anlässlich Prabowos Besuch in Peking im März 2024 wurde von „überlappenden Ansprüchen im Südchinesischen Meer“ gesprochen. Dies löste in Indonesien Bedenken hinsichtlich der Souveränität über die Natuna-Inseln aus, die innerhalb der chinesischen *Nine-Dash-Line* liegen. Die Regierung stellte ihre Haltung rasch klar und bekräftigte ihr Bekenntnis zum Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen sowie zur territorialen Integrität des

Landes. Sie betonte, dass China zwar ein wichtiger Partner sei, die Souveränität Indonesiens über das gesamte Territorium jedoch nicht verhandelbar sei.

Im Zusammenhang mit der engen Zusammenarbeit mit China ist auch Indonesiens Beitritt zu den BRICS-Staaten zu sehen. Am 7. Januar 2025 wurde das Land Vollmitglied der Staatengemeinschaft. Die Mitgliedschaft war bereits im August 2023 auf dem BRICS-Gipfel in Johannesburg im Konsens beschlossen worden, doch Jakarta wartete mit der Formalisierung bis nach den Präsidentschaftswahlen 2024 und der Bildung der neuen Regierung.

Indonesiens Beziehungen zu den Vereinigten Staaten blieben unter Prabowo stabil, insbesondere in den Bereichen Verteidigung, Technologie und Investitionen. Die USA betrachten Indonesien als einen wichtigen Akteur in Südostasien und als strategisches Gegengewicht zum Einfluss Chinas. Prabowo, der seinen eigenen Hintergrund im Verteidigungsbereich nutzt, hat der militärischen Modernisierung Priorität eingeräumt und begrüßt die weitere Zusammenarbeit mit den USA durch gemeinsame Übungen, Verteidigungsdialoge und Waffenbeschaffung.

In wirtschaftlicher Hinsicht positionieren sich die USA als Partner in wichtigen Mineralienlieferketten, insbesondere angesichts der zentralen Rolle Indonesiens auf dem globalen Nickelmarkt – von entscheidender Bedeutung für die Herstellung von Batterien für Elektrofahrzeuge. Prabowo hat amerikanische Investitionen in die wertschöpfende Verarbeitung und saubere Energie gefördert, was mit seinen umfassenderen Zielen der industriellen Modernisierung und Ressourcensouveränität im Einklang steht.

Mitte Juli 2025 führten Prabowo und US-Präsident Donald Trump mehrere Telefongespräche, um die durch Trumps Zollpolitik verursachten Handelsspannungen zu besprechen. Nach intensiven Verhandlungen einigten sich beide Staatsoberhäupter darauf, die Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen und die Zölle auf indonesische Exporte in die USA anzupassen. Prabowo bezeichnete den Dialog als konstruktiv und als Beginn einer „neuen Ära des gegenseitigen Nutzens“.

Am 13. Oktober 2025 nahm Präsident Prabowo am Gaza-Friedensgipfel im ägyptischen Scharm El-Scheich teil, auf dem ein von US-Präsident Trump ausgearbeiteter Friedensplan verabschiedet wurde. Prabowos nicht unumstrittene Teilnahme wurde von der indonesischen Regierung ausdrücklich als Beitrag zur Unterstützung des Waffenstillstands und des Friedensprozesses sowie als Ausdruck des Engagements Indonesiens für eine Beendigung des Konflikts dargestellt. In der Folge warnten jedoch

zahlreiche indonesische Kommentatoren davor, dass eine Beteiligung Jakartas an einem von den Vereinigten Staaten – und indirekt auch von Israel – maßgeblich geprägten Friedensplan die traditionelle außenpolitische Unterstützung Indonesiens für die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates untergraben könnte, die über Jahrzehnte hinweg ein zentrales Leitprinzip seiner Diplomatie gewesen ist.

Die Außenpolitik von Präsident Prabowo verfolgt insgesamt klar das Ziel, die Beziehungen zu den USA und zu China ausgewogen zu gestalten. Während China ein zentraler Wirtschaftspartner bleibt, bemüht sich Indonesien unter Prabowo, seine strategische Flexibilität zu wahren, Abhängigkeiten zu vermeiden und die Beziehungen zu den USA sowie zu anderen gleichgesinnten Staaten auszubauen. Dieser Ausgleich setzt die indonesische Doktrin der „freien und aktiven“ (*bebas dan aktif*) Außenpolitik fort, jedoch in einem realistischeren und stärker wirtschaftsorientierten Stil, der von Prabowos ausgeprägtem Führungsstil und seinen nationalistischen Prioritäten geprägt ist.

3.2.9. Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung

Indonesien ist nicht nur die größte Wirtschaftsmacht Südostasiens, sondern die vierzehntgrößte Volkswirtschaft weltweit und das einzige südostasiatische Mitglied der G20-Gruppe. Innerhalb von wenigen Jahrzehnten hat sich das Land von einem der weltweit ärmsten Länder in den 1950er und 1960er Jahren zu einem laut Weltbank-Bewertung „upper-middle-income country“ entwickelt. Allein zwischen dem Jahr 2000 (4.784 Int. Dollar) und 2022 (auf 14.5351 Int. Dollar) verdreifachte sich das BIP pro Kopf (laufende Preise; PPP).

Dies reicht der indonesischen Regierung jedoch noch nicht aus. Bis zum 100-jährigen Jubiläum der Republikgründung im August 2045 soll das Land nach dem Willen des neuen Präsidenten ein vollentwickeltes Industrieland sein. Prabowo prägte hierfür das Leitbild „*Indonesia Emas 2045*“ (Goldenes Indonesien 2045). Um dieses Ziel zu erreichen, wären jährliche BIP-Wachstumsraten von über 8 % erforderlich. Zwar forderte Prabowo dies selbstbewusst ein, doch nahezu alle internationalen Finanzinstitutionen halten dies für sehr unrealistisch. Stattdessen werden weiterhin Wachstumsraten von rund 5 % erwartet, die dennoch weit über dem Weltdurchschnitt liegen.

Die wirtschaftliche Gesamtentwicklung Indonesiens im Jahr 2025 lässt sich als „robust, aber angespannt“ beschreiben. Trotz globaler Unsicherhei-

ten verzeichnete das Land einen stetigen Wachstumskurs, der vor allem durch den Binnenkonsum und einen leichten Exportanstieg getragen wurde. Dieses Wachstum ging jedoch mit erheblichen fiskalischen Belastungen einher, da die Regierung zur Finanzierung ihrer wichtigsten Sozial- und Infrastrukturprogramme verstärkt Schulden aufnahm (siehe Abschnitt Finanzpolitik in diesem Artikel).

Die indonesische Wirtschaft wuchs 2025 um etwa 5 %. Die Inflation entwickelte sich über weite Strecken des Jahres positiv, geriet jedoch im Dezember unter Druck und schloss bei 2,9 %. Hauptgrund hierfür waren die stark gestiegenen Lebensmittelpreise infolge regionaler Überschwemmungen und der hohen Nachfrage während der Feiertage am Jahresende. Die Inflation blieb jedoch innerhalb des Zielkorridors der indonesischen Zentralbank von 2,5 bis 3,5 %.

Indonesien zeigte sich außenwirtschaftlich robust und verzeichnete solide Handelsüberschüsse. Dieser Überschuss wurde maßgeblich durch Nicht-Öl-Exporte, beispielsweise von Eisen, Stahl und Fertigwaren, erzielt. China und die USA waren dabei weiterhin die wichtigsten Handelspartner.

Hauptwachstumstreiber waren der Binnenkonsum, ein starker Aufschwung im verarbeitenden Gewerbe und die Lockerung der Geldpolitik. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte bildeten weiterhin das Rückgrat der Wirtschaft und machten über 53 % des BIP aus. Unterstützt wurde dies durch staatliche Konjunkturmaßnahmen, darunter Direktzahlungen und die Sonderzahlung für Beamte. Das verarbeitende Gewerbe wuchs in der zweiten Jahreshälfte um 5,7 %, insbesondere in den Bereichen Nahrungsmittel und Getränke sowie Basismetalle, was zu einem Anstieg der Exporte um 10,7 % beitrug. Die indonesische Zentralbank „Bank Indonesia“ (BI) senkte den Leitzins bis August 2025 um 75 Basispunkte auf 5,3 % und stellte damit der Privatwirtschaft dringend benötigte Liquidität zur Verfügung.

Das Jahr 2025 hat gezeigt, dass Indonesien auch unter globalem geopolitischem Druck ein Wirtschaftswachstum von 5 % aufrechterhalten kann. Die Abhängigkeit von einem Haushaltsdefizit von 2,9 % und die Annäherung an die 40-%-Schwelle der Staatsverschuldung deuten jedoch darauf hin, dass die Phase des schuldenfinanzierten Wachstums zu Ende geht. Die größte Herausforderung im Jahr 2026 besteht darin, ob die Regierung ihre Steuerquote (die bei 10 % stagniert) erhöhen kann, um ihre ambitionierten Ziele zu finanzieren, ohne die gesetzliche Defizitgrenze von 3 % zu überschreiten.

Indonesiens Entwicklungsmodell ist seit langem durch einen staatszentrierten Ansatz gekennzeichnet, bei dem die Regierung eine zentrale und proaktive Rolle bei der Steuerung des wirtschaftlichen Fortschritts spielt. Marktmechanismen und private Investitionen sind zwar integraler Bestandteil der indonesischen Wirtschaft, doch ist es oft der Staat, der die Agenda vorgibt, Ressourcen mobilisiert und strategische Sektoren im Einklang mit den nationalen Prioritäten lenkt.

Präsident Prabowo Subianto ist ein starker Anhänger eines staatszentrierten Ansatzes. Anfang 2025 etablierte er den staatlichen Investmentfonds Danantara (Badan Pengelola Investasi Daya Anagata Nusantara) als das bedeutendste wirtschaftliche Experiment seiner Regierung. Die am 24. Februar 2025 gegründete „Superholding“ wurde nach dem Vorbild von Singapurs Temasek geschaffen.

Mit der Gründung Danantaras durch Gesetz Nr. 1/2025 wurde ein Bruch mit der traditionellen bürokratischen Verwaltung staatseigener Unternehmen vollzogen und ein aggressiveres, gewinnorientiertes und zentralisiertes Investitionsmodell eingeführt. Danantaras Hauptaufgabe besteht darin, die Regulierungsfunktion der Regierung von der operativen Verwaltung staatlicher Vermögenswerte zu trennen. Während sich das Ministerium für staatseigene Unternehmen (BUMN) nun ausschließlich auf Regulierungs- und Aufsichtsfunktionen über die staatlichen Unternehmen konzentriert, fungiert Danantara als professioneller Investmentfonds, der die Vermögenswerte der staatlichen Unternehmen bündelt, verwaltet und strategisch investiert.

Im Gegensatz zu anderen Behörden berichtet Danantara direkt an den Präsidenten und umgeht so mehrere bürokratische Kontrollebenen, um schnellere Entscheidungen zu ermöglichen. Ziel ist es, die Staatsbetriebe agiler zu machen und sie in die Lage zu versetzen, ihre Finanzierung selbst zu generieren. Dadurch soll ihre Abhängigkeit vom Staatshaushalt verringert werden. Zudem wird eine jährliche Dividende von 8 Milliarden US-Dollar angestrebt.

Danantara zählte bis Ende 2025 zu den größten staatlichen Unternehmen Südostasiens. Das verwaltete Vermögen belief sich auf rund 600 Milliarden US-Dollar (über 9 Billionen Rupiah) mit dem langfristigen Ziel, die Marke von 980 Milliarden US-Dollar zu übertreffen. Um den Betrieb anzukurbeln, stellte Präsident Prabowo Danantara 20 Milliarden US-Dollar zur Verfügung, die aus Budgetkürzungen anderer Ministerien stammten.

Während die Regierung Danantara als revolutionären „Wachstumsmotor“ präsentiert, wird der staatliche Investmentfonds von vielen kritisiert

und manchmal sogar mit dem gescheiterten malaysischen Staatsfonds IMDB verglichen. Da Danantara direkt dem Präsidenten unterstellt ist und weitreichende Investitionsbefugnisse ohne die übliche parlamentarische Kontrolle besitzt, befürchten Kritiker, dass ein Mangel an Kontrollmechanismen zu massiver Korruption oder Vetternwirtschaft bei Investitionen führen könnte.

Kritiker weisen zudem auf einen Interessenkonflikt zwischen Regulierungsbehörden und dem Staatsfonds hin. Mehrere Vorstandsmitglieder bekleiden gleichzeitig Regierungsämter (z. B. ist der Investitionsminister gleichzeitig CEO von Danantara). Diese Doppelfunktion birgt das Risiko, dass politische Projekte Vorrang vor wirtschaftlicher Rentabilität erhalten.

Indonesiens ausgedehntes Netzwerk aus über 100 staatlichen Unternehmen spielt eine entscheidende Rolle in strategischen Sektoren wie Energie, Bergbau, Telekommunikation, Bankwesen und Landwirtschaft. Unternehmen wie Pertamina (Öl und Gas) und PLN (Elektrizität) dominieren Schlüsselindustrien und setzen häufig staatliche Maßnahmen um, etwa Treibstoffsubventionen oder Ziele für erneuerbare Energien. Der Staat nutzt staatseigene Unternehmen nicht nur zur Bereitstellung von Dienstleistungen, sondern auch als Instrument zur Förderung der Industriepolitik und der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit.

Präsident Prabowo's Wirtschaftsvision stellt den indonesischen Staat in den Mittelpunkt der Entwicklung – als Strategie, Investor und Umsetzer. Seine Betonung nationaler Souveränität, industrieller Eigenständigkeit und gestärkter staatlicher Institutionen spiegelt eine Vertiefung des staatszentrierten Modells Indonesiens wider. Dieser Ansatz wirft zwar möglicherweise Fragen hinsichtlich der Marktoffenheit und der bürokratischen Dominanz auf, unterstreicht jedoch ein klares Bekenntnis: Der indonesische Staat reguliert die Wirtschaft nicht nur – er lenkt sie.

Prabowo's Wirtschaftsagenda basiert auf dem Prinzip der wirtschaftlichen Souveränität und soll sicherstellen, dass Indonesien nicht zu sehr von ausländischen Importen oder anfälligen globalen Lieferketten abhängig wird. Durch kontinuierliche Investitionen in Infrastruktur und Technologie, die oft über staatseigene Unternehmen oder öffentlich-private Partnerschaften erfolgen, die sich an den Prioritäten des Staates orientieren, versucht die Regierung Prabowo, die nationale Kapazität auszubauen und die Abhängigkeit von ausländischem Kapital und ausländischer Technologie zu verringern. Seine Regierung legt großen Wert auf die Ernährungssicherheit, die Unabhängigkeit der Energieversorgung und die Autonomie der Rüstungsindustrie. Diese Bereiche sind alle stark von staatlicher Planung,

öffentlichen Investitionen und der Mobilisierung staatlicher Unternehmen abhängig.

Um die zuvor erwähnte nationale Ernährungssicherheit zu steigern, hat sich die indonesische Regierung unter Präsident Prabowo eine Modernisierung der Landwirtschaft zum Ziel gesetzt. Geplant sind staatliche Unterstützungsmaßnahmen für die Bewässerungsinfrastruktur, für Saatgut- und Düngemittelunternehmen sowie eine strategische Beschaffungspolitik, die darauf abzielt, Nahrungsmittelimporte zu reduzieren und die Inlandsproduktion zu steigern. Die Regierung kündigte an, dass Indonesien seine Importe drastisch reduzieren und so schnell wie möglich eine Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln erreichen solle.

In einem viel beachteten Schritt erklärte Präsident Prabowo am 7. Januar 2026 offiziell, dass Indonesien erstmals eine nahezu vollständige Selbstversorgung mit Reis erreicht habe. Die Regierung gab bekannt, dass die nationale Reisproduktion bei 34,7 Millionen Tonnen lag, was einen Überschuss von 4 Millionen Tonnen ergab. Somit war das Land erstmals seit Jahren nicht mehr auf Reisimporte angewiesen. Dies wurde durch ein Budget für Ernährungssicherheit in Höhe von 139 Billionen Rupiah (ca. 8 Milliarden US-Dollar) im Jahr 2025 unterstützt. Dieses konzentrierte sich auf die Verdopplung der Düngemittelsubventionen und die Anhebung des staatlichen Ankaufspreises für ungeschälten Reis, um das Einkommen der Landwirte zu sichern.

Um die Nahrungsmittelimporte zu stoppen, hat die Regierung unter dem Kommando des Militärs mit dem Bau riesiger Nahrungsmittelplantagen begonnen. Auf zahlreichen Inseln im Osten Indonesiens wurden dafür Wälder gerodet und Sümpfe trockengelegt, um Platz für den Anbau von Maniok, Sojabohnen und Reis zu schaffen. Die neuen Nahrungsmittelplantagen sollen eine Fläche von rund drei Millionen Hektar umfassen, was etwa der Größe Belgiens entspricht. Darüber hinaus plant die Regierung trotz des Widerstands nationaler Umweltschutzgruppen, internationaler Organisationen und der Europäischen Union, riesige Waldflächen in Palmölplantagen umzuwandeln, da Palmöl Indonesiens wichtigstes Exportgut ist.

Die großflächige Umwandlung von Land in Nahrungsmittelplantagen wird nicht nur negative ökologische Auswirkungen haben, sondern auch die Zahl der Landkonflikte erhöhen. Die indonesische zivilgesellschaftlichen Organisation KPA (Konsorsium Pembaruan Agraria, Konsortium für Agrarreformen) verzeichnete einen Anstieg der Agrarkonflikte in Indonesien um 15 % im Jahr 2025. KPA registrierte 341 Konfliktausbrüche, die

sich auf über 914.000 Hektar erstreckten und 123.612 Familien in 428 Dörfern zum Teil erheblich beeinträchtigten. Ein wesentlicher Faktor für den Anstieg ist nach Ansicht von KPA die verstärkte Rolle des Militärs bei Projekten zur Ernährungssicherheit. Die Gewalt der indonesischen Streitkräfte in Agrarkonflikten im Jahr 2025 nahm im Vergleich zum Vorjahr um 89 % zu.⁴

3.2.10. Bilaterale Beziehungen Indonesien – Deutschland

Über die vielen Jahre der Zusammenarbeit hinweg haben Indonesien und Deutschland eine vielschichtige Partnerschaft aufgebaut. Diese zeichnet sich durch einen intensiven Wirtschaftsaustausch, strategische und politische Dialoge, einen regen Bildungs- und Kulturaustausch sowie gemeinsame Entwicklungsprojekte aus. Damit unterstreichen sie ihr Engagement für gegenseitiges Wachstum und globale Zusammenarbeit.

In den letzten Jahren haben hochrangige Besuche die traditionell guten Beziehungen zwischen Deutschland und Indonesien weiter gefestigt. So nahm der damalige indonesische Präsident Joko Widodo 2022 am G7-Gipfel in Deutschland teil und 2023 besuchte er die Hannover Messe, um die Bedeutung der Wirtschaftspartnerschaft zu unterstreichen. Im Jahr 2023 nahm der damalige indonesische Verteidigungsminister und heutige Präsident, Prabowo Subianto, am Empfang der Deutschen Botschaft zum Tag der Deutschen Einheit in Jakarta teil. In einer zum Teil auf Deutsch gehaltenen Rede betonte er die große Bedeutung der deutsch-indonesischen Beziehungen. Im Jahr 2024 nahm der ehemalige deutsche Bundespräsident Christian Wulff an der Amtseinführung von Prabowo Subianto als neuem indonesischen Präsidenten teil und signalisierte damit das anhaltende diplomatische Engagement Deutschlands in Indonesien.

In einer bedeutenden diplomatischen Geste wählte der deutsche Außenminister Johann Wadephul Indonesien als zweite Station seiner Asienreise im August 2025, gleich nach seinem Besuch in Japan. In einer Grundsatzerede vor der Foreign Policy Community of Indonesia (FPCI) in Jakarta bezeichnete er Indonesien ausdrücklich als „engen Freund“ und „Partner, den Deutschland und Europa mehr denn je brauchen“.

Im Rahmen der deutsch-indonesischen Entwicklungszusammenarbeit trafen sich hochrangige Vertreter des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des indonesischen Ministeriums für nationale Entwicklungsplanung (Bappenas) im

Dezember 2025 in Jakarta, um ihre zukünftige Zusammenarbeit abzustimmen. Sie einigten sich auf sechs prioritäre Bereiche für den Zeitraum 2026–2030: Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft, urbane Mobilität, Forstwirtschaft, Energie und Berufsausbildung.

Das wirtschaftspolitische Schlüsselereignis des Jahres 2025 für die indonesisch-deutschen Beziehungen war der Abschluss des umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens (Comprehensive Economic Partnership Agreement, CEPA) zwischen Indonesien und der EU. Als größte Volkswirtschaft der EU war Deutschland einer der Haupttreiber dieses Abkommens. Im Rahmen des Abkommens wird die EU die Zölle auf 98,5 % der indonesischen Waren abschaffen, während Indonesien im Gegenzug die Zölle auf rund 80 % der EU-Waren (mit Schwerpunkt auf deutschen Exporten von Maschinen, Automobilen und Milchprodukten) abschafft. Das Abkommen ersetzt zudem ältere bilaterale Verträge durch ein neues, transparentes Investitionsgerichtssystem zum Schutz deutscher Investoren in Sektoren wie Elektromobilität und Pharmazie.

Im Jahr 2025 bleiben die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Indonesien und Deutschland deutlich hinter ihren Möglichkeiten zurück. Dies gilt insbesondere für Deutschland als Exportnation, das nur relativ wenig in das viertbevölkerungsreichste Land der Erde exportiert. Auf der Liste des Statistischen Bundesamtes zu den Handelspartnern der Bundesrepublik vom Oktober 2025 liegt Indonesien auf Position 53 und damit hinter den deutlich kleineren südostasiatischen Nachbarstaaten Malaysia, Singapur, Vietnam und Thailand.⁵

Laut Daten von GTAI vom Dezember 2025 exportierte Deutschland im Jahr 2024 lediglich Waren im Wert von 2,9 Milliarden Euro nach Indonesien und importierte gleichzeitig Waren im Wert von 4,4 Milliarden Euro aus Indonesien, was für Deutschland zu einem Handelsdefizit von 1,6 Milliarden Euro führte.⁶ Dementsprechend weist das weltweit drittgrößte Exportland Deutschland im Jahr 2024 ein Handelsdefizit mit Indonesien auf.

Zu den wichtigsten deutschen Exportgütern nach Indonesien zählten Maschinen, chemische Produkte und Eisen/Stahl. Deutschland hingegen importierte aus Indonesien vor allem Schuhe, Textilien/Bekleidung und Öle/Fette/Wachse. Die Zusammenarbeit in der Automobilindustrie nimmt insbesondere im Bereich der Elektrofahrzeuge an Dynamik zu. Deutsche Autohersteller arbeiteten mit indonesischen Firmen und Behörden zusammen, um die Entwicklung von Lieferketten für Elektrofahrzeuge zu erkunden und dabei die reichen Nickelreserven Indonesiens, welche eine Schlüs-

selkomponente für die Herstellung von Batterien für Elektrofahrzeuge ist, zu nutzen.

Nachhaltigkeit bleibt ein zentrales Thema in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Indonesien und Deutschland. Im Einklang mit Deutschlands globalen Klimaverpflichtungen und Indonesiens wachsendem Fokus auf eine grüne Wirtschaft haben beide Länder ihre Zusammenarbeit bei Umweltprojekten vertieft. Deutsche Entwicklungsagenturen unterstützten in Indonesien Initiativen mit Schwerpunkt auf erneuerbaren Energien, Energieeffizienz, klimaresistenter Infrastruktur und Abfallmanagement. Der Deutsch-Indonesische Tag der Erneuerbaren Energien, der 2024 in Jakarta stattfand, verdeutlichte das wachsende Interesse an gemeinsamen Projekten und Technologietransfer, insbesondere im Bereich Solar- und Windenergie.

Im Februar 2025 übernahm Deutschland die Co-Leitung der International Partners Group im indonesischen Just Energy Transition Partnership (JETP) von den USA, die nach dem Amtsantritt Donald Trumps diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen wollte. JETP ist ein im November 2022 ins Leben gerufenes Abkommen im Wert von 20 Milliarden US-Dollar zur Unterstützung des Übergangs Indonesiens zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, wobei der Schwerpunkt auf der Dekarbonisierung des Energiesektors und der Beschleunigung des Einsatzes erneuerbarer Energien liegt.

Anfang 2025 wurde ein wegweisendes Abkommen zwischen der deutschen Staatsbank KfW und dem indonesischen Energieversorger PLN unterzeichnet. Die Mittel sind für den Ausbau von Pumpspeicherkraftwerken und den Netzausbau bestimmt, um abgelegene Ökostromquellen mit Industriezentren zu verbinden. Bisher hat die indonesische Regierung allerdings wenige Erfolge bei der Umsetzung einer erfolgreichen Energiewende von fossilen zu erneuerbaren Ressourcen erzielt. Die Energiepolitik Indonesiens ist nach wie vor stark auf Kohlekraftwerke ausgerichtet.

3.2.11. Zusammenfassung und Fazit

Im Jahr 2025 wurde Indonesien von einem neuen Präsidenten regiert. Nach zehn Jahren gab Ex-Präsident Joko Widodo das Amt an seinen gewählten Nachfolger Prabowo Subianto weiter. Dieser Regierungswechsel bedeutete jedoch keinen Neuanfang in der indonesischen Politik, da vieles unverändert blieb oder in die gleiche Richtung fortgeführt wurde.

Das bedeutet, dass sich der bereits von der Jokowi-Regierung eingeleitete Rückgang der Demokratie- Qualität auch im Jahr 2025 fortsetzte. Zu den

Gewinnern des Regierungswechsels zählen die politischen Dynastien, die ihre Macht weiter ausbauen konnten, sowie das Militär, das bereits unter Präsident Jokowi einen Bedeutungszuwachs erlebte und unter Präsident Subianto zu einem immer wichtigeren Machtfaktor Indonesiens werden wird. Beide Tendenzen sind negativ für die Entwicklung der Demokratie in Indonesien.

In außenpolitischer Hinsicht haben sich unter dem neuen Präsidenten Prabowo Subianto im Jahr 2025 keine größeren, jedoch zahlreiche kleinere Veränderungen ergeben. Aufgrund seiner geopolitischen Lage an der Schnittstelle zwischen dem Pazifik und dem Indischen Ozean befindet sich Indonesien in einem sensiblen und strategisch wichtigen Umfeld, in dem die Rivalität zwischen den USA und China stark ausgeprägt ist. Prabowo hat klargestellt, dass Indonesien keine Partei ergreifen, sondern eine „pro-indonesische“ Außenpolitik verfolgen werde, die auf nationalen Interessen, wirtschaftlicher Eigenständigkeit und strategischer Flexibilität basiere.

Einerseits signalisiert der Anfang 2025 vollzogene Eintritt in die von China und Russland dominierte BRICS-Staatengemeinschaft eine Hinwendung zu China, andererseits deutet die demonstrative Unterstützung des Gaza-Friedensplans von US-Präsident Donald Trump in eine andere Richtung.

In der Wirtschaftspolitik hat sich die indonesische Regierung um Präsident Prabowo Subianto sehr ehrgeizige Ziele gesetzt. In seiner Regierungserklärung vom 30. Dezember 2024 gab dieser an, ein BIP-Wachstum von 8 % bis zum Jahr 2029 erreichen zu wollen. Darüber hinaus soll Indonesien anlässlich seines 100-jährigen Bestehens im Jahr 2045 ein voll entwickeltes Land sein. Um dies zu erreichen, hat die Regierung unter Prabowo eine Reihe strategischer Wirtschaftsmaßnahmen eingeführt, die darauf abzielen, die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit Indonesiens zu stärken, Importe zu reduzieren und die Selbstversorgung zu fördern. Diese Initiativen spiegeln ein staatlich gelenktes Entwicklungsmodell wider, das nationale Interessen und wirtschaftliche Souveränität in den Vordergrund stellt. Im Mittelpunkt von Präsident Prabowos wirtschaftlicher Vision steht die Konsolidierung staatlicher Unternehmen unter dem neuen Staatsfonds Danantara.

Hinsichtlich der traditionell guten Beziehungen zwischen Indonesien und Deutschland sind kurzfristig keine größeren Veränderungen zu erwarten. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland, der weltweit drittgrößten Volkswirtschaft, und Indonesien, dem weltweit vierbevölkerungsreichsten Land, bleiben jedoch weiterhin hinter ihrem Potenzial zurück. Das 2025 beschlossene umfassende Handelsabkommen zwischen der EU

und Indonesien eröffnet beiden Seiten nun erhebliche Möglichkeiten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit deutlich auszubauen.

Notes

- 1 Der vorliegende Artikel wurde in Absprache mit den Herausgebern bewusst ohne umfangreiche wissenschaftliche Zitationen verfasst. Der Autor hielt sich im Verlauf des Jahres 2024 und 2025 nahezu durchgehend in Indonesien auf und stützte die im Artikel enthaltenen Informationen auf die Lektüre wissenschaftlicher Publikationen, Zeitungs- und Zeitschriftenberichte sowie auf persönliche Gespräche vor Ort.
- 2 Radhiya Indra und Yvette Tanamal, „House Speaker Puan Takes Jab at Jokowi as She Laments Declining Democracy”, *The Jakarta Post Online*, 18. August 2024, <https://www.thejakartapost.com/indonesia/2024/08/18/house-speaker-puan-takes-jab-at-jokowi-as-she-laments-declining-democracy.html>.
- 3 Imamatul Silfia, „Sri Mulyani: MBG hanya ambil Rp 223 T dari anggaran pendidikan 2026“, *Antara*, 21. August 2025, <https://www.antaraneews.com/berita/5053861/sri-mulyani-mbg-hanya-ambil-rp223-t-dari-anggaran-pendidikan-2026>.
- 4 Kennial Laia, „Konflik Agraria Naik Signifikan pada 2025, Ada Peran Militer: KPA“, *Betahita*, 16. Januar 2026, <https://betahita.id/news/detail/11760/konflik-agraria-naik-signifikan-pada-2025-ada-peran-militer-kpa.html>.
- 5 Statistisches Bundesamt (Destatis), *Ranking of Germany's Trading Partners in Foreign Trade*, 12. Oktober 2025, <https://www.destatis.de/EN/Themes/Economy/Foreign-Trade/Tables/order-rank-germany-trading-partners.pdf>.
- 6 Germany Trade & Investment (GTAI), *Indonesien. Wirtschaftsdaten kompakt*, Dezember 2025, <https://www.gtai.de/de/trade/indonesien-wirtschaft/wirtschaftsdaten-kompakt#/IDN/overview>.

3.3. Malaysia: Key Events and their Ramifications 2025

Guanie Lim

National Graduate Institute for Policy Studies, Tokyo

3.3.1. Introduction

Malaysia in 2025 was neither exciting nor mundane. There was no general election, no market-shaking financial crisis, and no dramatic break with the past. Yet, the apparent calm was misleading. Instead of spectacle, the year unfolded through a sequence of discrete political events that, taken in isolation, seemed modest. Considered together, however, they reveal the challenges of a nation still negotiating the terms of its post-2018 transition politics and its place in a more fractious global order.

The Unity government's reform agenda continued to encounter the hard reality of political feasibility. Centre-state dissonance reemerged, especially in resource-rich and politically competitive peripheries. Coalition politics, once hailed as a stabilizing force, increasingly looked like a constraint, and while they have, to some extent, facilitated in preserving political stability, they have also diluted political clarity. At the same time, little breathing room was to be found in the international area, where major power rivalry and other geopolitical shocks continued to constrain policy options. In short, Malaysia's politics in 2025 were defined less by crisis than by attrition. The country was not drifting, but merely adjusting to the combined realities of fragmented politics, economic headwinds, and shifting geostrategic currents.

This essay examines five key events that together illuminate these structural tensions. The first was the resignation of key cabinet figures in May 2025. Far from a routine reshuffle, the departures underlined how reformist rhetoric can collide with political realities. The resignations signaled both intra-party contestation and the difficulty of sustaining reform while constantly managing coalition partners and public expectations. The second event, the '*Turun Anwar*' ('Step Down Anwar') rally in July 2025, called for Prime Minister Anwar Ibrahim to resign amid frustration over rising living costs and unfulfilled reform promises. It did not threaten the government's survival, but it sent a signal to the Unity government that the feel-good factor was fast depleting.

Thirdly, in October 2025, Malaysia briefly returned to the diplomatic spotlight as host of a major ASEAN summit. It had to navigate between Washington, Beijing, and a widening cast of middle powers. The summit showcased Malaysia's capacity to convene and mediate, even if the gains were not immediately obvious or lasting. Fourthly, the Sabah state election, held in November 2025, exposed the limits of federal authority and fiscal discipline at a peripheral level. Local patronage and identity politics once again dominated the agenda, highlighting the increasingly fluid nature of Malaysian federalism. Finally, the year closed with a political drama as Muhyiddin Yassin resigned as leader of the Perikatan Nasional (PN) opposition bloc on 30 December 2025. The move unsettled an already fluid opposition landscape and raised questions about succession, strategy, and more importantly, the durability of Malaysia's two-coalition configuration.

3.3.2. Cabinet Resignations: Reform Losing Steam

In May 2025, Economy Minister Rafizi Ramli resigned from the cabinet following his defeat in the contest for deputy presidency in Prime Minister Anwar Ibrahim's party Parti Keadilan Rakyat (PKR).¹ Hours later, Natural Resources and Environmental Sustainability Minister Nik Nazmi Nik Ahmad, widely seen as a close Rafizi ally, also announced his resignation after failing to retain his position as PKR vice president. Their resignations, especially those of Rafizi, unsettled observers not because of who left, but because of what their departure symbolized. More accurately, their exits highlighted the ebbing momentum of reform within Anwar's already fragile governing coalition.

Rafizi had long been regarded as one of the most reform-oriented figures in Anwar's cabinet. Since taking office in late 2022, he was closely associated with some of the government's most ambitious, but politically risky economic initiatives. These included subsidy rationalization, fiscal consolidation, and a more data-driven approach to policymaking. In technocratic terms, many of these measures were defensible. Malaysia's blanket fuel and food subsidies were fiscally costly, poorly targeted, and highly distortionary. Reducing them was essential for restoring budget discipline and reallocating resources towards longer-term growth drivers.

Nevertheless, reform rarely unfolds in a political vacuum. Subsidy rationalization, however well designed, produces losers before its broader benefits can materialize. For lower-income households already grappling with

rising living costs, the reforms felt less like prudent fiscal management and more like an erosion of social protection. This pattern is hardly unique. The country has attempted economic reform repeatedly over the past decades, and each effort has followed a familiar trajectory: early optimism soon meets with mounting resistance, which eventually results in political compromise. Seen in this light, Rafizi's (and Nik Nazmi's) resignation was less a repudiation of reform than a casualty of its political limits. Their departures marked not abandonment, but exhaustion. They underscored the difficulty of sustaining reform momentum once the initial post-election window closes and distributional trade-offs become unavoidable.

When assessing the market implications of these cabinet resignations, there were fortunately no massive sell-offs in the equity market with most analysts concurring that the country's macroeconomic fundamentals remained fairly intact, and not all of Rafizi's policy initiatives were likely to be reversed. However, the episode still highlighted a deeper, longer-running issue i.e. Malaysia's persistent inability to break out of the middle-income trap.²

As noted elsewhere, the Malaysian economy has achieved its current level of per capita income through labor-intensive manufacturing and participation in mature global value chains. While this model delivered relatively steady growth, it has proven insufficient for the transition toward higher value-added, innovation-driven activities. Since the late 1990s, productivity gains have slowed, private investment in research and development (R&D) remains modest, and industrial upgrading has been uneven. As a result, the country's economy has become increasingly dependent on factor accumulation rather than sustained structural transformation, reinforcing the economy's middle-income plateau.

Without systemic reform (e.g. greater R&D spending and more targeted efforts at high-technology industries), the nation is unlikely to reach the productivity gains and policy consistency often associated with high-income nations. However, economic history tells us that such reforms require technical coherence, in addition to political maturity. They demand a coalition willing to absorb short-term costs in exchange for long-term gains.³ As far as the Anwar-led Unity government is concerned, there is little evidence to suggest the existence of the political willpower to do so.

To be fair, the slowing of reform does not necessarily imply stagnation. Malaysia will likely continue to grow in the coming years, and incremental policy improvement will persist. However, upside potential is likely constrained, at least in the near term. More broadly, Rafizi's resignation points

to a recurring truth in middle-income economies. Nations like Malaysia often know what they ought to do to break the proverbial middle-income trap, but they almost always struggle to assemble and sustain the political alliances necessary to see those reforms through.

3.3.3. *'Turun Anwar' Rally: Discontent on the Street*

In late July 2025, tens of thousands of protestors gathered at Merdeka Square, calling on Anwar to resign. Organized largely by the opposition coalition PN, the rally carried the blunt slogan *'Turun Anwar'* or *'Step Down Anwar'*.⁴ Yet, while the optics suggested a dramatic rupture, the underlying causes were more structural than episodic. It was, in many respects, the political aftershocks of various development that had been unfolding within Prime Minister Anwar Ibrahim's administration for months. If the May resignations of Rafizi and Nik Nazmi Nik Ahmad symbolized reform losing steam inside the ruling coalition, the protests in July represented the public manifestation of that loss of momentum.

At the core of the rally was frustration over living costs. Inflation in Malaysia had moderated by mid-2025, yet the cumulative rise in prices since the COVID-19 pandemic meant that essentials (especially food and transport) remained materially more expensive than before. For many urban households in particular, wage growth lagged behind these increases, eroding real purchasing power even as macroeconomic indicators appeared stable. The government's subsidy rationalization drive, closely associated with former Economy Minister Rafizi, added to public unease. Although fiscally necessary to strengthen the economy's long-term foundations, the impact of these reforms were felt immediately on household budgets. What economists framed as structural correction was experienced by voters as short-term strain. Protest organizers capitalized on this gap in perception. Rather than attributing higher prices to global supply shocks or inherited distortions, they portrayed them as direct consequences of policy decisions under the current administration. In doing so, they converted broad economic discomfort into a pointed political message: leadership change.⁵

Equally important was the sense of unfulfilled expectations. Anwar's rise to power had carried unusually high hopes, particularly among younger and urban voters who associated him with institutional reform, clean governance, and a decisive break from Malaysia's factional past. By 2025, that narrative had weakened. Coalition politics had impeded policy ambition,

and progress on reform appeared incremental rather than transformative. For critics, the issue was no longer whether reform was difficult, but whether it was still being pursued with conviction.

The rally also reflected sharper political calculation by the opposition. PN had struggled to articulate a coherent alternative economic vision for years, but the cost-of-living issue offered a unifying theme with broad resonance. By anchoring the protest around household pressures rather than ideology or identity, organizers expanded its appeal beyond traditional partisan bases. The optics of a large, orderly crowd in the capital were intended to convey momentum and inevitability, even if parliamentary arithmetic did not support an immediate change of government.

The government's response was telling. Rather than suppress the rally, Anwar emphasized democratic tolerance, allowing the protest to proceed under a heavy but restrained security presence. In the days preceding it, the administration also announced modest relief measures, including targeted cash assistance and minor fuel price adjustments.⁶ These steps were clearly designed to signal responsiveness without abandoning fiscal consolidation entirely.

Crucially, the rally did not culminate in institutional escalation. There was no resignation, no emergency parliamentary session, and no immediate no-confidence motion. Financial markets remained stable, and coalition partners reiterated their support for Anwar. By the following week, political attention had shifted back to routine governance, even as opposition leaders declared the protest a moral victory.

In that sense, '*Turun Anwar*' was a rally rather than a rupture. It exposed the limits of street politics in a fragmented parliamentary system, but it also revealed the narrowing margin for error facing the government. Public tolerance for gradualism appeared weaker than before, particularly on issues that affect daily life.⁷ While Anwar survived the protest intact, the rally served as a reminder that legitimacy in Malaysia's post-2022 political order rests not only on coalition management, but on the perception of forward motion.

For investors and regional observers, the message is nuanced. Malaysia's macroeconomic fundamentals remain broadly sound. Markets also appear to judge that while rhetoric may intensify, core policy continuity will persist. There is little evidence of fiscal backtracking or abandonment of medium-term development goals. However, the pace of structural reform is likely to be gradual. The events of May and July 2025 suggest that reform

has not been derailed – but it is restricted by political realities and public tolerance for short-term pain.

3.3.4. *The ASEAN Summit: Malaysia as Convener in a Multipolar World*

If domestic politics in 2025 exposed the constraints facing Prime Minister Anwar Ibrahim's government, the 47th ASEAN Summit held from 26 to 28 October 2025 highlighted a different dimension of Malaysia's strategy: its ambition to act as a diplomatic convener in an increasingly fragmented world. Here it is particularly noteworthy that the European Council President António Costa lead the EU's first-ever delegation to an ASEAN Summit. But other leaders and representatives from beyond Southeast Asia, such as US President Donald Trump and Brazilian President Luiz Inácio Lula da Silva, converged in Kuala Lumpur as well. Here the optics were deliberate. Malaysia was positioning itself, and by extension ASEAN, as a neutral platform at a time when global forums are becoming increasingly polarized. In practical terms, Kuala Lumpur also became the venue where Malaysia helped consolidate ceasefire efforts between Cambodia and Thailand, culminating in a joint declaration signed on the summit's sidelines that formalized de-escalation steps after earlier ceasefire arrangements.⁸

The episode underscored how Malaysia was trying to translate summit diplomacy into tangible regional stabilization.

For much of the history of ASEAN, Malaysia and the rest of the region has benefited from a relatively open global trading system, expanding cross-border investment and a broadly stable security architecture anchored by major powers. However, this permissive environment has now been eroded, with the intensifying US-China rivalry, the weaponization of trade and technology controls, and the resurgence of industrial policy and protectionism all complicating the landscape. For Southeast Asia's export-oriented economies, these trends are destabilizing. Supply chains are being reconfigured for geopolitical reasons as much as for efficiency. Investment decisions increasingly incorporate strategic risk assessments. Smaller and mid-sized states face pressure to align, or at least to signal preference, in ways that could narrow their policy autonomy.

Against this backdrop, Malaysia's approach as ASEAN chair was to double down on what regional officials and commentators often describe as 'ASEAN Centrality'. More importantly, this is centrality as platform – the ability to convene diverse actors and facilitate dialogue across ideological

and strategic divides. In an era when many high-level gatherings are growing increasingly restricted, an inclusive forum becomes valuable precisely because it is *not* exclusive. By bringing together leaders with sharply different worldviews, Malaysia was making a claim that ASEAN remains one of the few arenas where geopolitical rivals can sit at the same table without preconditions.

The summit's agenda reflected this positioning. Rather than foregrounding hard security alignment, discussions largely centered on energy security and the energy transition, infrastructure financing, digital connectivity and supply-chain resilience.⁹ There was also renewed emphasis on South-South cooperation, particularly in development finance and technology sharing. Framing the summit around functional economic cooperation allowed Malaysia to sidestep binary geopolitical debates while keeping economic priorities at the forefront.

The presence of Trump and Lula underscored such a stance. Their attendance demonstrated that Putrajaya could host leaders associated with different political traditions and strategic orientations without being subsumed by any of them. For a trade-dependent economy, this signaling is not merely symbolic. Capital flows are sensitive to perceptions of geopolitical alignment. A country viewed as firmly embedded in one bloc may gain preferential access there, but risk reduced engagement elsewhere. By contrast, a credible convener preserves optionality. By showcasing ASEAN as a forum where major powers and emerging economies can interact, Malaysia sought to reassure investors that the region remains accessible and committed to engagement across divides. In a climate of fragmentation, neutrality, if and when managed carefully, can function as a strategic asset.

Nevertheless, the summit also laid bare ASEAN's structural limits. The organization operates by consensus. It can issue joint statements and articulate shared concerns, but it cannot compel compliance or enforce binding commitments in the manner of more integrated blocs. The final declarations were necessarily broad, emphasizing cooperation without imposing hard obligations. On contentious issues, language was carefully calibrated to avoid alienating any member state. Critics might argue that such caution dilutes effectiveness, but in a fractured international system, even the act of maintaining open channels carries weight. ASEAN's value proposition has always rested less on coercive capacity than on convening power and diplomatic agility. Under Malaysia's chairmanship, that comparative advantage was amplified rather than redefined.

For the Anwar administration, the diplomatic dividends are intangible but meaningful.¹⁰ Enhanced visibility as a responsible middle power can strengthen long-term economic relationships, attract investment and deep-partnerships beyond traditional alignments. In a multipolar world, reputation matters. The 2025 summit did not resolve great-power rivalry, nor did it transform ASEAN into a decisive geopolitical actor. What it did was reaffirm the region's preference for inclusivity over exclusivity and dialogue over division. In doing so, Malaysia signaled that even as domestic politics grow more contested, its external posture remains anchored in engagement and balance.

3.3.5. The Sabah State Election: Federalism as Political Economy

The Sabah state election, held on 29 November 2025, was in formal terms, a subnational event. In substantive terms, it was one of the most revealing political moments of the year. Alongside Sarawak, Sabah entered Malaysia under special terms that promised autonomy, development, and respect for local interests. However, over decades, many Sabahans have come to believe that the balance of that bargain tilted decisively towards West Malaysia. The election thus served as a reminder that grievances about federalism in Malaysia are not abstract constitutional debates, but lived economic realities.

This discontent is not unfounded. Sabah is among Malaysia's most resource-rich states, endowed with hydrocarbon, palm oil, timber, and other minerals. It also sends a substantial number of representatives to Parliament, often making it pivotal in determining who governs federally. Yet, this strategic importance has not been translated into broad-based development. Sabah remains Malaysia's poorest state, with persistent underperformance in education outcomes, infrastructure provision, and access to basic public services. The coexistence of abundance and deprivation has long fueled perceptions of extraction without commensurate reinvestment.

Against this backdrop, calls for greater autonomy have gained momentum, most visibly through renewed attention to the Malaysia Agreement of 1963. Debates over revenue sharing, administrative authority, and control over natural resources now sit at the center of Sabah's political discourse. The Sabah state election, therefore, is not simply about state governance, it is a referendum on how the Malaysian federation functions in practice.

Three broad political camps shaped the 2025 contest. The first was Gabungan Rakyat Sabah (GRS), led by incumbent chief minister Hajiji

Noor. GRS ran as a pragmatic, Sabah-first coalition. Rather than promising transformative change, it emphasized continuity, stability, and incremental gains. GRS adopted the language of fiscal rights and administrative autonomy, but paired it with a crucial reassurance that it could work productively with whichever coalition held power in Putrajaya. In a state fatigued by political defections and unstable governments, this promise of managed continuity carried weight and reassurance.

Directly confronting GRS was Warisan, a Sabah-centric party. Under Shafie Apdal, Warisan presented itself as the moral and nationalist alternative. Its campaign drew heavily on grievances: decades of underdevelopment, broken federal promises, and the corrosive effects of party-hopping. Shafie also framed Warisan as the only force capable of restoring dignity and democratic integrity to Sabah politics. Yet, Warisan also faced a structural constraint. Sabah elections are not decided solely by popular sentiment or moral narratives, but by coalition arithmetic after polling day. In a fragmented political landscape, the ability to assemble a governing majority often matters more than winning the argument.

The third camp was Barisan Nasional (BN), the once-dominant coalition from West Malaysia. Though a shadow of its former self, BN remained somewhat relevant through a strategy of survival and leverage. It focused on retaining rural bastions, mobilizing entrenched local networks, and positioning itself as a useful post-election partner rather than a governing force in its own right. The fact that it could still play a role in the election underscores an inconvenient truth – patronage-based mobilization retains traction, particularly where state capacity remains weak.

While no single bloc achieved an outright, self-sufficient majority, GRS ultimately emerged as the largest and most strategically positioned coalition.¹¹ It pulled together smaller parties and independents to form a governing majority. As a result, Hajiji Noor was returned as Chief Minister, and GRS retained control of the state government. More importantly, GRS succeeded in presenting itself as the indispensable intermediary between Sabah and Putrajaya.

Overall, the election reinforced two realities. Firstly, Sabah politics rewards coalition engineers over ideological purists. This is not to say that ideological coherence does not matter, but it is secondary to coalition-building and the ability to access federal leverage. Secondly, autonomy has become a shared baseline rather than a differentiating slogan. Nearly all camps now speak the language of local rights and decentralization, but it remains unclear how they will actually carry out such promises.

Going forward, the durability of the post-election settlement will depend less on alliances rather than on policy delivery. Autonomy, revenue sharing, and administrative authority are no longer rhetorical demands but baseline expectations across the political spectrum. If the state government fails to translate these claims or promises into concrete gains, public skepticism will harden. In that case, Sabah's familiar cycle of fragmentation, elite negotiation, and grievance-driven politics is likely to resume, largely unchanged.¹²

3.3.6. *Malaysia's Opposition at a Crossroads: New Direction for Perikatan Nasional?*

On 30 December 2025, Muhyiddin Yassin – the aging former prime minister and long-time architect of the PN – announced that he would relinquish his post as the bloc's chairman, effective 1 January 2026.¹³ His decision, coming after more than five years at the coalition's helm, marked not only a change of leadership but also a potential reconfiguration of Malaysia's opposition landscape amid persistent internal rifts between PN's two core parties – Muhyiddin's Parti Pribumi Bersatu Malaysia (Bersatu) and the conservative Islamist Parti Islam Se-Malaysia (PAS). Indeed, in the immediate wake of his announcement, a series of cascading resignations followed, with figures close to Muhyiddin pivoting away from formal coalition posts.

Beyond the immediate sparring, the tactical calculus facing Muhyiddin was stark. His leadership had become a lightning rod for intra-coalition dissatisfaction, particularly as PAS, the numerically dominant partner in PN, sought a greater role in shaping its direction. The balance of leadership within PN had reached a tipping point, where continuing as chairman risked both personal and organizational decline. By stepping down, Muhyiddin pre-empted a protracted leadership confrontation that could fracture the coalition ahead of the next general election.

The wider ramifications are equally significant. PN has served for several years as Malaysia's main opposition bloc, and its coherence will be tested in the coming months. At the most fundamental level, Muhyiddin's departure sets in motion a leadership transition within PN, with discussions currently underway to appoint a successor. At present, the leading contenders to assume the role appears to be PAS leaders, whose party has already publicly offered to steer PN's future strategy.

A shift in leadership is likely to reshape PN's electoral prospects. Under Muhyiddin, Bersatu served as a bridge to non-Islamist voters and provided a broader appeal beyond PAS's core Malay-Muslim base. Without him – and with PAS poised to take a more central role – the coalition's ability to attract non-Malay, non-Muslim support may be eroded, potentially narrowing its competitive footprint in a general election. Some have suggested that without Muhyiddin's moderating presence, PN could tilt further toward an ethno-religious posture at the expense of cross-ethnic appeal.¹⁴

Nevertheless, Muhyiddin's resignation cannot be read purely as a retreat. He retains the presidency of his own party. He has also framed his departure from the coalition chairmanship as a strategic recalibration, designed to allow both his party and PN to confront electoral challenges with a renewed structure and focus.¹⁵ In several official postings, he underscored unity and discipline within Bersatu, even as the broader coalition prepares for organizational renewal. More prosaically, the transition also reflects a broader pattern in Malaysian politics: coalition politics are often fluid, and leadership adjustments often precede electoral cycles. Muhyiddin's move, arriving a few months ahead of expected state polls and the upcoming general election, may be interpreted as an attempt to reset PN's fortunes before they are tested at the ballot box. It also reshapes the opposition field confronting the Unity government led by Anwar Ibrahim. In doing so, it introduces both strategic openings and fresh uncertainties into Malaysia's competitive political landscape.

In the short term, momentum will likely build around the next PN chairman. Whether PAS ultimately assumes the chair and how that affects internal cohesion with Bersatu, and the other component parties will be closely watched. The electoral implications are equally consequential: if PAS consolidates leadership, PN's messaging and strategy could shift toward more conservative-aligned policies, which may resonate in Malay heartlands but limit the coalition's national reach. Muhyiddin's resignation, therefore, is more than a personal exit line. It is a signal of evolving fault lines within Malaysia's opposition politics – a moment of reckoning where coalition structure, ideological balance, and electoral strategy are all up for negotiation. For a nation navigating an increasingly competitive political landscape, this leadership change will reverberate far beyond the title of chairman.

3.3.7. Conclusion: *The Logic Beneath the Events*

If there is a single thread running through the events of 2025 in Malaysia, it is that stability has been preserved, but transformation remains elusive. None of the five major events described above, in isolation, altered the trajectory of the Malaysian state. Taken together, however, they illuminate a deeper truth. Malaysia is no longer trapped in the acute volatility of the 2018–2022 period, but it has also not achieved a new development compact capable of generating sustained policy boldness.

This seeming equilibrium carries mixed implications. On one hand, the country's fundamentals remain intact. There has been no fiscal rupture, no constitutional crisis, no abrupt geopolitical realignment. Malaysia continues to benefit from supply-chain diversification trends, particularly as firms recalibrate exposure to China. Its institutions, while imperfect, have proven resilient enough to absorb street protests, leadership exits, and subnational contests without systemic breakdown. On the other hand, the year reinforces a recurring structural constraint: Malaysia's political system is adept at managing tension, but less effective at converting stability into strategic leapfrogging. The chronic inability to push reforms that impose short-term costs for long-term gains comes to mind.

The same logic applies externally. Malaysia's convening role at the 47th ASEAN Summit demonstrated that middle powers can still create diplomatic space amid great power rivalry. Yet, convening is not the same as shaping outcomes. As protectionism rises and geoeconomic blocs harden, optionality narrows. The art of balance becomes more demanding, not less. Malaysia's strategic neutrality remains an asset, but one that requires constant calibration.

Overall, 2025 should not be mistaken for a quiet year. Rather, this was a year of adjustment beneath the surface. Political stability held, but only through constant recalibration rather than decisive breakthrough. The real question now is not survival, but whether Malaysia can convert the existing equilibrium into genuine forward momentum. That will depend on whether its leaders can assemble coalitions broad enough to legitimize reform yet cohesive enough to see it through.

Notes

- 1 Mohd Nasaruddin Parzi, "Rafizi dedah punca sebenar beliau letak jawatan Menteri Ekonomi," *Berita Harian* (Kuala Lumpur), June 21, 2025, <https://www.bharian.com>.

- my/berita/nasional/2025/06/1410645/rafizi-dedah-punca-sebenar-beliau-letak-jawatan-menteri-ekonomi.
- 2 Chan-Yuan Wong and Guanle Lim, “Malaysia Meets (and Remains in) the Middle-Income Trap: Lost Coalition amidst Industrial Value Migration,” *Malaysian Journal of Economic Studies* 61, no. 1 (2024): 79–100.
 - 3 Edmund Terence Gomez, Kee-Cheok Cheong, and Chan-Yuan Wong, “Regime Changes, State-Business Ties and Remaining in the Middle-Income Trap: The Case of Malaysia,” *Journal of Contemporary Asia* 51, no. 5 (2021): 782–802.
 - 4 “LANGSUNG | Kira-kira 25,000 hadir himpunan Turun Anwar,” *Malaysiakini* (Kuala Lumpur), July 26, 2025, <https://www.malaysiakini.com/news/750224>.
 - 5 Khuzairi Ismail, “Bersatu kerah ahli sertai himpunan Turun Anwar 26 Julai ini – Azmin,” *MalaysiaGazette*, July 16, 2025, <https://malaysiagazette.com/2025/07/16/bersatu-kerah-ahli-sertai-himpunan-turun-anwar-26-julai-ini-azmin/>.
 - 6 “Malaysia’s Anwar Announces Cash Handouts in Bid to Ease Living Costs,” *Al Jazeera*, July 23, 2025, <https://www.aljazeera.com/economy/2025/7/23/malysias-anwar-announces-cash-handouts-in-bid-to-ease-living-costs>.
 - 7 “The July 26 Rally: Can Anwar Afford Not to Worry?,” *My Sinchew* (English version of *Sin Chew Daily*), July 25, 2025, <https://mysinchew.sinchew.com.my/news/20250725/mysinchew/6726321>.
 - 8 “Trump Jointly Signs Thailand-Cambodia Ceasefire Agreement at ASEAN Summit,” *Al Jazeera*, October 26, 2025, <https://www.aljazeera.com/news/2025/10/26/trump-jointly-signs-thailand-cambodia-ceasefire-agreement-at-asean-summit>.
 - 9 Hema Nadarajah, “ASEAN Summit: Managing the Bloc’s Expansion, Regional Conflicts, and Great-Power Rivalry,” *Asia Pacific Foundation of Canada*, October 30, 2025, <https://www.asiapacific.ca/publication/asean-summit-2025-expansion-regional-conflicts-great-power-rivalry>.
 - 10 “Anwar, Trump’s Presence as 47th ASEAN Summit host raises Malaysia’s stature in the eyes of the world,” *The Star* (Malaysia), October 28, 2025, <https://www.thestar.com.my/news/nation/2025/10/28/anwar-trumps-as-47th-asean-summit-host-raises-malaysia039s-stature-in-the-eyes-of-the-world>.
 - 11 “Malaysia PM Faces Electoral Setback as Allies Fall in Sabah State Polls,” *CNBC*, November 30, 2025, <https://www.cnbc.com/2025/11/30/malaysia-pm-faces-electoral-setback-as-allies-fall-in-sabah-state-polls.html>.
 - 12 Zheng Minglie, “Has a Turning Point Emerged for the DAP?,” *Oriental Daily* (Malaysia), December 6, 2025, <https://www.orientaldaily.com.my/news/longmen/2025/12/06/781298>.
 - 13 Su Zunxiang, “Muhyiddin Abruptly Resigns as PN Chairman, PAS Poised to Take Over,” *Lianhe Zaobao*, December 31, 2025, <https://www.zaobao.com.sg/news/sea/story20251231-8031846>.
 - 14 Adib Zalkapli, “Malaysia’s Opposition: The Need to Close Ranks,” *FULCRUM*, February 13, 2026, <https://fulcrum.sg/malysias-opposition-the-need-to-close-ranks/>.
 - 15 “Muhyiddin’s Shock Exit from PN Chair Hailed as Masterstroke,” *Scoop*, December 31, 2025, <https://www.scoop.my/news/278457/muhyiddins-shock-exit-from-pn-chair-hailed-as-masterstroke>.

3.4. Myanmar: Zwischen Krieg und Geopolitik

Johanna Neumann

Humboldt-Universität zu Berlin

3.4.1. Einleitung

Seit dem Putsch des Militärs am 1. Februar 2021 und der gewaltsamen Niederschlagung des zivilen Widerstandes befindet sich das Land in einer Krise. Der Krieg, den das Militär seither brutal gegen die eigene Bevölkerung führt, lässt den Staat auf immer mehr Gebieten scheitern. Dieser Konflikt ist nicht nur eine sich immer weiter zuspitzende humanitäre Katastrophe, sondern auch von transregionaler Bedeutung. Sein Verlauf wird weitreichende geopolitische Folgen haben. Die Jahre 2024 und 2025 haben für das Land dramatische und weitreichende Veränderungen der militärischen Lage mit sich gebracht: während ein Erstarken der gegen das Militär kämpfenden Kräfte einhergehend mit großen Gebietsgewinnen das Jahr 2024 prägte, wendete sich das Blatt im Jahr 2025 mit der Entscheidung Chinas, die Regierung von General Min Aung Hlaing direkt zu unterstützen. Für die Bevölkerung Myanmars hat sich die Lage über beide Jahre hinweg weiter verschlechtert. Am 28. März 2025 wurde das Land von einem Erdbeben der Stufe 7,7 erschüttert, mit verheerenden Auswirkungen für die Menschen und die Infrastruktur des Landes. Im Dezember 2025 und Januar 2026 ließ die militärische Führung in drei Etappen Parlamentswahlen durchführen, aus denen die Proxy-Partei des Militärs, die Union Solidarity and Development Party (USDP), als Siegerin herausging.

3.4.2. Hintergrund des aktuellen Bürgerkrieges

Als das Militär in den frühen Morgenstunden des 1. Februar 2021 durch die gezielte Verhaftung mehrerer gewählter Politiker und Politikerinnen des Landes, inklusive der wiederholten Wahlgewinnerin und de-facto Regierungschefin, Aung San Suu Kyi, einen Putsch verübte, beendete es damit abrupt eine 10-jährige Phase der Demokratisierung, der Öffnung und des wachsenden Wohlstandes. Seither ist es darum bemüht, den begonnenen Putsch zu vollenden und sich die vollständige Macht und Kontrolle über

das Land zu sichern. Der anfängliche massive zivile Widerstand im gesamten Land gegen diese Machtübernahme wurde von Militärseite mit Waffengewalt beantwortet und wandelte sich zunehmend in militärischen Widerstand. Bis Ende 2024 verlor das Militär zunehmend an Kontrolle über das Land, ist nun aber durch die Hilfe Chinas dabei, diese zurückzugewinnen.

Seit dem Putsch gibt es in Myanmar zwei Institutionen, die jeweils für sich beanspruchen, die alleinige legitime Regierung des Landes zu sein. Das eine ist die militärische Staatsführung unter dem Vorsitz von General Min Aung Hlaing, die vom 1. Februar 2021 bis zum 31. Juli 2025 unter dem Namen Staatsverwaltungsrat, kurz SAC für State Administrative Council, auftrat und seit dem 31. Juli 2025 Staatliche Kommission für Sicherheit und Frieden (englisch: State Security and Peace Commission, SSPC), heißt. Min Aung Hlaing war als Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Initiator des Putsches. Neben dem Vorsitz im SAC/SSPC bekleidet er außerdem noch die selbstverliehenen Ämter des Premierministers und des amtierenden Präsidenten. Der SAC setzte sich aus 16 Personen zusammen, davon neun aus den Reihen des Militärs. Die SSPC besteht aus zehn Mitgliedern, sieben davon sind Generäle. Seine Legitimität leitete der SAC und seine Nachfolgeinstitution von Vorwürfen ab, wonach der überragende Wahlsieg der Partei National League for Democracy (NLD) in den Wahlen vom November 2020 durch einen Wahlbetrug dieser Partei erzielt wurde, kombiniert mit dem Umstand, dass Artikel 417 der Verfassung von 2008 eine Machtübergabe an das Militär in Fällen „eines Notstandes, der den Zerfall der Union, den Zerfall nationaler Solidarität oder den Verlust der Souveränität verursachen könnte“ erlaubt.¹ Allerdings müsste laut Verfassung in diesen Fällen der Präsident den Notstand ausrufen und die Macht für ein Jahr an den Oberbefehlshaber der Streitkräfte übertragen und das Parlament für die Dauer des Notstandes aussetzen. Die Auflösung des neu gewählten Parlaments beziehungsweise die Verhinderung seiner erstmaligen Zusammenkunft erfolgte jedoch am 1. Februar 2021 ausschließlich durch das Militär und nach der Verhaftung des Präsidenten. Die im Dezember 2025 und Januar 2026 vom SAC veranlassten Wahlen sind ein wichtiger Bestandteil der Legitimationsstrategie Ming Aung Hlaings und seines Militärs. Sie dienen dazu die Regierungsmacht von einer militärischen Übergangsregierung an eine gewählte Regierung zu übergeben und dabei dennoch fest in den Händen des Militärs zu belassen. Auch hier beruft sich die militärische Staatsführung auf die Verfassung von 2008.

Die andere Institution, die für sich beansprucht, die alleinige legitime Regierung des Landes zu sein, ist die Regierung der nationalen Einheit

oder kurz NUG für National Unity Government. Nominelle Staatsoberhäupter sind Präsident Win Myint und State Counsellor Aung San Suu Kyi, die Regierungsoberhäupter vor dem Putsch, die beide vom Militär inhaftiert wurden. Der amtierende Präsident ist Duwa Lashi La und das Regierungsoberhaupt ist Premierminister Mahn Winn Khaing Thann. Ihre Legitimation leitet die NUG aus dem bei den Wahlen 2020 erhaltenen Mandat ab. Unmittelbar nach dem Putsch am 1. Februar 2021, der die erste Sitzung des frisch gewählten Parlaments verhindert hatte, fanden sich die bis dahin noch nicht verhafteten, gewählten Abgeordneten dennoch online zusammen und gründeten ein das Parlament repräsentierendes Komitee, Committee Representing Pyidaungsu Hluttaw (CRPH). Das so gegründete Ersatzparlament bildete dann die NUG.

Daher betrachtet sich die NUG als demokratisch gewählte Regierung Myanmars und kämpft seither um Anerkennung bei der internationalen Gemeinschaft. Der Umstand, dass es der NUG nicht möglich war und sein wird, ihrerseits Wahlen im Land durchzuführen, stellt sie vor ein zunehmendes Legitimitätsproblem.

Während das Militärregime die große Mehrheit der Bevölkerung gegen sich hat, kontrolliert es im Unterschied zur NUG ein deutlich größeres Territorium mit einer größeren Bevölkerungsdichte, in dem es seine Politik und Gesetze durchsetzen kann. Allerdings ist diese Vorherrschaft über das Staatsterritorium seit Ende 2023 ernsthaft bedroht. Das Special Advisory Board Myanmar hat in einer Studie vom Mai 2024 jede der insgesamt 330 Townships nach konkreten Kriterien auf einer Skala von eins – stabile Kontrolle durch das Militärregime – bis acht – gesamte Township in stabiler Kontrolle durch Widerstand- eingeordnet. Laut dieser Studie wurden zum damaligen Zeitpunkt nur 14 % des Territoriums, in dem 32 % der Bevölkerung leben, stabil durch das Militär kontrolliert.² Die BBC sprach Ende 2024 von 21 % des Territoriums unter voller Kontrolle des Militärregimes.³ Dem gegenüber stehen 34 % des Territoriums, bewohnt von 12 % der Bevölkerung, die vollständig oder zu 90 % von diversen, gegen das Militär kämpfenden bewaffneten Organisation kontrolliert werden.⁴ Der Rest des Gebietes ist umkämpft und wird weder von der militärischen Staatsführung noch von ihren Gegnern vollständig kontrolliert. Durch eine zunehmende Einflussnahme Chinas konnte das Militärregime jedoch inzwischen einige der eroberten Gebiete zurückgewinnen, verlor aber an anderer Stelle, insbesondere an die Arakan Army, Gebiete.

Im Gegensatz zur militärischen Staatsführung verfügt die NUG über breitere Anerkennung und Unterstützung durch die Bevölkerung, kontrol-

liert aber nur einen sehr kleinen Anteil des Landes. Es ist wichtig zu bemerken, dass nicht alle Gegner:innen des Militärregimes die NUG unterstützen. Viele politische Gegner der militärischen Staatsführung, insbesondere jene, die den unterschiedlichen politischen und militärischen Organisationen der ethnischen Minderheiten des Landes angehören, sehen die NUG zumindest kritisch. Die oben erwähnten 34 % des Territoriums, das zu mindestens 90 % von Organisationen des Widerstandes kontrolliert wurde, befindet und befand sich vor allem in der Hand unterschiedlicher bewaffneter ethnischer Organisationen und nicht in der Hand der NUG. Dennoch gibt es auch eine Vielzahl militärischer Organisationen, die in unterschiedlichen Abstufungen mit der NUG zusammenarbeiten oder sogar tatsächlich von ihr koordiniert werden. Mit zunehmender Dauer des Konfliktes gelingt es der NUG immer weniger, die diversen Interessengruppen innerhalb der Widerstandsbewegung hinter sich zu vereinen und die anfänglich breite Unterstützung zu halten.

Die politisch-militärische Karte von Myanmar lässt sich also nicht einfach in pro- und anti-Regime-Gruppen unterteilen. Das liegt daran, dass viele der am Bürgerkrieg beteiligten bewaffneten Organisationen schon lange vor dem Putsch existierten und jeweils ihre eigene Agenda haben. Außerdem gibt es zunehmend neue bewaffnete Organisationen, die keiner der ethnischen Armeen angehören, aber auch nicht der NUG unterstehen.

Auch die von Aung San Suu Kyi geführte Regierung hatte nicht das gesamte Staatsgebiet unter ihrer Kontrolle. Der Bürgerkrieg in Myanmar gilt als der längste fortdauernde Bürgerkrieg der Welt und begann kurz nach der Erreichung der Unabhängigkeit im Jahr 1948. In all diesen Jahren fortdauernder Kämpfe, Verhandlungen und Waffenstillstandsabkommen hat sich eine unübersichtliche Vielzahl ethnischer Armeen gegründet, die über eine unterschiedlich große Anzahl an ausgebildeten Soldat:innen, militärischer Infrastruktur und den Zugang zu Waffen verfügen und oftmals langjährige Kampferfahrung haben. Viele, aber nicht alle dieser ethnischen Armeen haben sich dem bewaffneten Widerstand gegen das von Senior General Min Aung Hlaing geführte Militärregime, angeschlossen. Einige haben bestehende Waffenstillstandsabkommen mit dem Militärregime und stehen mit ihm in Verbindung, andere wurden von China zu Abkommen und einem gewissen Grad an Kooperation gezwungen, und wieder andere kämpfen weder explizit auf der einen noch auf der anderen Seite.

Neben den schon vor dem Putsch existierenden ethnischen Armeen hat sich nach der brutalen Niederschlagung des zivilen Widerstandes durch das Militär eine große Anzahl bewaffneter Widerstandstruppen gebildet, die

sich größtenteils als PDF, People's Defence Force, bezeichnen. Sie bestehen aus Teilen der Zivilbevölkerung, die meist aus den zentralen Gebieten des Landes stammen, die bisher nicht vom Bürgerkrieg betroffen waren und größtenteils zur ethnischen Mehrheit, den Bama, gehören. Diese über das gesamte Land verstreuten Guerilla-Gruppen unterstehen der NUG oder stehen ihr zumindest nahe und werden teilweise von ethnischen Armeen mit Waffen und Ausbildung unterstützt. Außerdem erhalten sie finanzielle Unterstützung von Burmes:innen aus dem In- und Ausland. Auch wenn die PDF-Einheiten insgesamt nicht als kampfscheidend eingeschätzt werden, tragen sie erheblich zur Schwächung des Militärs bei. Einigen von ihnen ist es gelungen einzelne Gebiete zu erobern und sie unter ihre eigene, beziehungsweise die Administration der NUG, zu stellen. Neuerdings kommt es aber auch zwischen einzelnen PDF-Einheiten und NUG immer häufiger zu Konflikten, was dazu führt, dass diese sich von der NUG los-sagen und entweder autonom kämpfen oder sich einer ethnischen Armee zuordnen.

Die zentrale Koordination des zivilen und bewaffneten Widerstandes beansprucht die NUG für sich. Im September 2021 erklärte die NUG dem SAC offiziell den Krieg und beanspruchte für sich das Oberkommando über die zahlreichen PDF-Gruppen im Land. Unter den realen Gegebenheiten ist ein solches Oberkommando häufig nicht gegeben. Eine entscheidende Wende der militärischen Lage brachte die Operation 1027, genannt nach dem Datum ihres Beginns, dem 27. Oktober 2023. Die so genannte Offensive wurde von drei ethnischen Armeen, der Three Brotherhood Alliance,⁵ gemeinsam durchgeführt und brachte eine unerwartet große Fläche einzelner Gebiete, Stützpunkte und Städte unter die Kontrolle dieser Armeen. Als Resultat kontrollierte das Militär zwischenzeitlich deutlich weniger als 50 % des Territoriums in Myanmar. Dieser Umstand und das Fortlaufen der Operation 1027 bildeten eine wesentliche Grundlage für die Entwicklungen des Landes im Jahr 2024. Während und nach der zweiten Phase der Operation 1027 distanzieren sich die drei erfolgreichen Armeen zunehmend von der NUG. Es kann vermutet werden, dass diese Distanz ein Zugeständnis an China ist, welches die stark Richtung Westen gewandte Politik der NUG vermutlich missbilligt. Im Jahr 2025 schaltete sich China aktiv in den fort dauernden militärischen Konflikt zwischen dem Militär und den Armeen der Three Brotherhood Alliance ein und machte damit erstmalig seine klare Unterstützung für die militärische Staatsführung deutlich. Als Ergebnis der mit China ausgehandelten Waffenstillstandsabkommen kam es zu Rückgaben einzelner durch die ethnischen Armeen erober-

ter militärischer und wirtschaftlicher Schlüsselgebiete an das Militär. Das betraf insbesondere strategisch wichtige Städte und Stützpunkte auf und an der Handelsroute zu China, wie etwa die Hauptstadt des nördlichen Shan States, Lashio.

3.4.3. Innenpolitische Entwicklungen

Wehrpflicht

Das Militär reagierte auf die unerwarteten Niederlagen an den unterschiedlichen Fronten im eigenen Land mit einer Aktivierung der Wehrpflicht am 10. Februar 2024. Das entsprechende Gesetz zur Wehrpflicht hatte schon seit November 2010 bestanden, war aber bis zu diesem Zeitpunkt nie genutzt worden.⁶ Laut diesem Gesetz können Männer im Alter von 18 bis 35 Jahren sowie bei Vorliegen besonderer Ausbildung oder Fähigkeiten bis zum Alter von 45 Jahren und Frauen im Alter von 18 bis 27 bzw. bis 35 Jahren zu drei Jahren und im Kriegsfall zu fünf Jahren Wehrdienst verpflichtet werden.⁷ Wer einberufen wurde, sollte in den einzelnen lokalen Behörden das Losverfahren entscheiden, wobei zunächst einmal nur Männer berücksichtigt wurden. Die ersten Einberufungsbefehle wurden im März 2024 verschickt. Seit April berichten die staatlichen Medien ausführlich von der Ausbildung der einberufenen Wehrpflichtigen als patriotische Tat.⁸ Angesichts des brutalen Krieges, den das Militär auch gegen Zivilisten im eigenen Land führt, löste die neue Wehrpflicht in weiten Teilen der Bevölkerung Panik aus. Ein Großteil der Männer im wehrpflichtigen Alter versuchte je nach Möglichkeiten auf legalen oder illegalen Wegen das Land zu verlassen. Berichte, dass Studentenwohnheime und ähnliche Sammelunterkünfte zum Ziel von Rekrutierungsaktionen wurden, führten dazu, dass junge Männer ihre Studien- und Ausbildungsplätze und ihre Jobs in den großen Städten des Landes verließen, um zu ihren Familien aufs Land zurückzukehren, was die ohnehin schon sehr prekäre Situation im Bildungssektor weiter eskalieren ließ und zu zusätzlichen Einkommensverlusten führte. Einen Teil der Betroffenen bewog die drohende Wehrpflicht dazu, sich den PDF oder den ethnischen Armeen anzuschließen. Gleichzeitig reagierten einzelne ethnische Armeen ebenfalls mit der Verkündung einer Wehrpflicht und Zwangsrekrutierungen in den von ihnen kontrollierten Gebieten, während dies bei anderen ohnehin schon langjährige Praxis ist.

Seither spitzt sich die Situation weiter zu. Berichte zu Unregelmäßigkeiten bei der Auswahl der Wehrpflichtigen, Korruption und Zwangsrekrutierungen mehrten sich.⁹ Auch wird berichtet, dass die Einberufenen von der Armee als menschliche Schutzschilde verwendet werden.¹⁰ Im Januar 2025 erließ der SAC zusätzliche Regeln als Ergänzung des im Februar 2024 aktivierten Wehrpflichtgesetzes. Diese Regeln verboten die Ausreise von Personen, die einen Einberufungsbefehl erhalten oder die medizinische Eignungsprüfung absolviert haben und machen Familienangehörige von Wehrpflichtigen haftbar, wenn diese es versäumen, sich bei der entsprechenden Behörde zu melden.¹¹ Die Menschenrechtsorganisation Fortify Rights berichtet, dass die thailändischen Behörden mit dem Militärregime kooperieren und illegal nach Thailand immigrierte Männer dem Militär übergeben, das sie oftmals direkt zum Militärdienst einbehält.¹²

Zensus

Ein weiteres bedeutendes innenpolitisches Ereignis des Jahres 2024 war der vom 1. bis 15. Oktober 2024 durchgeführte Zensus. Er wurde zu einem weiteren Schauplatz des Kampfes um die Legitimation, das Land zu regieren. Die Widerstandsbewegung sprach der militärischen Staatsführung das Recht und die Fähigkeit ab, einen solchen Zensus durchzuführen, und boykottierte ihn mit allen Mitteln, inklusive Gewalt.

Eine Wiederholung des im Jahr 2014 nach einer 31 Jahre langen Pause erstmalig wieder durchgeführten Zensus war für das Jahr 2024 ohnehin geplant gewesen. Doch diesmal sollte der Zensus außerdem dazu dienen, die vom SAC angekündigten Neuwahlen vorzubereiten und ein akkurates Wählerverzeichnis zu erstellen. Befürchtungen, der Zensus könnte außerdem dazu dienen, Regimekritiker:innen auszuspionieren, wurden laut.¹³ Verschiedene Gruppen des bewaffneten Widerstandes riefen daher dazu auf, die Durchführung des Zensus zu boykottieren, und es kam wiederholt zu Übergriffen auf die zumeist aus Lehrbeamtinnen in Begleitung von Polizisten und Soldaten bestehenden Zensusteams. Auf der zivilen Bevölkerung lastete ein doppelter Druck, da sie inmitten eines bewaffneten Konfliktes von militärischer Seite zur Kooperation und von den politischen Gegnern zum Boykott aufgerufen waren. Im September desselben Jahres, unmittelbar vor der Durchführung des Zensus, war Myanmar von Taifun Yagi schwer getroffen worden, und die gravierenden Überflutungen in weiten Teilen des Landes dauerten auch im Oktober noch an, als der Zensus durchgeführt wurde. Einige Medien berichteten, dass vor der Flut Geflüch-

tete gezwungen wurden, für die Dauer des Zensus zu ihren zerstörten, überfluteten Behausungen zurückzukehren. In einigen Gebieten wurde die Datenerhebung für den Zensus bis Dezember verlängert.

Kritiker:innen betrachten die während des Zensus erhobenen Daten als wenig aussagekräftig. Bemängelt werden eine unzureichende Finanzierung, mangelhafte Expertise und Schulung bei den durchführenden Personen, so wie eine zu geringe Ausweitung auf Grund der politischen Gegebenheiten sowie den durch den Taifun bedingten Umständen: Der Zensus konnte nur in 145 von 330 Townships durchgeführt werden.¹⁴ Eines der am meisten zitierten Ergebnisse des Zensus war der Rückgang der Bevölkerungszahl im Vergleich zum vorangegangenen Zensus um 0,2 % von 51,5 Millionen auf 51,3 Millionen.

Organisation von Neuwahlen

Am 28. Dezember 2025, 11. Januar 2026 und 25. Januar 2026 wurden in Myanmar Parlamentswahlen durchgeführt.

Das Militär inszeniert sich selbst als Verteidiger der Demokratie in Myanmar, das mit seinem Eingreifen einen Wahlbetrug der Wahlen von 2020 durch die politische Partei NLD verhindert hatte und nun planmäßig für geordnete Neuwahlen sorgte. Obwohl sich nationale wie internationale unabhängige Wahlbeobachter einig sind, dass es 2020 keinen solchen Wahlbetrug gab, hält das von Senior General Min Aung Hlaing geführte Regime an diesem Narrativ fest.¹⁵

Die Organisation von Neuwahlen „nach Erfüllung der Vorgaben des Notstandes im Einklang mit der Verfassung“ stellte von Beginn an die erklärte Grundlage des Putsches dar.¹⁶ Diese waren dann jedoch im weiteren Verlauf der Ereignisse und angesichts des massiven Widerstandes in der Bevölkerung immer wieder verschoben und der ausgerufene Notstand insgesamt sieben Mal verlängert worden. Die jeweils sechsmonatigen Verlängerungen des Notstandes dienten dazu, dem SAC den Anschein einer legitimen Übergangsverwaltung zu geben. Am 31. Juli 2025 lief der Notstand ohne eine weitere Verlängerung aus, wodurch die Voraussetzung für das Stattfinden der Wahlen geschaffen waren. Mit dem Auslaufen des Notstandes wurde auch der SAC als Übergangsverwaltung abgeschafft und dessen Regierungsmacht an den Nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsrat (englisch: National Defence and Security Council, NDSC) übertragen. Dieser rief dann die State Security and Peace Commission ins Leben, welche nominell ein beratendes Regierungsorgan darstellt, faktisch aber der

Nachfolger des SAC ist. Der NDSC ist eine in der Verfassung von 2008 mit erheblicher Macht ausgestattete Institution, die eine wichtige Rolle im Legitimierungsnarrativ Min Aung Hlaings spielt. Tatsächlich änderte sich durch die Auflösung des SAC nichts und alle Macht bleibt in den Händen des Militärdiktators Min Aung Hlaing.

In der Zwischenzeit ging die militärische Staatsführung systematisch gegen alle im Land bestehenden Grundlagen für demokratische Wahlen vor. Sie verhaftete die führenden Politiker:innen gegnerischer Parteien noch in der Nacht des Putsches und verfolgt seither all jene Personen des gesellschaftlichen Lebens, die sich gegen den Putsch oder das Militär äußern. Am 17. März 2021 wurden sämtliche unabhängigen Zeitungen des Landes abgeschafft. Journalist:innen werden systematisch verfolgt. In der „Rangliste der Pressefreiheit“ der Reporter ohne Grenzen befand sich Myanmar im Jahr 2024 auf Platz 171 von insgesamt 180 Ländern. Damit zählt das Land weiterhin zu den weltweiten Schlusslichtern und rangiert unter den zehn Staaten mit der geringsten Medienfreiheit.¹⁷ Auch im Jahr 2025 blieb Myanmar mit Platz 169 weiterhin ein Schlusslicht.¹⁸ Weltweit und in absoluten Zahlen gemessen inhaftiert nur China mehr Journalisten als Myanmar. Berücksichtigt man jedoch das Verhältnis zur Bevölkerungszahl, hält Myanmar diesen traurigen Rekord. Auch der Zugang zum Internet wird von Seiten des Militärregimes gezielt eingeschränkt: neben strategisch motivierten Internet Blackouts ganzer Regionen und einer lückenhaften und unzuverlässigen Versorgung, wird auch der Zugang zu bestimmten Inhalten und Anbietern gesperrt. Die Nutzung von VPN wird kriminalisiert und ist mit bis zu sechs Monaten Haft strafbar.¹⁹

Am 26. Januar 2023 verabschiedete der SAC ein neues Gesetz zur Registrierung politischer Parteien.²⁰ Die NLD und 39 weiteren Parteien haben sich nicht unter dem vom SAC erlassenen neuen Gesetz für politische Parteien registrieren lassen und wurden daraufhin mit Ablauf der Frist am 28. März 2023 offiziell aufgelöst. Während sich die NLD und einige andere größere Parteien bewusst gegen eine Registrierung unter dem neuen Gesetz entschieden, konnten insbesondere kleinere Parteien oftmals die neuen Anforderungen nicht erfüllen und wurden in Folge dessen ebenfalls aufgelöst. ANFREL, das Asian Network for Free Elections, berichtet, dass 57 % der Parteien, die 2020 zur Wahl standen und zusammen 90 % der Sitze erhielten, heute nicht mehr existieren.²¹ Führende Mitglieder der NLD, allen voran Regierungsführerin Aung San Suu Kyi und Präsident Win Myint, sind weiterhin im Gefängnis.

Im Juli 2025 wurde außerdem ein Gesetz zum Schutz der demokratischen Wahlen vor Sabotage erlassen, welches es untersagt, in jedweder Form schriftlich oder mündlich die Wahlen zu unterminieren. Bei Zuwiderhandlung drohen Strafen von drei Jahren Haft bis hin zur Todesstrafe.²² Tatsächlich kam es im Vorfeld der Wahlen zu mehreren Verhaftungen und Verurteilungen von Personen, die zum Wahlboykott aufgerufen oder sich anderweitig kritisch zu den Wahlen geäußert hatten. Sogar unliebsame Facebook-Posts oder auch nur die Reaktion auf diese mit einem Emoji haben zu Verhaftungen geführt.²³

Anhänger der unter dem neuen Wahlgesetz nicht registrierten und daher nun illegalen Parteien, allen voran die NLD, die NUG sowie diverse ethnische Organisationen haben sich wiederholt gegen die Durchführung von Neuwahlen ausgesprochen. Sie befürchten unter anderem, dass es dem Militärregime auf diese Weise gelingen könnte, sich in den Augen anderer Staaten zu legitimieren und seine Position als akzeptierte Regierung des Landes in der internationalen Gemeinschaft wieder zu festigen. Dass auch ein Großteil der Bevölkerung Wahlen gegenüber skeptisch ist und sie in der Mehrheit nicht als ein Weg aus der Krise betrachtet werden, zeigen zwei Studien von 2021–2022 und von 2024 zu diesem Thema.²⁴ Auf internationaler Ebene wurden die Wahlen unter anderem vom UN-Menschenrechtskommissar Volker Türk, dem UN-Sonderberichterstatter Tom Andrews, der Europäischen Union und den ASEAN-Parlamentariern für Menschenrechte verurteilt.

Aufgrund des hohen Widerstandes und der nur unzureichenden administrativen Kontrolle über das Staatsgebiet fanden die Wahlen in nur 263 der insgesamt 330 Townships statt. Sie wurden verteilt über drei Phasen zwischen dem 28. Dezember 2025 und dem 25. Januar 2026 durchgeführt. Dass in einer Township Wahlen stattfanden, hieß im jeweiligen Einzelfall jedoch nicht unbedingt, dass überall in diesem Township gewählt werden konnte. In vielen der 263 Townships, in denen gewählt werden konnte, waren mehrere zu dem Township gehörende Bezirke und Gemeinden auf Grund der andauernden Konflikte von der Wahl ausgeschlossen. In einigen Townships beschränkte sich die Möglichkeit zu Wählen lediglich auf die urbanen Zentren.

Laut offiziellen Angaben der militärischen Staatsführung lag die Wahlbeteiligung in den an der Wahl teilnehmenden Gemeinden und Bezirken bei etwa 50 % und damit, diesen Angaben zur Folge, bei rund 20 % weniger als im Jahr 2020. Wenig überraschend gewann die militärnahe Union Solidarity and Development Party (USDP) mit überragender Mehrheit die Wahlen.

Sie erhielt 340 der insgesamt 421 zur Wahl stehenden Sitze des Parlaments – Pyidaungsu Hluttaw (232 Sitze der 264 zur Wahl stehenden Sitze des Pyithu Hluttaw (Oberhaus) und 108 der 157 zur Wahl stehenden Sitze des Amyotha Hluttaw (Unterhaus)) – weitere 166 Sitze werden entsprechend der Verfassung vom Militär besetzt.

Innenpolitik der NUG

Die NUG erhebt für sich den Anspruch, die rechtmäßige Regierung des Landes zu sein, und präsentiert sich allen Widrigkeiten zum Trotz entsprechend mit Ministerien, Websites, offiziellen Statements und der Verabschiedung von Gesetzen. Obwohl sie regelmäßig als Exilregierung bezeichnet wird, befinden sich mehrere ihrer Mitglieder im Land, in von ethnischen Armeen oder PDF-Gruppen kontrollierten Gebieten. Da sich der Großteil staatlicher Institutionen inklusive des Verwaltungsapparates in der Hand der Militärregierung befindet, ist die NUG darum bemüht, parallele Institutionen über die Ministerien hinaus zu erschaffen. Das war nur durch den weitreichenden Boykott staatlicher Institutionen durch die Zivilbevölkerung denkbar, der seinen Ursprung in dem Generalstreik und der Gründung der friedlichen Widerstandsbewegung Civil Disobedience Movement (CDM) als unmittelbare Reaktion auf den Putsch hatte. Es gibt Beispiele für parallele Justizsysteme, eigene Verwaltungsstrukturen, parallele Polizeikräfte, ein paralleles Bildungssystem und ein paralleles Online-Bezahlsystem namens NUG-pay. Während Justiz, Verwaltung und Polizei unmittelbar an die tatsächlich ausgeübte Kontrolle in einem Gebiet gekoppelt sind, funktionieren Bildung und NUG-pay weitreichender und gebietsübergreifender, sind aber in diesen Fällen von funktionierenden Internetverbindungen abhängig.

Auch die bewaffneten ethnischen Organisationen und die mit ihnen verbundenen politischen Parteien und Gruppierungen errichten parallele administrative Strukturen in den von ihnen eroberten Gebieten oder weiten die bereits vorhandenen aus. Von ihnen hegt jedoch keine den Anspruch, das gesamte Land regieren oder erobern zu wollen. Stattdessen geht es um ethno-nationalistisch motivierte Autonomiebestrebungen.

Eine immer wieder von den verschiedenen Konfliktparteien heraufbeschworene Vision ist die föderale demokratische Union, die Myanmar in Zukunft werden soll. Sogar der SAC sprach in seinem Fünf-Punkte-Programm davon „eine Union basierend auf föderalen und demokratischen Prinzipien“ aufbauen zu wollen.²⁵ Die Vorstellungen, wie genau ein födera-

listisches System für Myanmar aussehen könnte, gehen dabei jedoch weit auseinander. Insbesondere der Grad der Unabhängigkeit, den dabei die einzelnen Unionsstaaten in Zukunft haben sollten, aber auch der genaue Verlauf der Grenzen dieser Staaten sind umstritten. Der Kampf der ethnischen Armeen dient also auch dazu, Tatsachen zu schaffen.

Die nun vom Militär durchgeführten Wahlen stellen für die NUG ein Legitimationsproblem dar. Selbst wenn sich alle demokratischen Kräfte und Stimmen des Landes deutlich gegen diese Wahlen ausgesprochen haben, und es offensichtlich ist, dass die im Dezember 2025 und Januar 2026 durchgeführten Wahlen weder frei noch fair waren, ist es der NUG selbst nicht gelungen, Neuwahlen durchzuführen. Es zieht seine Legitimation aus den Wahlen von 2020 und ist am Ende seiner Legislaturperiode angelangt. Die Entwicklungen im Lande haben die politischen Debatten im Vergleich zu 2020 stark verändert und verschoben, und es wird immer schwerer für die NUG, sich als Nationale Einheitsregierung, die die Bevölkerung repräsentiert, zu präsentieren.

3.4.4. Außenpolitische Entwicklungen

Die Außenpolitik beider Regierungen ist vom Kampf um internationale Anerkennung und die mit einer solchen Anerkennung einhergehende Sicherung von Ressourcen geprägt. Die NUG hat offizielle Vertretungen in acht Ländern eingerichtet und ist bei den UN vertreten.²⁶ Dennoch wird sie auch von den sie unterstützenden Staaten nicht als de-facto Regierung des Landes angesehen und hat mit zunehmendem Kontroll- und Akzeptanzverlust im Land nun auch Schwierigkeiten auf internationaler Ebene, die eigene Relevanz zu behaupten. Die militärische Staatsführung unter Min Aung Hlaing wird von vielen Staaten als de-facto Regierung betrachtet, wird jedoch teilweise von der Beteiligung an diplomatischen Treffen und Verhandlungen ausgeschlossen. Mitglieder der Staatsführung sind mit Sanktionen belegt. Länder wie Russland, China, Indien und Weißrussland behandeln Min Aung Hlaing hingegen als legitimes Staatsoberhaupt und Verhandlungspartner in bilateralen Gesprächen.

Myanmars Rolle in Staatenbünden

ASEAN

Als Mitglied des Südostasiatischen Staatenbundes ASEAN sah sich Myanmar schon frühzeitig unter Druck gesetzt, die zunehmend eskalierende Staatskrise unter Kontrolle zu bekommen. Während die politische Haltung der vertretenen Staaten zur politischen Lage in Myanmar variierte, herrschte jedoch Einigkeit darüber, dass eine weitere Eskalation des Bürgerkriegs und ein Scheitern des Staats negative Auswirkungen auf die gesamte ASEAN-Region haben könnten und deswegen zu verhindern seien. Es wurde ein Sondertreffen der ASEAN am 24. April 2021 einberufen, zu dem Min Aung Hlaing zwar eingeladen, dabei jedoch nicht als Staatsoberhaupt adressiert wurde. Mitglieder der NUG wurden nicht eingeladen. Min Aung Hlaing reiste an und man einigte sich auf den Fünf-Punkte-Konsens bezüglich Myanmar. Die Punkte umfassen den Verzicht auf Gewalt und Zurückhaltung aller Parteien, konstruktiven Dialog aller Parteien zur Findung einer friedlichen Lösung, die Entsendung eines Sonderbeauftragten des ASEAN-Vorsitzes als Mediator des Dialogs, humanitäre Hilfe durch die ASEAN und Einreise des Sonderbeauftragten und seiner Delegation nach Myanmar, um mit allen betroffenen Parteien zu sprechen. Nachdem es seitens Myanmars keinerlei erkennbare Bemühungen gegeben hatte, an der Umsetzung dieser Punkte zu arbeiten, und es dem von Brunei, das zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz der ASEAN innehatte, entsandten Sonderbeauftragten Erywan Yusof nicht ermöglicht wurde, mit der inhaftierten Aung San Suu Kyi als einer wichtigen Repräsentantin einer der Konfliktparteien zu sprechen, reagierte das Staatenbündnis, indem es für alle folgenden Gipfel Myanmar nicht gestattete, einen politischen Vertreter zu entsenden, und damit die Teilnahme von Min Aung Hlaing ausschloss. Die NUG nutzte die Gelegenheit, eine Teilnahme aus ihren Reihen anzubieten, jedoch ohne Erfolg. Bis zum ASEAN-Gipfel in Vientiane (Laos) im Oktober 2024 hatte sich der SAC geweigert, einen nichtpolitischen Vertreter zu den Gipfeln zu entsenden. Myanmars Platz blieb daher unbesetzt. Zu diesem Gipfeltreffen in Laos sowie zum darauffolgenden Treffen 2025 in Malaysia kam Myanmar der Forderung schließlich nach und entsandte einen nichtpolitischen Vertreter. Allerdings war Myanmar auch vor 2024 weiterhin in Aktivitäten der ASEAN unterhalb der Gipfelebene eingebunden. Im Januar 2026 wurde mit der philippinischen Außenministerin Theresa P. Lazaro die inzwischen sechste Sonderbeauftragte der ASEAN für Myanmar ernannt. In einer Pres-

sekonferenz am 30. Januar 2026 erklärte sie, dass die ASEAN-Staaten bisher zu keinem Konsens bezüglich der Wahlen in Myanmar gekommen seien und sie zu diesem Zeitpunkt nicht anerkennen würden.

UN

Auch in der Frage, wer Myanmar bei den UN vertreten soll, erheben sowohl der SAC als auch die NUG den Anspruch, die rechtmäßigen Entsender eines Repräsentanten zu sein. Der zum Zeitpunkt des Putsches amtierende UN-Botschafter Kyaw Moe Tun, der 2020 von der NLD entsandt worden war, bekannte sich zur NUG und wurde daraufhin von der Militärregierung zurückbeordert und wegen Hochverrats angeklagt. Der SAC benannte einen Ersatz für die Vertretung von Myanmar bei den UN. Zusätzlich wurde im August 2021 ein Auftragsmörder auf Kyaw Moe Tun in New York angesetzt. Der Anschlag konnte jedoch vom FBI verhindert werden.²⁷ Die endgültige Entscheidung im Disput um den rechtmäßigen Vertreter Myanmars bei den UN ist seither jedes Jahr von der Generalversammlung vertagt worden. Allerdings gilt, dass, solange keine andere Entscheidung getroffen wurde, der aktuelle Vertreter weiter in seinem Amt bleibt. Dementsprechend hat die NUG also einen Vertreter bei der UN.

Im Dezember 2022 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat eine Resolution zu Myanmar, in der er, unter anderem, die sofortige Beendigung aller Gewalt fordert, die Freilassung aller willkürlich Inhaftierten, einschließlich von Präsident Win Myint und Staatsrätin Aung San Suu Kyi, anmahnt, und zum politischen Dialog und dem Respekt der Menschenrechte aufruft. Außerdem wird in dieser Resolution die entscheidende Rolle der ASEAN betont und den von der ASEAN getroffenen Maßnahmen die Unterstützung ausgesprochen.²⁸

EU

In einer Pressemitteilung vom 2. Februar 2021 verurteilte die EU den Militärputsch aufs Schärfste und forderte die Wahlen vom November 2020 zu respektieren, das neu gewählte Parlament zu eröffnen sowie Präsident Win Myint, Staatsrätin Aung San Suu Kyi und aller weiteren festgenommenen Personen bedingungslos freizulassen. Weiterhin bietet die EU ihre Unterstützung für einen Dialog aller wichtigen Akteure an.²⁹ Seither veröf-

fentlich die EU zu jedem Jahrestag des Putsches eine weitere Erklärung, in der sie den Putsch selbst, die folgende Gewalt und die massiven Menschenrechtsverletzungen verurteilt und die Wichtigkeit der Rolle der ASEAN als vermittelnden Akteur betont.³⁰

Die EU hat bisher neun Sanktionspakete gegen Myanmar verabschiedet. Dabei handelt es sich neben dem bereits bestehenden Waffenembargo und einem Embargo für Ausrüstung, die zur internen Repression eingesetzt werden kann (z. B. Wasserwerfer oder Handfeuerwaffen), sowie für sogenannte Dual-Use-Güter, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke genutzt werden können, um gezielte Sanktionen, die das Militärregime treffen sollen, während die Bevölkerung möglichst wenig belastet wird. Konkret wurden bisher Sanktionen gegen 106 Einzelpersonen verhängt, darunter gegen alle Mitglieder des SAC sowie Minister und stellvertretende Minister der Militärregierung. Außerdem richten sich die Maßnahmen gegen 22 Organisationen, darunter direkt vom Militär kontrollierte Unternehmen sowie staatliche und private Unternehmen, die unter militärischer Kontrolle stehen.³¹ Die Liste wird regelmäßig erweitert. Zuletzt wurden am 25. April 2025 die von der EU verhängten Sanktionen um ein weiteres Jahr verlängert.

Immer wieder werden Forderungen nach einem Embargo auf Kerosin laut, da das Militär verstärkt auf seine Luftwaffe setzt und auch regelmäßig zivile Ziele angreift. Gegner eines solchen Embargos argumentieren mit den Auswirkungen, die das auch auf die Zivilbevölkerung, insbesondere auf den Transport von Hilfsgütern über Luftwege, haben könnte.³²

Bilaterale Beziehungen und Geopolitik

Myanmars bilaterale Beziehungen sind nicht erst seit dem Putsch stark von seiner geopolitisch wichtigen Lage zwischen Südasien, Ostasien und Südostasien bestimmt. Die andauernde Krise, in der sich das Land seit dem Putsch befindet, führt dazu, dass es nicht mehr in der Lage ist, seine gesamtstaatlichen Interessen außenpolitisch zu vertreten. Stattdessen werden die rivalisierenden Kriegsparteien bei ihren Versuchen, sich interne Vorteile zu verschaffen, zum Spielball der deutlich langfristiger angelegten Strategien anderer Staaten.

Hervorzuheben sind drei große Infrastrukturprojekte in der Bauphase, die die geostrategisch günstige Lage des Landes nutzen wollen. Ein weiteres, bereits fertig gebautes Projekt ist die in Kooperation von Myanmar und

Japan ins Leben gerufene Sonderwirtschaftszone Thilawa in der Nähe von Yangon. Die aktuell im Bau befindlichen Projekte sind die folgenden:

Das ist zum einen die in Kooperation mit China geplante Sonderwirtschaftszone Kyaukphyu auf der Insel Ramree in Myanmars Bundesstaat Rakhine. Das Projekt umfasst unter anderem die Errichtung eines Tiefseehafens, einer Ölraffinerie und eine Pipeline von Kyaukphyu nach Kunming in China. Der Hafen kann von Schiffen aus Ostafrika und dem Mittleren Osten angelaufen werden, die Rohöl transportieren. Die Sonderwirtschaftszone in Kyauphyu ist ein wichtiger Bestandteil des China-Myanmar Economic Corridor (CMEC) Projektes, welches außerdem den Bau von Bahnstrecken, Fernstraßen, Minen und Fabriken beinhaltet und zu Chinas Belt-and-Road-Initiative gehört.

Ein weiteres Großprojekt ist die ursprünglich in Kooperation mit Thailand geplante Sonderwirtschaftszone Dawei, ebenfalls mit einem Tiefseehafen, einer Ölraffinerie und einer mehrspurigen Verbindungsstraße zwischen dem Hafen in Myanmar und der Stadt Kanchanaburi in Thailand. Laut den thailändischen Zeitungen *Bangkok Post* und *The Nation* soll nun Russland Interesse an dem aktuell auf Eis gelegten Projekt bekundet haben.³³

Das dritte große Infrastrukturprojekt ist das Kaladan Multimodal Transit Transport Project, das seit 2008 mit Indien geplant ist. Dieses Projekt beinhaltet nicht die Errichtung einer Sonderwirtschaftszone. Es umfasst aber die Errichtung eines weiteren Tiefseehafens in Sittwe im Bundesstaat Rakhine, der dann per Schiffsroute mit Kolkatta verbunden wäre. Diese Seeverbindung soll mit der Erschließung des Kaladan-Flusses für Transportwege zwischen Sittwe und Paletwa in Myanmar sowie mit einer von Paletwa weiterführenden Verbindungsstraße über die Grenze bis ins indische Mizoram ergänzt werden. Auf diese Weise würde der Nordosten Indiens eine direkte Anbindung zu einem Hafen erhalten. Das Projekt ist Teil von Indiens „Look/Act East“ Politik.

Die militärischen Entwicklungen der Jahre 2024 und 2025 haben Auswirkungen auf diese und andere strategisch relevante Projekte von Myanmars Nachbarländern und daher auch auf die bilateralen Beziehungen.

So schien zum Beispiel das Kaladan Multimodal Transit Transport-Projekt schon 2019 seit der Entführung indischer Arbeitskräfte durch die Arawakan Armee (AA) gefährdet und seit der Eroberung von Paletwa durch die AA im Januar 2024 unmöglich, da Indien bis dahin auf die Unterstützung des Militärregimes zur Verwirklichung des Projektes gesetzt hatte. Die indische Zeitung *The Week* berichtete im Dezember 2024 aber, dass

die indische Regierung Kontakt mit der Arakan Armee aufgenommen und Verhandlungen über eine mögliche Fortsetzung des Projektes begonnen habe. Gleichzeitig muss sie sich weiterhin mit dem Militärregime einigen, um eine Bombardierung des Projektes zu verhindern.³⁴ Im August 2025 veröffentlichte die Arakan Army eine Aussage, dass sie ausländische Investitionen in den von ihnen kontrollierten Gebieten fördert und schützt und bereit ist, bei einer Vollendung des Kaladan Multimodal Transit Transport Projekts zu kooperieren.³⁵

Auch Chinas Politik gegenüber den unterschiedlichen Kriegsparteien in Myanmar wird von den eigenen geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen bestimmt. Es ist das Land mit der derzeit größten Einflussmöglichkeit auf das Kriegsgeschehen in Myanmar. Chinas Interessen liegen dabei in erster Linie darin, die für seine Belt-and-Road-Initiative wichtige schon bestehende Infrastruktur in Myanmar, insbesondere die von Kyauphyu nach Kunming führende Pipeline, zu schützen, sowie die Fertigstellung der in Kyaukphyu geplanten Sonderwirtschaftszone mit dazugehörigem Tiefseehafen zu realisieren.

Weiterhin spielen der ungehinderte Zugang zu wichtigen Ressourcen wie seltene Erden und die Durchführung von Staudammprojekten sowie Sicherheitsaspekte – wie etwa die Stabilität in den Grenzregionen und die Verhinderung von illegaler Migration – eine wichtige Rolle in Chinas politischen Entscheidungen in Bezug auf Myanmar.

Ein weiteres Hauptinteresse Chinas ist die Bekämpfung der organisierten Cyberkriminalität in Myanmar. Seit der COVID-19 Pandemie hat sich die organisierte Cyberkriminalität in Südostasien verbreitet. Mit zunehmender Instabilität Myanmars haben die sogenannten Scam-Zentren in Myanmar zugenommen und sind zu einem internationalen Problem geworden. China war und ist von diesem Problem vorrangig betroffen, da insbesondere seine Staatsbürger:innen sowohl unter den Opfern des organisierten Onlinebetrugs als auch unter den Betreiber:innen der Scam-Zentren sowie unter den meist unter Zwang dort Arbeitenden sind. Es wird angenommen, dass die Operation 1027 nur mit der stillschweigenden Billigung von China durchgeführt werden konnte, da die Three Brotherhood Alliance die Schließung der an der Grenze zu China befindlichen Scam-Zentren zu einem ihrer erklärten Ziele gemacht hatte. Im Januar 2024 gelang es der Three Brotherhood Alliance, die Region Kokang, damaliger Hotspot des grenzüberschreitenden Onlinebetrugs zu erobern, die dortigen Scam-Zentren zu schließen und über 40.000 chinesische Staatsbürger:innen nach China zurückzuschicken.³⁶

Eine zunehmende Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Widerstandsbewegungen führte jedoch dazu, dass sich die Politik Chinas gegenüber den pro-chinesischen ethnischen Armeen der Three Brotherhood Alliance im Jahr 2024 geändert hat. Nachdem die zu Beginn des Jahres 2024 durch China vermittelte Waffenruhe im Juni 2024 gebrochen wurde und die ethnischen Armeen, aber auch die PDFs, zunehmend an Gebiet und Einfluss gewannen, nutzte die chinesische Regierung ihren Einfluss auf die Armeen der Three Brotherhood Alliance, um deren weiteres Vordringen zu unterbinden. Am 22. April 2025 musste die MNDA die von ihnen eroberte Stadt Lashio im nördlichen Shan Staat unter Vermittlung Chinas an die gegnerische Militärjunta zurückgeben. Auch auf diplomatischer Seite nutzte China seinen Einfluss und lud General Min Aung Hlaing zum Mekong Summit nach Kunming ein. Im August 2025 wurde er ein weiteres Mal nach China geladen: zum Gipfeltreffen der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) in Tianjin, wo er sowohl mit Präsident Xi Jinping als auch mit Indiens Premierminister Modi bilaterale Gespräche führte.

Während der andauernde Druck Chinas im Norden und Nordosten des Landes zur Rückgewinnung der Kontrolle über strategisch wichtige Gebiete durch das Militär geführt hat, gelang es der Arakan Army, im Südwesten des Landes die eroberten Gebiete zu halten und ihre Kontrolle weiter auszubauen. Auf diese Weise ist auch die Arakan Army für China zu einem inoffiziellen Verhandlungspartner geworden, wenn es um deren große Infrastrukturprojekte geht. Kyaukphyu selbst, der Ort der geplanten Sonderwirtschaftszone mit Tiefseehafen, gehört jedoch bisher zu den wenigen Orten im Rakhine Staat, die noch nicht in der Hand der Arakan Army sind. Es gibt Berichte über vier bereits in Myanmar agierende chinesische Privatarmeen, die zum Schutz der chinesischen Firmen und Infrastrukturprojekte eingesetzt werden und über Pläne, eine gemeinsame Sicherheitsfirma zum Schutz chinesischer Projekte in Myanmar zu etablieren.³⁷ Dieses Vorgehen fördert die anti-chinesische Stimmung im Land. Im Oktober 2024 wurde ein Bombenanschlag auf das chinesische Konsulat in Mandalay verübt. Es gab keine Verletzten.

Ein weiterer wichtiger Unterstützer des Militärregimes sowohl in diplomatischer als auch in militärischer Hinsicht ist Russland. So nahm der stellvertretende russische Verteidigungsminister Alexander Fomin unmittelbar nach dem Putsch an der Militärparade anlässlich des National Arms Day teil. Am 4. März 2025 wurde General Min Aung Hlaing offiziell vom russischen Präsidenten Putin in den Kreml eingeladen. Es war die erste

Einladung, die er seit seiner gewaltsamen Machtübernahme als offizielles Staatsoberhaupt erhielt und hatte daher einen diplomatischen Charakter mit besonderem Symbolwert. Bei diesem Treffen wurde unter anderem auch ein Abkommen über die zukünftige Errichtung eines Atomkraftwerkes in der Nähe der Hauptstadt Nay Pyi Taw geschlossen. Russland ist außerdem mit Abstand der größte Waffenlieferant für das Militärregime.³⁸ Insbesondere die Luftwaffe, die das Militär zunehmend für gezielte Angriffe auf die Zivilbevölkerung, zur Vernichtung ganzer Dörfer und für Bombenangriffe auf Schulen, Krankenhäuser und Volksfeste verwendet, wird durch Russland ausgerüstet.

Thailand ist das Nachbarland, auf welches die andauernden Konflikte die größten Auswirkungen haben. Es teilt mit Myanmar eine Grenze von insgesamt 2.401 km Länge und damit die längste gemeinsame Grenze, verglichen mit anderen Nachbarstaaten. Da die Grenzregion zu Thailand mit zu den umkämpften Gebieten gehört, stellt der andauernde Krieg für Thailand ein direktes Sicherheitsrisiko dar. Thailand beherbergt rund 70 % aller Migrant:innen aus Myanmar.³⁹ Ähnlich wie China und Indien hat auch Thailand wirtschaftliche Interessen im Land, einschließlich größerer Infrastrukturprojekte wie die Sonderwirtschaftszone Dawei oder den India-Myanmar-Thailand Trilateral Highway. Außerdem haben die kriminellen Syndikate ihre Scam-Zentren nun in das Gebiet um Myawaddy an der Grenze zu Thailand verlegt, wo sie in der Zeit zwischen 2024 und 2025 rasant anwuchsen. Seit September 2025 kam es von Seiten der Militärregierung in Myanmar zu mehreren Razzien und öffentlichkeitswirksamen Abrissen, insbesondere in den Zentren KK Park und Shwe Ko Ko. Tausende Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, die in diesen Zentren gearbeitet und gewohnt hatten, flohen vor den Razzien über den Fluss Moei nach Thailand, wo sie versorgt werden mussten. Die strukturellen Ursachen dieser Scam-Zentren, nämlich die Existenz eines rechtsfreien Raums, in dem kriminelle Organisationen, öffentlich und für jeden sichtbar, eigene Städte ausschließlich zum Zweck des Betrügens errichten können, bleiben jedoch bestehen.

Ein weiteres Resultat dieses rechtsfreien Raums ist der unregulierte Abbau seltener Erden, der zu massiven Umweltverschmutzungen führt und die Flüsse vergiftet. Betroffen war davon im Jahr 2025 auch der Kok-Fluss, der aus dem Shan Staat in Myanmar nach Thailand fließt.

Soziale und humanitäre Entwicklungen

Die humanitäre Lage in Myanmar ist katastrophal. In über der Hälfte von Myanmar 330 Townships wird aktiv gekämpft, in 61 Townships wurde das Kriegsrecht verhängt.⁴⁰ Inzwischen gibt es über 3,5 Millionen Binnenflüchtlinge in Myanmar. Das entspricht 6 % der Gesamtbevölkerung. Die überwiegende Mehrheit davon, nämlich 3,2 Millionen, musste erst nach dem Putsch am 1. Februar 2021 fliehen.⁴¹ Myanmar ist laut *Landmine Monitor* das zweite Jahr in Folge das Land mit den meisten Opfern von Landminen weltweit.⁴² Immer wieder wird die Zivilbevölkerung zum Ziel militärischer Angriff, insbesondere von Luftangriffen. So wurden z.B. im Mai und September 2025 drei verschiedene Schulen und im Dezember 2025 ein Krankenhaus bombardiert.

Im Jahr 2025 stieg der Anteil der Bevölkerung, die von akuter Ernährungsgefährdung betroffen ist, auf 30 % im Vergleich zu 25 % im Vorjahr und 19 % im Jahr 2023.⁴³

Zu den verheerenden Auswirkungen des Krieges kommen Naturkatastrophen hinzu. Am 28. März 2025 wurde Myanmar von einem Erdbeben der Stufe 7,7 erschüttert. Das Epizentrum des Bebens lag in Sagaing, einer der Konfliktzonen Myanmar. Seither hat es über 400 Nachbeben gegeben. Die Angaben der Toten variieren von 5.352⁴⁴ und 3.727.⁴⁵ Schätzung des U.S. Geological Surveys lassen befürchten, dass die Anzahl der Toten sogar noch um vieles höher sein könnte.⁴⁶ Die Zerstörungen durch das Beben sind verheerend und erstrecken sich Hunderte von Kilometern weit quer durch das ganze Land. Laut UNHCR waren 15 Millionen Menschen in Myanmar direkt von dem Erdbeben betroffen.⁴⁷ Viele haben ihre Häuser verloren, und auch die ärztliche Versorgung der Verletzten musste größtenteils unter freiem Himmel stattfinden. Zwei Monate nach dem Erdbeben begann die Regenzeit. Krankheitsausbrüche, insbesondere von Cholera, Dengue Fieber, Malaria und Tuberkulose treten vermehrt auf und haben für eine zunehmend von Armut betroffene Bevölkerung katastrophale Auswirkungen. Trotz anfänglich großer internationaler Spendenbereitschaft als Reaktion auf das Erdbeben und der Lieferung von vielen Tonnen an Hilfsgütern gelangte nur wenig der internationalen Hilfe zu den Betroffenen, insbesondere wenn diese sich in Konfliktzonen befinden. Das Militär verhindert nicht nur die Verteilung der dringend benötigten Hilfsgüter in den am schlimmsten betroffenen Gebieten, unmittelbar nach dem Erdbeben setzte es auch seine Bombenangriffe auf diese Gebiete und auf die aus den Häusern ins Freie geflohenen Menschen fort. Einen Tag nach dem

Erdbeben erklärte die NUG einen einseitigen temporären Waffenstillstand, gefolgt von der Three Brotherhood Alliance am 1. April 2025. Am 2. April 2025 riefen schließlich auch die Militärjunta und zum Schluss die Kachin Independence Organization einen Waffenstillstand aus. Alle Parteien haben den erklärten Waffenstillstand gebrochen. Das Militär hat weiter Luftangriffe in betroffenen Gebieten durchgeführt. Offiziell lief der letzte mit dem Erdbeben begründete Waffenstillstand des Militärs am 30. Juni 2025 aus.

Das Erbeben vom März 2025 ist jedoch nicht die einzige Naturkatastrophe von der das Land seit dem Putsch heimgesucht wurde. Taifun Yagi im September 2024 löste Überflutung in 192 Townships aus. Von der Flut waren 2,4 Millionen Menschen, mehr als ein Drittel aller Betriebe in Myanmar und über die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe betroffen.⁴⁸ Das hat der Reisernte stark geschadet. 34 % der Bauern berichteten außerdem einen Verlust von Saatgut und Dünger, wodurch ein Einbruch auch bei nachfolgenden Ernten zu befürchten ist. Im Mai 2023 hatte Zyklon Mocha ebenfalls verheerende Schäden im Land angerichtet. Auf dem Climate Risk Index belegt Myanmar Platz 4 der zwischen 1993 und 2022 am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder.⁴⁹ Klimaprognosen sagen für Myanmar eine Zunahme von Naturkatastrophen wie Hochwasser, Dürre, Zyklone und Extremtemperaturen voraus.⁵⁰

Zu den Auswirkungen der letzten drei großen Naturkatastrophen in Myanmar kommen die steigende Inflation, der hohe Anteil an Binnenflüchtlingen im Land, die schlechte wirtschaftliche Lage, die zu einem Mangel an Arbeitsplätzen führt und natürlich die Kampfhandlungen, die in vielen Gebieten ebenfalls zu Ernteausfällen führen. Ein weiteres Problem ist die Stromknappheit. Im Frühjahr 2025 wurde der Strom so stark rationiert, dass es selbst in der größten Stadt, Yangon, nur noch vier Stunden Strom am Tag gab. Die Lage hat sich seit Anfang 2026 durch die Fertigstellung eines Gaskraftwerkes jedoch verbessert.

Während die staatliche Infrastruktur vielerorts versagt, der Druck auf die Zivilbevölkerung stetig wächst, das Militär regelmäßig Luftangriffe gegen zivile Ziele, inklusive Schulen, Krankenhäuser und Flüchtlingscamps fliegt und auch PDFs und ethnische Armeen Menschenrechtsverletzungen begehen, zeigt sich eine beeindruckend aktive und solidarische Zivilgesellschaft, die oftmals unabhängig von den politischen Konfliktparteien organisiert ist. vielerorts ist es diesen kleinen, privat organisierten Zusammenschlüssen von Helfenden und ihrem Netzwerk zu Exilburmes:innen zu verdanken, dass überhaupt humanitäre Hilfe geleistet wird. Leider ist jede Form von Zusammenschlüssen und Organisation insbesondere mit Verbindung

zum Ausland in den Augen des Militärregimes suspekt und wird daher aktiv behindert und ist mit einem persönlichen Sicherheitsrisiko für die Helfenden verbunden. Menschen aus Myanmar im In- und Ausland zeigen ein beachtliches Engagement mit ihrer Bereitschaft zu Spenden, unentgeltlich zu arbeiten und persönliche Risiken einzugehen, um den Opfern des andauernden Konfliktes zu helfen. Dennoch werden nach nunmehr fünf Jahren die Kräfte und Ressourcen kleiner.

Deutschland und Myanmar

Die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Myanmar beschreibt das Auswärtige Amt als „seit 2017 [...] durch das Vorgehen des Militärs gegen die muslimische Bevölkerungsgruppe der Rohingya belastet“.⁵¹ Infolgedessen wurde 2020 die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit eingestellt. Humanitäre Hilfe ist davon nicht betroffen. Deutschland verurteilt den Putsch, fordert ein Ende der Gewalt, die Freilassung der politischen Gefangenen und die Wiedereinsetzung der demokratisch gewählten Institutionen. Es benennt den inhaftierten Präsidenten Win Myint als rechtmäßiges Regierungsoberhaupt und General Min Aung Hlaing als faktischen Staatschef und Regierungsoberhaupt. Im November 2023 trat Deutschland zusammen mit fünf weiteren Staaten dem 2019 von Gambia eingeleiteten Völkermord-Verfahren gegen Myanmar vor dem Internationalen Gerichtshof bei. Im Januar 2026 fanden die Anhörungen statt. Ein Urteil wird frühestens im Frühjahr 2026 erwartet. In seiner Reisewarnung rät das Auswärtige Amt deutschen Staatsangehörigen, vor einer Reise nach Myanmar ihr Testament zu machen.⁵²

Die von der Europäischen Union gegen Myanmar verhängten Sanktionen gelten selbstverständlich auch für die Bundesrepublik. Dennoch gibt es deutsche Unternehmen, die weiterhin Geschäfte mit dem Militärregime in Myanmar machen. Bisher hat die deutsche Staatsanwaltschaft Anklage gegen drei deutsche Firmen, MAN Energy Solutions, ND SatCom GmbH und eine weitere ungenannte Firma erhoben und Ermittlungen wegen mutmaßlicher Verstöße gegen die Sanktionen eingeleitet.⁵³ Die zivilgesellschaftliche Initiative Justice for Myanmar, die es sich zum Ziel gemacht hat, die Unterstützung der Militärregierung durch internationale Firmen, Organisationen und Staaten aufzudecken, veröffentlicht immer wieder auch Vorwürfe gegen deutsche Firmen und Organisationen.

Ein weiterer wichtiger, wenn auch indirekter Schnittpunkt zwischen Deutschland und Myanmar ist die zunehmende Umstellung auf Elektro-

mobilität in Deutschland. Diese ist ohne seltene Erden nicht möglich. Die seltenen Erden, die dafür in Deutschland schon heute zum Einsatz kommen, stammen mit großer Sicherheit oft aus Myanmar. So enthalten etwa 95 % aller elektronischen Autos einen Permanentmagneten, zu dessen Herstellung die seltenen Erden Dysprosium und Terbium benötigt werden. Permanentmagneten kommen auch in einer Vielzahl alltäglicher elektronischer Haushaltsgeräte, wie Waschmaschinen und Staubsaugern vor und werden auch in Windkraftwerken verwendet. Myanmar ist Weltmarktführer dieser beiden so wichtigen seltenen Erden. Fast zwei Drittel des Dysprosiums und Terbiiums auf dem globalen Markt kommen aus Myanmar und werden über China gehandelt.⁵⁴ Der unregulierte Abbau seltener Erden in Konfliktzonen trägt nicht nur mit hoher Wahrscheinlichkeit zur weiteren Eskalation der Konflikte bei und geschieht gegen die Interessen der lokalen Zivilbevölkerung, sondern zerstört großflächig und nachhaltig Lebensraum und vergiftet Flüsse.⁵⁵

Obwohl nur wenige Burmes:innen in Deutschland leben, gibt es dennoch eine Anzahl an kleineren und größeren Vereinen und Gruppierungen, die zu Myanmar arbeiten. Politisch aktiv ist dabei vor allem der Verein German Solidarity Myanmar, der mit Briefings zur aktuellen Lage, Newsletter, Demos, offenen Briefen an Volksvertreter und anderen Veranstaltungen auf die Situation in Myanmar aufmerksam macht.⁵⁶ Das Myanmar-Institut e.V. vernetzt akademisch zu Myanmar Arbeitende im deutschsprachigen Raum und darüber hinaus, indem es jährlich eine Konferenz zu Myanmar in Europa organisiert.⁵⁷

Notes

- 1 „If there arises or if there is sufficient reason for a state of emergency to arise that may disintegrate the Union or disintegrate national solidarity or that may cause the loss of sovereignty, due to acts or attempts to take over the sovereignty of the Union by insurgency, violence and wrongful forcible means, the President may, after co-ordinating with the National Defence and Security Council, promulgate an ordinance and declare a state of emergency.” *Constitution of the Republic of the Union of Myanmar*, 2008, Art. 417, https://www.myanmar-law-library.org/IMG/pdf/constitution_de_2008.pdf.
- 2 Special Advisory Council for Myanmar, *Briefing Paper: Effective Control in Myanmar 2024 Update*, 30. Mai 2024, 13, <https://specialadvisorycouncil.org/2024/05/briefing-paper-effective-control-in-myanmar-2024-update/>.
- 3 Rebecca Henschke et al., „Soldier-Spies in Myanmar Help pro-Democracy Rebels Make Gains”, *BBC News*, 20. Dezember 2024, <https://www.bbc.com/news/articles/c390ndrnyl7o>.

- 4 Special Advisory Council for Myanmar, *Briefing Paper*, 13.
- 5 Mitglieder der Three Brotherhood Alliance sind die Ta'ang National Liberation Front (TNLA – Armee der ethnischen Ta'ang/ Palaung), die Myanmar National Democracy Alliance Army (MNDA – Armee der ethnischen Kokang) und die Arakan Army (AA – Armee der ethnischen Rakhine).
- 6 *National Service Law*, Gesetz Nr. 27/2010 (2010), <https://www.lincolnmyanmar.com/wp-content/uploads/2024/02/National-Service-Law.pdf>.
- 7 *National Service Law*.
- 8 Myanmar News Agency, „People's Military Servants Training No 1 Begins across Various Commands“, *Global New Light Of Myanmar*, 9. April 2024, <https://www.gnmlm.com.mm/peoples-military-servants-training-no-1-begins-across-various-commands/>.
- 9 Nelly Ng, „Myanmar: Young People Attempt to Flee Ahead of Conscription Order“, *BBC News*, 26. Februar 2024, <https://www.bbc.com/news/world-asia-68345291>; Rebecca Ratcliffe and Aung Naing Soe, „They Have Lists of Everyone's Names': Myanmar Conscription Law Unleashes Wave of Fear“, *The Guardian*, 28. Februar 2024, <https://www.theguardian.com/global-development/2024/feb/28/myanmar-military-conscription-law-details>.
- 10 Shaikh Azizur Rahman, „Young Rohingya Men Abducted, Forced into 'Human Shield' Roles by Myanmar Military“, *Voice of America*, 30. Mai 2024, <https://www.voanews.com/a/young-rohingya-men-abducted-forced-into-human-shield-roles-by-myanmar-military/7636436.html>.
- 11 “If any citizen who reached the age to do national service is summoned to register according to section 9 (a) of the Law and fails to report, the Township Body shall visit the absent person's family and investigate. A member of the absent person's family must present solid evidence showing the reason for which the summoned person is absent or where he or she is located, and must report to fill in the registration form on the absent person's behalf.”
National Service Rules, Gesetz Nr. 2/2025 (2025), Abschn. 33(a), <https://www.lincolnmyanmar.com/wp-content/uploads/2025/01/National-Service-Rules.pdf>.
- 12 Fortify Rights, „Thai Authorities, Myanmar Junta Cooperating in Forced Return, Conscription of Myanmar Nationals“, 12. Dezember 2025, <https://www.fortifyrights.org/all-our-work/>.
- 13 „Census or Spy Op? Upcoming Population Count Raises Alarm“, *Frontier Myanmar*, 14. September 2023, <https://www.frontiermyanmar.net/en/census-or-spy-op-upcoming-population-count-raises-alarm/>.
- 14 „Initial Results of Imprecise Census in Myanmar Show a Slight Population Drop“, *AP News*, 31. Dezember 2024, <https://apnews.com/article/census-conflict-election-military-population-8c00211b6f5b07b945fb1b5f6285f54a>.
- 15 ANFREL et al., „Joint Statement by International Election Experts and Organizations on Myanmar“, *International IDEA*, 31. Januar 2023, <https://www.idea.int/news/joint-statement-international-election-experts-and-organizations-myanmar>.
- 16 Ministry of Foreign Affairs, „Press Release from MOFA“, *Global New Light of Myanmar* (Nay Pyi Taw), 28. Februar 2021, <https://www.burmalibrary.org/sites/burmalibrary.org/files/obl/GNLM2021-03-01-red.pdf>.
- 17 Reporter ohne Grenzen, „Rangliste der Pressefreiheit 2024“, Mai 2024, https://www.rerporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2024/RSF_Rangliste_der_Pressefreiheit_2024.pdf.

- 18 Reporters without Borders, „RSF World Press Freedom Index 2025“, abgerufen am 10. Januar 2026, <https://rsf.org/en/index>.
- 19 Das Cybersecurity Law vom 1. Januar 2025, welches unter anderem die unautorisierte Nutzung von VPN unter Strafe stellt, trat am 30. Juli 2025 in Kraft. Sebastian Pawlita, „Lincoln-Newsletter-202“, Newsletter, Lincoln Legal Services (Myanmar) Limited, 31. Juli 2025, <https://www.lincolnmyanmar.com/wp-content/uploads/2025/07/Lincoln-Newsletter-202.pdf>.
- 20 *Political Parties Registration Law*, State Administration Council Law Nr.15/2023 (2023), <https://www.moi.gov.mm/moi:eng/laws/9320>.
- 21 ANFREL, „Myanmar: A Junta-Staged Election in the Midst of a War“, Data Dive Nr. 25, *ANFREL News*, 19. Dezember 2025, <https://anfrel.org/myanmar-a-junta-stage-d-election-in-the-midst-of-a-war-data-dive-issue-no-25/>.
- 22 Pawlita, „Lincoln-Newsletter-202“.
- 23 Myanmar Internet Project, „Speech Under Siege of Electoral Law in Myanmar“, *Myanmar Internet Project* (Blog), 22. November 2025, https://www.myanmarinterne.t.info/post/sham_election_law_and_freedom_of_expression-1.
- 24 Kyaw Yin Hlaing, „Could Elections Provide a Way Out of Myanmar’s Political Crisis“, *Fulcrum*, 24. September 2024, <https://fulcrum.sg/could-elections-provide-a-way-out-of-myanmars-political-crisis/>.
- 25 State Administration Council, „Five-Point Roadmap for State Administration Council“, Ministry of Information, o. D., abgerufen am 29. April 2025, <https://www.moi.gov.mm/moi:eng/sites/default/files/2023-08/5.pdf>.
- 26 Ministry of Foreign Affairs (NUG Myanmar), „Country Representatives of NUG of Myanmar“, abgerufen am 18. April 2025, <https://mofa.nugmyanmar.org/representatives-new/>.
- 27 „Two Myanmar Nationals Arrested by US“, *DW*, 7. August 2021, <https://www.dw.com/en/two-myanmar-nationals-arrested-by-us-authorities-over-assassination-plot/a-58788182>.
- 28 UN Security Council, Resolution 2669 (2022), 21. Dezember 2022, S/RES/2669 (2022), abgerufen am 29. April 2025, <https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/N2276733.pdf>.
- 29 Rat der Europäischen Union, „Myanmar/Birma: Erklärung des Hohen Vertreters im Namen der Europäischen Union“, 2. Februar 2021, abgerufen am 29. April 2025, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/02/02/myanmar-declaration-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union/>.
- 30 Rat der Europäischen Union, „Myanmar/Birma: Erklärung des Hohen Vertreters im Namen der Europäischen Union“, 31. Januar 2022, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/01/31/myanmar-burma-declaration-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union/>; Rat der Europäischen Union, „Myanmar/Birma: Erklärung des Hohen Vertreters im Namen der Europäischen Union zum zweiten Jahrestag der Machtübernahme durch das Militär“, 31. Januar 2023, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/01/31/myanmar-statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union-on-the-2nd-anniversary-of-the-military-take-over/>; Rat der Europäischen Union, „Myanmar/Birma: Erklärung des Hohen Vertreters im Namen der Europäischen Union zum dritten Jahrestag des Militärputschs“, 31. Januar 2024, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/01/31/myanmar-statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union-on-the-3rd-anniversary-of-the-military-coup/>;

- Rat der Europäischen Union, „Myanmar/Birma: Erklärung der Hohen Vertreterin im Namen der EU zum vierten Jahrestag des Putsches“, 31. Januar 2025, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/01/31/myanmarburma-statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-eu-on-the-fourth-anniversary-of-the-coup/>.
- 31 Rat der Europäischen Union, „EU-Sanktionen gegen Myanmar“, 4. Dezember 2024, <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions-against-myanmar/>.
- 32 Majid Lenz und Nyein Chan May, „Evaluating European Union Actions in Post-Coup Myanmar - Part 2“, *DVB*, 28. Dezember 2024, <https://english.dvb.no/evaluating-eu-actions-in-post-coup-myanmar-part-2/>.
- 33 „Russia Eyes Long-Stalled Dawei Megaproject in Myanmar“, *Bangkok Post*, 23. Januar 2025, <https://www.bangkokpost.com/business/general/2945905/russia-eyes-long-stalled-dawei-megaproject-in-myanmar>; „Russia, Myanmar Sign Deal for Dawei SEZ, Port, and Oil Refinery Projects“, *The Nation*, 25. Februar 2025, <https://www.nationthailand.com/news/asean/40046710>.
- 34 Rajeev Bhattacharyya, „India-Myanmar: Why Kaladan Transit Project Could Resume Soon“, *The Week*, 1. Dezember 2024, <https://www.theweek.in/theweek/current/2024/11/23/india-myanmar-kaladan-multi-modal-transit-project.html>.
- 35 Development Media Group, „A Pledges to Protect Foreign Projects in Arakan State“, 13. August 2025, <https://www.dmediag.com/news/aptpf.html>.
- 36 Emily Fishbein und Nu Lusan, „Under Siege in Myanmar’s Cyber-Scam Capital“, *Al Jazeera*, 29. Juli 2024, <https://www.aljazeera.com/news/longform/2024/7/29/under-siege-in-myanmars-cyber-scam-capital>.
- 37 Khandakar Tahmid Rejwan und Scott N. Romaniuk, „China’s Geopolitical Balancing Act in Post-Coup Myanmar“, *Geopolitical Monitor*, 22. April 2025, <https://www.geopoliticalmonitor.com/chinas-geopolitical-balancing-act-in-post-coup-myanmar/>.
- 38 Tom Andrews, „The Billion Dollar Death Trade: The International Arms Network That Enable Human Rights Violations in Myanmar“, *United Nations Human Rights Special Procedures*, 17. Mai 2023, <https://www.ohchr.org/sites/default/files/document/s/countries/myanmar/infographic-sr-myanmar-2023-05-17.pdf>.
- 39 Kemoh Mansaray et al., *Myanmar Economic Monitor: Compounding Crises - Special Focus: International Migration from Myanmar*, no. 195482, Myanmar Economic Monitor (World Bank Group, 2024), 4, <https://documents.worldbank.org/curated/en/099121024092015654>.
- 40 Kemoh Mansaray et al., *Myanmar Economic Monitor*, 1.
- 41 UNHCR, „Myanmar UNHCR Displacement Overview 03 Mar 2025“, UNHCR Operational Data Portal (ODP), 3. März 2025, abgerufen am 11. März 2025, <https://data.unhcr.org/en/documents/details/114925>.
- 42 International Campaign to Ban Landmines, *Landmine Monitor 2024*, no. 26 (ICBL-CMC, 2024), <https://www.the-monitor.org/online-reader/landmine-monitor-2024?anchor=Major-Findings-137262>; International Campaign to Ban Landmines, *Landmine Monitor 2025*, no. 27 (ICBL-CMC, 2025), <https://www.the-monitor.org/api/assets/reports/Landmine-Monitors/LMM2025/Downloads/Landmine-Monitor-2025-Final-Online-updated.pdf>.
- 43 GIEWS information and early warning system on food and agriculture, „GIEWS Country Brief - The Republic of the Union of Myanmar“, Food and Agriculture Organization of the United Nations, 5. September 2025, <https://www.fao.org/giews/countrybrief/country/MMR/pdf/MMR.pdf>.
- 44 Yaung Ni, „ငလျင်ဘေးသင့်ဒေသခံများ ယာယီနေထိုင်သည့်နေရာများတွင် အိမ်သာ မလုံလောက်မှုနှင့် ရင်ဆိုင်နေရ“; *Mizzima*, 9. April 2025, <https://bur.mizzima.com/2025/04/09/52626>.

- 45 „ငလျင်ကြောင့်သေဆုံးသူ ၃၇၇ ဦးအထိရှိလာကြောင်း စစ်ကောင်စီပြော“, *Radio Free Asia*, 16. April 2025, <https://www.rfa.org/burmese/news/myanmar-earthquake-death-toll-rises-to-3727-04162025121757.html>.
- 46 Steven Sobieszczyk und Ayesha Davis, „M7.7 Mandalay, Burma (Myanmar) Earthquake“, *U.S. Geological Survey*, 3. April 2025, <https://www.usgs.gov/news/featured-story/m77-mandalay-burma-myanmar-earthquake>.
- 47 UNHCR, „Emergency Appeal – Myanmar Earthquake“, abgerufen am 25. April 2025, <https://www.unhcr.org/emergencies/myanmar-earthquake>.
- 48 Kemoh Mansaray et al., *Myanmar Economic Monitor*, 1.
- 49 Lina Adil et al., „Climate Risk Index 2025 Summary“, Germanwatch e.V., 12. Februar 2025, https://www.germanwatch.org/sites/default/files/2025-02/Climate%20Risk%20Index%202025%20Summary%20DE_0.pdf.
- 50 „World Bank Climate Change Knowledge Portal - Myanmar“, *Climate Knowledge Portal*, abgerufen am 25. April 2025, <https://climateknowledgeportal.worldbank.org/>.
- 51 Auswärtiges Amt, „Deutschland und Myanmar: Bilaterale Beziehungen“, Auswärtiges Amt, abgerufen am 25. April 2025, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/myanmar-node/bilateral-212106>.
- 52 Auswärtiges Amt, „Myanmar: Reise- und Sicherheitshinweise“, Stand 28. Februar 2026, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/reiseundsicherheit/myanmarsicherheit-212100>.
- 53 „JFM Welcomes German Criminal Investigation into MAN Links to Myanmar Navy Warship after Complaint“, Justice For Myanmar, 31. Juli 2023, <https://www.justiceformyanmar.org/press-releases/jfm-welcomes-german-criminal-investigation-into-man-links-to-myanmar-navy-warship-after-complaint>;
„JFM Welcomes German Criminal Investigation into ND SatCom“, Justice For Myanmar, 18. Oktober 2023, <https://www.justiceformyanmar.org/press-releases/jfm-welcomes-german-criminal-investigation-into-nd-satcom>;
Felix Klauser, „Militärjunta in Myanmar: Deutsche Technik für Diktatoren“, *ZDFheute*, 31. Oktober 2023, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/myanmar-satellit-technik-deutschland-militaer-100.html>; Thomas Fromm et al., „In den Untiefen des Welthandels“, *Süddeutsche.de*, 31. Juli 2023, <https://www.sueddeutsche.de/projekt-e/artikel/wirtschaft/man-es-myanmar-militaerjunta-schiff-e890931/>.
- 54 Johanna Sydow, „Rare Earths: Why European Industries Are Dependent on Myanmar“, Heinrich-Böll-Stiftung, 29. April 2025, <https://www.boell.de/en/2025/04/29/rare-earths-why-european-industries-are-dependent-on-myanmar>.
- 55 Myanmar Now and Finance Uncovered, „လျှပ်စစ်ကားထုတ်ရာတွင် စစ်တပ်ထိန်းချုပ် မြန်မာ့မြေရာသတ္တုများ ပါဝင်နိုင်“, *Myanmar Now*, 25. November 2021, <https://myanmar-now.org/mm/news/9439/>.
- 56 German Solidarity Myanmar (GSM), „Willkommen bei GSM“, o. D., abgerufen am 25. April 2025, <https://www.solidarity-myanmar.de/>.
- 57 *Myanmar-Institut e. V.*, abgerufen am 25. April 2025, <https://myanmar-institut.org/>.

3.5. Die Philippinen: Kontinuität und Wandel

Carmen Wintergerst

Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

3.5.1. Einleitung

Ferdinand „Bongbong“ Marcos Jr. trat sein Amt als Präsident im Jahr 2022 mit dem Versprechen an, politische Stabilität, wirtschaftlichen Aufschwung und nationale Einheit zu fördern und zugleich die autoritäre Vergangenheit seiner Familie hinter sich zu lassen.¹ Seine Präsidentschaft ist jedoch von Beginn an von einer historischen Hinterlassenschaft überschattet: dem Erbe der Diktatur seines Vaters Ferdinand Marcos Sr., die das politische Gedächtnis des Landes bis heute spaltet.

Ferdinand Marcos Sr. regierte die Philippinen von 1965 bis 1986, davon vierzehn Jahre unter Kriegsrecht (1972–1986). Seine Herrschaft war gekennzeichnet durch massive Menschenrechtsverletzungen, die systematische Ausplünderung staatlicher Ressourcen und den Aufbau eines klientelistischen Machtgefüges, das Militär, politische Eliten und ökonomische Oligarchien eng miteinander verknüpfte.² Zwar beendete die „EDSA-Revolution“³ von 1986 die autoritäre Herrschaft, doch viele zugrunde liegende Strukturen, wie etwa Patronage, dynastische Politik und Ungleichheit bestehen bis heute fort.⁴ Vor diesem Hintergrund erklärt sich, warum die Rückkehr eines Marcos an die Staatsspitze umstritten bleibt.

Die Jahre 2024 und 2025 zeigen die Philippinen als ein politisches System zwischen Kontinuität und Wandel. Einerseits festigt die Präsidentschaft Marcos Jr. bestehende dynastische Strukturen und präsidentielle Machtkonzentration. Andererseits wirken neue Faktoren auf das politische System ein: verschärfte geopolitische Spannungen im indopazifischen Raum, soziale Ungleichheiten trotz soliden Wachstums sowie digitale Öffentlichkeiten, in denen politische Konflikte, historische Narrative und Desinformation in Echtzeit ausgehandelt werden.

Der Wahlsieg Marcos Jr. im Jahr 2022 mit rund 59 % der Stimmen – der höchsten Mehrheit seit der späten Marcos-Ära – bedeutet daher mehr als einen gewöhnlichen Machtwechsel. Ermöglicht wurde er durch eine strategische Allianz mit Sara Duterte, der Tochter des ehemaligen Präsidenten Rodrigo Duterte (2016–2022), sowie durch eine langfristig

angelegte digitale Rehabilitationskampagne, die die Diktatur der 1970er und 1980er Jahre auf Plattformen wie TikTok und YouTube in ein Narrativ von Ordnung, Disziplin und wirtschaftliche Prosperität umdeutete.⁵ Für viele jüngere Wähler:innen, die die Kriegsrechtszeit nur aus Erzählungen kennen, ist Marcos Sr. weniger mit Repression als mit Stabilität verbunden – ein Befund, der die Bruchlinien der philippinischen Erinnerungspolitik offenlegt.⁶

Innenpolitisch präsentiert sich die Regierung Marcos Jr. 2024/25 zugleich stabil und verletzlich. Verweise auf moderates Wirtschaftswachstum, sinkende Inflation und investitionsfreundliche Reformrhetorik dienen der Selbstinszenierung als Garant politischer Stabilisierung.⁷ Gleichzeitig zerbricht das Machtbündnis mit dem Duterte-Lager in einem offenen Konflikt, der von Budgetkämpfen bis hin zu einem gescheiterten Impeachment-Verfahren gegen Vizepräsidentin Sara Duterte reicht. Dieser Konflikt macht die institutionellen Grenzen zwischen Rechtsstaatlichkeit und dynastischer Machtausübung sichtbar.⁸

Auch außenpolitisch markieren die Jahre 2024 und 2025 eine Phase der Neujustierung. Der unter Marcos Jr. vollzogene sicherheitspolitische Schulterchluss mit den USA und anderen Partnern geht mit einer bewussten Internationalisierung der Konflikte im Westphilippinischen Meer (englisch: West Philippine Sea) einher und positioniert die Philippinen zunehmend als regionale „Middle Power“ im Spannungsfeld zwischen Washington und Peking.⁹ Diese Strategie erweitert den außenpolitischen Handlungsspielraum Manilas, erhöht jedoch zugleich die Risiken geopolitischer Verstrickung.

Dieser Beitrag analysiert die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Philippinen in den Jahren 2024 und 2025. Im Fokus stehen erstens die innenpolitische Dynamik unter Marcos Jr., einschließlich des Konflikts mit dem Duterte-Lager, zweitens die Neujustierung der Außen- und Sicherheitspolitik, drittens die wirtschaftliche Entwicklung mit ihren strukturellen Grenzen sowie viertens Veränderungen in Medienlandschaft, Menschenrechtspolitik und Zivilgesellschaft. Abschließend werden mögliche Entwicklungspfade skizziert, die Aufschluss darüber geben, ob sich die gegenwärtige Phase als Phase kontrollierter Konsolidierung oder als Vorstufe erneuter politischer Fragmentierung erweisen könnte.

3.5.2. Politische Entwicklungen 2024–2025

Innenpolitik

Der Regierungsstil von Präsident Ferdinand Marcos Jr. in den Jahren 2024/25 lässt sich als stark präsidentiell, regierungszentriert und auf Stabilität sowie wirtschaftliche Normalisierung ausgerichtet beschreiben. Marcos setzt auf eine technokratische Rhetorik, die Einbindung wirtschaftlicher Eliten und eine sichtbare Aufwertung des Sicherheitsapparates. In der öffentlichen Kommunikation präsentiert sich die Regierung als moderner, verlässlicher Akteur, während Kritik häufig als parteipolitisch motiviert oder potenziell „destabilisierend“ gerahmt wird.¹⁰ Im Vergleich zur Duterte-Ära erscheint der Ton moderater und international anschlussfähiger, doch berichten Journalist:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen weiterhin von politischem und rechtlichem Druck, selektiver Strafverfolgung und subtilen Formen der Einschüchterung.¹¹

Ein zentrales Merkmal der Innenpolitik 2024/25 ist der Zerfall des zunächst als stabil präsentierten Marcos-Duterte-Bündnisses, das den Wahlsieg 2022 getragen hatte.¹² Der Konflikt entzündet sich sichtbar an den sogenannten „Confidential Funds“ der Vizepräsidentin.¹³ Parlamentarische Untersuchungen zur Verwendung dieser Mittel beschädigten das politische Kapital von Sara Duterte. Zugleich wurden sie als Instrument interpretiert, um ihren Einfluss innerhalb von Exekutive und Kongress systematisch zu begrenzen.¹⁴ Die anschließende deutliche Kürzung ihres Budgets sowie ihr Rücktritt vom Amt der Bildungsministerin im Jahr 2024 markierten eine offene Eskalation des Machtkampfs zwischen den beiden dynastischen Lagern.¹⁵

Der Konflikt erreichte seinen institutionellen Höhepunkt im Impeachment-Verfahren gegen die Vizepräsidentin. Zwar leitete das Repräsentantenhaus ein Amtsenthebungsverfahren ein und setzte damit einen historischen Präzedenzfall, doch entwickelte sich der Prozess rasch zu einer politischen Bühne rivalisierender Eliten. Während Marcos-nahe Akteure auf eine zügige Verhandlung drängten, nutzten Duterte-Verbündete im Senat Verfahrensfragen zur Verzögerung und Delegitimierung des Prozesses.¹⁶ Das Urteil des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2025, das das Verfahren aus formalen Gründen für verfassungswidrig erklärte, beendete den unmittelbaren Konflikt, ohne dessen politische Wirkung aufzuheben.¹⁷ Es unterstrich zugleich die zentrale Rolle der Justiz als Schiedsinstanz in innerelitären Machtkämpfen, offenbarte aber auch ihre Verwundbarkeit gegenüber politischer Instrumentalisierung.

Parallel zur nationalen Machtpolitik blieb die Lokalpolitik ein entscheidender Schauplatz politischer Aushandlungen. Gouverneur:innen, Bürgermeister:innen und lokale politische Dynastien fungierten 2024/25 als Vermittler zwischen nationalen Elitenkonflikten und der Verteilung lokaler Ressourcen. Im Vorfeld der Midterm-Wahlen 2025 erwiesen sich diese Netzwerke erneut als zentral für die Wahlmobilisierung und die institutionelle Stabilisierung. Die Wahlen wirkten dabei weniger als Ausdruck programmatischer Alternativen sondern vielmehr als Referendum über Loyalität zwischen rivalisierenden dynastischen Lagern. Marcos-nahe Allianzen behaupteten ihre Dominanz im Repräsentantenhaus, während Duterte-Verbündete im Senat, sowie insbesondere in Mindanao und in urbanen Zentren Zugewinne verzeichneten.¹⁸ Damit bestätigten die Wahlen die anhaltende strukturelle Dominanz lokaler Machtfamilien, deren Loyalitäten situativ neu ausgehandelt werden.¹⁹ Diese Dynamik verweist auf ein neopatrimonial geprägtes Machtgefüge, in dem formale demokratische Institutionen durch personalisierte Herrschaftsbeziehungen überlagert werden. Lokale Eliten fungieren dabei als intermediäre Akteure, die nationale politische Polarisierung absorbieren und in stabile, wenngleich hochgradig personalisierte Machtarrangements übersetzen. Wandel manifestiert sich folglich primär als Re-Konfiguration innerhalb bestehender Elitenstrukturen und nicht als deren grundlegende Transformation.

Unter Marcos Jr. wurden die Streitkräfte und die Polizei organisatorisch und symbolisch aufgewertet, unter anderem durch Modernisierungsprogramme, internationale Kooperationen und eine offensive politische Rhetorik, die ihre Rolle als Garanten nationaler Souveränität betont.²⁰ Öffentliche Würdigungen, materielle Anreize wie Gehaltserhöhungen sowie die Einbindung in zentrale sicherheits- und außenpolitische Narrative trugen dazu bei, die Loyalität der Sicherheitsapparate zu festigen und ihren politischen Stellenwert zu erhöhen: *„Our defense posture has been strengthened through their presence, preparedness, and professionalism. Cybersecurity operations have likewise expanded ... Your humanitarian assistance and disaster response operations have saved many lives“*.²¹

Die innenpolitische Dynamik der Jahre 2024/25 ist schließlich von anhaltender Polarisierung sowie einer immer stärker digitalisierten Öffentlichkeit geprägt. In den sozialen Medien konkurrieren Marcos-treue, Duterte-nahe und oppositionelle Narrative um die Deutungshoheit. Koordinierte Desinformationskampagnen, algorithmische Verstärkung und personalisierte Angriffe tragen schon seit der Duterte-Ära zur Zuspitzung politischer Gegensätze bei und nehmen auch unter Marcos Jr. nicht ab.²² Gleichzei-

tig nutzen zivilgesellschaftliche Akteure, Studierende und unabhängige Medien dieselben Plattformen, um Korruption, Menschenrechtsverletzungen und Machtmissbrauch zu thematisieren.²³ Innenpolitik vollzieht sich damit nicht mehr ausschließlich in Parlamenten und Gerichten, sondern zunehmend in digitalen Arenen. In diesen werden institutionelle Autorität, öffentliche Wahrnehmung und politische Legitimität kontinuierlich neu ausgehandelt.

Außenpolitik

Die Außen- und Sicherheitspolitik Marcos' für die Jahre 2024/25 ist klar vom Bruch mit Dutertes Kurs gegenüber China und einer strategischen Rückbindung an die USA und andere Partner geprägt.²⁴ Chinas ökonomische Bedeutung bleibt hoch, doch sicherheitspolitische Fragen, insbesondere im Westphilippinischen Meer, werden bewusst von wirtschaftlicher Kooperation entkoppelt und in enger Abstimmung mit den Bündnispartner USA, Japan und Australien behandelt.²⁵ Diese Kooperation zielt darauf ab, die Philippinen als aktiven sicherheitspolitischen Akteur im indopazifischen Raum zu positionieren, der seine begrenzten materiellen Ressourcen durch Allianzen, multilaterale Einbettung und normative Positionierung kompensiert. In der politischen und strategischen Debatte werden die Philippinen damit zunehmend als regionale „Middle Power“ verstanden;²⁶ also als ein Staat, der nicht über die Machtressourcen einer Großmacht verfügt, aber durch gezielte Kooperationen, Agenda-Setting und institutionelle Präsenz überproportionalen Einfluss ausüben kann.

Unter Marcos Jr. wird die sicherheitspolitische Kooperation mit den USA deutlich vertieft, insbesondere durch die Erweiterung des Enhanced Defense Cooperation Agreement (EDCA) um zusätzliche militärische Standorte, vor allem in den nördlichen Provinzen nahe der Taiwanstraße.²⁷ Diese geografische Schwerpunktsetzung ist strategisch bedeutsam. Einerseits bindet sie die Philippinen stärker in mögliche Szenarien einer Eskalation um Taiwan ein, andererseits stärkt sie die Rolle des Landes als logistischer und operativer Knotenpunkt innerhalb der US-amerikanischen Regionalstrategie. Damit erweitert sich der außenpolitische Handlungsspielraum Manilas, es entstehen jedoch zugleich neue sicherheitspolitische Abhängigkeiten.

Parallel dazu entstehen neue multilaterale Arrangements: eine trilaterale Sicherheitsarchitektur mit den USA und Japan („JAPHUS“), eine umfassende strategische Partnerschaft mit Australien und ein Reciprocal Access Agreement (RAA) mit Japan, das gegenseitige Truppenstationierungen

nach Art eines Visiting Forces Agreement ermöglicht.²⁸ Diese multilaterale Verdichtung unterscheidet sich deutlich von Duterte's bilateraler, personalisierter Außenpolitik. Sie zielt weniger auf kurzfristige wirtschaftliche Zusagen als auf langfristige sicherheitspolitische Verlässlichkeit und institutionelle Einbettung. Gleichzeitig treten europäische Staaten wie Deutschland, Schweden und Großbritannien als neue Verteidigungspartner auf, was die Philippinen stärker in westliche sicherheits- und rüstungspolitische Netzwerke integriert.²⁹ Diese Öffnung gegenüber Europa dient nicht nur der militärischen Modernisierung, sondern auch der außenpolitischen Diversifizierung und symbolischen Absicherung gegenüber dem Vorwurf einer einseitigen Abhängigkeit von Washington.

Im Westphilippinischen Meer verschärfen sich 2024 die Spannungen mit China deutlich.³⁰ Am 17. Juni 2024 griffen Einheiten der chinesischen Küstenwache eine philippinische Versorgungsmission an, beschlagnahmten Waffen und verletzen einen Offizier, was landesweit Empörung auslöste.³¹ Marcos reagiert mit scharfer Rhetorik unter dem Motto „Filipinos do not yield“ und etabliert eine sogenannte „Transparenzinitiative“, bei der riskante Manöver der chinesischen Küstenwache systematisch dokumentiert und öffentlich gemacht werden.³² Diese Strategie zielt weniger auf militärische Eskalation als auf politische Abschreckung. Durch internationale Sichtbarkeit sollen womöglich die diplomatischen Kosten chinesischer Machtdemonstrationen erhöht und Unterstützungsbereitschaft bei Partnerstaaten mobilisiert werden. Bis 2024/25 verschaffte diese Strategie den Philippinen spürbare internationale Rückendeckung, insbesondere von den USA, Japan und Australien. Gleichzeitig stärkte es Marcos innenpolitisches Image als entschlossener Verteidiger nationaler Souveränität.³³ Ob diese Form der Abschreckung langfristig stabilisierend wirkt oder vielmehr zu einer Normalisierung konfrontativer Zwischenfälle beiträgt, bleibt offen.

Insgesamt markieren die Jahre 2024/25 eine Phase außenpolitischer Re-positionierung, in der die Philippinen ihren internationalen Handlungsspielraum aktiv erweitern, zugleich aber neue Abhängigkeiten und Risiken eingehen. Die zunehmende sicherheitspolitische Sichtbarkeit stärkt Manilas Rolle im indopazifischen Machtgefüge, bindet das Land jedoch enger an die Dynamiken des sino-amerikanischen Systemkonflikts. Außenpolitik wird damit nicht nur zu einem Instrument internationaler Positionierung, sondern auch zu einer zentralen Ressource innenpolitischer Legitimation, mit ambivalenten Folgen für die langfristige Stabilität des Landes.

3.5.3. Wirtschaftliche Entwicklungen 2024–2025

Die philippinische Wirtschaft zeichnet sich 2024/25 durch einen insgesamt soliden makroökonomischen Rahmen aus, ist jedoch nach wie vor mit tiefgreifenden strukturellen Schwächen konfrontiert. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs 2024 um 5,8 %, getragen vor allem durch Konsum, Bauinvestitionen sowie die fortschreitenden Digitalisierung des Dienstleistungssektors.³⁴ Diese Wachstumsdynamik kann der Regierung Marcos Jr. als zentrales Legitimationsnarrativ dienen: Wirtschaftliche Stabilität könnte als Beleg politischer Normalisierung genutzt werden, insbesondere im Kontrast zur konfliktreichen Duterte-Ära. Wachstum kann somit nicht nur als ökonomischer Indikator, sondern auch als politisches Argument fungieren.

Die Inflation sank von 6,2 % im Jahr 2023 auf durchschnittlich 3,2 % im Jahr 2024, begünstigt durch rückläufige Energie- und Lebensmittelpreise, blieb jedoch aufgrund anhaltend hoher Reispreise eine erhebliche Belastung für einkommensschwache Haushalte.³⁵ Die Arbeitslosenquote verringerte sich auf rund 3,7 % (2024), vor allem durch die Schaffung von etwa 2,2 Millionen neuen Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor, während die Armutsquote von 18,1 % (2021) auf 15,5 % (2023) sank.³⁶ Diese aggregierten Verbesserungen verdecken jedoch erhebliche Verteilungsasymmetrien. Vom Wachstum profitieren vor allem urbane Mittelschichten, exportorientierte Dienstleistungssektoren sowie große Unternehmungsgruppen, während ländliche Regionen, informell Beschäftigte sowie junge Arbeitskräfte weiterhin strukturell benachteiligt blieben. Die hohe Unterbeschäftigung (13,3 %) und Jugendarbeitslosigkeit (12 %) verweisen auf ein qualitatives Problem des Wachstums: es entstehen zwar Arbeitsplätze, jedoch häufig prekäre, niedrig entlohnte oder produktionsarme Beschäftigungsverhältnisse.³⁷ Die Staatsverschuldung lag 2024 bei rund 61 % des BIP und blieb damit im regionalen Vergleich moderat.³⁸ Gleichwohl schränkte die fiskalische Konsolidierung den politischen Spielraum für eine expansive Sozialpolitik ein. Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und ländliche Entwicklung standen in einem Spannungsverhältnis zu infrastrukturlastigen Prestigeprojekten, die sich leichter für Klientelpolitik nutzen lassen und politisch sichtbarer sind.

Trotz makroökonomischer Stabilität bleiben strukturelle Schwächen weiterhin zentral. Die Landwirtschaft, die besonders stark von extremen Wetterereignissen betroffen ist, entwickelte sich weiterhin schleppend und unterstreicht die hohe Verwundbarkeit gegenüber Klimakrisen.³⁹ Die anhaltende Vernachlässigung des Agrarsektors ist dabei weniger ein technisches

als ein politisches Problem: Investitionen konzentrieren sich auf urbane Wachstumszentren, während ländliche Räume trotz ihrer wahlpolitischen Bedeutung strukturell unterversorgt bleiben. Wirtschaftspolitik reproduziert damit bestehende regionale Ungleichheiten, die zusammen mit informeller Beschäftigung sowie ausgeprägten regionalen Disparitäten weiterhin das soziale Gefüge prägen.⁴⁰ Solche Disparitäten können sich politisch destabilisierend auswirken, da sie das Versprechen inklusiven Wachstums untergraben und soziale Frustration begünstigen. Letzteres kann wiederum als Nährboden für populistische Mobilisierung sowie strukturelle Korruption dienen.

Eine zentrale wirtschaftspolitische Konfliktlinie der Marcos Jr.-Administration bildete die erneute Debatte um Verfassungsänderungen (englisch: „charter change“, „Cha-Cha“). Während das Repräsentantenhaus mehrere Initiativen vorantrieb, insbesondere die „Resolution of Both Houses No. 7“ zur Lockerung wirtschaftlicher Schutzklauseln der Verfassung von 1987, begegnete der Senat diesen Vorstößen mit deutlicher Zurückhaltung.⁴¹ Formal wurde „Cha-Cha“ als notwendige Reform zur Anziehung ausländischer Direktinvestitionen und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit präsentiert. Politisch fungierte die Debatte jedoch auch als Projektionsfläche für tiefere Konflikte über Machtkonzentration, institutioneller Kontrolle sowie dynastischer Interessen. Während wirtschaftsnahe Akteure und Teile der Exekutive eine wachstumsorientierte Liberalisierung betonten, warnten Kritiker:innen, darunter die katholische Kirche, vor intransparenten Verfahren, mutmaßlichem Stimmenkauf im Rahmen einer People’s Initiative und einer Reformagenda, von der vor allem etablierte Eliten profitieren könnten.⁴² Die politische Sprengkraft von „Cha-Cha“ lag damit weniger in einer kurzfristigen Umsetzung als in ihrer symbolischen Funktion: Sie signalisierte die Bereitschaft, zentrale institutionelle Spielregeln zu verhandeln, und verstärkte das Misstrauen gegenüber präsidentieller Machtausweitung. Wirtschaftspolitik wurde so zu einem Vehikel institutioneller Machtpolitik. Im weiteren Verlauf des Jahres 2025 deuteten neue Vorstöße, etwa zur Einberufung eines Verfassungskonvents, darauf hin, dass „Cha-Cha“ auch über den unmittelbaren Reformzyklus hinaus ein wiederkehrendes Machtinstrument bleiben dürfte, insbesondere zur Neuverhandlung sensibler Mechanismen wie Impeachment-Verfahren und präsidentieller Amnestien.⁴³

Globale Trends wie Protektionismus, Handelskonflikte und technologischer Wandel beeinflussten auch die Philippinen, trafen jedoch vor allem exportabhängige Sektoren und beschleunigten den Übergang zu einer digitalisierten, aber fragmentierten Arbeitswelt.⁴⁴ Das philippinische Wachs-

tumsmodell bleibt so stark konsum- und dienstleistungsgetrieben und weniger exportindustriell verankert. Dies erhöht kurzfristig die Resilienz, verstärkt jedoch langfristig Abhängigkeiten von Überweisungen aus dem Ausland, informeller Beschäftigung und externer Nachfrage.

Insgesamt zeigt die wirtschaftliche Entwicklung 2024/25 weniger ein Defizit an Wachstum als ein Defizit an Inklusion und politischer Integration. Die Wirtschaftspolitik unter Marcos Jr. stabilisiert das System zwar kurzfristig, reproduziert jedoch womöglich langfristig jene sozialen und regionalen Ungleichheiten, die durch dynastische Politik, institutionelle Fragilität und gesellschaftliche Polarisierung begünstigt werden. Wachstum ist somit weniger ein Motor strukturellen Wandels als ein Instrument politischer Legitimation, mit womöglich ambivalenten Folgen für demokratische Rechenschaftspflicht und soziale Kohäsion.

3.5.4. Gesellschaftliche Entwicklungen 2024/2025

Die philippinische Gesellschaft ist 2024/25 von tiefgreifenden Veränderungen in Medienlandschaft, Menschenrechtspolitik und zivilgesellschaftlicher Mobilisierung geprägt. Mit rund 90 Millionen aktiven Social-Media-Nutzer:innen⁴⁵ gelten die Philippinen weiterhin als eine der weltweit am stärksten digitalisierten Öffentlichkeiten, in der politische Konflikte, historische Narrative und Menschenrechtsfragen zunehmend online ausgehandelt werden.⁴⁶ Während etablierte Medienhäuser, wie der *Philippine Daily Inquirer*, *ABS-CBN*, oder *Rappler*, mit ökonomischem Druck, rechtlichen Unsicherheiten und politischer Einflussnahme konfrontiert sind, prägen koordinierte Desinformationsnetzwerke und algorithmisch verstärkte Kampagnen weiterhin Teile der öffentlichen Debatte.⁴⁷ Diese Entwicklung lässt sich weniger als vollständige Verdrängung professioneller Medien interpretieren, sondern vielmehr als Fragmentierung der Öffentlichkeit. In dieser konkurrieren journalistische, politische und informelle Akteure um Aufmerksamkeit und Deutungshoheit. Besonders sichtbar bleibt die digitale Rehabilitierung der autoritären Marcos-Ära, die vor allem auf Plattformen wie TikTok und YouTube vorangetrieben wird. Auffällig ist, dass autoritäre Praktiken der Kriegerrechtszeit dort häufig in ein Narrativ von Ordnung, Disziplin und wirtschaftlicher Stabilität eingebettet werden, während Menschenrechtsverletzungen marginalisiert oder relativiert werden.⁴⁸ Diese Narrative tragen zur Politisierung von Erinnerung bei und verdeutlichen die anhaltenden Bruchlinien der historischen Selbstverständigung.

Menschenrechte bleiben auch unter Marcos Jr. ein zentrales, wenn auch ambivalentes Politikfeld. Der sogenannte „war on drugs“ („Krieg gegen Drogen“) wurde rhetorisch entschärft und operativ zurückgefahren, jedoch nicht vollständig beendet. Menschenrechtsorganisationen wie Karapatan dokumentieren weiterhin Tötungen, die außerhalb des Rechtsstaats stattfinden, wenngleich in deutlich geringerem Ausmaß als während der Duterte-Administration.⁴⁹ Diese Entwicklung kann als begrenzte Kurskorrektur interpretiert werden, mit der auf internationale Kritik und innenpolitischen Druck reagiert wird, ohne die grundlegenden Logiken von Straflosigkeit und sicherheitszentrierter Regierungsführung vollständig aufzugeben. Zudem erhielt die Kommission für Menschenrechte (CHR) unter Marcos Jr. in den Jahren 2024/25 wieder stärkere politische Rückendeckung und zusätzliche Ressourcen, was ihre institutionelle Arbeitsfähigkeit zumindest partiell verbesserte.⁵⁰ Gleichwohl sind diese Schritte bislang schwach institutionalisiert und stark von präsidentieller Unterstützung abhängig, was ihre langfristige Wirksamkeit begrenzt.

Praktiken wie das sogenannte „red tagging“, sprich die öffentliche Diffamierung von Aktivist:innen, Gewerkschaften oder Nichtregierungsorganisationen als kommunistische Sympathisant:innen, bleiben auch unter der Regierung Marcos Jr. weitläufig verbreitet. In zahlreichen dokumentierten Fällen wurden zivilgesellschaftliche Akteure auf diese Weise delegitimiert und rechtlich wie politisch angreifbar gemacht.⁵¹ Diese Praxis lässt sich als Hinweis auf die fortbestehende Verknüpfung von Sicherheitsdiskursen und politischer Kontrolle interpretieren. Auch staatlich oder staatsnah verbreitete Desinformationen spielen weiterhin eine Rolle. Die Nutzung digitaler Kampagnen zur Diskreditierung kritischer Stimmen kann als Fortsetzung jener Kommunikationsstrategien verstanden werden, die bereits unter Duterte etabliert wurden und nun professionalisierter eingesetzt werden.⁵²

Die Auseinandersetzung um die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den ehemaligen Präsidenten Rodrigo Duterte entwickelte sich in den Jahren 2024/25 zu einem symbolisch aufgeladenen Machtkonflikt.⁵³ Obwohl Präsident Marcos Jr. formal weder als Initiator noch als aktiver Unterstützer der Strafverfolgung auftrat, wurde seine Regierung in Duterte-nahen Diskursen, insbesondere in sozialen Medien, als Komplizin einer angeblich illegitimen internationalen Intervention dargestellt. Diese Narrative zielten weniger auf völkerrechtliche Argumente als auf die Mobilisierung politischer Loyalität und die Konstruktion eines Opferdiskurses. Der ICC fungierte damit als Projektionsfläche innerelitären Konflikts. Mar-

cos Jr. geriet dadurch in eine strukturelle Zwickmühle: Einerseits stand seine Präsidentschaft unter internationaler Beobachtung, rechtsstaatliche Mindeststandards zu wahren, andererseits sah er sich erheblichem innenpolitischen Druck dynastischer Netzwerke ausgesetzt, die Straflosigkeit als politisches Schutzgut verteidigen.⁵⁴ Die ICC-Debatte lässt sich somit weniger als juristische Auseinandersetzung, sondern vielmehr als Ausdruck konkurrierender Verständnisse politischer Verantwortung interpretieren. Dabei stehen sich die institutionelle Rechenschaftspflicht und die personalisierte Loyalität gegenüber.

Zivilgesellschaftliche Mobilisierung bleibt auch 2024/25 bemerkenswert widerstandsfähig. Digitale Protestformen, etwa Hashtags, Memes oder koordinierte Onlinekampagnen, ergänzten klassische Formen von Massenmobilisierung. Proteste gegen Korruption, Umweltzerstörung und soziale Ungerechtigkeit fanden nicht mehr ausschließlich in Metro Manila statt, sondern zunehmend auch in regionalen Zentren.⁵⁵ Diese Mobilisierung sollte jedoch nicht idealisiert werden: Sie ist fragmentiert, thematisch punktuell und häufig reaktiv. Gleichwohl ist sie ein wichtiger Indikator für die Artikulationsfähigkeit der Gesellschaft unter Bedingungen zunehmender politischer Polarisierung und exekutiver Machterweiterung. Dabei spielten Jugendliche und Studierende erneut eine zentrale Rolle.⁵⁶ Zudem dienten Soziale Medien dabei als niedrigschwellige Räume für politische Partizipation. Die Kombination aus digitaler Vernetzung und punktueller Straßensmobilisierung verweist auf eine hybride Protestkultur. Diese besitzt zwar nur eine begrenzte institutionelle Durchsetzungskraft, kann aber öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen und zu Verschiebungen im politischen und sozialen Diskurs führen.

Insgesamt zeigen die gesellschaftlichen Entwicklungen der Jahre 2024/25 weder einen klaren Bruch noch eine lineare Verschlechterung, sondern eine ambivalente Gleichzeitigkeit begrenzter Öffnung und anhaltender restriktiver Maßnahmen. Die Marcos-Jr.-Administration bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen der internationalen Erwartung rechtsstaatlicher Normalisierung und den innenpolitischen Logiken von Loyalität, Kontrolle und Straflosigkeit. Gesellschaftliche Resilienz ist weiterhin vorhanden, ihre institutionelle Übersetzung ist jedoch fragil.

3.5.5. Ausblick

Die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Jahre 2024 und 2025 deuten darauf hin, dass sich die Philippinen unter Prä-

sident Ferdinand Marcos Jr. in einer Phase relativer Stabilisierung befinden, ohne dass die strukturellen Spannungen des politischen Systems überwunden wären. Die gegenwärtige Konstellation ist weniger durch grundlegenden Wandel als durch die Reorganisation bestehender Machtverhältnisse gekennzeichnet.

Kurzfristig ist mit einer Fortsetzung eines stark präsidentiell geprägten Regierungsstils zu rechnen. Marcos Jr. dürfte seine institutionelle Dominanz weiter absichern, indem er den Kongress kontrolliert, die Loyalität der Sicherheitsapparate festigt und wirtschaftspolitische Erfolge kommunikativ in den Vordergrund stellt. Der offene Konflikt mit dem Duterte-Lager bleibt dabei ein zentrales innenpolitisches Risiko, dürfte jedoch vorerst durch pragmatische Arrangements, institutionelle Blockaden und die Fragmentierung der Opposition eingedämmt werden.

Mittelfristig hängt die politische Stabilität maßgeblich davon ab, ob es der Regierung gelingt, wirtschaftliches Wachstum in sozial breit wirksame Verbesserungen umzusetzen. Anhaltende Ungleichheiten, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und steigende Lebenshaltungskosten bergen ein erhebliches Mobilisierungspotenzial, insbesondere in urbanen Räumen und unter jüngeren Bevölkerungsgruppen. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob die angekündigten Reformen, etwa im Bereich der politischen Finanzierung, der Justiz oder der lokalen Regierungen, über symbolische Maßnahmen hinausgehen werden.

Langfristig lassen sich drei idealtypische Entwicklungspfade skizzieren. Erstens könnte sich ein demokratisch legitimates, aber stark personalisiertes Präsidialregime weiter verfestigen. Dieses würde weiterhin von dynastischen Allianzen, selektiver Rechtsdurchsetzung und digital vermittelter Zustimmung getragen werden. Zweitens wäre eine schrittweise institutionelle Konsolidierung denkbar, bei der die präsidentielle Macht stärker eingeschränkt, lokale Machtstrukturen reformiert und zivilgesellschaftliche Akteure gestärkt werden. Drittens besteht die Möglichkeit einer erneuten autoritären Zuspitzung, wenn wirtschaftliche oder sicherheitspolitische Krisen als Legitimation für weitere und umfassende Einschränkungen politischer, bürgerlicher und individueller Freiheiten genutzt werden.

Welche dieser Entwicklungslinien dominiert, hängt weniger von formalen Institutionen als von der Fähigkeit politischer und gesellschaftlicher Akteure ab, Macht zu kontrollieren, historische Narrative auszuhandeln und soziale Konflikte politisch zu kanalisieren. Damit bleiben die Philippinen ein politisches System in permanenten Wandel: Stabil genug, um

kurzfristige Krisen zu absorbieren, zugleich aber anfällig für strukturelle Erosionen, deren langfristige Folgen offenbleiben.

Notes

- 1 Aries A. Arugay, Jean Encinas-Franco und Justin Keith A. Baquisal, „Introduction: Change and Continuity Narratives in the Philippines from Duterte to Marcos Jr.“, in *Games, Changes, and Fears: The Philippines from Duterte to Marcos Jr.*, hrsg. von Aries A. Arugay und Jean Encinas-Franco (Singapore: ISEAS–Yusof Ishak Institute, 2024), 1–30.
- 2 David Chaikin und Jason C. Sharman, „The Marcos Kleptocracy“, in *Corruption and Money Laundering*, Palgrave Series on Asian Governance (New York: Palgrave Macmillan, 2009); Alfred W. McCoy, *Policing America's Empire: The United States, the Philippines, and the Rise of the Surveillance State* (Madison: University of Wisconsin Press, 2009); William H. Overholt, „The Rise and Fall of Ferdinand Marcos“, *Asian Survey* 26, Nr. 11 (1986): 1137–1163; David Wurfel, „Martial Law in the Philippines: The Methods of Regime Survival“, *Pacific Affairs* 50, Nr. 1 (1977): 5–30.
- 3 Die EDSA-Revolution oder auch *People's Power Revolution* war eine gewaltlose Massenprotestbewegung auf den Philippinen, die vom 22. bis 25. Februar 1986 zum Sturz des Diktators Ferdinand Marcos führte.
- 4 Edward Aspinall, „Money Politics: Patronage and Clientelism in Southeast Asia“, in *Routledge Handbook of Southeast Asian Democratization* (London: Routledge, 2015), 299–313;
Bernardo M. Villegas, „The Philippines in 1986: Democratic Reconstruction in the Post-Marcos Era“, *Asian Survey* 27, Nr. 2 (1987): 194–205; Teresa Encarnacion Tadem und Eduardo Tadem, „Political Dynasties in the Philippines: Persistent Patterns, Perennial Problems“, *South East Asia Research* 3 (2016): 328–340; Paul D. Hutchcroft, „Linking Capital and Countryside: Patronage and Clientelism in Japan, Thailand, and the Philippines“, in *Clientelism, Social Policy, and the Quality of Democracy* (2014), 174–203.
- 5 D. Dulay, Allen Hicken, Arjun Menon und Ronald Holmes, „Continuity, History, and Identity: Why Bongbong Marcos Won the 2022 Philippine Presidential Election“, *Pacific Affairs* 96, Nr. 1 (2023): 85–104; Walden Bello, Bianca Martinez und Raphael Baladad, „The Marcos-Duterte Dynastic Regime in the Philippines: How Long Will It Last?“, *Social Research Journal* 47, Nr. 2 (2024);
Maria Elize H. Mendoza, „Philippine Elections 2022: TikTok in Bongbong Marcos' Presidential Campaign“, *Contemporary Southeast Asia* 44, Nr. 3 (2022): 389–395; Renz William L. Alinabon, „[Re] Writing History: A Struggle for Historical Memory on Social Media During the 2022 Philippine Presidential Election“, Masterarbeit (Auckland: University of Auckland, 2025).
- 6 Jonathan Corpus Ong und Ross Tapsell, „Demystifying Disinformation Shadow Economies: Fake News Work Models in Indonesia and the Philippines“, *Asian Journal of Communication* 32, Nr. 3 (2022): 251–267; Julio Teehankee, „Beyond Nostalgia: The Marcos Political Comeback in the Philippines“, *Southeast Asia Working Paper Series*, Nr. 7 (London: Saw Swee Hock Southeast Asia Centre, London School of Economics, Juli 2023); Dulay u. a., „Continuity, History, and Identity“, Alinabon, „[Re] Writing History“.

- 7 World Bank, *Philippines Economic Update, December 2024: First Steps Matter – Empowering Early Years Workers to Build Human Capital* (Washington, DC: World Bank, 2024), <http://hdl.handle.net/10986/42526>; World Bank, „Philippines: Urban Population (% of Total Population)“, 2025, <https://data.worldbank.org/indicator/SP.URB.TOTL.IN.ZS>; National Economic and Development Authority (NEDA), *Philippine Development Report 2024* (Manila: NEDA, 2025), <https://depdev.gov.ph/wp-content/uploads/2025/01/PDR2024.pdf>.
- 8 Aries A. Arugay und Jean Encinas-Franco, „The Philippines in 2024: Dueling Dynasties, Disruptive Threats“, *Asian Survey* 65, Nr. 2 (2025): 297–307; Richard J. Heydarian, „Feuding Dynasties and Clashing Empires: The Philippines’ Middle Power Moment“, *American Affairs* 9 (2025): 123; Richard J. Heydarian, „The Philippines’ Dynastic Democracy“, *Journal of Democracy* 36, Nr. 3 (2025): 146–155; Supreme Court of the Philippines, „SC: House Impeachment Complaint vs VP Duterte Barred by 1-Year Rule...“, 25. Juli 2025, <https://sc.judiciary.gov.ph/sc-house-impeachment-complaint-vs-vp-duterte-barred-by-1-year-rule-due-process-or-fairness-applies-during-all-stages-of-impeachment-process/>.
- 9 Richard J. Heydarian, *The Philippines’ Dynastic Democracy*; Aries A. Arugay und Matteo Prasentini, „Navigating Turbulent Waters: The Philippines’ Changing Indo-Pacific Strategy“, *TWAI Journal: Indo-Pacific Outlooks* (2025): 115–129, <https://www.twai.it/articles/philippines-indo-pacific-strategy/>.
- 10 Aries A. Arugay, Jean Encinas-Franco und Justin Keith A. Baquisal, „Introduction: Change and Continuity Narratives in the Philippines from Duterte to Marcos Jr.“; Aries A. Arugay und Jean Encinas-Franco (Hrsg.), *Games, Changes, and Fears: The Philippines from Duterte to Marcos Jr.* (Singapore: ISEAS–Yusof Ishak Institute, 2024); Yvonne T. Chua, „The Philippines: Disinformation and Democracy“, *Southeast Asian Affairs* (2024).
- 11 Philippine Center for Investigative Journalism (PCIJ), *The State of Media Freedom in the Philippines 2025*, 3. Mai 2025, <https://pcij.org/2025/05/03/cmfr-state-of-media-freedom-in-the-philippines-2025/>; S. Gupta, *Red-Tagging in the Philippines: The Modern McCarthyism Threatening Freedom of Expression* (Global Freedom of Expression, 2024), <https://globalfreedomofexpression.columbia.edu/publications/red-tagging-in-the-philippines-the-modern-mccarthyism-threatening-freedom-of-expression/>; Jose Mari Hall Lanuza und Rossine Lyandre Yao C. Fallorina, „Against All Odds: Journalist Resistance against State Disinformation in the Philippines“, *Digital Journalism* (Juli 2025): 1–21, <https://doi.org/10.1080/21670811.2025.2524707>.
- 12 Arugay und Encinas-Franco, *The Philippines in 2024: Dueling Dynasties, Disruptive Threats*.
- 13 *Confidential* und *Intelligence Funds* sind im philippinischen Haushaltsrecht vorgesehene Pauschalmittel für verdeckte Überwachungs- und Informationsbeschaffungsaktivitäten. Während *Intelligence Funds* primär militärischen und sicherheitsrelevanten Akteuren vorbehalten sind, können *Confidential Funds* auch zivilen Behörden zugewiesen werden. Aufgrund begrenzter Transparenz- und Prüfmechanismen gelten sie als besonders missbrauchsanfällig und stehen seit den 2010er-Jahren im Zentrum politischer und parlamentarischer Kontroversen. Vgl. Xave Gregorio, „Confidential, Intel Funds in the National Budget: What You Need to Know“, *Philstar.com*, 5. Oktober 2022, <https://www.philstar.com/headlines/2022/10/05/2214494/confidential-intel-funds-national-budget-what-you-need-know>.
- 14 Heydarian, *Feuding Dynasties and Clashing Empires: The Philippines’ Middle Power Moment.*; Arugay und Encinas-Franco, *The Philippines in 2024: Dueling Dynasties, Disruptive Threats*.

- 15 Maria Elize H. Mendoza, „UniTeam’ No More: Changing Social Media Narratives in the Philippines’ 2025 Midterm Elections“, 2025, <https://www.researchgate.net/publication/394889044>; Heydarian, *Feuding Dynasties and Clashing Empires: The Philippines’ Middle Power Moment*.
- 16 Heydarian, *Feuding Dynasties and Clashing Empires: The Philippines’ Middle Power Moment*; Arugay and Encinas-Franco, *The Philippines in 2024: Dueling Dynasties, Disruptive Threats*.
- 17 Joel Guinto und Koh Ewe, „Philippines Top Court Blocks Impeachment Bid against Sara Duterte“, *BBC News*, 25. Juli 2025, <https://www.bbc.com/news/articles/cgk3k2ln00no>; Karen Lema und Mikhail Flores, „Philippine Senate Returns VP Impeachment Case to Lower House Hours after Convening Trial“, *Reuters*, 10. Juni 2025, <https://www.reuters.com/world/asia-pacific/philippine-senators-prepare-be-jurors-sara-dutertes-impeachment-trial-2025-06-10/>; Supreme Court of the Philippines, SC: *House Impeachment Complaint vs VP Duterte Barred by 1-Year Rule*.
- 18 Heydarian, *The Philippines’ Dynastic Democracy*.
- 19 Monica Ang-Tan und Majahlia Coco Quimpo, „Shifting Lines of Power in the 2025 Philippine Midterm Elections“, Friedrich-Ebert-Stiftung Philippinen, 19. Mai 2025, <https://philippines.fes.de/e/shifting-lines-of-power-in-the-2025-philippine-midterm-elections.html>.
- 20 President of the Republic of the Philippines, „Speech by President Ferdinand R. Marcos Jr. at the 90th Armed Forces of the Philippines (AFP) Anniversary“, 19. Dezember 2025, <https://pbbm.com.ph/speeches/speech-by-president-ferdinand-r-marcos-jr-at-the-90th-armed-forces-of-the-philippines-afp-anniversary/>.
- 21 President of the Republic of the Philippines, „Speech by President Ferdinand R. Marcos Jr. at the 90th Armed Forces of the Philippines (AFP) Anniversary“.
- 22 Aries A. Arugay und Justin Keith A. Baquisal, „Mobilized and Polarized: Social Media and Disinformation Narratives in the 2022 Philippine Elections“, *Pacific Affairs* 95, Nr. 3 (2022): 549–573; Jose Mari Hall Lanuza und Jonathan Corpus Ong, „From Disinformation Campaigns to Influence Operations: New Campaign Tactics and Legacy Media Bypass in the Philippines“, in *The Routledge Handbook of Political Campaigning* (London: Routledge, 2024), 185–198; Maria Elize H. Mendoza, *Philippine Elections 2022: TikTok in Bongbong Marcos’ Presidential Campaign*; Jonathan Corpus Ong und Jason Cabanes, „Disinformation and Digital Propaganda: The Role of Social Media in Shaping Historical Narratives in the Philippines“, *Digital Culture & Society* 8, Nr. 1 (2022): 45–67.
- 23 Lanuza und Ong, *From Disinformation Campaigns to Influence Operations: New Campaign Tactics and Legacy Media Bypass in the Philippines*; Karapatan. *The Hypocrisy of Marcos Jr. and the Horror of 2024: Year-End Report on the Human Rights Situation in the Philippines* (Diliman, Philippines: Karapatan, 2025).
- 24 Arugay und Piasentini, *Navigating Turbulent Waters: The Philippines’ Changing Indo-Pacific Strategy*; Reyron Leones del Rosario, „Strengthening Ties: Marcos Jr. Visits U.S. to Bolster Philippines-US Alliance“, *Modern Diplomacy*, 26. Juli 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://moderndiplomacy.eu/2025/07/26/strengthening-ties-marcos-jr-visits-u-s-to-bolster-philippines-us-alliance/>; Mong Palatino, „The Philippines in 2025: Corruption, Accountability, and the Marcos-Duterte Rift“, *The Diplomat*, 22. Dezember 2025, <https://thediplomat.com/2025/12/the-philippines-in-2025-corruption-accountability-and-the-marcos-duterte-rift/>.
- 25 Arugay und Piasentini, *Navigating Turbulent Waters: The Philippines’ Changing Indo-Pacific Strategy*; Heydarian, *The Philippines’ Dynastic Democracy*.

- 26 Heydarian, *Feuding Dynasties and Clashing Empires: The Philippines' Middle Power Moment*; Heydarian, *The Philippines' Dynastic Democracy*; Yusuke Takagi, „The Philippines in the Indo-Pacific: Emergence of a De Facto Indo-Pacific Strategy of a Middle Power“, *Asia-Pacific Review* 31, Nr. 3 (2024): 42–62.
- 27 Renato Cruz De Castro, „The 21st Century Philippine-US Enhanced Defense Cooperation Agreement (EDCA): The Philippines' Policy in Facilitating the Obama Administration's Strategic Pivot to Asia“, *The Korean Journal of Defense Analysis* 26, Nr. 4 (2014): 427–446; Heydarian, *The Philippines' Dynastic Democracy*.; Third Anne Peralta-Malonzo, „PH, US to Take 'Bold Steps' to Improve EDCA Sites“, *SunStar Manila*, 28. März 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.sunstar.com.ph/manila/ph-us-to-take-bold-steps-to-improve-edca-sites>.
- 28 Arugay and Encinas-Franco, *The Philippines in 2024: Dueling Dynasties, Disruptive Threats*; Richard J. Heydarian, „A Wave of US Trilateralism Sends a Clear Message to China“, *Lowy Institute*, 2. April 2024, Zugriff am 26. Februar 2026, <https://www.lowyinstitute.org/the-interpretor/wave-us-trilaterals-sends-clear-message-china>; Heydarian, *The Philippines' Dynastic Democracy*.
- 29 Arugay and Encinas-Franco, *The Philippines in 2024: Dueling Dynasties, Disruptive Threats*.
- 30 Arugay and Piasentini, *Navigating Turbulent Waters: The Philippines' Changing Indo-Pacific Strategy*.; Heydarian, *The Philippines' Dynastic Democracy*.
- 31 John Eric Mendoza, „West Philippine Sea: Navy's June 17 Encounter with CCG Incurs P60M Damage“, *Inquirer.net*, 4. Juli 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.inquirer.net/408020/west-ph-sea-navys-june-17-encounter-with-ccg-incurs-p60m-damage/>.
- 32 Arugay and Encinas-Franco, *The Philippines in 2024: Dueling Dynasties, Disruptive Threats*; Heydarian, *The Philippines' Dynastic Democracy*.
- 33 Arugay and Encinas-Franco, *The Philippines in 2024: Dueling Dynasties, Disruptive Threats*; Heydarian, *The Philippines' Dynastic Democracy*.
- 34 World Bank, *Philippines Economic Update, December 2024: First Steps Matter—Empowering Early Years Workers to Build Human Capital*; National Economic and Development Authority, *Philippine Development Report 2024*.
- 35 New Zealand Foreign Affairs & Trade, *Philippine Trade and Economic Update: Market Intelligence Report* (Wellington: NZ MFAT, August 2025), abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.mfat.govt.nz/assets/Trade-General/Trade-Market-reports/Philippines-Trade-and-Economic-Update-August-2025.pdf>.; OECD, *OECD Economic Outlook: Tackling Uncertainty, Reviving Growth*, Bd. 2025/1, Nr. 117 (Paris: OECD, Juni 2025), https://www.oecd.org/en/publications/oecd-economic-outlook-volume-2025-issue-1_83363382-en/full-report/philippines_3312dc58.html.
- 36 World Bank, *Philippines Economic Update, December 2024: First Steps Matter—Empowering Early Years Workers to Build Human Capital*; OECD, *OECD Economic Outlook: Tackling Uncertainty, Reviving Growth*.
- 37 New Zealand Foreign Affairs & Trade, *Philippine Trade and Economic Update: Market Intelligence Report*; National Economic and Development Authority, *Philippine Development Report 2024*; OECD, *OECD Economic Outlook: Tackling Uncertainty, Reviving Growth*.
- 38 World Bank, *Philippines Economic Update, December 2024: First Steps Matter—Empowering Early Years Workers to Build Human Capital*; OECD, *OECD Economic Outlook: Tackling Uncertainty, Reviving Growth*.

- 39 New Zealand Foreign Affairs & Trade, *Philippine Trade and Economic Update: Market Intelligence Report*; National Economic and Development Authority, *Philippine Development Report 2024*; OECD, *OECD Economic Outlook: Tackling Uncertainty, Reviving Growth*.
- 40 OECD, *OECD Economic Outlook: Tackling Uncertainty, Reviving Growth*; Asian Development Bank, *Poverty Data: Philippines* (2025), abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.adb.org/where-we-work/philippines/poverty>.
- 41 Mara Cepeda, „It’s Too Controversial’: Charter Change Not a Senate Priority for Now“, *Rappler*, 6. Juli 2022, abgerufen am 26. Februar 2026 <https://www.rappler.com/philippines/charter-change-not-senate-priority/>; Llanesca T. Panti, „RBH 7 on Economic Cha-cha Passed on Final Reading in House“, *GMA News Online*, 20. März 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.gmanetwork.com/news/topstories/nation/901137/rbh-7-on-economic-cha-cha-passed-on-final-reading-in-house/story/>.
- 42 Erik Tenedero, „CBCP Warns vs Cha-cha with Deception, Disregard for Democratic Process“, *ABS-CBN News*, 31. Januar 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.abs-cbn.com/news/2024/1/31/cbcp-warns-vs-cha-cha-with-deception-2305>; Gualberto Laput, „Dipolog Bishop Urges People Not to Sell Signatures for People’s Initiative“, *Rappler*, 15. Januar 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.rappler.com/philippines/mindanao/dipolog-bishop-priests-urge-people-not-sell-signatures-peoples-initiative/>.
- 43 Jose Cielito Reganit, „Resolution Seeking to Cut Age Requirement for President, VP, Senators Filed“, *Philippine News Agency*, 3. September 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.pna.gov.ph/articles/1257915>; Dominique F. Flores, „NUP Moves for 2026 Con-Con, Impeachment ‘Forthwith’ Rule Among Changes“, *PhilStar Global*, 12. November 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.philstar.com/headlines/2025/11/12/2486739/nup-moves-2026-con-con-impeachment-forthwith-rule-among-changes>.
- 44 John Paolo R. Rivera, Mark Gerald C. Ruiz und Ramona Maria L. Miral, „Macroeconomic Prospects of the Philippines in 2024–2025: Toward Upper Middle-Income Status“, PIDS Discussion Paper Series Nr. 2024–18 (Quezon City: Philippine Institute for Development Studies, 2024); Jayant Menon, „Southeast Asia’s Economic Performance and Outlook“, *Southeast Asian Affairs*, 2025.
- 45 Entspricht etwa 78,0 % der Gesamtbevölkerung der Philippinen zu Beginn des Jahres 2025. Vgl. Simon Kemp, „Digital 2025: The Philippines“, *DataReportal*, 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://datareportal.com/reports/digital-2025-philippines>.
- 46 Arugay and Baquisal, *Mobilized and Polarized: Social Media and Disinformation Narratives in the 2022 Philippine Elections*; Lanuza and Ong, *From Disinformation Campaigns to Influence Operations: New Campaign Tactics and Legacy Media Bypass in the Philippines*.
- 47 Ong and Tapsell, *Demystifying Disinformation Shadow Economies: Fake News Work Models in Indonesia and the Philippines*; Mendoza, *Philippine Elections 2022: TikTok in Bongbong Marcos’ Presidential Campaign*; Arugay and Encinas-Franco, *The Philippines in 2024: Dueling Dynasties, Disruptive Threats*; Lanuza and Ong, *From Disinformation Campaigns to Influence Operations: New Campaign Tactics and Legacy Media Bypass in the Philippines*.
- 48 Ong and Tapsell, *Demystifying Disinformation Shadow Economies: Fake News Work Models in Indonesia and the Philippines*; Mendoza, *Philippine Elections 2022: TikTok in Bongbong Marcos’ Presidential Campaign*; Fernan Talamayan und John Lee Can-

- delaria, „Populist Desires, Nostalgic Narratives: The Marcos Golden Age Myth and Manipulation of Collective Memories on YouTube”, *Asian Journal of Political Science* 33, Nr. 1 (2025): 55–73; Sanghoon Kim-Leffingwell und Emily Sallenback, „Mnemonic Politics among Philippine Voters: A Social Media Measurement Approach”, *Democratization* 31, Nr. 8 (2024): 1622–1644.
- 49 Karapatan, *The Hypocrisy of Marcos Jr. and the Horror of 2024: Year-End Report on the Human Rights Situation in the Philippines*; Rob Jenkins und Anne Marie Goetz, „Has the Philippines Reversed Its Democratic Decline?“, in *Democracy Contested*, hg. von Shandana Khan Mohamand und Marjoke Oosterom, *IDS Bulletin* 56, Nr. 1 (2025): 45–64.
- 50 Jenkins and Goetz, *Has the Philippines Reversed Its Democratic Decline?*
- 51 Jenkins and Goetz, *Has the Philippines Reversed Its Democratic Decline?*; Gupta, *Red-Tagging in the Philippines: The Modern McCarthyism Threatening Freedom of Expression*.
- 52 Chua, *The Philippines: Disinformation and Democracy*; Wataru Kusaka, „Fake News and State Violence: How Duterte Hijacked the Election and Democracy in the Philippines“, in *Fake News and Elections in Southeast Asia* (London: Routledge, 2022), 145–165; Arugay and Baquisal, *Mobilized and Polarized: Social Media and Disinformation Narratives in the 2022 Philippine Elections*; Mendoza, *Philippine Elections 2022: TikTok in Bongbong Marcos' Presidential Campaign*; Jonathan Corpus Ong, „Philippine Elections 2022“, *Contemporary Southeast Asia* 44, Nr. 3 (2022): 396–403; Lucas Hallberg Fernández, Lucinao Scoccola und Feresin Gabriela Arrachea, „Digital Authoritarianism and the Crisis of Press Freedom in the Philippines“, *International Journal of Humanities, Management and Social Science (IJ-HuMaSS)* 8, Nr. 1 (2025): 1–10; Lanuza and Ong, *From Disinformation Campaigns to Influence Operations: New Campaign Tactics and Legacy Media Bypass in the Philippines*.
- 53 Mendoza, *'UniTeam' No More: Changing Social Media Narratives in the Philippines' 2025 Midterm Elections*.
- 54 Mendoza, *'UniTeam' No More: Changing Social Media Narratives in the Philippines' 2025 Midterm Elections*.
- 55 James Linao, „Voices from the Feed: A Qualitative Inquiry into the Social Media Backlash against President Ferdinand Marcos Jr.“, SSRN, 24. April 2025, <https://ssrn.com/abstract=5228780>; Miriam Zimmermann, Wolfram Dresser und Ana Bibal, „Defending the Land: Filipina Activists amidst Authoritarian Rule in the Philippines“, *Development and Change* 56, Nr. 1 (2025): 137–171.
- 56 Linao, *Voices from the Feed: A Qualitative Inquiry into the Social Media Backlash against President Ferdinand Marcos Jr.*; Zimmermann, Dresser, and Bibal, *Defending the Land: Filipina Activists amidst Authoritarian Rule in the Philippines*.

3.6. Singapur: Stabilitätsparadigma unter Druck? Zwischen Resilienz und Herausforderungen in den Jahren 2024 und 2025

Royston Lin

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

3.6.1. Einleitung

Mit einer Landfläche, die kleiner ist als jene Berlins, hat sich der Inselstaat Singapur seinen ursprünglich abwertend gemeinten Spitznamen „Little Red Dot“ („kleiner roter Punkt“) längst selbstbewusst angeeignet. Tatsächlich verschleiert diese Bezeichnung den überproportionalen Einfluss des Stadtstaates auf der globalen Bühne. Weit davon entfernt, marginal zu sein, hat sich Singapur international einen Ruf als Musterbeispiel politischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilität erarbeitet und wird häufig als Inbegriff von Resilienz, Effizienz und Innovationsfähigkeit herangezogen. Diese Wahrnehmung steht neben anhaltenden Diskussionen und Kritiken, die sich auf den als semi-demokratisch eingeordneten Charakter des politischen Systems beziehen.¹ Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1965 dominiert die regierende People’s Action Party (PAP) die politische Landschaft Singapurs und gewinnt regelmäßig eine überwältigende Mehrheit der Parlamentssitze, was von Befürwortern als Ausdruck eines stabilen, kohärenten und berechenbaren politischen Systems interpretiert wird. Wirtschaftlich hat sich Singapur als kleiner, jedoch zentraler Knotenpunkt im Asien-Pazifik-Raum etabliert und wiederholt bewiesen, dass es externe Schocks und Krisen mit bemerkenswerter Anpassungsfähigkeit bewältigen kann. Auch die multikulturelle Gesellschaft des Landes – ein komplexes Mosaik aus ethnischen, religiösen und kulturellen Gemeinschaften – gilt vielfach als Erfolgsmodell eines weitgehend friedlichen und institutionalisierten Zusammenlebens und trägt maßgeblich zu Singapurs internationalem Image als Modell für Diversität und soziale Ordnung bei.

Die Jahre 2024 und 2025 brachte jedoch eine Reihe von Entwicklungen mit sich, die diese scheinbar stabilen Säulen der singapurischen Identität auf eine ernsthafte Probe stellten. Sie markierten zentrale Zäsuren. Die Übergabe des Premierministeramts schloss den lange vorbereiteten Über-

gang zur sogenannten „vierten Generation“ (4G) der politischen Führung ab, während eine Parlamentswahl ein neues Kapitel politischer Verantwortung einleitete. Zugleich wurde die über Jahrzehnte hinweg als selbstverständlich wahrgenommene politische Stabilität durch mehrere Skandale erschüttert, was die öffentliche Debatte über Transparenz und Rechenschaftspflicht neu entfachte. Diese Ereignisse verstärkten gesellschaftliche Forderungen nach kritischer Selbstreflexion der politischen Elite und einer stärkeren institutionellen Machtkontrolle.

Auf außenpolitischer und diplomatischer Ebene sah sich Singapur parallel mit der anspruchsvollen Aufgabe konfrontiert, seine traditionell engen Beziehungen zu unterschiedlichen internationalen Akteuren auszubalancieren. Es musste zugleich die eigenen nationalen Interessen in einem zunehmend fragmentierten geopolitischen Umfeld wahren. Dennoch gelang es dem Stadtstaat, strategisch wichtige Partnerschaften – unter anderem mit Deutschland – weiter zu vertiefen und seine Rolle als verlässlicher und pragmatischer Akteur im internationalen System zu festigen. Auch die vielfach gerühmte wirtschaftliche Resilienz Singapurs bewährte sich erneut, indem sie dem Land half, den pandemiebedingten Konjunkturrückgang schrittweise zu überwinden.

Ein historischer Besuch von Papst Franziskus im September 2024 lenkte schließlich den öffentlichen Diskurs auf die Bedeutung von kontinuierlichem Dialog, moralischer Verantwortung und politischer Inklusion als Voraussetzungen für den Erhalt gesellschaftlicher Harmonie in einer multikulturellen Nation. Gleichzeitig traten Risse im sozialen Gefüge zutage, das lange Zeit als unerschütterliches Fundament der singapurischen Identität galt. Verschiedene Vorfälle und Kontroversen der vergangenen Jahre machten latente Spannungen sichtbar und offenbarten bislang verdeckte Schwachstellen. Diese Entwicklungen warfen grundlegende Fragen darüber auf, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt unter sich wandelnden innen- und außerpolitischen Rahmenbedingungen langfristig gesichert werden kann.

3.6.2. Führungswechsel

Am 15. April 2024 kündigte Lee Hsien Loong seinen Rücktritt als dritter Premierminister der Republik an, der einen Monat später wirksam wurde und damit einen bedeutsamen Führungswechsel innerhalb des politischen Systems des Landes markierte. Lee, der älteste Sohn des singapurischen

Gründungspremierministers Lee Kuan Yew, trat nach seiner Beförderung zum Brigadegeneral der Armee im Jahr 1984 in die Politik ein. Im Verlauf seiner politischen Laufbahn bekleidete er eine Reihe zentraler Regierungsämter, darunter das des Zweiten Verteidigungsministers (1987–1990), des Ministers für Handel und Industrie (1987–1992), des Finanzministers (2001–2007) sowie des stellvertretenden Premierministers (1990–2004). Im Jahr 2004 folgte er Goh Chok Tong als Premierminister nach. Nach seinem Rücktritt zwei Jahrzehnte später blieb Lee Mitglied der Regierung und übernahm das Amt des *Senior Minister*, wodurch Kontinuität in der politischen Führung gewahrt und ein gradueller Übergang zwischen den Führungsgenerationen ermöglicht wurde.

Unter Lee als Premierminister entwickelte sich Singapur weiter als stark exportorientierte, international hochgradig vernetzte Volkswirtschaft. Das anhaltende Wirtschaftswachstum und die zunehmende sektorale Diversifizierung vollzogen sich jedoch unter wiederkehrenden externen Krisen. Dazu zählten insbesondere die globale Finanzkrise von 2007–2008, Verschiebungen in regionalen und globalen Wertschöpfungsketten sowie die erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen infolge der COVID-19-Pandemie. In diesem Zeitraum hat sich das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) mehr als verdoppelt.² Dieser Indikator wird häufig zur Illustration der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes herangezogen. Seine Aussagekraft bleibt jedoch angesichts hoher Lebenshaltungskosten und sozialer Ungleichheiten begrenzt. Ein hohes Pro-Kopf-BIP spiegelt daher nicht automatisch eine breite gesellschaftliche Wohlstandsentwicklung wider.

Zugleich ist festzuhalten, dass dieses Wachstum in erheblichem Maße auf langfristig etablierten Strukturmerkmale Singapurs beruhte. Besonders hervorzuheben sind Singapurs Rolle als globaler Handels- und Finanzknotenpunkt, seine hohe Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen sowie seine ausgeprägte, strategisch ausgerichtete staatliche Wirtschaftssteuerung. Nationale Programme wie die *Smart Nation*-Strategie, die auf eine umfassende digitale Transformation von Verwaltung, Wirtschaft und Alltagsleben abzielte, prägten während der Amtszeit von Lee die wirtschaftspolitische Agenda. Darüber hinaus wurden gezielte Investitionen in wissens- und technologieintensive Sektoren – etwa Biotechnologie, grüne Technologien und Finanzdienstleistungen – getätigt, die die wirtschaftliche Modernisierung weiter vorantrieben. Die Maßnahmen trugen zur Stärkung der technologischen Wettbewerbsfähigkeit bei, lösten jedoch öffentliche Debatten

über Datenschutz, staatliche Datennutzung und den ungleichen Zugang zu sozialer Durchlässigkeit aus.³

Während die ökonomische Dynamik des Landes fortschritt, rückten soziale Spannungen deutlicher in den öffentlichen Fokus. Einkommens- und Vermögensungleichheit, die anhaltende Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften sowie Belastungen durch urbane Verdichtung und steigende Wohnkosten trugen spürbar zu gesellschaftlichen Spannungen bei. Gleichzeitig gewannen kulturelle, generationelle und identitätspolitische Fragen in einer stark globalisierten und ethnisch diversen Gesellschaft an Bedeutung.⁴ Diese Entwicklungen entfachten intensive Debatten über die sozialen Kosten des bestehenden Wirtschaftsmodells, seine politische Steuerbarkeit und die langfristige soziale Nachhaltigkeit.

Auch außenpolitisch war Lees Amtszeit von einem zunehmend komplexen und volatilen internationalen Umfeld geprägt. Angesichts wachsender geopolitischer Spannungen, insbesondere zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China, setzte Singapur seinen traditionell pragmatischen Kurs fort, der auf einer strategischen Ausbalancierung der Beziehungen zu beiden Großmächten beruhte. Das aktive Engagement in multilateralen Foren, vor allem im Rahmen der ASEAN, diente dabei sowohl der regionalen Stabilisierung als auch der Wahrung außenpolitischer Autonomie. Diese Positionierung erwies sich jedoch angesichts fortschreitender internationaler Polarisierung und wachsenden Drucks zur eindeutigen Positionierung als anspruchsvoll und politisch sensibel.

Neben strukturellen und politischen Herausforderungen war Lees Amtszeit auch von persönlichen und institutionellen Kontroversen begleitet, die wiederholt öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zogen. Besonders der seit 2016 offen ausgetragene Familienstreit um das ehemalige Wohnhaus Lee Kuan Yews in der Oxley Road entwickelte sich zu einem symbolisch aufgeladenen Konflikt. Nach dem Tod von Lees Schwester Lee Wie Ling am 9. Oktober 2024 rückte die Frage nach dem zukünftigen Umgang mit dem Gebäude erneut in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Als letzte Bewohnerin des Hauses hatte ihr Tod unmittelbare Konsequenzen für dessen rechtlichen Status. Mit der Forderung nach dem Abriss des Gebäudes zur Umsetzung der testamentarischen Wünsche seines Vaters verschärfte Lee Hsien Yang, Lees jüngerer Bruder, die Debatten über das Spannungsverhältnis zwischen politischem Erbe, staatlichem Denkmalschutz und privaten familiären Belangen.⁵ Die am 12. Dezember 2025 bekannt gegebene Entscheidung, dem Grundstück an der Oxley Road den Status eines Nationaldenkmals zu verleihen, wurde entsprechend ambivalent aufgenommen:

Einerseits als symbolische Sicherung des nationalen Gründungsnarrativs, andererseits als politisch sensible Institutionalisierung eines familiären Erbes im öffentlichen Raum.⁶

Diese wirtschaftlichen, sozialen und außen- sowie innenpolitischen Rahmenbedingungen – darunter auch Fragen zum politischen Erbe und zur öffentlichen Erinnerung – bildeten den Kontext, in dem am 15. Mai 2024 der Führungswechsel an der Spitze der Regierung vollzogen wurde. An diesem Tag wurde Lawrence Wong als vierter Premierminister Singapurs vereidigt und trat damit die Nachfolge Lee Hsien Loongs an.

Wongs politischer Werdegang ist eng mit dem öffentlichen Dienst des Landes verbunden. Nach seinem Eintritt ins Parlament im Jahr 2011 übernahm er eine Reihe zentraler Regierungsämter, darunter das des Ministers für Kultur, Gemeinschaft und Jugend (2012–2015), des Zweiten Ministers für Kommunikation und Information (2014–2015), des Ministers für nationale Entwicklung (2015–2020), des Zweiten Finanzministers (2016–2021) sowie des Finanzministers ab 2021 – ein Ressort, das er auch nach seiner Ernennung zum Premierminister weiterführt. Besondere öffentliche Sichtbarkeit erlangte Wong als Co-Vorsitzender der Multi-Ministry Task Force zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie, in deren Rahmen er gemeinsam mit den Gesundheitsministern Gan Kim Yong (2011–2021) und Ong Ye Kung (ab 2021) die staatliche Krisenreaktion koordinierte. Als stellvertretender Premierminister (2022–2024) war Wong zudem maßgeblich an der inhaltlichen und personellen Vorbereitung des Führungswechsels beteiligt und profilierte sich als Vertreter einer stärker sozialpolitisch akzentuierten, zugleich aber systemstabilisierenden Regierungsagenda.⁷

3.6.3. Parlamentswahl 2025

Am 3. Mai 2025 führte Singapur seine 14. Parlamentswahl seit der Unabhängigkeit durch. Die regierende PAP erzielte 65,57 % der abgegebenen Stimmen und konnte ihren Stimmenanteil damit gegenüber der Wahl von 2020 (61,24 %) deutlich steigern. Das Ergebnis bestätigte die Monopolstellung der PAP. Sie sicherte sich abermals eine Zweidrittelmehrheit im Parlament und gewann 87 der insgesamt 97 Sitze. Die Workers' Party (WP), weiterhin die bedeutendste Oppositionskraft des Landes, baute ihre parlamentarische Präsenz auf zehn Sitze aus und konsolidierte damit ihre Stellung als institutionalisierte Gegenstimme, ohne jedoch einen weitergehenden Durchbruch auf nationaler Ebene zu erzielen.⁸ Andere oppositionelle Par-

teien blieben ohne parlamentarische Vertretung. Das Wahlergebnis wurde als Vertrauensbeweis für die amtierende Staatsregierung interpretiert.⁹ Der gestiegene Stimmenanteil der PAP deutete auf breite Zustimmung zur Regierungsagenda hin, insbesondere in den Bereichen wirtschaftliche Stabilität und politische Kontinuität in der Führung. Darüber hinaus lässt sich das Ergebnis als Ausdruck einer verbreiteten Präferenz für Verlässlichkeit in einem von globalen Unsicherheiten, geopolitischen Spannungen und wirtschaftlichen Anpassungsprozessen geprägten Umfeld lesen.

Trotz der klaren nationalen Mehrheitsverhältnisse war die Parlamentswahl 2025 in mehreren von der WP umkämpften Wahlkreisen von äußerst knappen Ergebnissen geprägt.¹⁰ Diese engen Abstimmungen verwiesen auf eine erhöhte Wettbewerbsintensität auf lokaler Ebene, auch wenn das Gesamtergebnis eindeutig zugunsten der PAP ausfiel. Sie unterstrichen zugleich die anhaltende Fähigkeit der WP, Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Damit wurde deutlich, dass innerhalb des stark regulierten politischen Systems Singapurs weiterhin begrenzte Räume politischer Konkurrenz bestehen.

Die Frage nach dem Grad der Freiheit und Fairness von Wahlen in Singapur ist Gegenstand anhaltender wissenschaftlicher und öffentlicher Debatten. Zwar finden Wahlen regelmäßig statt und sind durch hohe organisatorische Effizienz gekennzeichnet, zugleich verweisen Beobachter jedoch auf strukturelle Rahmenbedingungen, die den politischen Wettbewerb begrenzen können. Dazu zählen insbesondere die Praxis der Wahlkreis-zuschneitte, deren Kriterien und zeitliche Festlegung von der Regierung bestimmt werden, die vergleichsweise kurze Dauer offizieller Wahlkampfphasen sowie die begrenzte Sichtbarkeit oppositioneller Akteure in staatlich kontrollierten oder regierungsnahen Medien.¹¹ In diesem Zusammenhang wird auch die Medienfreiheit diskutiert, da rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen Einfluss auf Berichterstattung, Themengewichtung und öffentliche Meinungsbildung nehmen können.¹² In den letzten Jahren hat die wachsende Bedeutung sozialer und digitaler Medien zusätzliche Kommunikationskanäle eröffnet, die insbesondere von oppositionellen Parteien und ihren Unterstützerinnen und Unterstützern genutzt werden, zugleich jedoch ebenfalls staatlicher Regulierung unterliegen.¹³ Insgesamt wird das Wahlsystem Singapurs daher häufig als formal kompetitiv, aber gleichzeitig als durch asymmetrische Wettbewerbsbedingungen geprägt beschrieben.

Der Wahlzeitraum war zudem von einer geschärften Sensibilität staatlicher Stellen gegenüber möglicher ausländischer Einflussnahme gekenn-

zeichnet. Die singapurischen Behörden äußerten öffentlich Bedenken hinsichtlich mutmaßlicher Versuche externer Akteure, sich in innenpolitische Debatten einzubringen oder den Wahlprozess zu beeinflussen. Konkret ging es um Aufrufe aus dem Ausland, Wahlentscheidungen entlang religiöser Linien zu treffen. In Reaktion darauf ordnete die Infocomm Media Development Authority (IMDA) regulatorische Maßnahmen an und wies den Plattformbetreiber Meta an, den Zugang zu entsprechenden Facebook-Inhalten für Nutzerinnen und Nutzer in Singapur zu sperren.¹⁴ Auch wenn die unmittelbaren Auswirkungen dieser ausländischen Interventionen begrenzt blieben, bestätigten die Vorfälle die langjährige Regierungsnarrative, wonach kleine Staaten besonders anfällig für externe politische Einflussnahmen sind. Sie illustrierten zudem die wachsende Rolle digitaler Plattformen und staatlicher Regulierung in der Sicherung des Wahlprozesses sowie den Einsatz der Behörden zum Schutz des säkularen Staatsprinzips, was die Diskussion über ausländische Beteiligung und Medienkontrolle weiter anheizte.

Am 21. Mai 2025 stellte Premierminister Lawrence Wong, der die PAP erstmals seit seinem Amtsantritt im Vorjahr in eine Parlamentswahl geführt hatte, sein erstes Kabinett vor. Dieser Schritt markierte eine weitere Etappe bei der Machtübergabe an die vierte Generation der politischen Führung.¹⁵ Das neue Kabinett stand in seiner Zusammensetzung weitgehend für institutionelle Kontinuität, ließ jedoch zugleich eine graduelle Neugewichtung politischer Prioritäten erkennen. Zentrale Ressorts wie Finanzen, Verteidigung, Inneres sowie Handel und Industrie verblieben in den Händen erfahrener Minister, was das Bedürfnis der Regierung nach Stabilität in unsicheren Zeiten untermauerte. Zugleich spiegelten die Einbindung und Beförderung jüngerer Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber den gezielten Ausbau der 4G-Führungsgeneration und die langfristige Nachfolgeplanung wider. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts deutet weniger auf einen politischen Neuanfang als auf einen vorsichtigen Anpassungsmodus, dessen Belastbarkeit sich erst im Umgang mit langfristigen strukturellen Herausforderungen erweisen wird. Dabei lassen die personellen Entscheidungen eine fortgesetzte Fokussierung auf wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, sozialen Zusammenhalt und die Abfederung von Lebenshaltungskosten erkennen, welche um wachsende Herausforderungen wie Klimaanpassung, digitale Transformation und den demografischen Wandel ergänzt wird.

Die Parlamentswahl 2025 und die anschließende Kabinettsbildung bestätigten damit das singapurische Modell einer gesteuerten politischen Kontinuität: wahlpolitische Erneuerung ohne strukturelle Brüche und personel-

ler Wandel ohne abrupte Kurswechsel. Das Wahlergebnis stärkte das Regierungsmandat der PAP und festigte ihre Position in einer dynamischen, von Unsicherheiten geprägten Zeit. Für die Opposition verdeutlichte es zugleich sowohl die institutionelle Konsolidierung der WP als parlamentarisches Gegengewicht als auch die fortbestehenden Schwierigkeiten, gesellschaftliche Unterstützung in breitere Wahlerfolge zu übersetzen. Insgesamt zeichnet sich nach der Wahl eine Phase relativer Stabilität ab, auch wenn tiefgreifende soziale und wirtschaftliche Strukturprobleme weiterhin die Anpassungsfähigkeit des singapurischen Regierungsmodells herausfordern.

3.6.4. Bestechungsfall von Verkehrsminister S. Iswaran

Auch wenn die PAP mit einer neuen Regierung und einem neu zusammengesetzten Kabinett ihre politische Macht behaupten konnte, war das Jahr 2024 von einem markanten personellen Einschnitt geprägt. Singapur gilt seit der Unabhängigkeit als Staat mit besonders strikten Antikorruptionsregelungen und rangiert in internationalen Vergleichsindizes regelmäßig unter den als am wenigsten korrupt eingestuften Ländern.¹⁶ Dieser Ruf institutioneller Integrität wurde jedoch durch einen juristischen Vorfall um den damaligen Verkehrsminister Subramaniam Iswaran (S. Iswaran) erschüttert. Dieser Vorfall entwickelte sich zum gravierendsten Korruptionsskandal des Landes seit den Ermittlungen gegen den ehemaligen Minister für nationale Entwicklung Teh Cheang Wan im Jahr 1986 und zog internationale Aufmerksamkeit auf sich.¹⁷

Am 11. Juli 2023 leitete die Antikorruptionsbehörde (Corrupt Practices Investigation Bureau, CPIB) mit Zustimmung vom damaligen Premierminister Lee Hsien Loong eine strafrechtliche Untersuchung gegen Iswaran ein. Die Vorwürfe richteten sich gegen Ong Beng Seng, einen malaysischen Immobilienmogul und Rechteinhaber des Formel-1-Grand-Prix von Singapur, wegen angeblicher Vorteilsannahmen. Im August 2023 wurde Iswaran für die Dauer der Ermittlungen beurlaubt und sein Ministergehalt reduziert. Nach Abschluss der Untersuchungen im Januar 2024 erhob die Staatsanwaltschaft Anklage in insgesamt 27 Fällen, darunter 24 Anklagepunkte wegen „Annahme von Zuwendungen als Staatsbediensteter“ gemäß §165 des singapurischen Strafgesetzbuchs. Die Vorwürfe bezogen sich auf zwischen 2015 und 2022 erhaltene geldwerte Vorteile in erheblichem Umfang, darunter Reisen, Unterkünfte und Eintrittstickets zu hochrangigen Veranstaltungen.¹⁸ Im März 2024 kamen weitere Anklagepunkte im Zusammenhang mit einem zweiten Unternehmer hinzu.¹⁹

Nach Bekanntwerden der Anklagen wies Iswaran zunächst jegliches Fehlverhalten zurück.²⁰ Am 24. September 2024 bekannte er sich jedoch in fünf von insgesamt 35 Anklagepunkten schuldig. Diese umfassten vier abgeänderte Vorwürfe wegen der Annahme wertvoller Gegenstände als Staatsbediensteter sowie eine Anklage wegen Behinderung der Justiz.²¹ Das am 3. Oktober 2024 verkündete Urteil sah eine Freiheitsstrafe von einem Jahr vor und fiel damit deutlich höher aus als die von der Staatsanwaltschaft ursprünglich empfohlenen Strafdauer. Der vorsitzende Richter verwies in seiner Begründung ausdrücklich auf die besondere Bedeutung generalpräventiver Abschreckung bei Vergehen von Amtsträgern.²² Iswaran trat seine Haftstrafe am 7. Oktober 2024 an. Ong Beng Seng wurde im August 2025 wegen Beihilfe zur Justizbehinderung im Zusammenhang mit dem Fall ebenfalls verurteilt; aufgrund seines Gesundheitszustands sah das Gericht von einer dreimonatigen Haftstrafe ab und verhängte stattdessen eine Geldstrafe.²³

Der Fall Iswarans legt potenzielle Schwachstellen innerhalb des ansonsten als robust geltenden singapurischen Regierungssystems offen. Zwar verweist der institutionelle Umgang mit dem Verfahren auf die formale Unabhängigkeit und Funktionsfähigkeit der bestehenden Antikorruptionsmechanismen. Die Verwicklung eines amtierenden Ministers in umfangreiche Korruptionsvorwürfe zeigt die Grenzen selbst stark regulierter politischer Systeme. Trotz ausgeprägter Kontrollmechanismen können persönliche Netzwerke, informelle Praktiken und Interessenkonflikte nicht vollständig ausgeschlossen werden. Der Fall unterstreicht damit die Notwendigkeit fortlaufender institutioneller Wachsamkeit und transparenter Rechenschaftspflicht – selbst in Staaten, die international als Referenzmodelle effektiver Korruptionsbekämpfung gelten.

3.6.5. Komitee für Privilegien und Pritam Singh

Ein weiterer politisch wie institutionell bedeutsamer Fall, der die politische Landschaft Singapurs nachhaltig prägte, betraf Pritam Singh und Vorwürfe wegen falscher Aussagen vor dem Komitee für Privilegien (englisch: Committee of Privileges), das mit der Prüfung möglicher Verstöße gegen parlamentarische Rechte und Pflichten betraut ist. Singh, Singapurs erster formell anerkannter Oppositionsführer sowie Generalsekretär der WP, nimmt eine Schlüsselposition innerhalb des politischen Systems des Stadtstaates ein. Dieser Fall berührte grundlegende Fragen politischer Verantwortung,

parlamentarischer Integrität und der institutionellen Rolle der Opposition in einem überwiegend von einer Partei geprägten Regierungssystem.

Ausgangspunkt der Affäre war eine Parlamentsdebatte am 3. August 2021, in deren Verlauf die damalige WP-Abgeordnete Raeesah Khan erklärte, sie habe ein Opfer sexueller Gewalt zur Polizei begleitet. Später stellte sich heraus, dass diese Darstellung frei erfunden war. Die Unwahrheit wurde erst offengelegt, nachdem der Minister für Recht und Inneres, Kasiviswanathan Shanmugam (K. Shanmugam), wiederholt auf eine Klarstellung gedrängt hatte. Am 1. November 2021 reichte die Vorsitzende des Parlaments, Indranee Rajah, eine formelle Beschwerde wegen Verletzung parlamentarischer Privilegien ein, woraufhin der Fall an das Komitee für Privilegien überwiesen wurde. Khan trat am 30. November 2021 aus der WP aus und von ihrem Mandat zurück; die politischen und institutionellen Konsequenzen reichten jedoch weit über ihren Rücktritt hinaus.

Nach einer umfassenden Untersuchung legte das Komitee für Privilegien im Februar 2022 seinen Abschlussbericht vor und empfahl, Singh sowie den stellvertretenden WP-Vorsitzenden Faisal Manap an die Staatsanwaltschaft zu verweisen.²⁴ Demnach soll Singh dem Komitee gegenüber irreführende Angaben zu seinem Umgang mit Khans Falschaussage gemacht haben. Während Singh erklärte, er habe Khan geraten, ihre Aussage im Parlament zu korrigieren, gab Khan an, Singh habe sie dazu aufgefordert, die Unwahrheit nicht öffentlich richtigzustellen.²⁵ Am 19. März 2024 erhob die Staatsanwaltschaft formelle Anklage gegen Singh wegen zweier Fälle falscher Aussagen vor dem Komitee für Privilegien.²⁶ Nach Abschluss der Gerichtsverfahren wurde Singh im Februar 2025 schuldig gesprochen und zu einer Geldstrafe verurteilt.²⁷ Eine Berufung gegen das Urteil blieb im Dezember 2025 erfolglos.²⁸ Infolge des Urteils wurde er im Januar 2026 als Oppositionsführer abgesetzt.²⁹

Unabhängig von der Bewertung der konkreten rechtlichen Entscheidung verweist der Fall auf die gewachsene institutionelle Bedeutung der Opposition im politischen System Singapurs. Darüber hinaus wird erkennbar, dass mit einer ausgeweiteten parlamentarischen Präsenz der Opposition erhöhte Anforderungen an interne Disziplin und Transparenz einhergehen. In diesem Zusammenhang verdeutlicht der Vorgang die strukturellen Erwartungen an die Verantwortlichkeit von Oppositionspolitikern in einem politisch und institutionell stark konsolidierten System, in dem oppositionelle Beteiligung weiterhin eine begrenzte, zugleich jedoch nicht unerhebliche Rolle spielt.

3.6.6. 60 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Singapur und Deutschland

Auf internationaler Ebene setzte Singapur auch 2024 und 2025 seine Jahrzehnte verfolgte Strategie fort, bilaterale Beziehungen gezielt zu vertiefen und sein diplomatisches Netzwerk weiter auszubauen. Innerhalb Europas nimmt Deutschland dabei eine herausgehobene Stellung ein. Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten bestehen seit dem 13. August 1965, als die Bundesrepublik Deutschland Singapur nur wenige Tage nach dessen Unabhängigkeit als souveränen Staat anerkannte. Diese frühe Anerkennung war nicht nur symbolisch bedeutsam, sondern signalisierte politische Unterstützung für den jungen Stadtstaat in einer Phase regionaler Unsicherheit in Südostasien.

Parallel zur politischen Annäherung entwickelte sich früh eine enge wirtschaftliche Verbindung. Deutsche Unternehmen gehörten zu den ersten ausländischen Akteuren, die in Singapur investierten. Einige, darunter Siemens und Bosch, waren bereits vor der Unabhängigkeit vor Ort präsent.³⁰ In den Jahrzehnten nach 1965 leisteten diese Unternehmen Beiträge zur Industrialisierung und zum wirtschaftlichen Aufstieg Singapurs, insbesondere in Bereichen wie verarbeitender Industrie, Ingenieurwesen und Logistik. Die Kombination aus Kapitalzufuhr, technologischem Know-how und Managementexpertise fügte sich in Singapurs eigene entwicklungsstaatliche Strategie ein und trug wesentlich zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Landes bei.

Über sechs Jahrzehnte hinweg hat sich die deutsch-singapurische Beziehung zu einer stabilen und breit angelegten Partnerschaft entwickelt. Während wirtschaftliche Kooperation lange im Vordergrund stand, umfasst die Zusammenarbeit heute ein markant erweitertes Spektrum, darunter Handel, Innovation, Verteidigung, Nachhaltigkeit sowie kulturellen und bildungsbezogenen Austausch. Diese Ausdifferenzierung reflektiert sowohl die veränderten globalen Rahmenbedingungen als auch die komplementären Stärken beider Länder.

Strategische Partnerschaft

Einen qualitativen Entwicklungsschritt markierte die Entscheidung, die bilateralen Beziehungen auf die Ebene einer „strategischen Partnerschaft“ anzuheben. Diese wurde im November 2024 am Rande des G20-Gipfels in Rio de Janeiro durch Singapurs Premierminister Wong und den damaligen

deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz verkündet.³¹ Inhaltlich knüpft sie an die gemeinsame Erklärung „für eine resiliente und nachhaltige Zukunft“ aus dem Jahr 2022 an und bündelt die Zusammenarbeit entlang fünf Hauptsäulen: Verteidigung und Sicherheit, Handel und digitale Wirtschaft, Klima und saubere Technologien, Wissenschaft und Innovation sowie Digitalisierung, künstliche Intelligenz (KI) und Cybersicherheit.³²

Im Bereich Verteidigung und Sicherheit steht eine Intensivierung des politischen Dialogs und des institutionellen Austauschs im Vordergrund. Dabei geht es weniger um klassische militärische Kooperation als um den Umgang mit grenzüberschreitenden Risiken wie Terrorismus, Cyberbedrohungen, Katastrophenschutz und grenzüberschreitende Kriminalität. Der Fokus auf Resilienz und zivile Sicherheit verweist auf eine breitere Verschiebung sicherheitspolitischer Prioritäten, bei der staatliche Handlungsfähigkeit zunehmend an global geteilten Risiken gemessen wird. Aufbauend auf dem „Rahmen für Nachhaltigkeit und Innovation“ (englisch: Framework for Sustainability and Innovation, FSI), der im November 2022 unterzeichnet wurde, werden Singapur und Deutschland ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Investitionen, Transport und digitale Wirtschaft verstärken. Beide Länder bekräftigten ihre Absicht, die wirtschaftliche Kooperation auf Regierungs- und Unternehmensebene zu verstärken. Das EU-Singapur-Freihandelsabkommen (englisch: European Union-Singapore Free Trade Agreement, EUSFTA) fungiert dabei als institutionelle Grundlage für Zollsenkungen, vertieften Marktzugang und stabilere Handelsströme. Zudem unterstrichen Singapur und Deutschland ihre Unterstützung für Investitionsschutzmechanismen sowie für neue Regelwerke im digitalen Handel. Der Abschluss der Verhandlungen zum EU-Singapur-Digitalhandelsabkommen im Juli 2024 ist in diesem Zusammenhang Ausdruck des gemeinsamen Interesses, internationale Standards für datenbasierte Wirtschaft, digitale Dienstleistungen und regulatorische Transparenz mitzugestalten.³³

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der technologischen und digitalen Transformation von Transport- und Logistiksystemen. Angesichts der Bedeutung Singapurs als globaler Knotenpunkt und Deutschlands Rolle als führende Industrienation zielt die Zusammenarbeit auf resilientere, effizientere und nachhaltigere Lieferketten ab. Eng damit verknüpft sind Initiativen zur Förderung vertrauenswürdiger digitaler Infrastrukturen insbesondere im Bereich KI und Cybersicherheit. Beide Länder verfolgen hierbei das Ziel, technologische Innovationsführerschaft mit hohen Sicherheits- und Governance-Standards zu verbinden. Im klimapolitischen Bereich

konzentriert sich die Kooperation auf marktorientierte Instrumente wie die Kohlenstoffbepreisung sowie auf die Dekarbonisierung des maritimen Sektors. Der Austausch zu emissionsarmen Kraftstoffen, Sicherheitsstandards und regulatorischen Best Practices verdeutlicht den Anspruch, Klimaschutz nicht nur national, sondern auch entlang internationaler Wertschöpfungsketten voranzutreiben. Flankiert wird dies durch eine verstärkte Zusammenarbeit in Forschung und Innovation, etwa in den Bereichen Quantentechnologie, Grüne Chemie und Medizintechnik, die sowohl wirtschaftliches Potenzial als auch gesellschaftliche Relevanz aufweisen. Eine tragende Rolle innerhalb der strategischen Partnerschaft kommt zudem dem kulturellen und bildungspolitischen Austausch zu. Kooperationen in der beruflichen und technischen Ausbildung spiegeln das gemeinsame Interesse wider, Fachkräfte für eine wissens- und innovationsbasierte sowie zunehmend grüne Wirtschaft auszubilden. Ergänzt wird dies durch die Arbeit kultureller Organisationen wie des Goethe-Instituts, die zur Vertiefung gesellschaftlicher Kontakte und zum gegenseitigen Verständnis beitragen. Diese zwischenmenschliche Dimension verleiht den staatlichen Beziehungen zusätzliche Stabilität und Nachhaltigkeit.

Auf regionaler Ebene betonen Singapur und Deutschland ihr Engagement für eine engere Kooperation zwischen der EU und ASEAN. In diesem Zusammenhang kommt Singapur eine zentrale Brückenfunktion zwischen Europa und Südostasien zu, da beide Regionen insbesondere in den Bereichen digitaler Handel, nachhaltige Technologien und resiliente Lieferketten konvergierende Interessen verfolgen. Vor dem Hintergrund geopolitischer Spannung und wirtschaftlicher Fragmentierung gewinnt diese interregionale Vernetzung weiter an Bedeutung.³⁴

Neue Impulse für die deutsch-singapurische Beziehungen

Das Jubiläumsjahr 2024 brachte neben der strategischen Aufwertung der Beziehungen weitere institutionelle Impulse. Im August trat Bettina Faghänel ihr Amt als deutsche Botschafterin in Singapur an und folgte damit auf Norbert Riedel, der das Amt vier Jahre lang innehatte. Die Diplomatin war zuvor unter anderem an der deutschen Botschaft in Beijing (2011–2014), im Büro des Außenministers (2018–2021) sowie als Leiterin des Büros der Staatssekretäre im Auswärtigen Amt (2021–2024) tätig.³⁵ Ihre Ernennung signalisiert personelle Kontinuität und verdeutlicht die Bedeutung, die Berlin den Beziehungen zu Singapur beimisst.

Im wirtschaftspolitischen Bereich stärkte Deutschland seine Präsenz in Singapur durch die Eröffnung eines regionalen Zentrums von Germany Trade and Invest (GTAI) im März 2024. Die Entscheidung reflektiert die wachsende Rolle Singapurs als Drehscheibe für deutsche Wirtschaftsinteressen in Südostasien sowie den zunehmenden Markteintritt singapurischer Unternehmen in Deutschland, insbesondere in technologie- und wissensintensiven Branchen wie Softwareentwicklung, Biotechnologie und Halbleiterindustrie.³⁶ Das Zentrum fungiert damit nicht nur als bilaterale Schnittstelle, sondern auch als Instrument zur strategischen Positionierung Deutschlands in der dynamischen ASEAN-Region.³⁷

In eine ähnliche Richtung weist die Eröffnung des Baden-Württemberg-Büros in Singapur, ebenfalls im Jahr 2024. Diese Initiative veranschaulicht den Trend zur subnationalen Außenwirtschaftsdiplomatie, bei der föderale Akteure gezielt internationale Partnerschaften aufbauen. Für Singapur bietet dies einen direkten Zugang zu einer der innovativsten Wirtschaftsregionen Europas; für Unternehmen aus Baden-Württemberg wiederum eröffnet sich ein institutionalisierter Anknüpfungspunkt in einem bedeutenden asiatischen Wirtschaftsknoten. Über klassische Handelsförderung hinaus zielt die Zusammenarbeit auch auf den Ausbau gemeinsamer Forschungs- und Bildungsprojekte ab und unterstreicht damit die langfristige Ausrichtung der deutsch-singapurischen Beziehungen auf Innovation, Qualifikation und nachhaltiges Wachstum.³⁸

3.6.7. Taylor Swifts „The Eras Tour“

Die Intensivierung der bilateralen Beziehungen mit Partnern wie Deutschland verweist auf den hohen Stellenwert, den Singapur der Diplomatie und außenwirtschaftlichen Positionierung zumisst. Gleichwohl bleibt auch der Stadtstaat nicht frei von außenpolitischen Kontroversen. Eine der international beachteten Debatten des Jahres 2024 entzündete sich ausgerechnet an einem popkulturellen Großereignis: der „Eras Tour“ der US-amerikanischen Sängerin Taylor Swift. Swifts Welttournee in den Jahren 2023 und 2024 stellte einen historischen Meilenstein der globalen Unterhaltungsindustrie dar. Mit Auftritten auf fünf Kontinenten entwickelte sie sich zur umsatzstärksten Tournee aller Zeiten und erzielte bis 2024 Einnahmen von über 2 Milliarden US-Dollar (1,7 Milliarden Euro).³⁹ Das Phänomen der sogenannten „Swiftmania“, häufig mit der „Beatlemania“ der 1960er Jahren verglichen, verweist dabei auf ihre Reichweite, die weit über die Musikszene

hinausging. Die Tour entfaltete spürbare wirtschaftliche Effekte und wurde zugleich zu einem Gegenstand öffentlicher und politischer Debatten.

In Südostasien nahm Singapur eine Sonderstellung ein. Im März 2024 absolvierte Swift dort sechs ausverkaufte Konzerte im Nationalstadion – ihr einziger Tourstopp in Südostasien. Die Veranstaltungen zogen über 300.000 Besucherinnen und Besucher an und generierten Schätzungen zufolge zusätzliche Tourismuseinnahmen in Höhe von 350 bis 450 Millionen Singapur-Dollar (230 bis 300 Millionen Euro). Auch die internationalen Besucherzahlen stiegen im ersten Quartal 2024 merklich an; dies wurde neben der „Eras Tour“ auch auf weitere Großereignisse wie die Auftritte der britischen Rockband Coldplay im Rahmen ihrer „Music of the Spheres“-Tour im Januar desselben Jahres zurückgeführt.⁴⁰

Durch frühzeitige und gezielte Verhandlungen staatlicher Stellen mit den Tourveranstaltern konnte Singapur sich als exklusiven Austragungsort etablieren. Singapurs gute Infrastruktur, hohe Konnektivität sowie sein Ruf als sicherer und effizienter Veranstaltungsort galten dabei als Hauptvorteile des Standortes.⁴¹ Berichten zufolge war eine Klausel zur Exklusivität im Zuschuss des Singapore Tourism Board entscheidend, auch wenn nicht öffentlich bekannt ist, wie sie genau umgesetzt wurde.⁴² Während diese Strategie erhebliche wirtschaftliche Erträge für Singapur mit sich brachte, blieb sie regional nicht unumstritten. Mehrere Nachbarstaaten äußerten offen Kritik und warfen Singapur vor, kulturelle und ökonomische Chancen einseitig an sich gezogen zu haben. In den Philippinen wurde die Vorgehensweise als Ausdruck asymmetrischer Machtverhältnisse innerhalb der Region interpretiert,⁴³ während Indonesien auf Einbußen durch nach Singapur reisende indonesische Konsumentinnen und Konsumenten mit hohen Ausgaben verwies.⁴⁴ Die singapurische Regierung wies diese Vorwürfe zurück und betonte, dass die Vereinbarungen die Interessen benachbarter Länder nicht beeinträchtigen.⁴⁵

Die Kontroverse illustriert gleichwohl die Ambivalenz von Singapurs außenwirtschaftlicher Strategie. Einerseits demonstrierte das Land seine Fähigkeit, infrastrukturelle und administrative Stärken konsequent in wirtschaftliche Vorteile zu übersetzen und seine Position als globale Event-Destination zu festigen. Andererseits warf der Fall Fragen nach der Balance zwischen nationaler Wettbewerbslogik und regionaler Solidarität auf. Innerhalb der ASEAN, deren Selbstverständnis auf Konsens und Kooperation beruht, wurde das Vorgehen teilweise als Nullsummenansatz wahrgenommen. Die Debatte um die „Eras Tour“ zeigt damit exemplarisch die Span-

nungen, die entstehen können, wenn ökonomische Opportunitäten und diplomatische Sensibilitäten aufeinandertreffen.

3.6.8. Bruch mit der Pandemie-Wirtschaft

Die Effekte der sogenannten „Swiftonomics“ – also der durch Swifts Auftritte ausgelöste Nachfrageschub – leistete 2024 einen messbaren, wenngleich zeitlich begrenzten Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum Singapurs. Während sich bereits im Jahr 2024 eine stärker als erwartete Konjunkturentwicklung abzeichnete, erwies sich 2025 als ein weiteres Jahr ausgeprägter wirtschaftlicher Dynamik, das die Expansion des Vorjahres sogar übertraf.⁴⁶ Nach vorläufigen Schätzungen am Ende des Jahres wuchs das BIP um rund 4,8 % und erreichte damit den höchsten Jahreszuwachs seit mehreren Jahren.⁴⁷ Das über den Prognosen liegende Wirtschaftswachstum Singapurs deutete an, dass der Stadtstaat die Phase pandemiebedingter Aufholeffekte überwunden hatte und in eine neue Phase strukturell getragener Entwicklung eingetreten war.

Gestützt wurde dieses Wachstum durch mehrere Schlüsselbranchen. Anders als in den Jahren unmittelbar nach der COVID-19-Pandemie, in denen die aufgestaute Konsumnachfrage eine zentrale Rolle spielte, wurde das Wirtschaftswachstum 2025 vor allem von exportorientierten Industrie-, Dienstleistungs- und Finanzsektoren getragen.⁴⁸ Zusätzlich profitierte der verarbeitende Sektor weiterhin von der anhaltend hohen globalen Nachfrage nach Elektronik- und Halbleiterproduktion, insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Verbreitung von KI sowie datenintensiver Anwendungen in den vergangenen Jahren.⁴⁹ Singapur war als etablierter Standort für Hochtechnologieproduktion sowie als Knotenpunkt globaler Logistik- und Wertschöpfungsketten strukturell gut aufgestellt, um daraus Nutzen zu ziehen.

Auch der Finanz- und Versicherungssektor verzeichnete 2025 weiteres Wachstum und trug zur Festigung Singapurs Rolle als wichtiges internationales Finanzzentrum bei.⁵⁰ Ein stabiles regulatorisches Umfeld, hohe Rechtssicherheit sowie eine leistungsfähige digitale Infrastruktur begünstigten weiterhin die Bündelung von Kapital- und Investitionsströmen in Singapur. Parallel setzte sich die Erholung des Tourismussektors fort: Die Tourismuseinnahmen übertrafen erstmals wieder das Vor-COVID-19-Niveau von 2019 und unterstützten damit die Belebung des Gastgewerbes, der Unterhaltungsbranche sowie des Einzelhandels.⁵¹ Im Vergleich zur vor-

sichtigen Wiederöffnung der Jahre 2022 und 2023 deuteten diese Entwicklungen auf eine weitgehend normalisierte Rückkehr grenzüberschreitender Mobilität hin.⁵²

In der Gesamtschau zeichneten die makroökonomischen Indikatoren ein Bild relativer Stabilität. Trotz punktueller Anstiege bei Arbeitslosigkeit und Inflation in einzelnen Bevölkerungsgruppen und Wirtschaftssektoren blieben beide Größen im Jahresverlauf 2025 auf niedrigem Niveau. Die Arbeitslosenquote lag im zweiten Quartal 2025 bei rund 2 %, während die Inflationsrate im November etwa 1,2 % betrug.⁵³ Diese Kombination aus Beschäftigungsstabilität und moderatem Preisdruck verweist auf eine wirtschaftspolitische Steuerung, die sich zunehmend wieder auf reguläre geld- und fiskalpolitische Instrumente stützte und weniger auf die außergewöhnlichen Stabilisierungsmaßnahmen der Pandemiejahre angewiesen war.

Gleichzeitig blieb die wirtschaftliche Entwicklung Singapurs nicht ohne kritische Diskussionen. Es wurde darauf hingewiesen, dass das hohe Wachstumstempo mitunter mit sozialen Herausforderungen einhergehe, insbesondere im Hinblick auf Inklusion und das Wohlergehen benachteiligter Bevölkerungsgruppen.⁵⁴ Während die Jahre 2024 und 2025 generell als Phase eines weitgehenden Ausstiegs aus der COVID-19-geprägten Wirtschaftsordnung interpretiert werden können, traten zugleich die sozialen und normativen Spannungen einer konsolidierten Hochleistungsökonomie spürbarer hervor. Zusätzliche Aufmerksamkeit erhielt diese Diskussion im Jahr 2024 durch den Besuch von Papst Franziskus, dessen Fokus auf marginalisierte Gruppe die fortbestehende Bedeutung sozialer Gerechtigkeit als ergänzende Dimension ökonomischer Entwicklung unterstrich.

3.6.9. *Besuch von Papst Franziskus*

Der Besuch von Papst Franziskus vom 11. bis 13. September 2024 markierte erst den zweiten Aufenthalt eines Oberhauptes der katholischen Kirche in Singapur. Zuvor hatte Papst Johannes Paul II. das Land 1986 besucht. Die Visite von Franziskus bildete den Abschluss einer umfangreichen apostolischen Reise durch den asiatisch-pazifischen Raum, die den Papst unter anderem nach Indonesien, Papua-Neuguinea und Timor-Leste führte. Im Rahmen dieser regionalen Einbettung hob der Aufenthalt in Singapur Franziskus Hauptanliegen hervor, den interreligiösen Dialog mit der Auseinandersetzung über soziale und ethnische Herausforderungen in pluralen Gesellschaften zu verbinden – ein Ansatz, der in einer immer stärker globalisierten Welt von Bedeutung ist.

Als säkularer Staat mit ausgeprägter religiöser Vielfalt bot Singapur einen symbolisch wie politisch geeigneten Rahmen für diese Agenda.⁵⁵ Nach Angaben der römisch-katholischen Erzdiözese lebten 2024 rund 395.000 Katholikinnen und Katholiken in Singapur, was etwa 6,5 % der Bevölkerung entspricht.⁵⁶ Trotz ihrer zahlenmäßigen Minderheit ist die katholische Gemeinschaft fest in eine multiethnische und multireligiöse Gesellschaft eingebettet, deren Selbstverständnis wesentlich auf religiöser Toleranz und Koexistenz beruht. Institutionalisierte Dialogformate wie die 1949 gegründete Inter-Religious Organisation (IRO) stehen exemplarisch für diesen Ansatz.⁵⁷ Der Papstbesuch verlieh diesen Bemühungen internationale Sichtbarkeit und positionierte Singapur als Referenzmodell für religiösen Pluralismus innerhalb eines säkularen politischen Kontexts.

Während seines dreitägigen Aufenthalts trat Papst Franziskus mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in Dialog. Neben Begegnungen mit dem katholischen Klerus und den Gemeinden richtete er sich auch an Vertreter der Regierung, der Zivilgesellschaft sowie des diplomatischen Korps. In seinen Ansprachen betonte er die Bedeutung von sozialem Zusammenhalt, Mitgefühl und gemeinsamer Verantwortung angesichts globaler Herausforderungen wie Ungleichheit, Armut und Klimawandel. Ein zentraler Moment des Besuchs war die heilige Messe im Nationalstadion mit rund 50.000 Teilnehmenden, die sowohl Gläubige als auch Nicht-Katholikinnen und -Katholiken anzog.⁵⁸ Am letzten Tag nahm Franziskus zudem an einem interreligiösen Forum teil, das insbesondere junge Menschen einbezog, und besuchte eine katholische Pflegeeinrichtung – Gesten, mit denen er die normativen Leitmotive seines Pontifikats, Solidarität und Würde, zum Ausdruck brachte.

Der Papstbesuch bestätigte Singapurs internationale Reputation als Ort religiöser Harmonie. Zugleich wirkte er als implizite Mahnung, wirtschaftlichen Fortschritt dauerhaft mit sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Inklusion zu verbinden.⁵⁹ In einem globalen Umfeld wachsender Polarisierung wurde das singapurische Modell des friedlichen Zusammenlebens damit sowohl gewürdigt als auch normativ herausgefordert.

3.6.10. Das soziale Gefüge auf dem Prüfstand

Das von Papst Franziskus hervorgehobene Lob für Singapurs religiöse Harmonie wurde in den Jahren 2024 und 2025 durch mehrere sicherheitsrelevante Vorfälle relativiert. Diese Ereignisse bestätigten, dass gesellschaftliche

Stabilität im Stadtstaat kein statischer Zustand ist, sondern das Ergebnis fortlaufender politischer Steuerung und sozialer Aushandlungsprozesse. Insbesondere Fragen der digitalen Radikalisierung sowie individuelle Gewaltbereitschaft rückten dabei in den Fokus.

Jugend und digitale Selbstradikalisierung

In den Jahren 2024 und 2025 befassten sich die singapurischen Sicherheitsbehörden wiederholt mit Fällen minderjähriger Staatsbürger, die sich überwiegend eigenständig über digitale Plattformen radikalisiert hatten und anschließend unter den Geltungsbereich des Internal Security Act (ISA) fielen.⁶⁰ Zwischen 2015 und 2024 wurden insgesamt 52 entsprechende Fälle bekannt, darunter 13 Betroffene, die 20 Jahre oder jünger waren.⁶¹ Besondere Aufmerksamkeit erregten dabei die Fälle eines 14- sowie eines 17-Jährigen, wobei Letzterer noch vor der Umsetzung eines geplanten Anschlages gegen Nichtmuslime festgenommen wurde. Beide Radikalisierungsprozesse standen in zeitlichem Zusammenhang mit dem Ausbruch des Krieges zwischen Israel und der den Gazastreifen kontrollierenden Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023, der als externer Katalysator wirkte, ohne jedoch als alleinige Ursache zu dienen.⁶²

2025 identifizierte das Internal Security Department (ISD) erneut mehrere Jugendliche, deren ideologische Orientierung ein breites Spektrum extremistischer Positionen abdeckte. Diese Entwicklung lässt sich anhand einiger Einzelfälle veranschaulichen. Eine 15-jährige Schülerin entwickelte Sympathien für den „Islamischen Staat“ (IS) und zog eine Ausreise nach Syrien in Erwägung, um dort einen IS-Kämpfer zu heiraten, eine Familie zu gründen und sich perspektivisch selbst als Kombattantin zu engagieren.⁶³ Bei einem 18-jährigen Jugendlichen zeigte sich zudem, dass er rechts-extreme und neonazistische Ideologien übernommen hatte und konkrete Gewaltakte gegen lokale Moscheen plante.⁶⁴ Ein weiterer Fall umfasste einen 14-jährigen Schüler, dessen ideologisches Weltbild Elemente unterschiedlicher extremistischer Strömungen miteinander verband, darunter Unterstützung für den IS sowie links- und rechtsextreme Überzeugungen.⁶⁵

Die vorliegenden Fälle lassen ein Muster selbstinitiiertem Online-Radikalisierung erkennen, bei dem Jugendliche ohne organisatorische Einbindung, persönliche Kontakte zu extremistischen Netzwerken oder formelle Rekrutierung agierten. Stattdessen speiste sich ihre ideologische Entwicklung primär aus dem wiederholten Konsum extremistischer Inhalte in sozialen Medien, auf Video-Plattformen und über verschlüsselte Kommuni-

kationsdienste. Eine zentrale Rolle spielten dabei Predigten ausländischer religiöser Hardliner sowie propagandistische Narrative jihadistischer Gruppierungen, vor allem des IS.

In ihrer Gesamtheit weisen diese Fälle auf eine veränderte sicherheitspolitische Praxis hin. Die singapurischen Behörden setzten den ISA zunehmend nicht nur reaktiv ein. Vielmehr dient er auch als präventives Instrument zur Unterbindung potenzieller Gewalttaten in einem frühen, vor-operativen Stadium. Diese Ausrichtung unterstreicht die Notwendigkeit komplementärer Ansätze, die über klassische Sicherheitsinstrumente hinausgehen, da digitale Kommunikationsräume zu zentralen Arenen extremistischer Mobilisierung geworden sind. Solche Strategien verbinden Cybersicherheitsmaßnahmen mit digitaler Medien- und Informationskompetenz sowie frühzeitigen Interventionsmechanismen und beziehen dabei Schulen, Familien, religiöse Institutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen ein.

Die Erfahrungen Singapurs verweisen auf strukturelle Herausforderungen, mit denen Staaten bei der Auseinandersetzung mit regionalen und globalen extremistischen Narrativen in einer vernetzten, multikulturellen und digital durchdrungenen Gesellschaft konfrontiert sind. Zugleich wird das fortbestehende Spannungsverhältnis zwischen präventiver Sicherheitssteuerung und dem Schutz bürgerlicher Freiheitsrechte deutlich, dass weiterhin nationale wie internationale Debatten über den Einsatz präventiver Haftgesetze wie des ISA prägt.

Sicherheit in religiösen Räumen

Die oftmals als selbstverständlich vorausgesetzte Schutz- und Rückzugsfunktion religiöser Stätten erwies sich im Berichtszeitraum als keineswegs garantiert. Drei Vorfälle verdeutlichen, inwiefern die wahrgenommene Unantastbarkeit solcher Orte unter Druck geraten ist. Der erste ereignete sich am 9. November 2024, als ein katholischer Priester während eines Gottesdienstes für Kinder angegriffen und im Mundbereich verletzt wurde. Zwar überlebte der Geistliche den Angriff mit Verletzungen, doch machte der Vorfall die grundsätzliche Verwundbarkeit religiöser Zusammenkünfte gegenüber spontanen Gewalthandlungen deutlich.⁶⁶ Ein weiterer Vorfall in derselben Kirche ereignete sich kurz vor Weihnachten 2025, als auf dem Kirchengelände ein verdächtiger Gegenstand entdeckt wurde. Obwohl dieser so gestaltet war, dass er den Eindruck eines selbstgebautes Sprengsatzes erweckte, stellten die zuständigen Stellen nach eingehender Prüfung fest,

dass von ihm keine reale Gefahr ausging.⁶⁷ In beiden Fällen wurden die Täter festgenommen. Die anschließenden Ermittlungen ergaben keine Anhaltspunkte für religiös motivierten Extremismus oder Terrorismus.⁶⁸

Im September 2025 wurde eine Serie von Vorfällen bekannt, bei denen in mehreren Moscheen in Singapur verdächtige Pakete mit Schweinefleisch entdeckt wurden. Auch wenn es zu keinen körperlichen Schäden kam, lässt die gezielte Platzierung dieser Gegenstände in islamischen Gebetstätten auf eine bewusste Provokation und das Bestreben schließen, religiöse Empfindlichkeiten zu verletzen und gesellschaftliche Spannungen zu schüren.⁶⁹ Der Täter wurde später festgenommen und wegen der vorsätzlichen Verletzung religiöser und ethnischer Gefühle angeklagt, womit der Staat solche Handlungen explizit als Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts einordnete.⁷⁰

Religiöse Führungspersonlichkeiten verschiedener Glaubensgemeinschaften verurteilten diese Vorfälle geschlossen und bekundeten ihre Solidarität mit den betroffenen Gemeinden. Auch Regierungsvertreter betonten die Notwendigkeit, religiöse Einrichtungen zu schützen, und warnten vor Handlungen, die Misstrauen zwischen den Glaubensgemeinschaften fördern könnten.⁷¹ Diese Reaktionen illustrieren zwar die Funktionsfähigkeit der singapurischen interreligiösen Netzwerke und Krisenreaktionsmechanismen, machen jedoch gleichzeitig sichtbar, in welchem Maße interkommunale Stabilität auf rasches institutionelles Eingreifen und einen breiten Konsens auf Führungsebene angewiesen ist.

Zusammengenommen werfen diese Ereignisse – ebenso wie Entwicklungen im Bereich der Online-Radikalisierung – Fragen nach der langfristigen Tragfähigkeit des singapurischen Gesellschaftsmodells auf, das auf Multikulturalismus und religiöser Pluralität aufbaut. Sie legen nahe, dass gesellschaftliche Harmonie nicht als statischer Zustand verstanden werden kann, sondern kontinuierlich neu hergestellt werden muss. Singapurs Ansatz zeigt damit, dass sozialer Zusammenhalt ein dynamischer und umkämpfter Prozess ist, der fortlaufende staatliche Steuerung, zivilgesellschaftliches Engagement und anpassungsfähige politische Strategien erfordert. In diesem Sinne bietet der Stadtstaat nicht nur ein Beispiel für Resilienz, sondern auch einen Hinweis auf die inhärente Fragilität vielfältiger Gesellschaften in einer zunehmend volatilen Welt.

3.6.11. Kulturelles Erbe und regionale Kooperation in Südostasien

Singapur fördert ein Gemeinschaftsgefühl nicht nur national, sondern auch regional, indem es die Bedeutung eines gemeinsamen kulturellen Erbes mit seinen südostasiatischen Nachbarn betont. Vor diesem Hintergrund ist die Aufnahme der „*Kebaya: Knowledge, Skills, Traditions and Practices*“ in die Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, UNESCO) am 4. Dezember 2024 ein wichtiger Schritt für den Erhalt kultureller Traditionen und die regionale Zusammenarbeit.

Die *Kebaya* ist eine vorne offene Bluse, meist mit einem Sarong kombiniert und häufig kunstvoll bestickt. In Singapur tragen sie vor allem Frauen aus den malaiischen und *peranakanischen* Gemeinschaften, oft ergänzt durch Broschen oder Zierknöpfe. Ihr Anpassungsfähigkeit an formelle wie auch alltägliche Anlässe hat wesentlich zu ihrer langen Tradition beigetragen.⁷² Auch in den benachbarten südostasiatischen Ländern erfreut sich die *Kebaya* weiterhin großer Beliebtheit und wird in vielfältigen sozialen und zeremoniellen Kontexten hergestellt und getragen.⁷³ Ihre anhaltende Präsenz verdeutlicht die Bedeutung des Kleidungsstücks als kulturelles Symbol über nationalen Grenzen hinweg und reflektiert die geteilten Traditionen der Region. Die gemeinsam mit Brunei Darussalam, Indonesien, Malaysia und Thailand eingereichte Nominierung unterstreicht dabei die kulturelle Wertschätzung des Kleidungsstücks sowie das politische Bekenntnis zur Förderung eines geteilten kulturellen Erbes in Südostasien.⁷⁴ Mit dieser zweiten Eintragung – nach der Anerkennung der Hawker-Kultur im Jahr 2020 – bekräftigt Singapur erneut sein Engagement für die Bewahrung kulturellen Erbes.⁷⁵

Parallel verdeutlicht der Fall, in welchem Maße kulturelles Erbe zunehmend als Instrument regionaler Kohäsion und Kooperation genutzt wird. Während die ASEAN-Region oft unter wirtschaftlichen oder geopolitischen Gesichtspunkten betrachtet wird, eröffnen gemeinsame kulturelle Praktiken wie die *Kebaya* eine alternative Perspektive auf regionale Verbundenheit. Immaterielles Kulturerbe entfaltet seine Wirkung dabei nicht allein über materielle Ausdrucksformen, sondern stärkt Gemeinschaftswerte, Zugehörigkeitsgefühle und Identitätskonstruktionen, die nationale Grenzen überschreiten. UNESCO-Eintragungen dieser Art tragen somit nicht nur zur Anerkennung kultureller Traditionen bei, sondern unterstützen zugleich Narrative regionaler Solidarität und ermöglichen eine gemeinsame

kulturelle Positionierung auf globaler Ebene – ohne dabei Fragen der Repräsentativität, Auswahl und institutionellen Rahmung auszublenden.

Im Zuge dieser Strategie setzt Singapur seine Kooperationen im Bereich des Kulturerbes fort, unter anderem durch die geplante gemeinsame Nominierung der Chingay-Parade zusammen mit Malaysia. Die Chingay-Parade ist ein jährlicher Festzug zur Zeit des chinesischen Neujahrs in Singapur und Malaysia. Ursprünglich führten chinesische Migranten im 19. Jahrhundert religiöse Straßenprozessionen ein.⁷⁶ Heute ist Chingay eine groß angelegte, staatlich unterstützte multikulturelle Veranstaltung mit Festwagen und Darbietungen, die die ethnische Vielfalt Singapurs veranschaulicht und die Verbindung zwischen historischen Traditionen und zeitgenössischer Praxis hervorhebt. Eine Entscheidung über die Aufnahme wird frühestens Ende 2026 erwartet.⁷⁷

3.6.12. Schlussfolgerung

2025 feierte Singapur das Diamant-Jubiläum seiner Unabhängigkeit, ein Anlass, der sowohl die bisherigen Errungenschaften des Landes würdigte als auch die Gelegenheit bot, über künftige Strategien nachzudenken. Die heutige Stabilität und Fortschritt beruhen auf einem komplexen Zusammenspiel belastbarer Institutionen, gesellschaftlicher Kooperation und politischer Anpassungsfähigkeit. Die Ereignisse der Jahre 2024 und 2025 verdeutlichen, dass wirtschaftlicher Erfolg allein keine Garantie für politische Resilienz und soziale Kohäsion darstellt. Politische Skandale, gesellschaftliche Spannungsfelder und externe Einflüsse legten nahe, dass Stabilität beständig gepflegt und durch flexible Regierungspraktiken unterstützt werden muss.

Langfristig hängt Singapurs Fähigkeit, Herausforderungen auf nationaler wie auch regionaler Ebene zu bewältigen, von der aktiven Einbindung der Bevölkerung, einer kontinuierlichen Innovationsbereitschaft sowie einem starken Gemeinschaftsgefühl ab. Übernationale kulturelle Initiativen legten nahe, dass kulturelle Kooperation und das Bewusstsein für ein geteiltes regionales Erbe nicht nur Identität stiften, sondern auch dazu beitragen können, gesellschaftliche Kohäsion zu stärken und den internationalen Dialog zu fördern. In dieser Perspektive zeigt sich, wie ein kleiner, global vernetzter Stadtstaat versucht, politische Stabilität, wirtschaftliche Dynamik und soziokulturelle Kontinuität in einer immer komplexer werdenden und unsicheren Welt zu sichern. Gleichzeitig macht dies deutlich, dass

nachhaltiger Erfolg in einem stark globalisierten Umfeld nicht automatisch erreicht wird, sondern stetige Anpassung, institutionelle Flexibilität und Kooperation zwischen Regierung, Gesellschaft und regionalen Partnern erfordert. Auf diese Weise wird deutlich, wie strategische Governance, gesellschaftliches Engagement und kulturelle Ressourcen potenziell die Widerstandsfähigkeit des Landes gegenüber inneren und äußeren Herausforderungen beeinflussen.

Notes

- 1 Vgl. William Case, *Politics in Southeast Asia: Democracy or Less* (Richmond, Surrey: o.V., 2022), 89–95; Freedom House, „Singapore (2025)“, abgerufen am 5. Februar 2026, <https://freedomhouse.org/country/singapore/freedom-world/2025>.
- 2 Fabian Koh, „Handing over Singapore in Good Order: The Legacy of Lee Hsien Loong“, *Channel NewsAsia*, 12. Mai 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/handing-over-singapore-in-good-order-legacy-lee-hsien-loong-5584776>.
- 3 Graham Ong-Webb und Seng Bin Ang, „Commentary: To Benefit Singaporeans, Smart Nation Must Leverage Big Data, Overcome Privacy Issues“, *Channel NewsAsia*, 11. August 2017, aktualisiert am 30. Januar 2021, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/commentary/commentary-benefit-singaporeans-smart-nation-must-leverage-big-data-overcome-privacy-issues-1002771>.
- 4 Tessa Wong, „End of Lee Era for Singapore as PM Lee Steps Down“, *BBC News*, 15. Mai 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.bbc.com/articles/cpwg0g8ejyxo>.
- 5 Rachel Chan, „Lee Hsien Yang Says He Will Apply for Demolition of 38 Oxley Road“, *Channel NewsAsia*, 15. Oktober 2024, aktualisiert am 12. November 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/38-oxley-road-lee-hsien-yang-demolition-application-lee-kuan-yew-4678556>.
- 6 Ng Keng Gene, „38 Oxley Road Gazetted as a National Monument“, *The Straits Times*, 12. Dezember 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/38-oxley-road-gazetted-as-a-national-monument>; Yuen-C Tham, „PAP Govt Has Chosen to Trample on Lee Kuan Yew's Wish to Have His House Demolished: Lee Hsien Yang“, *The Straits Times*, 4. November 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/politics/pap-govt-has-chosen-to-trample-on-lee-kuan-yews-wish-to-have-his-house-demolished-lee-hsien-yang>.
- 7 Vgl. Yan Han Goh, „DPM: Foster a S'pore that 'Benefits Many, Not a Few'“, *The Straits Times*, 29. Juni 2022, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/politics/dpm-foster-a-spore-that-benefits-many-not-a-few>; Hwee Min Ang, „Social Support Not Just about Handouts but 'Giving People a Leg Up', Says DPM Wong“, *Channel NewsAsia*, 28. Februar 2024, aktualisiert am 29. Februar 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/budget-2024-social-support-not-handouts-give-leg-lawrence-wong-4155881>.
- 8 Jun Sen Ng, „GE2025: Stunning Victory for PAP, Winning 87 of 97 Seats with Higher National Vote Share in PM Wong's First Electoral Test“, *Channel NewsAsia*, 4. Mai

- 2025, aktualisiert am 5. Mai 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/ge2025-pap-secures-victory-seats-opposition-challenge-5107201>.
- 9 Fabian Koh und Nikki Yeo, „GE2025: 'Clear and Strong Mandate' for PAP Will Put Singapore in Better Position to Face Turbulent World, Says PM Wong“, *Channel NewsAsia*, 4. Mai 2025, aktualisiert am 5. Mai 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/ge2025-singapore-election-pap-pm-lawrence-wong-strong-mandate-5107136>.
 - 10 Aqil Hamzah und Pei Ting Wong, „GE 2025: WP Did Well Despite Vote Swing to PAP, Says Pritam“, *The Straits Times*, 4. Mai 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/politics/ge2025-wp-did-well-despite-vote-swing-to-pap-says-pritam>.
 - 11 Vgl. William Case, *Politics in Southeast Asia: Democracy or Less* (Richmond, Surrey: o.V., 2022), 92–95.
 - 12 Kenneth Paul Tan, *Governing Global-City Singapore: Legacies and Futures after Lee Kuan Yew* (London/New York: o.V., 2017), 10.
 - 13 Terri-Anne Teo und Norman Vasu, „Singapore GE2020: The Beginning of a New-Old Order?“, *The Round Table* 112, Nr. 2 (2023): 128–129.
 - 14 „GE2025: Singapore Identifies Foreigners Trying to Influence Elections; Meta Directed to Block Access to Facebook Posts“, *Channel NewsAsia*, 25. April 2025, aktualisiert am 26. Mai 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/foreign-interference-mha-eld-ge2025-meta-imda-5089426>.
 - 15 Fabian Koh und Hwee Min Ang, „PM Wong Unveils First Full Cabinet: No Second DPM, Three Coordinating Ministers Named“, *Channel NewsAsia*, 21. Mai 2025, aktualisiert am 23. Mai 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/lawrence-wong-cabinet-reshuffle-gan-kim-yong-chan-chun-sing-ong-ye-kung-5144301>.
 - 16 Im Jahr 2023 wurde Singapur als das fünftkorruptionsfreiste Land der Welt und als das korruptionsfreiste Land Asiens eingestuft. Transparency International, „Corruption Perceptions Index“, o. J., abgerufen am 19. November 2024, <https://www.transparency.org/en/cpi/2023>.
 - 17 Teh Cheang Wan beging am 14. November 1986 Selbstmord, bevor er vor Gericht angeklagt werden konnte. Die Korruptionsermittlungen wurden jedoch bis weit ins Jahr 1987 fortgesetzt. Ahmad Osman, Weng Kam Leong und Chin Chye Chua, „Teh Dies“, *The Straits Times*, 15. Dezember 1986, 1; siehe auch „Teh Abused His Position, Commission Told“, *The Straits Times*, 30. August 1987, 11; „Commission Hands Report on Teh Affair to President“, *The Straits Times*, 19. Dezember 1987, 27.
 - 18 Samuel Deveraj und Shaffiq Alkhatib, „Former Transport Minister S. Iswaran Faces 27 Charges Including Corruption, Says He Is Not Guilty“, *The Straits Times*, 18. Januar 2024, aktualisiert am 20. Januar 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/courts-crime/former-transport-minister-s-iswaran-face-s-27-charges-including-corruption-says-he-is-not-guilty>.
 - 19 Samuel Deveraj, „Brompton T Line Bike, Whisky, Golf Clubs: What Are the Valuables Involved in Iswaran’s New Charges?“, *The Straits Times*, 25. März 2024, aktualisiert am 26. März 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/courts-crime/brompton-t-line-bike-whisky-golf-clubs-what-are-the-valuable-involved-in-iswaran-s-new-charges>.
 - 20 Jean Iau und Natasha Ann Zachariah, „I Am Innocent and Will Now Focus on Clearing My Name’: Iswaran Resigns, Will Return Salary, Allowance“, *The Straits*

- Times*, 18. Januar 2024, aktualisiert am 20. Januar 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/iswaran-resigns-as-transport-minister-from-the-pap-amid-charges-including-corruption>.
- 21 Nadine Chua, Selina Lum, Shiyong Wong und Christine Tan, „Iswaran Convicted of 5 Charges, Will Be Sentenced on Oct 3”, *The Straits Times*, 24. September 2024, aktualisiert am 25. September 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/courts-crime/iswaran-pleads-guilty-on-first-day-of-trial>.
 - 22 Osmond Chia, „Why Was Iswaran Handed a One-Year Jail Sentence? Key Points from Judgment”, *The Straits Times*, 3. Oktober 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/why-was-iswaran-handed-a-one-year-jail-sentence>.
 - 23 Lydia Lam, Davina Tham und Wan Ting Koh, „Property Tycoon Ong Beng Seng Fined S\$30,000 for Abetting Ex-Minister S Iswaran in Obstruction of Justice”, *Channel NewsAsia*, 15. August 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/ong-beng-seng-sentenced-fined-abet-iswaran-obstruct-justice-fl-5293981>.
 - 24 Die Staatsanwaltschaft entschied schließlich, keine Anklage gegen Manap zu erheben, der stattdessen eine Verwarnung erhielt. „AGC-SPF Joint Statement on Completion of Investigations into Conduct before the Committee of Privileges”, Attorney-General’s Chambers und Singapore Police Force, 19. März 2024, abgerufen am 30. November 2024, https://isomer-user-content.by.gov.sg/109/64b082a0-2b32-402a-83f3-6e790c695729/agc-spf_media_release-19mar2024.pdf.
 - 25 Justin Ong, „Raeesah Khan Insists WP Chief Pritam Singh Had Told Her to Keep up Her Lie and ‘Take It to the Grave’”, *The Straits Times*, 22. Dezember 2021, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/politics/raeesah-khan-insists-wp-chief-pritam-singh-had-told-her-keep-up-her-lie-and-take-it-to-the-grave>; Wei Kai Ng, „Pritam Singh Gives His Version of Events, Says He Did Not Tell Raeesah Khan to Take Lie to the Grave”, *The Straits Times*, 5. November 2024, aktualisiert am 6. November 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/courts-crime/pritam-singh-gives-his-version-of-events-says-he-did-not-tell-raeesah-khan-to-take-lie-to-the-grave>.
 - 26 „AGC-SPF Joint Statement”, Attorney-General’s Chambers und Singapore Police Force.
 - 27 Pei Ting Wong, „Pritam Singh Found Guilty: Five Key Points from the Verdict”, *The Straits Times*, 17. Februar 2025, aktualisiert am 18. Februar 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/courts-crime/pritam-singh-found-guilty-five-key-points-from-the-verdict>.
 - 28 Esther Loi, „Pritam Singh Disappointed by Appeal Loss, but ‘Respects and Accepts Judgment Fully without Reservation’”, *The Straits Times*, 4. Dezember 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/politics/pritam-singh-disappointed-by-appeal-loss-but-respects-and-accepts-judgment-fully-without-reservation>.
 - 29 Wei Kai Ng, „No Longer Tenable for Him to Continue as the LO’: PM Wong Removes Pritam Singh from Post”, *The Straits Times*, 15. Januar 2026, aktualisiert am 16. Januar 2026, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/politics/no-longer-tenable-for-him-to-continue-as-the-lo-pm-wong-removes-pritam-singh-from-post>.
 - 30 Poh Koon Koh, „Speech by MOS Koh Poh Koon at the Industrie 4.0 Symposium”, 4. April 2017, Ministry of Trade and Industry, Singapore, abgerufen am 26. Februar

- 2026, <https://www.mti.gov.sg/newsroom/speech-by-mos-koh-poh-koon-at-the-industry-4-0-symposium/>.
- 31 Rachel Chan, „Singapore, Germany to Upgrade Ties to Strategic Partnership”, *Channel NewsAsia*, 19. November 2024, aktualisiert am 20. November 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/germany-strategic-partnership-lawrence-wong-olaf-scholz-mfa-4754506>.
- 32 „Joint Declaration on the Singapore-Germany Strategic Partnership”, Ministry of Foreign Affairs, Singapore, 18. November 2024, abgerufen am 30. November 2024, <https://www.mfa.gov.sg/Newsroom/Press-Statements-Transcripts-and-Photos/2024/11/20241118-sg-germany>.
- 33 „EU-Singapore Free Trade Agreement, Investment Protection Agreement and Digital Trade Agreement”, European Union, o. J., abgerufen am 8. Dezember 2024, https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/singapore/eu-singapore-agreements_en.
- 34 „Joint Declaration on the Singapore-Germany Strategic Partnership”, Ministry of Foreign Affairs, Singapore.
- 35 „Botschafterin Dr. Bettina Fanghänel“, Deutsche Botschaft Singapur, o. D., abgerufen am 8. Dezember 2024, <https://singapur.diplo.de/sg-de/botschaft/1225316-1225316>.
- 36 Audrey Ng, „Cementing a Strategic Partnership for the Future”, *The Business Times*, 3. Oktober 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.businesstimes.com.sg/international/cementing-strategic-partnership-future>.
- 37 „Wirtschaftsförderung: Südostasien im Fokus. Germany Trade & Invest eröffnet Hub-Standort in Singapur“, Germany Trade & Invest, 26. März 2024, abgerufen am 8. Dezember 2024, <https://www.gtai.de/de/meta/presse/gtai-hub-standort-singapur-1745318>.
- 38 Ng, „Cementing a Strategic Partnership”.
- 39 Ben Sisario, „Taylor Swift’s Eras Tour Grand Total: A Record \$2 Billion”, *The New York Times*, 9. Dezember 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.nytimes.com/2024/12/09/arts/music/taylor-swift-eras-tour-ticket-sales.html>.
- 40 Abigail Ng, „Singapore’s Economy Boosted by Taylor Swift, Coldplay Shows; over Half of Concertgoers ‘Likely’ from Overseas”, *Channel NewsAsia*, 26. April 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/taylor-swift-coldplay-concerts-singapore-economy-mas-4292951>.
- 41 Hariz Baharudin, „S-E Asia Countries Stung by Taylor Swift Tour Snub Are Shaking It off with New Funds, New Rules”, *The Straits Times*, 23. Februar 2024, aktualisiert am 24. Februar 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/asia/se-asia/sea-countries-let-down-by-taylor-swift-eras-tour-snub-can-shake-it-off-by-upping-their-game-say-experts>.
- 42 Abigail Ng, „Govt Subsidies for Taylor Swift’s Exclusive Singapore Deal ‘Nowhere as High’ as Speculated: Edwin Tong”, *Channel NewsAsia*, 26. April 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/govt-subsidies-taylor-swifts-exclusive-singapore-deal-nowhere-high-speculated-edwin-tong-5590766>.
- 43 Vivienne Gulla, „Salceda Responds to Singapore PM’s Admission on Taylor Swift Exclusivity Deal”, *ABS-CBN News*, 5. März 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.abs-cbn.com/news/2024/3/5/salceda-responds-to-singapore-pm-s-admission-on-taylor-swift-exclusivity-deal-1910>.
- 44 Jayanty Nada Shofa, „Indonesia Loses Money as Taylor Swift Picked Singapore: Jokowi”, *Jakarta Globe*, 24. Juni 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://jakartaglobe.id/lifestyle/indonesia-loses-money-as-taylor-swift-picked-singapore-jokowi>.

- 45 Rebecca Ratcliffe, Reuters und Associated Press, „Taylor Swift: Singapore Prime Minister Defends Deal to Secure Exclusive Access to Eras Tour”, *The Guardian*, 5. März 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.theguardian.com/music/2024/mar/05/taylor-swift-singapore-exclusive-southeast-asia-eras-tour-deal>.
- 46 Soo Fang Chin, „Singapore’s Economy Exceeded Expectations, Grew 4 % in 2024: PM Wong”, *The Straits Times*, 31. Dezember 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/spores-economy-exceeded-expectations-grew-4-in-2024-pm-wong>.
- 47 Fabian Koh, „Singapore’s Economy Beats Forecasts with 4.8 % Growth in 2025, but PM Wong Warns Pace Will Be Hard to Sustain”, *Channel NewsAsia*, 31. Dezember 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/singapore-economy-2025-lawrence-wong-new-year-message-5771186>.
- 48 International Monetary Fund, Asia and Pacific Department, „Singapore: 2022 Article IV Consultation – Press Release; Staff Report; and Statement by the Executive Director for Singapore”, *IMF Staff Country Reports 2022*, Nr. 233 (2022): 11, abgerufen am 9. Dezember 2024.
- 49 Ovais Subhani, „Singapore Manufacturing Surge Powers 2025 Growth to Highest since 2021 amid AI Boom”, *The Straits Times*, 2. Januar 2026, aktualisiert am 3. Januar 2026, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/business/economy/singapores-gdp-growth-jumps-to-5-7-in-fourth-quarter-sending-2025-growth-to-highest-since-2021>.
- 50 Subhani, „Singapore Manufacturing Surge Powers 2025 Growth”.
- 51 Abigail Ng, „Tourist Numbers Lower than Pre-COVID Years, but Visitors Are Spending More in Singapore – Just Not on Shopping”, *Channel NewsAsia*, 24. November 2025, aktualisiert am 28. November 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/tourists-shopping-dining-entertainment-travel-coverage-5482256>.
- 52 Chong Ming Lee, „Singapore Visitor Arrivals up 115 % to 13.6 Million in 2023”, *Channel NewsAsia*, 1. Februar 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/singapore-tourism-increase-visitor-arrival-136-million-2023-stb-4091076>.
- 53 See Kit Tang, „Singapore Unemployment Rate Rises for under-30s, over-60s in Second Quarter”, *Channel NewsAsia*, 17. September 2025, aktualisiert am 18. September 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/resident-unemployment-rates-up-young-workers-below-30-and-seniors-above-60-in-q2-5349646>; Emil Chan, „Singapore’s Core Inflation Stays Flat at 1.2 % in November”, *Channel NewsAsia*, 23. Dezember 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/core-inflation-cpi-prices-unchanged-november-2025-mas-mti-5681146>.
- 54 Vgl. Nathan Peng, „Inequality and the Social Compact in Singapore: Macro Trends vs Lived Inequalities”, in *Inequality and Exclusion in Southeast Asia: Old Fractures, New Frontiers*, hg. von Hwok Aun Lee und Christopher Choong (Singapore: o.V., 2021), 218–260.
- 55 „Global Religious Diversity: Half of the Most Religiously Diverse Countries are in Asia-Pacific Region”, Pew Research Center, 4. April 2014, abgerufen am 9. Dezember 2024, <https://www.pewresearch.org/religion/2014/04/04/global-religious-diversity/>; William Milner, „In Singapore, Religious Diversity and Tolerance Go Hand in Hand”, Pew Research Center, 6. Oktober 2023, abgerufen am 9. Dezember 2024, <https://www.pewresearch.org/religion/2023/10/06/in-singapore-religious-diversity-and-tolerance-go-hand-in-hand/>.

- w.pewresearch.org/short-reads/2023/10/06/in-singapore-religious-diversity-and-tolerance-go-hand-in-hand/.
- 56 Hwee Min Ang, „Pope Francis to Deliver State Address in Singapore”, *Channel NewsAsia*, 10. September 2024, aktualisiert am 11. September 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/pope-francis-visit-singapore-national-stadium-mass-tickets-4595671>.
- 57 Heute sind zehn Religionen in der IRO vertreten, darunter Bahaitum, Buddhismus, Christentum, Hinduismus, Islam, Jainismus, Judentum, Sikhismus, Taoismus und Zoroastrismus.
- 58 Abigail Ng, Fabian Koh, Natasha Ganesan und Ili Mansor, „50,000 People Gather at the National Stadium for Papal Mass”, *Channel NewsAsia*, 12. September 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/50000-people-gather-national-stadium-papal-mass-5572521>.
- 59 Hwee Min Ang, „Pope Francis Commends Singapore's Policies Supporting the Vulnerable, Hopes for Special Attention to Poor and Elderly”, *Channel NewsAsia*, 12. September 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/pope-francis-state-address-singapore-president-tharman-4602816>.
- 60 Der *Internal Security Act* wurde erlassen um „die innere Sicherheit Singapurs, die präventive Inhaftierung, die Verhinderung subversive Tätigkeiten, die Unterdrückung organisierter Gewalt gegen Personen und Eigentum in bestimmten Gebieten Singapurs sowie damit zusammenhängende Angelegenheiten“ zu regeln. Er gilt bis heute als umstritten: dabei wird unter anderem auf seine Anwendung in der Vergangenheit verwiesen, etwa während der sogenannten Operation Spectrum im Jahr 1987, als mutmaßliche „Marxisten“ im Namen der nationalen Sicherheit und der Bekämpfung von Subversion inhaftiert wurden. Vgl. „Internal Security Act 1960” (Long Title, 16. September 1963), Singapore Statutes Online (2020 rev. ed.), abgerufen am 7. Januar 2025, <https://sso.agc.gov.sg/Act/ISA1960>; siehe auch Michael D. Barr, „Singapore's Catholic Social Activists: Alleged Marxist Conspirators”, in *Paths Not Taken: Political Pluralism in Singapore*, hrsg. von Michael D. Barr und Carl A. Trocki (Singapur: o.V., 2008), 228–247.
- 61 Fabian Koh, „Terrorism Threat Elevated since Renewed Israel-Palestine Conflict; Singapore Also Affected: ISD”, *Channel NewsAsia*, 25. Juli 2024, aktualisiert am 26. Juli 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/terrorism-threat-elevated-renewed-israel-palestine-conflict-singapore-also-affected-isd-4503686>; Kenneth Yeo und Ahmad Saiful Rijal Hassan, „Youth and Adolescent Online Radicalisation: Critical Cases from Singapore”, GNET Research, 18. November 2024, abgerufen am 9. Dezember 2024, <https://gnet-research.org/2024/11/18/youth-adolescent-and-online-radicalisation-in-singapore/>.
- 62 Fabian Koh, „Boy, 14, Who Was Radicalized due to Israel-Hamas Conflict Is the Youngest to Be Dealt with under ISA”, *Channel NewsAsia*, 15. Juli 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/boy-14-radicalised-israel-hamas-conflict-youngest-isa-order-former-public-servant-isd-4480301>; Samuel Devaraj, „17-Year-Old Self-Radicalised Singaporean Arrested Weeks before Planned Attack in Tampines”, *The Straits Times*, 18. Oktober 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/17-year-old-self-radicalised-singaporean-arrested-weeks-before-planned-attack-in-tampines>.
- 63 Andrew Wong und Christine Tan, „S'porean Girl, 15, Who Wanted to Marry ISIS Fighter, Is First Female Teen Dealt with under ISA”, *The Straits Times*, 2. April 2025,

- abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/sporean-girl-15-who-wanted-to-marry-isis-fighter-is-first-female-youth-dealt-with-under-isa>.
- 64 Charmaine Jacob, „Singaporean Teen Who Identified as ‘East Asian Supremacist’ Detained under ISA”, *Channel NewsAsia*, 10. Februar 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/youth-detained-isa-far-right-extremist-ideologies-4927826>.
- 65 David Sun, „S’porean Boy, 14, Given ISA Restriction Order; First Self-Radicalisation Case from Mixed Ideologies”, *The Straits Times*, 9. September 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/sporean-boy-14-given-isa-restriction-order-first-self-radicalisation-case-from-mixed-ideologies>.
- 66 Ian Cheng und Syarafana Shafeeq, „Priest Stabbed during Mass in St Joseph’s Church in Bukit Timah; Suspect Arrested”, *The Straits Times*, 9. November 2024, aktualisiert am 10. November 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/priest-stabbed-at-st-josephs-church-in-bukit-timah>.
- 67 Davina Tham, „26-Year-Old Church Volunteer Arrested after Suspicious Item Found at St Joseph’s Church in Bukit Timah”, *Channel NewsAsia*, 21. Dezember 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/st-josephs-church-bukit-timah-police-suspicious-item-arrest-terrorism-5654091>.
- 68 Shaffiq Alkhatib, „Man Accused of Stabbing Priest at St Joseph’s Church Charged with Possession of Weapons”, *The Straits Times*, 17. März 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/courts-crime/man-accused-of-stabbing-priest-in-church-charged-with-possession-of-weapons>; Davina Tham, „Man Charged with Making False Terrorist Threat at St Joseph’s Church in Bukit Timah”, *Channel NewsAsia*, 22. Dezember 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/st-josephs-church-bukit-timah-man-charged-terrorist-threat-arrested-suspicious-item-5654591>.
- 69 Andrew Wong, „Several Mosques Received Suspicious Parcels with Meat; Shanmugam Warns ‘This Is Playing with Fire’”, *The Straits Times*, 25. September 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/several-mosques-received-suspicious-parcels-with-meat-shanmugam-warns-this-is-playing-with-fire>.
- 70 Lydia Lam, „Man Charged with Sending Envelope Containing Pork to Al-Istiqamah Mosque in Serangoon”, *Channel NewsAsia*, 27. September 2025, aktualisiert am 30. September 2025, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/al-istiqamah-mosque-mosque-serangoon-man-charged-bill-tan-ke-ng-hwee-5372916>.
- 71 Vgl. Cheng und Shafeeq, „Priest Stabbed during Mass”; Tham, „26-Year-Old Church Volunteer Arrested”; Lam, „Man Charged with Sending Envelope”.
- 72 „Kebaya: Knowledge, Skills, Traditions and Practices”, UNESCO, 2024, abgerufen am 8. Dezember 2024, <https://ich.unesco.org/en/RL/kebaya-knowledge-skills-traditions-and-practices-02090>.
- 73 Chong Ming Lee, „Kebaya Inscribed onto UNESCO Intangible Cultural Heritage List”, *Channel NewsAsia*, 4. Dezember 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/singapore/kebaya-inscribed-unesco-intangible-cultural-heritage-list-4786996>.
- 74 Lee, „Kebaya Inscribed onto UNESCO Intangible Cultural Heritage List”.
- 75 „Hawker Culture in Singapore, Community Dining and Culinary Practices in a Multicultural Urban Context”, UNESCO, 2020, abgerufen am 8. Dezember 2024, <https://>

- ich.unesco.org/en/RL/hawker-culture-in-singapore-community-dining-and-culinary-practices-in-a-multicultural-urban-context-01568.
- 76 Keng Gene Ng, „Singapore and Malaysia to Nominate Chingay Parade to UNESCO Intangible Cultural Heritage List”, *The Straits Times*, 5. November 2024, aktualisiert am 6. November 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.straitstimes.com/singapore/singapore-and-malaysia-to-nominate-chingay-parade-to-unesco-intangible-cultural-heritage-list>.
- 77 Ng, „Singapore and Malaysia to Nominate Chingay Parade”.

3.7. Thailand: Vom progressiven Aufbruch zur konservativen Wende 2023–2026

David M. Malitz

German Institute for Japanese Studies (DIJ), Tokyo

3.7.1. Einleitung

Thailand ist im deutschsprachigen Raum vor allem als Reiseland mit tropischen Stränden und buddhistischen Tempeln bekannt. Das südostasiatische Königreich ist aber auch ein wichtiger Standort für zahlreiche europäische Unternehmen in der Region, von denen viele dort produzieren lassen. Seit den frühen 2000er Jahren ist Thailand international auch für eine politische Krise, eine starke Polarisierung der Gesellschaft und zwei Militärputsche bekannt. Für die Wirtschaft des Landes bedeutete dies vor allem, dass dringend notwendige Reformen nicht umgesetzt wurden, während andere Staaten in Südostasien sich zu attraktiven Standorten für Direktinvestitionen entwickelten. Bei den Wahlen von 2023 wurde so die reformorientierte Move Forward-Partei zur stärksten Kraft im Repräsentantenhaus, wurde dann jedoch von konservativen Kräften im Senat an der Regierungsbildung gehindert. Bei den vorgezogenen Wahlen am 8. Februar 2026 setzte sich vor dem Hintergrund einer starken nationalistischen Stimmung infolge des Grenzkonflikts mit Kambodscha dann jedoch die konservative Bhumjaithai („Thai-Stolz“)-Partei deutlich an die Spitze. Damit wurde zum ersten Mal seit der Jahrtausendwende wieder eine konservative Partei zur Gewinnerin an der Wahlurne. Dieses Kapitel gibt einen Überblick über die politischen Entwicklungen in Thailand während der vergangenen Legislaturperiode, die wirtschaftliche Krise, mit der sich das Königreich konfrontiert sieht, sowie Entwicklungen in den Beziehungen insbesondere mit Deutschland.¹

3.7.2. Die politischen Entwicklungen in der vergangenen Legislaturperiode

Im März 2019 fanden zum ersten Mal seit 2011 Wahlen zum thailändischen Repräsentantenhaus statt. Bei diesen wurde der ehemalige Armeechef Ge-

neral Prayut Chan-o-cha, der sich 2014 an die Macht geputscht und bis 2019 als Juntachef regiert hatte, als Premierminister bestätigt. Dabei kamen ihm der noch von der Militärjunta ernannte Senat sowie umstrittene Entscheidungen der Wahlkommission zugute. Die nächsten Wahlen von 2023 wurden so auch zu einem Referendum über die neunjährige Regierungszeit des Generals. Aus diesen ging die reformorientierte Move Forward-Partei als klare Siegerin hervor. Die sich als sozialdemokratisch verstehende Partei, die aus der 2020 vom Verfassungsgerichtshof aufgelösten Future Forward-Partei hervorgegangen war, positionierte sich eindeutig gegen die ehemaligen Putschisten und das Militär. Zudem machte sie die Reform des Strafrechtsparagrafen 112 zur Majestätsbeleidigung zu einer zentralen Forderung ihres Wahlprogramms. Unter ihrem charismatischen Spitzenkandidaten, dem jungen Unternehmer Pita Limjaroenrat, versprach Move Forward aber auch eine Reihe von anderen Reformen, die eine umfassende Demokratisierung von Politik, öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft zum Ziel hatten. Mit diesem Wahlprogramm gewann die Partei ca. 30 % der Sitze im Unterhaus und wurde somit stärkste Kraft. Die lange stärkste Partei, die mit dem ehemaligen Premierminister Thaksin Shinawatra und der Protestbewegung der Rothemden affilierte Phuea Thai („Für Thais“)-Partei, kam mit ca. 28 % der Mandate nur auf den zweiten Platz. Phuea Thai hatte Umfragen zufolge in den Wochen vor der Wahl deutlich an Unterstützung eingebüßt, da Thaksin und die Parteiführung sich nicht eindeutig genug gegen die ehemaligen Putschisten positionierten, sondern auf wirtschaftliche Themen setzten. Eine Koalitionsregierung der beiden Parteien, einschließlich einiger weiterer kleinerer Parteien, wurde dann jedoch vom Senat vereitelt. Laut der Verfassung von 2017 waren dessen 200, noch von der Junta ernannten Mitglieder, noch bis 2024 bei der Wahl des Ministerpräsidenten stimmberechtigt.

Für eine deutliche Mehrheit der Senatoren deutete der Versuch einer Reform des Strafrechtsparagrafen 112 darauf hin, dass Move Forward insgeheim die Monarchie stürzen wolle. Sie verwehrten Pita Limjaroenrat ihre Stimmen, obwohl die besagte Reform in den Koalitionsverhandlungen mit Phuea Thai bereits ausdrücklich ausgeklammert worden war. Das die Privilegien des Militärs, der Bürokratie und Großkonzerne angreifende, umfassende Reformprogramm der Partei mag dabei für viele der eigentliche Grund für die Ablehnung gewesen sein. Als weitere Kritik wurde vorgebracht, dass Pita Limjaroenrat aufgrund des angeblichen Besitzes von Aktien eines Medienunternehmens disqualifiziert werden könnte. Dabei

handelte es sich um Aktien des Fernsehsenders iTV, der zwar seit 2007 nicht mehr sendete, aber formal als Medienunternehmen weiter bestand.

Nach der gescheiterten Wahl brach Phuea Thai mit Move Forward und stellte eine alternative Koalition unter Führung ihres Spitzenkandidaten, des Immobilienunternehmers Srettha Thavisin, auf. Hauptpartner in der Koalition war die Bhumjaithai-Partei des ehemaligen Bauunternehmers Anutin Charnvirakul. Bhumjaithai hat Treue zur Monarchie, Patriotismus und Unterstützung des Militärs zu zentralen Elementen der Parteiidentität gemacht und war zuvor Koalitionspartner von General Prayut Chan-o-cha nach dessen Wahl 2019 gewesen. Die Koalition schloss aber auch zwei mit dem Militär verbundene Parteien ein, deren Spitzenkandidaten die Putschführer von 2014 waren. Die Phuea Thai-Partei war demnach bereit, zur Bildung einer Regierung mit jenen Männern zusammenzuarbeiten, die im Mai 2014 die eigene Regierung von Premierministerin Yingluck Shinawatra, der jüngeren Schwester Thaksin Shinawatras, gestürzt, sie ins Exil nach Dubai gezwungen und zahlreiche Anhänger der Partei zu sogenannten „Einstellungsänderungen“ inhaftiert hatten. Begründet wurde diese für viele langjährige Unterstützer der Partei überraschende und enttäuschende Entscheidung mit der Notwendigkeit, politische Stabilität zu schaffen, um die wirtschaftliche Krise, die durch die Pandemie noch verstärkt worden war, zu überwinden. Die Entscheidung führte Umfragen zufolge trotzdem zu einem deutlichen Verlust an Zustimmung.²

Gerüchte über einen geheimen „großen Deal“ zwischen Phuea Thai und konservativen Kräften schienen sich noch vor der Wahl Sretthas zum Premierminister am 22. August 2023 zu bestätigen. Nach fünfzehn Jahren kehrte der 2006 durch einen Militärputsch gestürzte ehemalige Premierminister und Patron der Phuea Thai-Partei, Thaksin Shinawatra, aus dem Exil in Dubai in sein Heimatland zurück. Dort nahm er eine in absentia erfolgte Verurteilung zu acht Jahren Haft für Amtsmissbrauch an und trat noch am gleichen Tag seine Haft an. Bereits nach wenigen Stunden erfolgte dann eine angeblich notwendige Verlegung in eine Suite des Polizeikrankenhauses. Am 1. September 2023 erhielt Thaksin eine Strafminderung, die seine Haftstrafe auf zwei Jahre reduzierte. Bis zu seiner frühzeitigen Entlassung auf Bewährung aufgrund seines Alters und angeblicher schwacher Gesundheit am 18. Februar 2024 würde Thaksin dabei seine gesamte Haftstrafe im Krankenhaus verbringen können. Die Bewährungszeit wurde noch einmal durch eine Amnestie anlässlich des königlichen Geburtstags im Juli 2024 um zwei Wochen verkürzt und endete am 18. August 2024. Der seit den frühen 2000er Jahren schwelende Konflikt zwischen Thaksin und den mit

ihm verbundenen politischen Kräfte einerseits und seinen konservativen Gegnern andererseits schien somit ein überraschend gütiges Ende gefunden zu haben.

Für die konservativen Kräfte wird für dieses Umdenken vor allem das deutliche Erstarken progressiver Kräfte, die von der Move Forward-Partei gebündelt worden waren, maßgeblich gewesen sein. Der Vorsitzende und Spitzenkandidat von Move Forward, Pita Limjaroenrat, wurde in der Zwischenzeit Ende Juli 2024 aufgrund der iTV-Aktien in seinem Besitz suspendiert. Der Verfassungsgerichtshof würde zwar am 24. Januar 2024 zu seinen Gunsten entscheiden, aber nur eine Woche später entschied das Gericht dann auch, dass die von Move Forward angestrebte Reform von Strafrechtsartikel 112 als Versuch anzusehen sei, die Monarchie zu stürzen und daher verfassungswidrig sei. Im August des Jahres wurde die Partei auf Antrag der Wahlkommission vom Verfassungsgericht aufgelöst und der Parteispitze wurde für zehn Jahre eine politische Betätigung verboten. Die verbleibenden Abgeordneten von Move Forward fanden in der für diesen Fall vorbereiteten Volkspartei (Phak Prachachon) eine neue Heimat. Deren englischer und deutscher Name entspricht zwar der Übersetzung des Namens der Gruppe, die 1932 die absolute Monarchie durch einen Putsch stürzte (Khana Ratsadon), die Namen unterscheiden sich jedoch auf Thai. Zum ersten Vorsitzenden der Volkspartei wurde der Tech-Entrepreneur Natthaphong Ruengpanyawut gewählt. Das Aus für den populären Pita schlug sich jedoch in einem deutlichen Minus bei den Umfragewerten nieder.

Im Juni 2024 fanden die ersten Wahlen zum Senat nach der Verfassung von 2017 statt, durch die die noch von der Junta ernannten Senatoren ersetzt wurden. Diese sind zwar laut Verfassung bei der Wahl des Ministerpräsidenten nicht mehr stimmberechtigt, der Senat ist aber weiterhin bei der Verabschiedung von Gesetzen, Verfassungsreformen und der Ernennung von Richtern und Mitgliedern unabhängiger Organisationen, wie der Wahlkommission, von großer Bedeutung. Die Wahl erfolgte über ein eigens konzipiertes, kompliziertes Verfahren. Dabei treten Kandidaten aus zwanzig festgelegten Berufsgruppen und 928 Wahlkreisen an. In sechs Wahlschritten wählten die nach einem Screening zugelassenen Kandidaten dann jeweils untereinander aus, wer auf die jeweils nächste Ebene vorrückte: vom Wahlbezirk bis hin zur nationalen Ebene.³ Dieses Auswahlverfahren sollte das Oberhaus von den politischen Parteien im Repräsentantenhaus unabhängig machen. Es lässt aber eine offensichtliche Möglichkeit der Einflussicherung offen. Durch die landesweite Mobilisation einer großen

Zahl von Kandidaten auf Ebene der Wahlkreise kann ein Einfluss in der letzten, entscheidenden Runde gesichert werden, da ja nur die Kandidaten selbst stimmberechtigt sind. Von Beobachtern wurde das Ergebnis der Wahl als klarer Sieg für die Bhumjaithai-Partei ausgelegt. Ungefähr 150 der 200 Mitglieder des Oberhauses sollen der Partei nahestehen, auch wenn sie dieser formal nicht angehören.⁴

Als eine Überraschung für viele politische Beobachter, aber auch für die Parteispitze von Phuea Thai, kam die Entscheidung des Verfassungsgerichts am 21. August 2024, Premierminister Srettha seines Amtes zu entheben. Seine Ernennung des Anwalts Pichit Chuenban zu einer offiziellen Beraterposition vier Monate zuvor wurde vom höchsten Gericht als Verletzung der vage formulierten Ethikanforderungen für Politiker ausgelegt. Pichit war im Jahre 2008 aufgrund der Missachtung des Obersten Gerichtshofs im Rahmen eines Korruptionsprozesses zu sechs Monaten Haft verurteilt worden. Thaksins Tochter Paetongtarn Shinawatra wurde von der Koalition ins Amt gewählt, was für Phuea Thai ein deutliches Plus bei den Umfragen zur Folge hatte.

Im Februar 2025 fanden gleichzeitig Wahlen für die Mitglieder von 47 Provinzverwaltungsorganisationen (Provincial Administrative Organizations, PAO) statt. Deren Mitglieder beraten und unterstützen die vom Innenministerium ernannten Gouverneure der 76 Provinzen Thailands. Trotz des Eintretens für mehr Dezentralisierung konnte die Volkspartei nur eine Wahl für einen Vorsitzenden einer PAO gewinnen. Phuea Thai gewann hingegen 18 der 47 Wahlen, Bhumjaithai 12 Wahlen.⁵ Als Gewinner können aber auch einflussreiche Politiker- und Unternehmerdynastien auf Provinzebene verstanden werden, die in Thailand als „große Häuser“ oder „große Familien“ (thailändisch: *baan yai*) bekannt sind. Mit 34 der Gewinner stammen fast drei Viertel der gewählten Vorsitzenden aus solchen Familien, von denen einige mit nationalen Parteien verbunden sind.⁶ Ihr nachhaltiger Einfluss wird oft negativ durch das Kaufen von Stimmen erklärt. Er kann aber ebenso dadurch erklärt werden, dass die lokal tief verankerten Politiker oft als kompetenter und gewillter gesehen werden, lokale Probleme zu lösen.⁷

Von Anfang an hatte es zwischen den beiden Koalitionspartnern Phuea Thai und Bhumjaithai beträchtliche Meinungsverschiedenheiten gegeben. So war die Legalisierung von Cannabis ein Leuchtturmprojekt von Bhumjaithai gewesen, das während der Legislaturperiode 2019–2023 auch tatsächlich umgesetzt wurde. Phuea Thai kündigte im Wahlkampf hingegen dann an, bei einem Sieg Cannabis wieder verbieten zu lassen. Dafür

wollte die Partei aber Kasinos legalisieren lassen, was wiederum vom Koalitionspartner deutlich abgelehnt wurde. Schließlich blieb der Cannabiskonsum weitgehend legal, und Phuea Thai ließ ab Ende 2024 einen Gesetzesentwurf zur Legalisierung von Kasinos erarbeiten. Im März 2025, also zur Halbzeit der Legislaturperiode, kam es dann zum Konflikt zwischen den Koalitionspartnern. Der vom stellvertretenden Premierminister Phumtham Wechayachai der Phuea Thai-Partei geleitete Ausschuss für besondere Ermittlungsfälle gab dem Department of Special Investigations (DSI) grünes Licht für eine Untersuchung von Unregelmäßigkeiten bei den Senatswahlen. Auch die Wahlkommission gründete daraufhin eine Untersuchungskommission. Mitglieder des Senats protestierten erwartungsgemäß stark und öffentlich. Vor dem Hintergrund dieser Untersuchungen von Unregelmäßigkeiten bei den Senatswahlen schien Bhumjaithai politisch angeschlagen. Trotz mangelnder offizieller Ämter konnte Thaksin die von seiner Tochter geführte Phuea Thai-Partei dazu bewegen, im Rahmen einer geplanten Neuordnung des Kabinetts das für die Einflussnahme auf Provinz- und Kommunalebene wichtige Innenministerium von der Bhumjaithai-Partei zurückzufordern.

Während die Verhandlungen über die Neuverteilung der Kabinettsposten noch andauerten, kam es am 28. Mai in einem umstrittenen Grenzgebiet zu einem Feuergefecht zwischen kambodschanischen und thailändischen Soldaten, bei dem ein kambodschanischer Soldat ums Leben kam. Am 15. Juni sprach die thailändische Premierministerin direkt mit dem langjährigen Machthaber des Nachbarlandes und amtierenden Senatspräsidenten Hun Sen, um die Lage zu deeskalieren. Dessen Sohn Hun Manet war zwar im Vorjahr zum Premierminister gewählt worden, aber es wird weithin angenommen, dass weiterhin Hun Sen der eigentliche Machthaber des Landes ist. Das Telefonat, das dazu dienen sollte, Spannungen abzubauen, wurde von kambodschanischer Seite mitgeschnitten und veröffentlicht. Premierministerin Paetongtarns unterwürfige Haltung, die Anrede Hun Sens als „Onkel“, ihre Bitte um Nachsicht, das Versprechen, alle etwaigen Wünsche zu erfüllen sowie vor allem ihre Bezeichnung der thailändischen Armee als Teil der Opposition lösten in Thailand große Empörung aus. Die Zustimmungswerte zu Partei und Premierministerin kollabierten.⁸ Nationalistische Kräfte organisierten Demonstrationen, eine Gruppe von Senatoren legte Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof ein und die Bhumjaithai-Partei verließ die Koalition. Bereits am 1. Juli 2025 wurde die Premierministerin für die Dauer der Untersuchung des Amtes enthoben. Vizepremierminister und Verkehrsminister Suriya Juangroon-

gruangkit übernahm für zwei Tage das Amt.⁹ Dann wurde Innen- und Verteidigungsminister Phumtham Wechayachai zum amtierenden Premierminister einer nun Minderheitsregierung ernannt. Am 29. August wurde Premierministerin Paetongtarn vom Verfassungsgerichtshof formal ihres Amts enthoben. Am 9. September entschied der Verfassungsgerichtshof zudem, dass Thaksin seine auf ein Jahr reduzierte Strafe aufgrund seines Krankenhausaufenthalts nicht verbüßt habe. Daraufhin wurde die erneute Inhaftierung des ehemaligen Premierministers angeordnet, ohne aber das Strafmaß zu verlängern. Phuea Thai und die politische Dynastie der Shinawatra stecken damit in einer tiefen Krise.

Am 24. Juli eskalierte ein erneuter Schusswechsel zwischen kambodschanischen und thailändischen Soldaten schnell zu kriegsähnlichen Gefechten.¹⁰ Durch malaysische Vermittlungen und die Drohung von US-Präsident Donald Trump, hohe Zölle bei einem Nichtzustandekommen einer Waffenruhe zu verhängen, konnte am 28. Juli ein Waffenstillstand erreicht werden. Die Spannungen hielten jedoch an, und im Dezember kam es erneut zu Gefechten.

Thailand wurde von einer nationalistischen Stimmung erfasst, von der sich zur Überraschung vieler Beobachter auch die Volkspartei mitreißen ließ. Ebenso überraschend – auch für Unterstützer der Partei – war die Entscheidung ihrer Abgeordneten am 5. September, bei der Wahl eines neuen Premierministers für Anutin Charnvirakul, den Vorsitzenden der Bhumjaithai-Partei, zu stimmen. Die Volkspartei trat aber nicht der neuen Regierungskoalition bei. Für ihre Stimmen erhielt die Volkspartei stattdessen die Zusage, dass Bhumjaithai eine Verfassungsreform anstoßen und das Repräsentantenhaus nach vier Monaten auflösen würde. Die Partei hatte sich gegen eine Unterstützung von Phuea Thai entschieden, da die vorherige Regierungspartei nach Auffassung der Volkspartei gleich nach der Veröffentlichung des Telefonats zwischen Paetongtarn und Hun Sen den Schritt zu Neuwahlen hätte machen müssen. Kenner der thailändischen Innenpolitik weisen aber auch auf den deutlichen Vertrauensverlust zwischen den beiden Parteien hin, der durch die Entscheidung Phuea Thais verursacht worden war, eine Koalition mit Bhumjaithai einzugehen.¹¹

Die Unterstützung Anutins war innerhalb der Partei und unter deren Anhängern höchst umstritten, da die konservative Bhumjaithai-Partei in Kernfragen – wie der Reform des Strafrechtsparagrafen zur Majestätsbeleidigung und der Rolle des Militärs – der Volkspartei diametral gegenübersteht. Bei den folgenden Umfragen musste die Volkspartei empfindliche Verluste hinnehmen. Anfang Dezember entschuldigte sich die Parteifüh-

rung daher öffentlich im Rahmen eines „Picknicks“ auf dem Campus der Srinakharinwirot University in Zentralbangkok bei ihren Unterstützern. Premierminister Anutin konnte in der Zwischenzeit dank des Amtsbonus, vor allem aber auch der nationalistischen Stimmung aufgrund des andauernden Konflikts mit Kambodscha, seine Popularität deutlich steigern. Eine Flutkatastrophe mit 140 Toten im südthailändischen Hat Yai trübte seine Beliebtheit nur kurzfristig.¹² Mangelndes Risikomanagement trotz regelmäßiger Überschwemmungen, ungenügende Koordination zwischen lokalen und nationalen Behörden sowie eine mangelhafte Kommunikation hatten zu katastrophalen Zuständen in der Stadt beigetragen.

Der Premierminister profitierte jedoch deutlich von der erneut aufflammenden nationalistischen Stimmung, nachdem es vom 8. bis zum 27. Dezember an der kambodschanisch-thailändischen Grenze erneut zu Gefechten kam. Die Regierung stellte diese Gefechte dabei nicht nur als notwendig für die Sicherheit der Grenzregionen dar, die unter Raketenbeschuss gelitten hatten, und für die Rückerlangung als thailändisch betrachteter Gebiete, sondern auch als Kampf gegen den grenzüberschreitenden Onlinebetrug. Die Volkspartei hatte sich den Kampf gegen den Onlinebetrug seit dem Sommer auf die Fahnen geschrieben. Auch Bhumjaithai war unter Druck geraten, nachdem dem stellvertretenden Finanzminister Vorapak Tanyawong persönliche Geschäftsbeziehungen zu Betrugssyndikaten vorgeworfen und er zum Rücktritt gezwungen worden war. Außerdem wurden Fotos in Umlauf gebracht, die den südafrikanischen Geschäftsmann und Fixer Benjamin Mauerberger, dem Verwicklungen in den grenzüberschreitenden Onlinebetrug nachgesagt werden, auch mit Anutin und einem ehemaligen Armeechef zeigten. Allerdings waren diese dem Premierminister zufolge bereits mehrere Jahre alt. Konkrete Geschäftsbeziehungen konnten dem Premierminister nicht nachgewiesen werden. Durch die Verbindung der äußeren mit der inneren Sicherheit in Bezug auf die Frage des grenzüberschreitenden Onlinebetrugs und durch einen harten Kurs gegenüber dem Nachbarland konnte Premierminister Anutin diesen Angriffen erfolgreich Konter geben.

Kurz nach dem erneuten Ausbruch der Gefechte an der Grenze löste Anutin das Repräsentantenhaus am 12. Dezember auf und ordnete Neuwahlen für den 8. Februar 2026 an. Auslöser war die Ankündigung eines Misstrauensvotums durch den Vorsitzenden der Volkspartei, das mit den Stimmen der Phuea Thai-Partei erfolgreich gewesen wäre. Vorangegangen war ein Zerwürfnis über die Modalität der vereinbarten Verfassungsreform. Bhumjaithai wollte hier den Senat miteinbeziehen, was die Volkspartei

strikt ablehnte. Mit der Auflösung des Repräsentantenhauses konnte Anutin die dem Votum vorausgehende Debatte vermeiden und auch mit dem Amtsinhabervorteil in die Wahl gehen.

3.7.3. Die Wahlen vom 8. Februar 2026

Bei den Wahlen am 8. Februar 2026 gingen Premierminister Anutin und seine Bhumjaithai-Partei mit 193 der 500 Mandate (ca. 39 %) als klare Sieger hervor.¹³ Die Volkspartei kam mit 118 Sitzen (ca. 24 %) weit abgeschlagen auf Platz zwei, während Phuea Thai sogar nur 74 Mandate (ca. 15 %) gewann. In verschiedenen Wahlkreisen wurden dabei Unregelmäßigkeiten gemeldet, und selbst die vom Senat ernannte Wahlkommission ordnete in mehreren Wahlkreisen Neuauszählungen sowie teilweise Neuwahlen an. Eine allgemeine Neuwahl kann ebenfalls nicht völlig ausgeschlossen werden, da argumentiert werden kann, dass durch während der öffentlichen Auszählung sichtbare Barcodes auf den Stimmzetteln das Wahlgeheimnis verletzt wurde. Ein klarer Sieg von Bhumjaithai kann aber als sicher angesehen werden. Ein Sieg der Partei, wenn auch nicht in dieser Größenordnung, war auch von Analysten vorausgesagt worden.¹⁴ Der oft in der internationalen Presse gemachten Aussage, dass das Wahlergebnis eine Überraschung war, liegt eine falsche Interpretation der Umfragen zugrunde. Die in diesen abgefragten Zustimmungswerte zu den verschiedenen Parteien lassen sich direkt nur auf die 100 über Parteilisten vergebenen Mandate übertragen. Bei der großen Mehrheit, nämlich 400 der 500 Mandate, handelt es sich allerdings um Direktmandate. Hier entscheiden sich Wähler, insbesondere außerhalb der urbanen Zentren, oft für langjährig etablierte und lokal verwurzelte Abgeordnete, wie es auch bei den PAOs der Fall ist. Ihnen wird oft eher zugetraut, sich für ihren Wahlkreis einzusetzen und schnell konkrete Lösungen für lokale Probleme zu finden.

Der klare Sieg der Bhumjaithai-Partei lässt sich vor diesem Hintergrund durch eine dreigliedrige Strategie erklären. So hat die Partei seit den letzten Wahlen bewusst etablierte Abgeordnete von anderen Parteien, die in ihren jeweiligen Wahlkreisen tief verwurzelt sind, angeworben.¹⁵ Einem viralen Post auf den Sozialen Medien zufolge kannte der Kandidat der Bhumjaithai-Partei alle Händler eines Marktes in seinem Wahlkreis beim Namen.¹⁶ Bhumjaithai gewann 174 der 400 Direktmandate. Während die Volkspartei bei den Direktmandaten landesweit deutlich verlor, konnte sie ihre starke Stellung in Bangkok sogar noch ausbauen: Alle Direktmandate der Hauptstadt gingen an die Reformpartei.

Die Rekrutierung bekannter Gesichter aus Bürokratie und Privatwirtschaft, wie des angesehenen Diplomaten Sihasak Phuanketkeow als Außenminister, sowie der ehemaligen Geschäftsführerin der Hotelkette Dusit, Suphajee Suthumpun, als Wirtschaftsministerin, präsentierte Bhumjaithai mit Blick auf die Parteiliste und urbane Wähler wiederum als eine Partei, die fachliche Kompetenz zu schätzen weiß. Außerdem profitierte die konservative Bhumjaithai-Partei von der nationalistischen Stimmung. Sie gewann immerhin 19 der 100 Mandate über die Parteiliste. Hier führte die Volkspartei tatsächlich entsprechend den Umfragen mit 31 der 100 Mandate. Eine um vier Prozentpunkte gesunkene Wahlbeteiligung von ca. 71 % deutet darauf hin, dass die Volkspartei ihre Unterstützer nicht so wie bei den vorherigen Wahlen, die auch als Referendum über die neunjährige Regierungszeit General Prayuts wahrgenommen wurden, mobilisieren konnte.¹⁷ Der Senat wird auch nicht mehr bei der Wahl des Premierministers mitstimmen können, was eine Verfassungsreform für viele Wähler weniger dringend gemacht haben wird. Zeitgleich mit den Wahlen vom 8. Februar wurde außerdem bereits ein Referendum durchgeführt, ob eine Verfassungsreform in Angriff genommen werden sollte. Eine parteiübergreifende Mehrheit von zwei Drittel der Wähler bejahte dies.

Die Volkspartei beging jedoch auch viele taktische Fehler, insbesondere durch die Unterstützung Anutins als Premierminister im September. Das Einschwenken auf eine nationalistische Linie mag außerdem einige Kernwähler abgeschreckt haben, ohne neue Wähler aus dem konservativen Lager gewonnen zu haben. Wie Bhumjaithai warb auch die Volkspartei bekannte Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Bürokratie an, um Wählern zu zeigen, dass die Partei die notwendige Kompetenz hat, an einer Regierung teilzunehmen. Von Parteimitgliedern und Unterstützern wurde dies harsch kritisiert, untergrabe diese Vorgehensweise doch die Marke der Volkspartei als einer prinzipiengestützten und mitgliederorientierten Reformpartei. Insbesondere die Aufstellung des langjährigen Diplomaten Pisan Manawapat stieß auf Kritik. Pisan hatte als Botschafter während der Militärdiktatur in Washington gedient und hatte in dieser Funktion die Junta verteidigt.¹⁸ Wie oben erwähnt, hatte sich die Volkspartei außerdem vor dem Hintergrund des Konflikts mit Kambodscha gegen den grenzüberschreitenden Onlinebetrug positioniert. Es war daher unglücklich, dass kurz vor der Wahl ein Kandidat der Partei wegen des Betriebs einer illegalen Glücksspielplattform verhaftet wurde.¹⁹

Phuea Thai hatte sich nie von dem im Juni veröffentlichten Telefonat erholen können. Die Ernennung eines Neffen Thaksins, des Professors

für Medizintechnik an der Mahidol-Universität Yodchanan Wongsawat, als Spitzenkandidat für das Amt des Premierministers der Partei zeigt, dass Phuea Thai weiterhin eng mit der politischen Dynastie der Shinawatra verbunden sein wird. Aber vermutlich auch aufgrund des Scheiterns der Kabinette Srettha und Paetongtarn, zentrale Wahlkampfversprechen umzusetzen, scheint es der Partei nicht gelungen zu sein, so viele Wähler wie noch bei den Wahlen 2023 zu mobilisieren.

Thailands älteste Partei, die Demokratische Partei, wählte im September den ehemaligen Premierminister Abhisit Vejjajiva erneut zum Vorsitzenden und Kandidaten für das Amt des Premierministers. Bis Ende des Jahres konnte er mit einer neuen Führungsriege, die sowohl jüngere und neue Gesichter als auch seinen ehemaligen Finanzminister Korn Chatikavanij einschloss, die Zustimmungswerte seiner Partei deutlich steigern. An der Wahlurne kam es im Vergleich zu 2023 dennoch zu einem leichten Rückgang auf insgesamt nur 22 Sitze.

3.7.4. Wirtschaft: Der „kranke Mann Asiens“

Kurz vor den Wahlen veröffentlichte die *Financial Times* einen Artikel, der Thailand zum „kranken Mann Asiens“ erklärte und damit natürlich viel Aufmerksamkeit erhielt und sogar einen zustimmenden Leserbrief mit konkreten Lösungsvorschlägen des ehemaligen Premierministers Srettha anzog.²⁰ Die Diagnose war dabei nicht neu und war auch in Thailand bereits lebhaft diskutiert worden, doch im Wahlkampf wurde sie vom Grenzkonflikt überschattet.

Die Expansion der thailändischen Wirtschaft, die das Land 2012 zu einer Volkswirtschaft mit mittlerem Einkommen machte, basierte seit den 1980er Jahren auf ausländischen Direktinvestitionen. Ein günstiges regulatorisches Umfeld, gute Infrastruktur und niedrige Lohnkosten boten multinationalen Unternehmen, insbesondere aus Japan, einen attraktiven Standort für die industrielle Fertigung. Das Wirtschaftswachstum kurbelte wiederum den Binnenkonsum an. Heute wirken sich jedoch eine alternde Bevölkerung, regulatorische Hürden sowie steigende Lohnkosten negativ auf die Attraktivität Thailands als Investitionsstandort aus.

Dies zeigt sich auch in der Automobilbranche, die in Thailand eine Schlüsselindustrie ist.²¹ Die zunehmende Rolle der Elektromobilität in den Exportmärkten ist daher für Thailand von essenzieller Bedeutung. Seit 2020 fördert Thailand den Erwerb von Elektroautos, gestattet aber vor dem

Hintergrund der noch mangelnden lokalen Produktion den Import von fertigen Fahrzeugen. Unternehmen müssen jedoch die Importe durch die später erfolgende inländische Produktion kompensieren. Die großzügige staatliche Förderung des Erwerbs von Elektrofahrzeugen aus der Volksrepublik China in den frühen Jahren der Förderung hat den Vertrieb stark angekurbelt, was sich vor allem auf Bangkoks Straßen zeigt – auch wenn der Gesamtanteil an Elektrofahrzeugen weiterhin bloß im einstelligen Bereich liegt. Bei den erworbenen Fahrzeugen handelt es sich aber immer noch überwiegend um aus China importierte Fahrzeuge, was sich natürlich negativ auf den Absatz von in Thailand erzeugten Verbrennern oder Hybridfahrzeugen ausgewirkt hat. Ob sich die lokale Produktion von Elektrofahrzeugen tatsächlich realisieren lassen wird, wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen.

Der politische Konflikt seit den frühen 2000er Jahren hat es außerdem verhindert, dass notwendige Strukturreformen durchgeführt wurden. Solche Reformen sind dabei auch oft nicht im Interesse der thailändischen Konglomerate, die weite Teile der Wirtschaft kontrollieren und daher großen politischen Einfluss genießen. Damit einhergehend hat sich laut dem Corruption Perceptions Index von Transparency International die Wahrnehmung der Korruption in Thailand in den letzten Jahren verschlechtert. Innerhalb der ASEAN-Staaten belegt das Land inzwischen nur noch den achten Platz.²² Dies zeigte sich 2025 an gleich mehreren schweren, aber vermeidbaren Unfällen. So stürzte als einziges Gebäude in Bangkok bei einem Erdbeben im März ausgerechnet das sich im Bau befindliche Büro der staatlichen Rechnungsprüfungsbehörde ein. Grund war eine Kombination aus mangelhafter Planung, fehlerhafter Bauausführung und der Verwendung unzulässiger Baumaterialien durch das beauftragte Bauunternehmen Italian-Thai Development PLC (ITD), das das Gebäude gemeinsam mit dem chinesischen Staatsunternehmen China Railway Engineering Corporation (CREC) errichtete. Auf der ebenso von ITD und CREC betriebenen Baustelle der Rama II-Schnellstraße kam es 2024 und 2025 mehrfach zu Unfällen mit mehreren Toten. Am 16. Januar 2026 stürzte sogar ein ganzer Kran auf die Fahrbahn. Nur zwei Tage zuvor war ein Kran an der Schnellbahnstrecke von Bangkok nach Korat im Nordosten des Landes auf einen fahrenden Zug gestürzt. Auch hier handelte es sich um ein Joint Venture von ITD und CREC. Dass die Unternehmen trotz wiederholter schwerer Unfälle Staatsaufträge nicht verloren haben und Kontrollen nicht verschärft wurden, weist Kritikern zufolge auf mögliche Korruption und die mangelnde Unabhängigkeit staatlicher Behörden hin.²³

Der Binnenkonsum leidet derweil unter einer der höchsten Privatverschuldungen in Asien, die bei ca. 85 % des Bruttoinlandsprodukts liegt. Thailands Wirtschaft wächst so seit Jahren deutlich langsamer als die der anderen Länder in der Region, im Durchschnitt mit nur 2 % in den letzten fünf Jahren. Premierminister Srettha versuchte mit einer Doppelstrategie die Wirtschaft aus der Krise zu führen. Durch eine Einmalzahlung von 10.000 THB auf eigens zu schaffende digitale Konten sollte der Privatkonsum wieder angekurbelt werden. Die Volkspartei hinterfragte jedoch die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Auszahlung aufgrund der notwendigen Neuverschuldung. Dies eröffnete dem Koalitionspartner Bhumjait-hai die Möglichkeit, die eigene Zustimmung bis zur rechtlichen Klärung zurückzuhalten. Die Auszahlung wurde letztlich nie vollständig geleistet. Gleichzeitig sollte durch ein neues Leuchtturmprojekt Thailand wieder zu einem attraktiveren Standort für Direktinvestitionen gemacht werden. Durch den Bau einer „Landbrücke“ über die malaysische Halbinsel in Form von Straßen- und Eisenbahnverbindungen sowie Pipelines sollte eine Alternative zum logistischen Engpass der Straße von Malakka errichtet werden. Dass eine solche „Landbrücke“ bei dem notwendigen zweimaligen Umladen von Containern tatsächlich wettbewerbsfähig sein kann, wird von Experten aber bezweifelt.²⁴ Die „Landbrücke“ zog so keine nennenswerten Investitionen an. Premierminister Srettha machte es sich vor diesem Hintergrund zur Aufgabe, als „nationaler Vertriebsmann“ international Investitionen, aber auch Touristen anzuwerben.

Auch die wichtige Tourismusbranche leidet, vor allem am Einbruch des chinesischen Marktes. China wurde im Jahre 2014, zwei Jahre nachdem die chinesische Komödie *Lost in Thailand* ein Überraschungserfolg wurde, zum wichtigsten Tourismusmarkt Thailands. Aufgrund der schwachen Wirtschaftslage in der Volksrepublik wurden die Touristenzahlen aus dem Zeitraum vor der Pandemie nicht mehr erreicht. Dazu kommen nun auch Sicherheitsbedenken. Ende 2023 wurde *No More Bets* ein Erfolg an Chinas Kinokassen. Der Thriller thematisiert die Entführung von Chinesen in Südostasien, um diese zur Tätigkeit im grenzüberschreitenden Onlinebetrug zu zwingen. Der reale Entführungsfall des Schauspielers Wang Xing, der Anfang 2025 mit dem Versprechen einer Rolle nach Thailand gelockt wurde und von dort in einen Betrugskomplex in Myanmar verschleppt worden war, erregte in China große Aufmerksamkeit. Auch international bekannte chinesische Schauspieler riefen zu seiner Freilassung auf, die so auch innerhalb von wenigen Tagen dank einer intensiven chinesisch-thailändischen Kooperation erreicht wurde. Dennoch sollen etwa 10.000

Buchungen aus China storniert worden sein.²⁵ Im Jahr 2025 wurde so, auch verursacht durch den Grenzkonflikt mit Kambodscha, eine im Vergleich zum Vorjahr um 7 % geringere Zahl von Touristen verzeichnet.

Vor diesem Hintergrund ist der maßgeblich von Thaksin Shinawatra nach seiner Haftentlassung vorangetriebene Vorschlag, Kasinos in Thailand zu legalisieren, auf den ersten Blick durchaus nachvollziehbar. Mit ihnen hätte ein neuer Tourismusmarkt erschlossen werden können. Kritiker wiesen jedoch darauf hin, dass Thailands Behörden kaum in der Lage sein würden, die angekündigten strikten Beschränkungen für thailändische Spieler durchzusetzen oder die häufig mit legalem Glücksspiel verbundenen illegalen Aktivitäten zu unterbinden.²⁶ Ein heftig kritizierter Gesetzentwurf wurde Anfang Juli 2025 zurückgezogen.

3.7.5. Erfolgreich durchgeführte Reformen

Trotz ihrer jeweils kurzen Dauer und fehlender nennenswerter wirtschaftspolitischer Erfolge der Phuea Thai–Bhumjaithai-Koalition unter den Kabinetten Srettha und Paetongtarn lassen sich fünf Reformen als positive Errungenschaften im Zeitraum von August 2023 bis September 2025 hervorheben.

Das Ehegleichstellungsgesetz von August 2024 machte Thailand zum dritten Land in Asien und zum ersten in Südostasien, das gleichgeschlechtliche Ehen gesetzlich anerkennt.

Das Gesetz zum Schutz der Kultur ethnischer Minderheiten von August 2025 kann als Kompromiss angesehen werden, der bei Weitem nicht so weit geht wie ein von der People's Party eingebrachtes Gesetz. Insbesondere ist zu erwähnen, dass auf Druck nationalistischer Kräfte der Begriff „indigene Völker“ gestrichen wurde. Nationalisten, auch innerhalb von Bhumjaithai, beharrten darauf, dass nur das Volk der Thais im Königreich als indigen gelten solle. Dennoch markiert das Gesetz einen historisch bedeutsamen ersten Schritt zur juristischen Anerkennung der kulturellen Identität ethnischer Minderheiten.

Als Srettha vereidigt wurde, war Thailand zudem eines der Länder mit der höchsten Bevölkerungsanzahl von Staatenlosen, denen bürokratische Hürden in den Weg gelegt werden, die thailändische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Ende Juni 2025 gab Premierministerin Paetongtarn eine drastische Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens bekannt, das bereits ihr Vorgänger im August 2024 in Aussicht gestellt hatte. Bis zu eine

Million Menschen sollen so innerhalb der nächsten zwei Jahre zu thailändischen Staatsbürgern werden können. Für diese ist die Staatsbürgerschaft vor allem für den Zugang zum Schulwesen und Gesundheitssystem von Bedeutung. Angesichts der alternden Bevölkerung Thailands wird so auch ein Pool an neuen, legalen Arbeitskräften gewonnen. Dabei bleibt zu klären, wie deren Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen ist. Vor dem Hintergrund des Exodus von Hunderttausenden von kambodschanischen Arbeitsmigranten nach Ausbruch des Grenzkonflikts im Juli 2025 wurde auch die Entscheidung getroffen, Flüchtlingen aus Myanmar den Zugang zum thailändischen Arbeitsmarkt zu öffnen. Diese halten sich teilweise seit Jahrzehnten in Camps an der Grenze auf.

Außerdem müssen zwei Reformen hervorgehoben werden, durch die Regulierungen aufgehoben wurden, die praktisch nur dazu dienten, Oligopole großer Unternehmen aufrechtzuerhalten. Durch das „Gemeinde-Alkoholgesetz“ von Juni 2025 ist nun erstmals die lokale Produktion von Craft Beer und traditionellen Spirituosen erlaubt. Der wirtschaftliche Effekt wird nur beschränkt sein, die Verabschiedung des Gesetzes zeigt aber, dass auch eine Koalition von Großunternehmen nahestehenden Parteien Strukturreformen umsetzen kann. Von größerer Bedeutung ist ein Pilotprojekt, das Großabnehmern ab 2026 den direkten Erwerb von Elektrizität von privaten Produzenten erlaubt. Das Pilotprojekt ist ein Meilenstein für Investitionen in nachhaltige Energie in Thailand. Dies macht Thailand wiederum attraktiver für energieintensive Industrien, wie Rechenzentren, die im Rahmen ihrer Einbindung in globale Lieferketten die Nachhaltigkeit ihres Stromverbrauchs nachweisen müssen. Es stellt die seit Jahrzehnten weitreichendste Liberalisierung des Strommarktes in Thailand dar.

3.7.6. Das thailändische Königshaus

Der folgende Abschnitt muss vor dem Hintergrund der in Thailand sehr weitreichenden Interpretation des Straftatbestands der Majestätsbeleidigung gelesen werden, durch die selbst wissenschaftlich-kritische Auseinandersetzungen mit der Monarchie mit drakonischen Strafen bedroht sind.

Im November 2025 reisten König Vajiralongkorn (Rama X, König seit 2016, Krönung 2019) und Königin Suthida zu einem historischen, mehrtägigen Staatsbesuch nach China anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Etablierung diplomatischer Beziehungen zwischen dem Königreich Thailand und der kommunistischen Volksrepublik.²⁷ Es handelte sich dabei

um den ersten Besuch eines regierenden Königs aus Thailand in China, auf den die chinesische Regierung lange hingewirkt haben soll. Dabei sollte die chinesische Darstellung des Besuchs als erster Staatsbesuch König Vajiralongkorns in einem „major country“ nicht unkritisch übernommen werden.²⁸ Die erste offizielle Reise als König unternahm König Vajiralongkorn mit Königin Suthida bereits im Mai 2023 nach Großbritannien. Dabei handelte es sich allerdings nicht um einen bilateralen Staatsbesuch, sondern um die Teilnahme an den Krönungsfeierlichkeiten von König Charles III. auf Einladung des britischen Königshauses. Der erste Staatsbesuch, wie von thailändischer Seite ausdrücklich betont, führte König Vajiralongkorn und Königin Suthida vom 25. bis 28. April 2025 nach Bhutan, auf Einladung des befreundeten Königs des Himalaya-Staates. Weltweit Aufmerksamkeit erlangte der Besuch dadurch, dass das königliche Paar das Flugzeug selbst steuerte, obwohl es sich bei dem Flughafen in Paro um einen der anspruchsvollsten der Welt handelte. Mit diesem Besuch in der kleinen buddhistischen Monarchie im Himalaya wurde bewusst vermieden, dass der erste Staatsbesuch des thailändischen Königs in der Volksrepublik China stattfinden würde.

Am 24. Oktober verstarb Königinmutter Sirikit nach langjähriger Krankheit. Ihre Urne wird für ein Jahr in der Dusit-Maha-Prasat-Halle des Grand Palace aufgebahrt. Für Beamte und Beschäftigte öffentlicher Institutionen gilt für diesen Zeitraum eine Trauerperiode. Die Einäscherung wird in einem eigens zu errichtenden Krematorium auf dem Sanam-Luang-Platz erfolgen.

3.7.7. Entwicklungen in den deutsch-thailändischen Beziehungen

Das Jahr 2024 zeichnete sich durch einen intensiven deutsch-thailändischen Austausch aus. Im Januar des Jahres besuchte Frank-Walter Steinmeier als erster deutscher Bundespräsident seit 22 Jahren das Königreich. Im Folgemonat war der thailändische Außenminister in Deutschland. Und im März besuchte dann Premierminister Srettha Thavisin Deutschland, um Bundeskanzler Olaf Scholz zu treffen. Eine Intensivierung der deutsch-thailändischen Beziehungen ist dabei vor allem im gegenseitigen wirtschaftlichen Interesse. Für Deutschland und die Europäische Union ist Südostasien ein Zukunftsmarkt, der es auch erlaubt, Lieferketten von China zu diversifizieren. Für den „nationalen Vertriebsleiter“ Srettha war der Besuch in Berlin ein Programmpunkt seines intensiven Reiseprogramms, um Investo-

ren – auch für die Landbrücke – und Touristen anzuwerben. Insbesondere wurde auch die Zusammenarbeit in der Klimatechnologie diskutiert.

Beide Seiten bezogen sich in ihren offiziellen Stellungnahmen beim Besuch des Bundespräsidenten in Bangkok auch explizit auf den Regierungswechsel von 2023 in Thailand, um den Zeitpunkt des stärkeren Engagements zu erklären.²⁹ Premierminister Srettha erklärte Thailand unter seiner Regierung wieder „open for business“. Der Bundespräsident hingegen sprach von Signalen, die „sehr ermutigend“ seien, und dass Thailand daher erneut das deutsche „Vertrauen“ verdient hätte. Diese Einordnung übergang allerdings, dass Srettha unter derselben Verfassung wie sein Vorgänger zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, und dies eben mit den Stimmen der ernannten Senatoren, die zuvor eine Regierungsbildung der Move Forward-Partei verhindert hatten.

Die deutsche Interpretation, dass der Freispruch von Pita Limjaroenrat vom Vorwurf des Verstoßes gegen das Wahlgesetz eine „Botschaft an die internationale Gemeinschaft“ und zugleich „ein versöhnliches Signal nach innen“ darstelle, war dann gleich doppelt unglücklich. Einerseits implizierte diese Interpretation des Urteils, dass die Gerichtsentscheidung auf politischen Erwägungen beruhte und nicht streng auf der Grundlage geltenden thailändischen Rechts getroffen worden war – was einer Wahrnehmung positiver Entwicklungen hin zu demokratischen und rechtsstaatlichen Standards eigentlich widerspricht. Im konkreten Fall wurde das so gefällte Urteil dann aber begrüßt. Andererseits zog die deutsche Einschätzung nicht in Erwägung, dass das gewichtigere Urteil noch ausstand. Eine Woche später erfolgte die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs, dass eine Revision des Strafgesetzsatzparagraphen zur Majestätsbeleidigung dem Versuch gleichkäme, Thailands Monarchie zu stürzen. Dies wiederum führte im August 2024 zur Auflösung der Partei sowie zu einem zehnjährigen Politikverbot für die Führungsriege.

Trotz dieser Rückabwicklung der „Botschaften“ und „Signale“ besteht weiterhin Interesse an einer strategischen Partnerschaft zwischen beiden Ländern. Konkret heißt dies, dass Deutschland und Thailand ihre langjährige Zusammenarbeit in der Energiewende, Industrie 4.0, im Schienenverkehr und in der dualen Berufsausbildung gezielt fortschreiben und ausbauen. Dies ist nur zu begrüßen. Denn als drittgrößte Volkswirtschaft Südostasiens bleibt Thailand ein wichtiger Partner in der Region, der von deutscher Unterstützung bei der Überwindung seiner wirtschaftlichen Krise nur profitieren kann.

Hervorzuheben ist auch das Freihandelsabkommen vom Januar 2025 zwischen Thailand und der Europäischen Freihandelsassoziation, der die Schweiz angehört.

3.7.8. *Die chinesisch-deutsch-thailändische U-Boot-Saga*

Erfolglos blieben in den Jahren 2024 und 2025 die Bemühungen der thailändischen Regierungen, eine deutsche Genehmigung für die Lieferung von Dieselmotoren an eine chinesische Werft zu erhalten, die U-Boote für Thailand baut. Im Jahre 2015 hatte die Junta sich dafür entschieden, den von der Marine langgehegten Wunsch zu erfüllen und zum ersten Mal seit 1951 wieder eine thailändische U-Bootflotte aufzustellen. Die Wahl fiel schnell auf im internationalen Vergleich günstige chinesische Modelle. Die Volksrepublik China hatte nach dem Putsch die Zusammenarbeit mit dem thailändischen Militär rasch ausbauen können, als die Vereinigten Staaten und europäische Länder entsprechende Kontakte einschränkten. Die Fertigstellung des ersten Bootes wurde dann erst von der Pandemie verzögert und kam schließlich zum Stillstand, als klar wurde, dass China den Einbau von deutschen Dieselmotoren vertraglich zugesichert hatte. Der Export von Rüstungsgütern nach China ist zwar seit dem Tiananmen-Massaker 1989 europarechtlich untersagt, deutsche Unternehmen beriefen sich aber lange auf die Ausnahme für Dual-Use-Güter, um trotzdem Dieselmotoren an chinesische Werften zu liefern – und zwar auch nachdem bereits bekannt war, dass diese in chinesischen Kriegsschiffen verbaut wurden.³⁰ Dies hatte sich jedoch Anfang 2022 geändert, und die chinesische Werft konnte den versprochenen ersten Motor somit nicht erwerben und verbauen. In der Opposition hatte Phuea Thai den Erwerb der U-Boote stets stark kritisiert. Nach der Regierungsbildung musste sich die Partei aber mit dem Militär arrangieren. Auch übte die chinesische Regierung Druck auf Thailand aus, entweder chinesische Motoren zu akzeptieren oder alternativ bereits getätigte Zahlungen auf den Erwerb eines Oberflächenschiffes anrechnen zu lassen. Noch Mitte Mai 2025 bat Verteidigungsminister Phumtham Wechayachai vergeblich bei einem Besuch in Deutschland seinen Amtskollegen Boris Pistorius um eine Ausnahmegenehmigung für die Motoren. Anfang August 2025 entschied die thailändische Regierung dann, den Vertrag anzupassen und den Einbau chinesischer Motoren zu akzeptieren.

3.7.9. Ausblick auf die kommende Legislaturperiode

Zwei Wochen nach den Wahlen zum thailändischen Repräsentantenhaus am 8. Februar 2026 scheint eine Bhumjaithai-geführte Koalition mit einer deutlichen Mehrheit von 300 der 500 Mandate im Repräsentantenhaus mit Phuea Thai als Hauptpartner sowie mehreren kleineren Parteien gesichert zu sein.

Der klare Sieg konservativer Kräfte in Thailand war zweifellos eine Enttäuschung für die Unterstützer der Volkspartei im In- und Ausland. Doch selbst eine absolute Mehrheit für sie hätte höchstwahrscheinlich nicht bedeutet, dass die Partei ihr umfassendes Reformprogramm hätte durchsetzen können. Wie bereits bei der Regierungsbildung im Sommer 2023 wäre ein solcher Versuch vermutlich am Widerstand konservativer Kräfte im Senat, aber auch in der Bürokratie und in der Wirtschaft gescheitert.

Ein deutliches Indiz hierfür liefert die Entscheidung der Antikorruptionsbehörde nur einen Tag nach der Wahl: Nach ihrer Auffassung sollen 44 ehemalige Abgeordnete der Move Forward-Partei ein schwerwiegendes ethisches Fehlverhalten begangen haben, als sie einen Gesetzentwurf zur Reform des Strafrechtsparagrafen 112 einbrachten. Der Fall wurde an den Verfassungsgerichtshof weitergeleitet. Sollte dieser sich des Sachverhaltes annehmen, was als wahrscheinlich anzusehen ist, müssten 15 Angeordnete der Volkspartei ihr Mandat wohl niederlegen. Unter ihnen befinden sich auch der Parteivorsitzende Natthaphong und andere führende Köpfe der Reformpartei. Damit wird die Volkspartei voraussichtlich deutlich geschwächt in die nächste Legislaturperiode starten. Zugleich hat diese Entscheidung den Spielraum für den politischen Diskurs und Reforminitiativen in Thailand weiter eingeschränkt.

Eine Koalition, die hauptsächlich aus Bhumjaithai und Phuea Thai besteht, wird voraussichtlich auf die Unterstützung des Senats sowie auf Vertrauen in Bürokratie, Militär und Wirtschaft bauen können. Sie wäre somit in der Lage, angestrebte Reformen tatsächlich umzusetzen – auch wenn diese deutlich weniger ambitioniert ausfallen werden als jene, die von der Volkspartei angestrebt wurden. Die Koalitionsregierungen der beiden Parteien unter den Kabinetten Srettha und Paetongtarn haben jedoch bereits gezeigt, dass beide Parteien grundsätzlich bereit, aber auch fähig sind, Kompromisse zu finden und Reformen anzugehen. Die entscheidenden Fragen werden dabei sein, ob und wie stark sich erstens reformorientierte Kräfte innerhalb der Koalition durchsetzen können, und ob es ihnen dann zweitens auch gelingen wird, Status-quo-orientierte Gruppen in Verwaltung

und Wirtschaft davon zu überzeugen, dass ein Umdenken in vielen Bereichen für Thailands Zukunft unerlässlich ist.

Notes

- 1 Dieses Kapitel ist wesentlich aus Gesprächen und dem Austausch mit Kan Yuenyong, Mathis Lohatepanont, Michael J. Montesano, Napon Jatusripitak, Panitan Wattanayagorn, Surachanee Sriyai, Tita Sanglee und Wasana Wongsurawat hervorgegangen. Für ihre Anregungen bin ich ihnen sehr verbunden.
- 2 NIDA Poll, „Political Popularity Survey for the Fourth Quarter of 2023“, 24. Dezember 2023, <https://nidapoll.nida.ac.th/data/survey/uploads/FILE-1703330114873.pdf>; NIDA Poll, „Suek lueak tang 2566 khrang thi 3 คีงเลือกตั้ง 2566 ครังที่ 3“, 3. Mai 2023, <https://nidapoll.nida.ac.th/data/survey/uploads/FILE-1683025930254.pdf>.
- 3 „No Impact on Senate Election from Lack of Candidates in Some Districts: EC“, *The Nation*, 25. Mai 2024, <https://www.nationthailand.com/news/politics/40038312>.
- 4 „Sia Nu Blue Power ‘Dil Khao Yai’ kap chakthat mai kan mueang Thai เสี่ยหนู Blue Power ‘ดีลเขาใหญ่’ กับฉากทัศน์ใหม่การเมืองไทย“, *Manager Online*, 27. Juli 2024, <https://mgronline.com/daily/detail/9670000063486>.
- 5 „Pheu Thai Party Wins in Most PAO Mayoral Elections“, *Thai PBS*, 2. Februar 2025, <https://world.thaipbs.or.th/detail/pheu-thai-party-wins-in-most-pao-mayoral-elections/56394>.
- 6 „Priang’ pho mai phlik khong sutthai nayok O. P. Ch. 47 changwat Khrai Lailam ‘เปรียง’ โฟไม่พลิก คีงสุดท้ายนายก อบจ. 47 จังหวัด ไครลอยลำ“, *Thai PBS*, 31. Januar 2025, <https://www.thaipbs.or.th/news/content/348796>.
- 7 Michael J. Montesano und Tita Sanglee, „Rethinking Thailand’s Local Elections: Beyond the Shadow of National Parties and Political Big Houses“, *Fulcrum*, 11. Februar 2025, <https://fulcrum.sg/rethinking-thailands-local-elections-beyond-the-shadow-of-national-parties-and-political-big-houses/>.
- 8 NIDA Poll, „Political Popularity Survey for the Third Quarter of 2025“, 28. September 2025, <https://nidapoll.nida.ac.th/data/survey/uploads/FILE-1758884071454.pdf>.
- 9 Suriya ist ein Onkel von Thanathorn Juangroongruangkit, dem Gründer der Future Forward Partei, der Vorgängerpartei von Move Forward.
- 10 Siehe hierzu auch Kapitel 4.2. in diesem Band.
- 11 Pravitt Rojanaphruk, „The Unacknowledged Bad-Blood Factor that Pushed the People’s Party to Support Anutin as PM“, *Khaosod English*, 7. September 2025, <https://www.khaosodenglish.com/featured/2025/09/07/the-unacknowledged-bad-blood-factor-that-pushed-the-peoples-party-to-support-anutin-as-pm>.
- 12 NIDA Poll, „Kan samruat khanaen niyom thang kanmueang rai traimas khrang thi 3–2568 การสำรวจคะแนนนิยมทางการเมืองรายไตรมาส ครังที่ 3–2568“, 28. September 2025, https://nidapoll.nida.ac.th/survey_detail?survey_id=771.
- 13 Siehe die Übersicht der Wahlergebnisse auf der Website von ThaiPBS, „ThaiPBS Election“, *Thai PBS*, abgerufen am 25. Februar 2026, <https://www.thaipbs.or.th/election69/result/en?tab=referendum>.
- 14 „NIDA Poll Predicts Bhumjaithai Wins Election, People’s Party Sweeps Bangkok“, *The Nation*, 8. Februar 2026, <https://www.nationthailand.com/news/politics/40062274>.

- 15 „PM Anutin’s Bhumjaithai Welcomes 14 MPs from Other Parties”, *Bangkok Post*, 23. November 2025, <https://www.bangkokpost.com/thailand/politics/3142860/pm-anutins-bhumjaithai-welcomes-14-mps-from-other-parties>; „Kanmueang ‘taek’ jaek pro samoraphum ‘Isan–Tai’ Ph. T. ‘Phumjai dud’ การเมือง ‘ตลาดแตก’ แจกโปรสมัครภูมิ ‘อีสาน-ใต้’ ภท. ‘ภูมิใจตุ๊ด’”, *Krungthep Turakij* กรุงเทพมหานคร, 8. Dezember 2025, <https://www.bangkokbiznews.com/politics/1202219>.
- 16 Tulsathit Taptim, „Very Hard Part over, but Here Comes Hardest Part”, *Thai PBS*, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://world.thaipbs.or.th/detail/very-hard-part-over-but-here-comes-hardest-part/60386>.
- 17 „Reviewing Voter Turnout over 25 Years through the 2026 Election: How Many Thais Voted Each Year?”, *ThaiRath Online*, 9. Februar 2026, <https://en.thairath.co.th/scoop/infographic/2913227>.
- 18 Erich Parpart, „People’s Party Faces Criticism over Cabinet Picks as Prospective Foreign Minister Addresses Post Coup-Era Questions”, *Thai Enquirer*, 7. Januar 2026, <https://www.thaienquirer.com/64683/peoples-party-faces-criticism-over-cabinet-picks-as-prospective-foreign-minister-addresses-coup-era-questions/>.
- 19 „Cyber Police Arrest Ratchapong Soisuwan, Peoples Party Candidate, in Online Gambling Case”, *ThaiRath Online*, 15. Januar 2026, <https://en.thairath.co.th/news/crime/2907906>.
- 20 A. Anantha Lakshmi, „How Thailand Became the ‘Sick Man’ of Asia”, *Financial Times*, 3. Februar 2026, <https://www.ft.com/content/e766f94f-7626-4b60-b997-44calb18a4e7>; Srettha Thavisin, „Letter: A Former PM Offers a Cure for Thailand’s Economic Ills”, *Financial Times*, 11. Februar 2026, <https://www.ft.com/content/b9ea38e6-928a-45e6-b95f-c5fca95f7563>.
- 21 Archanun Kohpaiboon, „The Thai Automotive Industry in Troubled Transition”, *ISEAS Perspectives* 2025/41, 5. Juni 2025, <https://www.iseas.edu.sg/articles-commentaries/iseas-perspective/2025-41-the-thai-automotive-industry-in-troubled-transition-by-archanun-kohpaiboon>.
- 22 „Corruption Perception Index 2025”, Transparency International, abgerufen am 20. Februar 2026, <https://www.transparency.org/en/cpi/2025>.
- 23 Silapakorn Sangsinchai, „SAO building collapse: causes, accountability and the impact of 2025’s defining tragedy”, *The Nation*, 27. Dezember 2025, <https://www.nationthailand.com/the-nation-special-report/40058759>.
- 24 Eugene Mark, „Thailand’s Land Bridge: Navigating Geopolitical and Investor Concerns”, *ISEAS Perspective* 2025/13, 18. Februar 2025, <https://www.iseas.edu.sg/articles-commentaries/iseas-perspective/2025-13-thailands-land-bridge-navigating-geopolitical-and-investor-concerns-by-eugene-mark/>.
- 25 „Fears of scam centre kidnaps keep Chinese tourists on edge in Thailand”, *France 24*, 29. Januar 2025, <https://www.france24.com/en/live-news/20250129-fears-of-scam-centre-kidnaps-keep-chinese-tourists-on-edge-in-thailand>.
- 26 Surachanee ‘Hammerli’ Sriyai und Aries A. Arugay, „Casinos and Consequences: A Comparative Lens on Thailand and the Philippines”, *ISEAS Perspective* 2025/56, 5. August 2025, <https://www.iseas.edu.sg/articles-commentaries/iseas-perspective/2025-56-casinos-and-consequences-a-comparative-lens-on-thailand-and-the-philippine-s-by-surachanee-hammerli-sriyai-and-aries-a-arugay/>.
- 27 Aufgrund des oft lose ausgelegten Strafrechtsparagrafen zur Majestätsbeleidigung in Thailand können Entwicklungen in Bezug auf die „hohe Institution“ Thailands nicht offen diskutiert werden. Selbst die Wiederholung einer Kritik, um diese dann dezidiert zu widerlegen, kann von Gerichten als solche aufgefasst werden.

- 28 Zhang Jianwei, „Writing a new chapter in China-Thailand friendship”, *ThaiPBS*, 13. November 2025, <https://world.thaipbs.or.th/detail/writing-a-new-chapter-in-china-thailand-friendship/59521>.
- 29 „Steinmeier sieht ermutigende Signale in Thailand“, *Zeit*, 25. Januar 2024, [https://www.zeit.de/news/2024-01/25/steinmeier-sieht-ermutigende-signale-in-thailand; „Thailand Live: German President and Thai PM Srettha Make Statements”, *News9*, YouTube, 25. Januar 2024, abgerufen am 25. Januar 2026, <https://www.youtube.com/watch?v=u9h7OZIsYHo>.](https://www.zeit.de/news/2024-01/25/steinmeier-sieht-ermutigende-signale-in-thailand;_Thailand_Live:_German_President_and_Thai_PM_Srettha_Make_Statements)
- 30 Siehe David Lague, „Special Report: Chinese Military's Secret to Success: European Engineering”, *Reuters*, 19. Dezember 2013, <https://jp.reuters.com/article/world/special-report-chinese-militarys-secret-to-success-european-engineering-idUSBRE9BI0PD/>.

3.8. Vietnam: Innen- und außenpolitische Entwicklungen, wirtschaftliche Trends und die Beziehungen zu den DACH-Ländern 2024–2025

Alfred Gerstl und Oliver Thurin

Central European Institute of Asian Studies, Bratislava, Prag und Wien

3.8.1. *Einleitung: Innenpolitische Turbulenzen bei gleichzeitiger wirtschaftlicher und außenpolitischer Stabilität*

In den letzten Jahren herrschte in Bezug auf Vietnam ein konstantes Muster vor: International machte das aufstrebende südostasiatische Land hauptsächlich aufgrund seiner rapiden wirtschaftlichen Entwicklung positive Schlagzeilen. Gleichzeitig bestand im autoritär regierten kommunistischen Land ein hoher Grad an Stabilität, so dass die Innenpolitik trotz anhaltender Menschenrechtsverletzungen im Westen selten thematisiert wurde. Außenpolitisch riefen hingegen von China regelmäßig provozierte Zwischenfälle im Südchinesischen Meer Besorgnis und daher ein breites Medienecho hervor. Doch von 2024 bis Anfang 2026 änderte sich dieses Muster: Überraschenderweise überwogen nicht die außen-, sondern die innenpolitischen Ereignisse, während wirtschaftlich die Weichen wie in den Jahren zuvor auf dynamischem Wachstum standen.

Aufgrund des Machtwechsels an der Staatsspitze, der wegen des Ablebens des Generalsekretärs 2024 ungeplant erfolgt war, herrschte bis zum 14. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams im Januar 2026 Unsicherheit über den künftigen politischen Kurs der Sozialistischen Volksrepublik Vietnam. Auf dem Parteitag, der alle fünf Jahre stattfindet und die wichtigsten inhaltlichen und personellen Weichen stellt, wurde Generalsekretär To Lam einstimmig für eine fünfjährige Amtsperiode gewählt und damit als starker Mann des aufstrebenden Landes bestätigt. Mehr noch, im April 2026 wurde er erneut in das (zeremonielle) Amt des Präsidenten gewählt, das er wiederum gleichzeitig mit jenem des realpolitisch bedeutsameren Generalsekretärs ausübt.¹ Damit hat eine einzige Person eine herausragende Machtstellung – eine Konstellation, die Parteistrategen nach der Öffnung in den 1980er Jahren durch die Einführung eines austarierten innerparteilichen Machtsystems für einige Jahrzehnte bewusst verhindert hatten.

Generell unterstreichen die jüngsten weltpolitischen Entwicklungen, wie sehr Geopolitik und Geoökonomie zunehmend Hand in Hand gehen. Der seit Jänner 2025 erneut amtierende amerikanische Präsident Donald J. Trump verstärkt diesen Trend mit seiner Politik noch weiter. Die Auswirkungen der Geopolitik auf Südostasien und Vietnam waren jedoch bereits seit mehr als einem Jahrzehnt spürbar: Die strategische Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Volksrepublik China erfordert von den Regierungen ein vorsichtiges außenpolitisches Navigieren zwischen den beiden Supermächten. Vietnam kann von dieser Rivalität jedoch zum Teil auch profitieren, lagerten doch im letzten Jahrzehnt mehr und mehr chinesische Unternehmen ihre Produktion in das Nachbarland aus, um amerikanischen Strafzöllen zu entgehen. Auch westliche Unternehmen investieren seit der Öffnung, wobei steigende Lohnkosten in China und politische Überlegungen ebenfalls zur Verlagerung von Produktionsstandorten aus China nach Vietnam motivierten.

Zwar drangen 2024 und 2025 aus dem Südchinesischen Meer weniger bedrohliche Nachrichten über vietnamesisch-chinesische Spannungen an die Weltöffentlichkeit, doch ist dies nicht mit einer Verringerung der Spannungen gleichzusetzen. Vielmehr verstetigten sich die bestehenden Konfrontationsmuster auch in den beiden letzten Jahren weiter. Nur wirtschaftlich blieb 2024 und 2025 alles beim Alten: Vietnam erzielte 2024 und 2025 die höchste Wirtschaftswachstumsrate in Südostasien, bleibt aber wohl zumindest bis 2030 ein Entwicklungsland mit niedrigem mittlerem Einkommen.

Im Folgenden soll auf die innen-, wirtschafts- und außenpolitischen Geschehnisse und Entwicklungen in Vietnam in den Jahren 2024 und 2025 detaillierter eingegangen werden, zudem werden die Beziehungen Hanois zu den drei deutschsprachigen Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz beleuchtet und ein Ausblick auf deren weitere Entwicklung gewagt.

3.8.2. Vietnams Innenpolitik: Ungewöhnliche Turbulenzen

Das Jahr 2024 verlief für Vietnam innenpolitisch ungewöhnlich turbulent: Im Juli starb Nguyen Phu Trong, der seit 2011 und damit für unübliche drei Amtsperioden Generalsekretär der Kommunistischen Partei gewesen war. Ihm folgte der aus dem Sicherheitsapparat stammende, promovierte Jurist To Lam nach, der zu diesem Zeitpunkt als Präsident amtierte und damit für einige Monate zwei der vier politischen Schlüsselämter auf sich vereinte.

Die beiden anderen Machtpfeiler sind die Ämter des Ministerpräsidenten und des Präsidiums der Nationalversammlung. Es ist auffallend, dass nur Letzteres in der Vergangenheit auch von Frauen besetzt war.

Während Ministerpräsident Pham Minh Chinh, wie Lam ein ehemaliger Polizeigeneral, seit 2021 amtiert, wurde mit Tran Thanh Man im Mai 2024 ein neuer Parlamentspräsident gewählt, da sein Vorgänger aufgrund vager Vorwürfe über Verfehlungen zum Rücktritt gezwungen worden war. Im Oktober 2024 erkor die Nationalversammlung Lung Cuong zum neuen Präsidenten. Er ist ein früherer Volksarmee-General, was die neue Dominanz der Sicherheitskräfte im politischen Prozess noch weiter zementierte. Im April 2026 wählte die Nationalversammlung dann jedoch Generalsekretär To Lam einstimmig zum Präsidenten.

Auch wenn der Generalsekretär der Kommunistischen Partei wie in allen kommunistischen Systemen stets die entscheidende Führungsfigur ist, so sorgten die anderen drei Pfeiler des vierteiligen Machtsystems doch für einen gewissen Interessen- und Machtausgleich zwischen sicherheitspolitischen und ökonomischen Anliegen, zwischen ziviler und militärischer Führung sowie zwischen der Bundes- und der Provinzebene. Zudem gilt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei als kritischer und damit weniger leicht steuerbar als das chinesische Pendant. Das politische System Vietnams hat dadurch stärkere Feedbackmechanismen eingebaut als das chinesische.² 2024 und 2025 verstärkten sich angesichts der personellen Wechsel jedoch die Befürchtungen, dass Vietnam angesichts der zunehmenden Dominanz der Polizeikräfte und des Militärs in der Führungsriege zu einem Polizeistaat mutieren könnte, in dem die Grund- und Freiheitsrechte der Bevölkerung noch weniger geachtet werden als bisher.³

In seinen beiden ersten Amtsjahren fiel To Lam durch die Festigung seiner Macht und die von ihm aggressiv vorangetriebene Anti-Korruptionenkampagne auf, die sein Vorgänger Trong angestoßen hatte. Sie sollte sowohl das Übel der Korruption ausmerzen als auch die Legitimation der Partei im Volk stärken. Dies hat jedoch für viel Unsicherheit in den Machtzirkeln gesorgt, da Korruptionsvorwürfe faktisch jeden – berechtigt oder unberechtigt – treffen können. Das prominenteste politische Opfer war der Kurzzeitpräsident und potenzielle Rivale Vo Van Thuong, der im März 2024 aufgrund von höchst allgemein gehaltenen und weit in die Vergangenheit zurückreichenden Vorwürfen über Unregelmäßigkeiten in seinem Umfeld zurücktreten musste.⁴ Verantwortliche auf Provinzebene oder in den Ministerien werden deshalb beim Fällen von Entscheidungen weiterhin vorsichtig und zurückhaltend agieren, um nur ja keine Fehler

zu begehen, die ihre Karriere gefährden könnten. Vorsichtiges Abwarten steht jedoch im Widerspruch zu den hohen Ambitionen der neuen Staatsführung: Sie hat eine „neue Ära des nationalen Aufstiegs“ ausgerufen, in der sie Vietnam wirtschaftlich weiter erneuern und die Rolle des Landes in der internationalen Politik stärken will.⁵

Zu bedeutsamen organisatorischen Straffungen kam es bei der Vietnamesischen Vaterlandsfront, der zentralen politisch-gesellschaftlichen Dachorganisation des Landes, die zahlreiche „zivilgesellschaftliche“ Gruppierungen in einer gemeinsamen Organisationsstruktur verbindet. Die Vaterlandsfront soll den in der Gesellschaft vorherrschenden Pluralismus widerspiegeln und eine Brücke zwischen Volk und Partei symbolisieren, verfügt aber über keine Autonomie, da sie von der Kommunistischen Partei kontrolliert wird. Sie erfüllt jedoch durchaus auch eine gesellschaftliche Transmissionsfunktion, u.a. rekrutiert die Partei neue Mitglieder und Kandidaten für politische Funktionen aus der Vaterlandsfront.

3.8.3. Vietnams Wirtschaft: Wachstum trotz wirtschaftlicher Herausforderungen

Vietnam leitete 2025 die kühnsten und umfassendsten Reformen seit der Öffnung unter dem Slogan *doi moi* Mitte der 1980er Jahre ein. Die von der Führung vorgegebene jährliche Wachstumsrate von mindestens 10 % für die Fünfjahresperiode 2026 bis 2030 ist sehr ehrgeizig. Bei allem Verständnis für den in kommunistischen Regimen vorherrschenden Zahlenfetischismus muss hinterfragt werden, ob eine qualitative Wachstumsvorgabe nicht sinnvoller wäre. Denn auch im Falle Vietnams ist es ein weiter Weg von der Auftragsfertigung günstiger Elektronikgeräte oder Textilien zu Hightech- oder Designer Produkten „Made in Vietnam“.

Hintergrund für das Zehn-Prozent-Ziel ist, dass To Lam das ambitionierte Ziel verfolgt, Vietnam aus der sogenannten mittleren Einkommensfalle zu führen. Diese besagt, dass Entwicklungsländer aufgrund von komparativen Vorteilen wie einem geringen Durchschnittseinkommen oder der Notwendigkeit nachholender Investitionen kontinuierlich auf der Leiter der sozioökonomischen Entwicklung aufsteigen, sobald sie diese Vorteile dank zunehmender Entwicklung verlieren, jedoch auf dem Niveau eines mittleren Einkommenslandes verharren. Dafür verantwortlich sind schwache Institutionen, steigende Löhne, die in konkurrierenden Staaten unterboten werden, zunehmende Verschuldung und nicht zuletzt das Unvermögen,

den strukturellen Wandel von investitionsgetriebenen zum innovationsbasierten Wachstum einzuleiten.

Vietnam hat dank seiner großen, jungen und gut ausgebildeten Bevölkerung ein hohes Potenzial, seine hochgesteckten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zu erreichen. Allerdings ist das Zeitfenster nicht unendlich groß, da wie in den anderen asiatischen Gesellschaften der demografische Wandel – aktuell beträgt das Durchschnittsalter 34 Jahre – bereits eingesetzt hat, allerdings noch weit nicht so markant wie in Japan oder Südkorea. Doch nicht nur bietet Vietnam selbst günstige Voraussetzungen für ausländische Unternehmen, auch die politische und wirtschaftliche Großwetterlage spielt dem Land derzeit in die Hände. Zunehmend mehr europäische Firmen verlagern ihre Produktion nach Vietnam, und zwar sowohl aus strategischen wie rein ökonomischen Gründen, womit sie im Einklang mit dem strategischen Ziel der Europäischen Union (EU) stehen, die Lieferketten-Abhängigkeit vom Reich der Mitte zu verringern („De-Risking“).⁶ Schon seit mehreren Jahren sind große amerikanische Konzerne wie Apple und Nike und asiatische Firmen wie Foxconn, Samsung und Toyota im Land aktiv und tragen stark zur Wertschöpfung wie den Exporten bei. Auch neue Akteure, wie Amazon Web Services, weiten ihre Präsenz aus. Sie profitieren von einer vorteilhaften Gesetzgebung, Steuervergünstigungen und einer fleißigen und relativ gut ausgebildeten Arbeiterschaft.

Ein anhaltendes wirtschaftliches Wachstum und Investitionen in Zukunftssektoren wie die grüne Technologie, die digitale Transformation und die Künstliche Intelligenz bleiben zentral, um das Wohlstandsniveau weiter zu steigern und die zunehmende wirtschaftliche und soziale Ungleichheit in der Bevölkerung zu reduzieren. Sollte die herrschende Partei die wirtschaftliche Modernisierung nicht rasch genug vorantreiben – und damit das Versprechen auf gesteigerten Wohlstand für alle nicht einlösen können –, so droht ihr ein Legitimationsverlust, der mittelbar sogar ihr Monopol in Frage stellen könnte.

Die Parteiführung scheint sich der Größe der Herausforderung voll und ganz bewusst zu sein, was sich im weitreichenden Ausmaß der Reformen zeigt, die die Wirtschaft und die staatliche Verwaltung gleichermaßen erfassen. Im Mai 2025 nahm das Politbüro Resolution 68 NQ/TW an, die die Bedeutung des Privatsektors noch weiter hervorhebt: Bis 2030 soll er sich zur wichtigsten Antriebskraft der Volkswirtschaft entwickeln; bislang galt er lediglich als ein wichtiger Motor nebst anderen Wirtschaftsbereichen. Für ein kommunistisches Regime ist dies eine bemerkenswerte, offiziell vollzogene Relativierung der Bedeutung des staatlichen Sektors für die nationale Ent-

wicklung. Diese Neudefinition reflektiert die realwirtschaftliche Relevanz des privaten Sektors, der bereits mehr als 50 % zum BIP beiträgt und knapp 80 % der Arbeitskräfte beschäftigt. Zudem ermöglicht sie auch einer zunehmenden Zahl von Unternehmern eine (partei)politische Karriere, wurde die Rolle von Wirtschaftsführern doch weiter aufgewertet. Allerdings nahm die Partei die Privatwirtschaft auch in die Pflicht, wurden ihr doch bis 2030 ehrgeizige Vorgaben hinsichtlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze, des Steueraufkommens oder der technologischen Leistungsfähigkeit aufgebürdet. Umso wichtiger wird es sein, dass private Unternehmen tatsächlich Chancengleichheit im Wettbewerb mit staatlichen Konzernen, etwa der Armee-nahen Viettel Group oder Petrovietnam, genießen.

In einer Volkswirtschaft, die immer noch stark auf staatlichen Vorgaben und staatlicher Lenkung basiert, sind Entscheidungsprozesse oft überkompliziert und langsam. Um diese zu entschlacken, setzte die neue Führung Mitte 2025 eine grundlegende Staatsreform um. Sie war Ende 2024 überraschend angekündigt worden und ist mit einer bürokratischen Revolution gleichzusetzen. Anstelle der bisherigen drei staatlichen Ebenen – Provinz, Distrikt und Gemeinde – gibt es nur noch Provinzen und Gemeinden. Eine weitere massive Umstellung bedeutet die Reduktion von bisher 63 auf 28 Provinzen; dadurch werden die meisten Provinzen flächen- und einwohnermäßig erheblich größer. Zudem werden sechs Städte direkt von der Zentralregierung verwaltet. Nicht nur für die staatliche Verwaltung, auch für den Apparat der Kommunistischen Partei, der auf allen Verwaltungsebenen direkt in Wirtschaft und Gesellschaft eingreift, bedeutet diese Reform eine große Umstellung, fällt doch die bislang bedeutsame Distriktebene weg. Entsprechend sollen bis zu 100.000 Parteifunktionäre ihren Job verloren haben. Diese Reform steht im Einklang mit dem Grundsatz, wonach das Recht der Wirtschaft dienen müsse, anstatt sie zu kontrollieren oder zu behindern (Politbüro-Resolution 66).

Wirtschaftliche Trends in den Jahren 2024 und 2025

Trotz der innenpolitischen Turbulenzen konnte Vietnam in den beiden letzten Jahren seinen wirtschaftlichen Wachstumskurs ungehindert fortsetzen – mit einem BIP-Wachstum von 7 % im Jahr 2024. 2025 wuchs die Wirtschaft gar um beeindruckende 8 %. Während globale Unsicherheiten und wirtschaftliche Schwankungen viele Länder belasteten, profitierte Vietnam von robusten Exporten, hohen ausländischen Direktinvestitionen und der Verlagerung von Produktionskapazitäten aus China. Trotzdem beste-

hen erhebliche strukturelle Risiken: Energieengpässe, eine schwelende Immobilienkrise und regulatorische Unsicherheiten könnten sich mittelfristig als Wachstumshemmnisse erweisen. Zudem muss der informelle Sektor, der bis zu 30 % zum Bruttoinlandprodukt beiträgt, stärker reguliert werden, ohne seine Dynamik zu bremsen.

Ein weiteres Risiko besteht darin, dass Vietnam stark exportorientiert bleibt: Mit einem Exportvolumen von circa 475 Milliarden US-Dollar im Jahr 2025 festigte das Land seine Position als globale Werkbank. Besonders in den Bereichen Elektronik, Textilien und Maschinenbau legten die Ausfuhren zu. Internationale Unternehmen wie Nestlé, Nvidia und Samsung planen ihre Kapazitäten vor Ort weiter auszubauen – Vietnam gilt längst als stabiler und kosteneffizienter Produktionsstandort. Auch in den letzten Jahren erwies sich das Land daher als ein Magnet für Investoren: 2025 wurden über 38 Milliarden US-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen verzeichnet. Dabei war Singapur vor China und Hongkong der größte Investor; Schweden war auf Rang fünf der europäische Top-Investor. Die meisten Investitionen entfielen auf die verarbeitende Industrie (56,5 %) und den Immobiliensektor (21,2 %). Besonders gefragt sind aktuell auch Projekte in der Halbleiterindustrie, bei den erneuerbaren Energien und in der digitalen Wirtschaft. Als Gründe für das Investitionsinteresse werden regelmäßig Vietnams gut ausgebildete Arbeitskräfte, seine strategische Lage und die sich rasch verbessernde Infrastruktur genannt.

Allerdings nahmen in den letzten Jahren auch die handelspolitischen Spannungen zu: Vietnams Handelsbilanzüberschuss mit den USA erreichte 2024 einen neuen Höchststand, was die Trump-Administration dazu veranlasste, wie gegenüber zahllosen anderen Staaten protektionistische Maßnahmen zu ergreifen. Im April 2025 kündigte Trump Strafzölle in der Höhe von prohibitiven 46 % an. Hanoi zeigte sich jedoch von Anfang an zuversichtlich, diese Zölle durch Entgegenkommen substanziell abzumildern. Tatsächlich erzielten beide Regierungen im Juli 2025 einen ersten Kompromiss, aber bis einschließlich April 2026 noch kein finales Abkommen. Während Vietnam sämtliche Einfuhrzölle auf US-Produkte auf null reduziert, erheben die USA Einfuhrzölle von 20 % auf vietnamesische Güter und 40 % auf „Transshipment“-Produkte, um zu verhindern, dass China oder andere Länder Güter über Vietnam weiterexportiert, um höhere Zollsätze im eigenen Land zu umgehen.⁷ Zudem hat Vietnam beschlossen, mindestens zwei Dutzend F-16-Kampfflugzeuge des modernsten V-Typs zu kaufen.⁸ Ferner kann die Trump-Familie ein Golf-Ressort und ein Luxushotel in der Nähe von Hanoi für 1,5 Milliarden Euro errichten.

Weiters ist Vietnam eines der Gründungsmitglieder von Trumps Board of Peace, das weltweit Friedenseinsätze organisieren und insbesondere im Mittleren Osten für Stabilität sorgen soll.

Allerdings gibt es keine Garantie, dass die Trump-Administration ratifizierte (Handels-)Abkommen auch tatsächlich einhält – insbesondere, da sich Vietnams Handelsbilanzüberschuss gegenüber den USA 2025 trotz der von Trump eingeleiteten Maßnahmen sogar noch weiter auf 144 Milliarden US-Dollar erhöhte (ein Plus von 28,2 %). Gegenüber der EU erreichte der Überschuss 38,6 Milliarden US-Dollar (plus 10,1 %). Gegenüber China erhöhte sich das Defizit um 39,6 % auf 115,6 Milliarden US-Dollar, gegenüber den Partnern in der Assoziation Südostasiatischer Nationen (ASEAN) um 42,4 % auf 14,2 Milliarden US-Dollar.

Für Vietnam und internationale Investoren wäre ein Ende der globalen handelspolitischen Unsicherheit enorm wichtig. Denn die vietnamesische Wirtschaft wird angesichts der anhaltenden Antikorruptionskampagne von Unsicherheiten geplagt. Der prominenteste Korruptionsfall ist jener um die Unternehmerin Truong My Lan. Sie wurde im Dezember 2024 wegen Betrugs und Veruntreuung öffentlicher Gelder im Ausmaß von 12,5 Milliarden US-Dollar zum Tode verurteilt. 2025 wurde das Urteil in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt. Dieser Skandal hat das Vertrauen in den vietnamesischen Finanz- und Bankensektor schwer erschüttert: Allein zur Stabilisierung der betroffenen Saigon Commercial Bank musste die vietnamesische Zentralbank Liquiditätshilfen in Höhe von rund 24 Milliarden US-Dollar bereitstellen – etwa 5 % des nationalen BIP.

Vietnams Infrastruktur hat einen großen Ausbau- und Modernisierungsbedarf. Das größte Projekt ist aktuell eine 1540 Kilometer lange Hochgeschwindigkeitsverbindung zwischen Hanoi und Ho Chi Minh-Stadt. Der Bau soll Ende 2026 beginnen und 2035 abgeschlossen sein. Da Vietnam nicht alle Infrastrukturprojekte alleine umsetzen kann, kooperiert es mit Peking unter dem Dach der Belt-and-Road-Initiative (BRI), betont dabei aber seine Eigenständigkeit hinsichtlich der Planung und Umsetzung der Projekte. Ein Grund für diese Distanz ist, dass die Bevölkerung traditionell China-kritisch eingestellt ist, ein weiterer, dass die Qualität vieler chinesisch-geführter Projekte umstritten ist oder sie nur verzögert umgesetzt wurden, etwa die neue U-Bahnlinie in Hanoi. Bewusst engagiert Vietnam daher auch andere Länder beim Ausbau der Infrastruktur, darunter den traditionell engen Partner Japan, aber auch Indien und die EU. Die EU hat Ende 2021 mit der Global Gateway Initiative (GGI) ein ambitioniertes Infrastruktur- und Konnektivitätsprogramm vorgelegt, das ein Budget von

300 Milliarden Euro für den Zeitraum 2021 bis 2027 umfasst. Für Südostasien wurden 10 Milliarden Euro versprochen. Neben vielen kleineren werden 14 Leuchtturmprojekte durchgeführt, davon drei im Bereich der nachhaltigen Energieproduktion in Vietnam. Die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) vergab Förderkredite für zwei dieser Projekte. Die GGI ist als „Team Europe“-Projekt konzipiert, somit steuern die EU-Mitglieder, die sich beteiligen wollen, in Kooperation mit der EU-Kommission und den Partnerländern zusätzliche Mittel bei. Die Projekte fokussieren sich auf erneuerbare Energien, digitale Transformation, nachhaltigen Transport und Unterstützung der Mekong-Region.

Vietnam steht schließlich vor der großen Herausforderung, neue Energiequellen zu erschließen, um sein Wirtschaftswachstum langfristig abzusichern. Zwar hat die Regierung den Ausbau von Solar- und Windkraft zu einem zentralen Ziel erklärt, doch lässt der Fortschritt auf sich warten. Viele Projekte kommen langsamer voran als geplant – gebremst durch regulatorische Hürden und Verzögerungen bei der Umsetzung. Parallel dazu positioniert sich Vietnam seit 2024 auch als Produktionsstandort für klimafreundliche Technologien: So nahm etwa der deutsche Energiewende-Anbieter Enpal gemeinsam mit dem japanischen Hersteller VSUN Solar eine Produktionslinie für Solarmodule in Betrieb. Die Investition dient ausdrücklich dem Aufbau einer global diversifizierten Lieferkette außerhalb Chinas. Damit gewinnt das Land auch für europäische Unternehmen im Bereich der grünen Transformation als Fertigungsstandort zunehmend an Bedeutung.⁹ Stark fokussiert sich Hanoi auch auf den Tourismus und insbesondere die Künstliche Intelligenz.

3.8.4. Vietnams Außen- und Sicherheitspolitik: Alternativloses Hedging

Vietnam betrachtet sich trotz seiner Bevölkerungsgröße von 100 Millionen entweder als kleinerer Staat oder – in einer optimistischeren Lesart – als potenzielle Mittelmacht, die im Gegensatz zu Washington, Peking und Moskau keine auf militärischer Stärke und wirtschaftlicher Druckausübung beruhende Großmachtspolitik betreiben möchte. Aus außenpolitischer Sicht lassen sich 2024 und 2025 für Vietnam als „weiter wie bisher“ charakterisieren. Dies gilt insbesondere für die Beziehungen mit China, den Vereinigten Staaten von Amerika, der EU und Russland. Generell verfolgt das südostasiatische Land außenpolitisch eine Hedging-Strategie.¹⁰ Dies bedeutet, dass Vietnam vorsichtig zwischen den Supermächten China und den USA

navigiert, um wirtschaftliche oder sicherheitspolitische Abhängigkeiten von beiden zu vermeiden und gleichzeitig das Maximum aus der Kooperation mit beiden herauszuholen. Zudem stärkt es sowohl seine wirtschaftliche Basis als auch seine Verteidigungsfähigkeit, sucht aber auch erfolgreich die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit anderen Mächten. Neben China und den USA sind dies allen voran Japan, Indien, Australien, Südkorea, die EU und zahlreiche europäischen Staaten, speziell Deutschland, Frankreich und die Niederlande. Innerhalb Südostasiens wurde die Kooperation mit den Philippinen verstärkt.

Hanoi ist sich bewusst, dass es vom Völkerrecht und der bi- und multilateralen Zusammenarbeit sowohl in der internationalen als auch der Handelspolitik stark profitiert.¹¹ Vietnam ist daher bereits seit Mitte der 1990er Jahre höchst aktiv in multilateralen regionalen und globalen Institutionen, namentlich in ASEAN und den Vereinten Nationen, um die regelbasierte Ordnung aktiv aufrechtzuerhalten.

Auch 2024/25 blieb der Territorial- und Souveränitätskonflikt mit China im Südchinesischen Meer erwartungsgemäß ungelöst, wobei sich bestehende Konfrontationsmuster verstärkten, die Spannungen jedoch weder von Hanoi noch Peking groß thematisiert wurden. Vietnam intensivierte – so wie China – den Ausbau und die Militarisierung seiner sechs künstlich aufgeschütteten Inseln in der südlich gelegenen Spratly-Inselgruppe.¹² Während Vietnam, China und Taiwan die gesamte Inselgruppe für sich reklamieren, erheben die Philippinen, Malaysia und Brunei Anspruch auf einige Atolle, Felsen oder Riffe. Die Volksrepublik hält die auch von Hanoi und (Taipeh) reklamierte nördlich gelegene Paracel-Inselgruppe seit 1974 militärisch besetzt. Zudem behindert es weiterhin die Öl- und Gasexplorationstätigkeiten vietnamesischer Firmen und stört vietnamesische Fischer beim Fischfang in den vietnamesischen Hoheitsgewässern, während es illegalerweise selbst nach Ressourcen in diesen sucht. Allerdings ging Peking 2024 und 2025 gegenüber Vietnam weniger aggressiv vor als gegenüber den Philippinen, das unter Präsident Ferdinand Marcos Jr., mit der Unterstützung Washingtons, einen forscheren Kurs gegenüber Peking verfolgt. Doch die Fragezeichen bezüglich des künftigen Verhältnisses zu China bestehen weiter: Innerhalb der Kommunistischen Partei stehen sich traditionell zwei Fraktionen gegenüber, die aus realpolitischen Gründen entweder engere Beziehungen zum übermächtigen Nachbarn befürworten oder diesem aufgrund der negativen historischen Erfahrungen kritisch gegenüberstehen.

Während seines Besuches in Vietnam im April 2025 versuchte der chinesische Präsident Xi Jinping, sein Land als einen verlässlichen Partner

darzustellen, der anders als die USA unter Donald Trump für die Aufrechterhaltung der internationalen politischen und Handelsordnung eintritt. Allerdings wurden keine nennenswerten neuen Projekte vereinbart. International wesentlich umstrittener war der Besuch des über Nordkorea ange-reisten russischen Präsidenten Wladimir Putin im Juni 2024, insbesondere da der Internationale Strafgerichtshof einen Haftbefehl gegen ihn erlassen hat. Allerdings gehört Vietnam nicht zu den Vertragsstaaten des Gerichtshofes. Der damalige amerikanische Präsident Joe Biden hatte Vietnam im September 2023 besucht, womit innerhalb kurzer Zeit die drei wichtigsten politischen Entscheidungsträger des südostasiatischen Land besucht haben. Umgekehrt besuchte Lam China und die USA im Jahr 2024. An der Columbia University stellte er sich nach einer Rede sogar den Fragen der studentischen und akademischen Zuhörerschaft. Im April 2026 führte ihn seine erster Besuch als Staatspräsident nach China.

3.8.5. Vietnams Beziehungen mit den DACH-Ländern 2024 und 2025

Politik

Die drei deutschsprachigen Länder unterhalten seit den 1970er Jahren diplomatische Beziehungen mit der Sozialistischen Volksrepublik Vietnam, wobei die beiden neutralen Länder Schweiz (1971) und Österreich (1972) europaweit als Vorreiter bei der Aufnahme der Beziehungen gelten. Die Vereinigten Staaten betrachteten diesen Schritt damals kritisch.¹³ Umso mehr wird das Faktum der frühen Aufnahme der Beziehungen mit dem bis 1976 in einen Nord- und Südteil getrennten Land bis heute in Vietnam positiv hervorgehoben. Allerdings unterhielt die Schweiz bis 1975 auch mit Südvietnam diplomatische Beziehungen, die inoffiziell bereits seit 1958 bestanden.¹⁴ Während die Schweiz ihre Botschaft in Hanoi bereits 1973 eröffnete, dauerte es im Falle Österreichs bis 1998.

Die Bundesrepublik Deutschland nahm die diplomatischen Beziehungen mit Hanoi erst 1975 auf; 2011 wurde eine strategische Partnerschaft vereinbart. Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) unterhielt bereits seit den 1950er Jahren enge Beziehungen zu Nordvietnam, unter anderem ermöglichte Ostberlin Kindern und Jugendlichen aus dem sozialistischen Bruderstaat eine schulische oder berufliche Ausbildung in Ostdeutschland. Ab den frühen 1980er Jahren hieß die DDR auch Zehntausende Vertragsarbeiter und -arbeiterinnen aus Vietnam willkommen. Obwohl die Mehrzahl nach der Wiedervereinigung nach Vietnam zurückkehrte, respektive

aufgrund der geänderten politischen Situation nach der Wiedervereinigung heimkehren musste, gibt es in Deutschland, anders als in Österreich und der Schweiz, aber ähnlich wie in der Tschechischen Republik, eine signifikante vietnamesische Minderheit, nämlich knapp 190.000 Personen.

In allen drei Ländern gelten die Vietnamesinnen und Vietnamesen als bestens integriert, wobei sich innerhalb der Community durchaus Unterschiede zeigen zwischen den in den 1970er Jahren vorwiegend aus politischen Gründen Geflüchteten und Menschen, die später aus wirtschaftlichen Motiven migrierten. Generell zeichnet sich die vietnamesische Community durch eine große Heterogenität aus, wobei in den 1990er Jahren insbesondere in Deutschland die Zuwanderung neuer Migrationsgruppen aus Vietnam einsetzte. Die Community der zumindest temporär in den deutschsprachigen Ländern lebenden Vietnamesinnen und Vietnamesen dürfte in den nächsten Jahren weiter anwachsen, da die Regierungen an der Anwerbung von ausländischen Fachkräften interessiert sind.

In Deutschland, Österreich und der Schweiz herrschte während des Vietnam-Krieges vor allem unter Studierenden und in anti-kolonialistischen Kreisen große Verbundenheit mit dem nordvietnamesischen Regime. Demonstrationen gegen die Vereinigten Staaten fanden in allen drei Ländern statt, in Österreich etwa eine bis heute im historischen Gedächtnis verhaftete Demonstration anlässlich des Besuches von Präsident Richard Nixon 1972 in Salzburg.¹⁵ Sympathie und Solidarität mit dem vietnamesischen Volk waren ein wichtiger Auslöser für die Gründung von Freundschaftsgesellschaften in den DACH-Ländern. In den letzten Jahren besuchten mehr und mehr Menschen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz das südostasiatische Land, zudem ist die vietnamesische Küche dank einer zunehmend großen Zahl von Restaurants sehr populär, insbesondere bei der Jugend. Vietnams umfangreiche „soft power“ ist neben der Wirtschaft somit ein weiterer Katalysator für engere bilaterale Beziehungen.

Nach der wirtschaftlichen Öffnung Vietnams Mitte der 1980er Jahre (*doi moi*) intensivierten sich die wirtschaftlichen Beziehungen aller europäischen Länder mit Hanoi kontinuierlich. Der zunehmende Wirtschaftsaustausch bewirkte erwartungsgemäß eine Vertiefung der politisch-diplomatischen Beziehungen. Politisch bestehen zwischen den DACH-Ländern und Hanoi keine größeren Differenzen, obwohl Vietnam ein autoritär regiertes kommunistisches Land ist. Menschenrechtsfragen werden bei offiziellen Treffen zwar angeschnitten, aber angesichts der ökonomischen Bedeutung Vietnams nicht hochgespielt. Für die DACH-Länder ist Vietnam der oder einer der wichtigsten Wirtschaftspartner in Südostasien. Umgekehrt ist vor

allem Deutschland ein zentraler Partner Vietnams in Europa. Eine Auswertung der im „Europe-Southeast Asia Relations“-Tracker (EUSEAR) gelisteten bilateralen Kontakte Vietnams mit den Visegrad-Ländern Ungarn, Polen, der Slowakei und der Tschechischen Republik zeigt, dass in den Jahren 2024 und 2025 weit mehr und hochrangigere gegenseitige Besuche mit diesen Ländern stattfanden als mit Österreich; Deutschland und die Schweiz sind im Tracker noch nicht berücksichtigt.¹⁶

Deutschland

Im Januar 2024 besuchte der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Vietnam. Er wurde vom damaligen Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und einer bedeutenden Wirtschaftsdelegation begleitet. Während beide Seiten allgemein ihre Absicht bekundeten, ihre strategische Partnerschaft zu vertiefen, wurden auch konkrete Abkommen wie der erleichterte Zugang von vietnamesischen Fachkräften auf den deutschen Arbeitsmarkt geschlossen. Um vor ihrer Ankunft Deutsch zu lernen, besuchen viele Vietnamesinnen und Vietnamesen Sprachkurse an der seit 2008 bestehenden Vietnamesisch-Deutschen Universität (VGU) in Binh Duong. Neben seinem Amtskollegen traf Steinmeier auch Vertreter und Vertreterinnen aus dem NGO-Bereich, um über Frauenrechte und Menschenhandel zu diskutieren. Ende November 2024 besuchte der hessische Ministerpräsident Boris Rhein Vietnam, der ebenfalls Gespräche über vietnamesische Arbeitskräfte in Deutschland sowie Kooperation im Bereich Bildung, Forschung und Technologie führte. Seit August 2024 vertritt Helga Margarete Barth Deutschland in Vietnam; sie löste Guido Hildner ab. Nguyen Dac Thanh ist Vietnams Botschafter in Berlin.

Zwar propagieren alle DACH-Länder den Kulturaustausch, doch verfügt Deutschland eindeutig über die größten Ressourcen, zudem fungieren vietnamesische Rückwanderer als einflussreiche Vermittler zwischen den Gesellschaften. Aktiv in Vietnam sind neben dem Goethe-Institut der DAAD und Parteistiftungen (Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-, Rosa-Luxemburg- und Friedrich-Naumann-Stiftung).

Verlassen scheint heute die kurzzeitige Belastung der deutsch-vietnamesischen Beziehungen aufgrund der Entführung eines ehemaligen hochrangigen vietnamesischen Parteifunktionärs und Unternehmers in Berlin im Jahr 2017, der in Deutschland politisches Asyl beantragt hatte. Er wurde in einem vietnamesischen Regierungsflugzeug über die Slowakei nach Vietnam zurückgebracht, wobei die Entführung nach einem Besuch von To

Lam, damals Minister für öffentliche Sicherheit, in Bratislava erfolgt sein soll. In den Entführungsfall sollen zudem vietnamesische Diplomaten in Berlin verwickelt gewesen sein, was zur Ausweisung von zwei Diplomaten aus Deutschland und der Verurteilung von zwei vietnamesischen Tatbeteiligten in Deutschland führte.

Österreich

Anders als im Jahr 2023, als Österreichs damaliger Außenminister Alexander Schallenberg mit einer großen Wirtschaftsdelegation nach Vietnam gereist war und der damalige vietnamesische Präsident Vo Van Thuong Österreich besuchte – es war seine erste Reise in ein EU-Land –, fanden 2024 und 2025 keine hochrangigen bilateralen Treffen statt. Präsident Thuong traf im Juli 2023 den österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen, den burgenländischen Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und den Präsidenten der Gesellschaft Österreich Vietnam, Alfred Gerstl. Im Mittelpunkt stand der Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen.

Im Jahr 2024 sticht ein Ministerbesuch heraus, nämlich des Ministers für Bauwesen, Nguyen Thanh Nghi, und Abgeordneten der vietnamesischen Nationalversammlung in Wien, wo sich die Delegation mit hochrangigen Vertretern und Vertreterinnen der Bundeshauptstadt über Stadtentwicklung und Raumplanung beriet. Regelmäßig besuchen auch Delegationen aus verschiedenen Provinzen Österreich, wo sie Kontakte auf Bundesländerebene wahrnehmen.

Ende 2024 liefen die Amtszeiten der bisherigen Botschafter in Österreich bzw. Vietnam ab. Neu vertritt Botschafter Philipp Agathonos Österreich in Vietnam, während Vu Le Thai Hoang Vietnam in Österreich repräsentiert.

Schweiz

Die Beziehungen der Schweiz mit Vietnam wurden in den letzten Jahren sukzessive enger. Seit 2011 führen die beiden Staaten einen regelmäßigen politischen Dialog, der gemäß einer bilateralen Absichtserklärung vom Jänner 2025 weiter vertieft werden soll. Zudem zählt Vietnam seit 2008 zu den dreizehn Schwerpunktländern der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO). 2023 wurden die hochrangigen Besuche nach der COVID-19-Pandemiepause wieder auf-

genommen, unter anderem mit einem Besuch des damaligen Nationalratspräsidenten Martin Candinas. Trotz beiderseitigem Interesse haben Bern und Hanoi es bislang nicht vermocht, die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen Vietnam und der Europäischen Freihandelszone (EFTA) abzuschließen. In den letzten Jahren wurde in den Medien gelegentlich die Ausbeutung von illegalen vietnamesischen Migrantinnen und Migranten in Schweizer Nagelstudios thematisiert.¹⁷ Im Januar 2026 besuchte Vizepremierminister Nguyen Hoa Binh die Schweiz.

Der Schweizer Botschafter in Hanoi ist Thomas Gass, der vietnamesische in Bern ist Phung The Long. Zudem vertritt der ehemalige deutsche Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler als vietnamesischer Honorarkonsul die Interessen des südostasiatischen Landes in der Schweiz, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich.

Wirtschaft

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Vietnam und den DACH-Ländern haben sich in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich vertieft. Vietnam stieg zu einem der wichtigsten Handelspartner der EU in Südostasien auf.¹⁸ Insbesondere seit Vietnams Beitritt zur Welthandelsorganisation 2007 entwickelte sich der Handel zwischen der EU und Vietnam höchst dynamisch; seit dem Inkrafttreten des bilateralen Freihandelsabkommens im Jahr 2020 ist eine weitere Steigerung bemerkbar. Das bilaterale Investitionsschutzabkommen muss hingegen noch von sämtlichen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Vor dem Hintergrund globaler geopolitischer Umbrüche und der Bemühungen der EU, ihre Lieferketten zu diversifizieren, gewinnen vietnamesische Produktionskapazitäten zunehmend an Bedeutung für europäische Unternehmen. Gleichzeitig profitiert Vietnam von Technologie- und Bildungskooperationen, insbesondere in der Fachkräfteentwicklung und im Infrastrukturausbau.¹⁹

Deutschland und Vietnam: Berlin als Hanois wichtigster Wirtschaftspartner in der EU

Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren als Vietnams wichtigster Handelspartner innerhalb der EU etabliert und zählt zugleich zu den bedeutendsten Investoren im Land. Das bilaterale Handelsvolumen lag 2025 bei rund 22 Milliarden Euro – ein Wert, der Vietnams wachsende Rolle als

strategischer Produktions- und Exportstandort unterstreicht.²⁰ Gleichzeitig profitieren deutsche Firmen von der wirtschaftlichen Dynamik vor Ort, getragen durch günstige Produktionsbedingungen, eine junge Bevölkerung und eine steigende Zahl gut ausgebildeter Fachkräfte.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern haben sich in den letzten Jahren deutlich intensiviert. Besonders eng ist die Zusammenarbeit in den Bereichen Maschinenbau, Automobilindustrie, Chemie und Pharma. Konzerne wie Siemens, Bosch, Bayer und SAP haben ihre Präsenz in Vietnam ausgebaut und nutzen den Standort gezielt als Produktionsbasis und Brückenkopf für den ASEAN-Markt.²¹ Zugleich engagieren sich zunehmend mittelständische Unternehmen, insbesondere aus wirtschaftsstarke Regionen wie Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen. Ihr Fokus liegt auf Zukunftsbranchen wie Automatisierung, Digitalisierung und erneuerbare Energien, doch auch im Lebensmittelsektor ist Deutschland mit Zott prominent vertreten. Daneben gewinnt die Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung zunehmend an Relevanz, etwa bei Projekten umweltfreundlicher Technologien und nachhaltiger Stadtentwicklung.²²

Neben Handel und Investitionen rückt auch die gezielte Fachkräftegewinnung stärker in den Fokus der deutsch-vietnamesischen Zusammenarbeit. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Fachkräftemangels in Deutschland verstärkt die Bundesregierung ihre Bemühungen, qualifizierte Arbeitskräfte aus Vietnam zu gewinnen. Besonders im Gesundheitssektor besteht eine enge Zusammenarbeit: Jährlich kommen Hunderte vietnamesische Pflegekräfte nach Deutschland, nachdem sie vor ihrer Einreise Deutschkurse und eine spezialisierte Ausbildung durchlaufen haben. Dieses Modell wird als Beispiel für eine strukturierte Fachkräftezuwanderung gesehen – mit dem Potenzial, künftig auch auf andere Branchen wie Handwerk, IT und Gastronomie ausgeweitet zu werden.²³

Im Zuge der EU-Strategie zur Diversifizierung der Lieferketten rückt Vietnam für deutsche Unternehmen noch stärker in den Fokus. Das Land punktet mit stabilem Wachstum und seiner günstigen geografischen Lage. Als Produktionsstandort, Partner in der Fachkräftegewinnung und in Bildungsprojekten gewinnt Vietnam zunehmend an Wichtigkeit. Besonders in zukunftsrelevanten Feldern wie nachhaltiger Entwicklung und dem Umgang mit den Folgen des Klimawandels gibt es Potenzial für eine engere deutsch-vietnamesische Zusammenarbeit.

Die Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Vietnam konzentriert sich auf die Umsetzung der Agenda 2030, die G7-Initiative für eine gerechte Energiewende (Just Energy Transition Partnership, JETP)

und das Pariser Klimaabkommen. Vietnam wurde 2020 als globaler Partner in der Entwicklungsstrategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für das Jahr 2030 (Agenda 2030) eingestuft.

Österreich und Vietnam: Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Fokus auf Nischenmärkte

Auch wenn die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Vietnam traditionell nicht die Intensität der deutsch-vietnamesischen Handelsdynamik erreichen, so haben sie sich in den letzten Jahren doch stetig verfestigt. Im Jahr 2024 stieg das bilaterale Handelsvolumen zwischen Österreich und Vietnam um 19,6 % auf 1,9 Milliarden Euro. Sowohl Exporte als auch Importe erreichten dabei Rekordhöhen. Eine aktive Rolle bei der Förderung des wirtschaftlichen Austausches spielt das im Jahr 2019 in Ho-Chi-Minh-Stadt eröffnete österreichische Außenwirtschaftscenter.

Österreich verfolgt in Vietnam eine Wirtschaftsstrategie, die gezielt auf spezialisierte Nischenmärkte setzt. Unternehmen aus Österreich punkten dabei vor allem mit technologischer Kompetenz und hochwertigen Produkten, insbesondere in den Bereichen Maschinenbau, Pharmaindustrie, Abfallmanagement und Wasserwirtschaft. Derzeit sind etwa 55 österreichische Firmen mit eigenen Niederlassungen in Vietnam aktiv. Das Geschäftsklima in Vietnam hat sich in den letzten Jahren für viele Investoren leicht verbessert. Für 2026 erwarten die meisten österreichischen Niederlassungen eine positive Entwicklung bei Auftragslage, Auslastung und Umsatz.²⁴

Ein wichtiger Bereich der österreich-vietnamesischen Zusammenarbeit liegt im Infrastrukturbereich. In den vergangenen Jahren hat Vietnam erheblich in die Modernisierung seiner Gesundheits- und Verkehrsinfrastrukturen investiert. Um diesen Wandel zu unterstützen, vergab Österreich seit dem Jahr 2000 sogenannte „soft loans“ in Höhe von 317 Millionen Euro zur Förderung nachhaltiger Entwicklungsprojekte.²⁵ 2025 wurde die bilaterale Zusammenarbeit beim Ausbau der Infrastruktur in Vietnam weiter gestärkt, indem Österreich insgesamt 150 Millionen Euro für gebundene und ungebundene Hilfskredite für Projekte im Bereich Wirtschaft, Soziales, Umwelt, Klimaschutz und Gesundheit zur Verfügung stellt und damit die Beteiligung österreichischer Unternehmen fördert. Ein weiteres Schlüsselfeld der Zusammenarbeit ist die Fachkräfteentwicklung. Besonders im Gesundheitssektor besteht eine enge Kooperation, die von der Landesregierung Niederösterreichs vorangetrieben wird: Das IMC Krems (Hochschule

für Angewandte Wissenschaften) und die Universität Hanoi arbeiten bei der Ausbildung von vietnamesischen Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern zusammen. Anfang 2025 kamen die ersten 41 Kandidatinnen und Kandidaten aus Vietnam nach Krems, nachdem sie zuvor 18 Monate lang in Vietnam Deutsch gelernt hatten.

Mit Blick auf die zukünftige Entwicklung könnte Vietnam im Rahmen der De-Risking-Strategie der EU noch stärker in den Fokus der österreichischen Außenwirtschaft treten. Die Verlagerung globaler Lieferketten und Vietnams wachsende Bedeutung als Investitionsstandort machen das südostasiatische Land zunehmend zu einem strategischen Partner. Wie sich die bilateralen Beziehungen künftig entwickeln, wird sowohl vom wirtschaftlichen Kurs Vietnams als auch von der geopolitischen Entwicklung in der Region abhängen.

Schweiz und Vietnam: Wirtschaftliche Beziehungen mit Wachstumspotenzial

Die Schweiz betrachtet Vietnam zunehmend als strategischen Partner in Südostasien und hat ihre wirtschaftlichen Beziehungen entsprechend ausgebaut. Ein zentrales Thema bleibt dabei das angestrebte Freihandelsabkommen zwischen Vietnam und der Europäischen Freihandelsassoziation, der neben der Schweiz auch Norwegen, Island und Liechtenstein angehören. Trotz beiderseitigem Interesse ziehen sich die seit 2012 geführten Verhandlungen dahin, vor allem wegen unterschiedlicher Standards in Bereichen wie Landwirtschaft, Fischerei, Dienstleistungen und regulatorischem Marktzugang, erhielten Anfang 2026 jedoch neuen Schwung.²⁶

Doch auch ohne ein formell abgeschlossenes Freihandelsabkommen nimmt der wirtschaftliche Austausch zwischen der Schweiz und Vietnam weiter zu. Rund hundert Schweizer Unternehmen sind aktuell im Land tätig. Das bilaterale Handelsvolumen belief sich im Jahr 2023 auf rund 2,2 Milliarden Franken, 2025 stieg es um 12 % auf 2,5 Milliarden Franken an. Schweizer Unternehmen sind besonders in den Bereichen Maschinenbau, Pharma- und Chemieindustrie, Präzisionsinstrumente und Uhren sowie der Lebensmittelproduktion aktiv. Getragen wird dieses Wachstum nicht zuletzt von der aufstrebenden vietnamesischen Mittelschicht, deren Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Konsumgütern zunimmt – ein Trend, von dem zunehmend auch andere Schweizer Anbieter profitieren. Umgekehrt importiert die Schweiz vorwiegend Smartphones, Elektronik, Schuhe, Textilien und Meeresfrüchte.

3.8.6. Schlussfolgerung und Ausblick

Angesichts der sich unter Präsident Trump weiter verfestigenden geostrategischen Rivalität zwischen China und den USA und der generellen Intensivierung der Geopolitik wird es kleineren Staaten und Mittelmächten in den kommenden Jahren schwerer fallen, ihre wirtschaftlichen und außenpolitischen Interessen auf regionaler und internationaler Ebene durchzusetzen. Vietnam braucht daher mehr denn je Partner in Südostasien, im Indopazifik und auf der Weltbühne. Die Europäische Union und die DACH-Länder sind dabei zweifellos wichtige Freunde, die aus den Beziehungen ebenfalls Vorteile ziehen – doch sie stellen für Vietnam lediglich eine Ergänzung, keine Alternative zu ASEAN, China, den USA oder Japan dar.

Die EU und die DACH-Länder teilen mit Vietnam das Interesse an der Aufrechterhaltung der regelbasierten Ordnung in Südostasien, speziell im Südchinesischen Meer, und generell im Indopazifik. Stark ausgeprägt ist auch das Anliegen, den wirtschaftlichen Austausch weiter zu fördern. Vietnam hat sich 2024 und 2025 weiterhin als zunehmend wichtiger Wirtschaftspartner der DACH-Länder in Südostasien erwiesen. Deutschland ist ein zentraler Handelspartner Vietnams in der EU, während Österreich und die Schweiz ihre wirtschaftliche Kooperation mit Vietnam sukzessive ausbauen. Die zunehmende Notwendigkeit der Diversifizierung der Lieferketten und Vietnams dynamische Wirtschaftsentwicklung machen das Land zu einer attraktiven Alternative zum Reich der Mitte, ohne dass der Standort China jedoch komplett aufgegeben würde. Zudem gewinnt Vietnam als Fachkräftequelle für Europa an Bedeutung, insbesondere im Gesundheits- und Technologiesektor. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit dürfte sich in den kommenden Jahren also dynamisch entwickeln – mit Wachstumspotenzial für beide Seiten.

Mithin wird Vietnam in absehbarer Zukunft ein wesentlicher Partner für die EU und die DACH-Länder in Südostasien und der größeren Indopazifik-Region bleiben. Die Charakterisierung Vietnams als „like-minded partner“ bezieht sich jedoch nur auf ähnlich gelagerte geostrategische und geoökonomische Interessen wie etwa das Eintreten für die regelbasierte politische und die Welthandelsordnung, nicht jedoch auf ein geteiltes Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten. Den unterschiedlichen politischen Systemen zum Trotz gibt es jedoch viele gemeinsame, ja sogar globale Herausforderungen wie den Klimawandel oder die Sicherung der internationalen Seewege, bei deren Lösung Vietnam und Europa, darunter die DACH-Länder, pragmatisch und lösungsorientiert zusammenarbeiten

können. Aufgrund der engen wirtschaftlichen Kooperation, des anhaltenden politischen Dialogs und des zunehmenden kulturellen Austauschs besteht dafür eine robuste Vertrauensbasis.

Mit To Lam steht seit 2024 ein starker Führer an der Spitze Vietnams, der seinem Land ehrgeizige wirtschaftspolitische Prioritätensetzungen und Modernisierungsziele vorgegeben hat. Aktuell scheinen Partei, Wirtschaft und Volk ihn zu unterstützen und seinen Vorgaben folgen zu wollen, doch Loyalitäten können in autoritären Systemen rasch kippen, sollten greifbare Erfolge ausbleiben. Mutige politische Reformen in Richtung Ausbau der Demokratie und Stärkung der Menschenrechte sind von To Lam nicht zu erwarten. Auch diesbezüglich, und nicht nur seiner herausragenden Machtstellung wegen, ähnelt To Lam zunehmend Chinas Xi Jinping.

Förderung

Die Arbeit an diesem Beitrag wurde durch EU NextGenerationEU through the Recovery and Resilience Plan for Slovakia, Projektnummer 09I03-03-V04-00462 (August 2024–Juli 2026), gefördert.

Notes

- 1 Damien Cave und Thung Ngo, „Vietnam's Leader Has New Power, and He's in a Hurry“, *New York Times*, 9. Februar 2026, <https://www.nytimes.com/2026/02/09/world/asia/vietnam-to-lam.html>.
- 2 Siehe ausführlich: Aurel Croissant, *Die politischen Systeme Südasiens: Eine Einführung* (Wiesbaden: o.V., 2016), 537–581.
- 3 David Hutt, „Why Is Vietnam Becoming a Police State?“, *The Diplomat*, 17. Mai 2024, <https://thediplomat.com/2024/05/why-is-vietnam-becoming-a-police-state/>.
- 4 Jonathan Head, „Vietnam: President Vo Van Thuong Resigns after a Year in Office“, *BBC*, 21. März 2024, <https://www.bbc.com/news/world-asia-68622794>.
- 5 Khang Vu, „Vietnam's 'Era of National Rise' and the Risk of Imperial Overreach: Lessons from 1975“, *The Diplomat*, 13. Februar 2025, <https://thediplomat.com/2025/02/vietnams-era-of-national-rise-and-the-risk-of-imperial-overreach-lessons-from-1975/>.
- 6 Ursula von der Leyen, „Speech at the EP Plenary Joint Debate on EU-China Relations“, European Commission, 8. Juli 2025, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_25_1764.
- 7 Arthur Sullivan, „China-Faktor: Trumps Zollplan für Asien“, *DW*, 9. Juli 2025, <https://www.dw.com/de/china-faktor-trumps-zollplan-für-asien/a-73213885>.
- 8 Peter Suci, „Why Vietnam Wants to Buy the F-16 Fighting Falcon from America“, *The National Interest*, 22. April 2025, <https://nationalinterest.org/blog/buzz/why-vietnam-wants-to-buy-the-f-16-fighting-falcon-from-america>.

3.8. Vietnam: Innen- und außenpolitische Entwicklungen, wirtschaftliche Trends

- 9 „Enpal Startet Solarmodul-Produktion in Vietnam“, Enpal, 16. Dezember 2024, <https://www.corporate.enpal.com/pressemitteilungen/enpal-startet-solarmodul-produktion-in-vietnam>.
- 10 Alfred Gerstl, *Hedging Strategies in Southeast Asia: ASEAN, Malaysia, the Philippines, and Vietnam and their Relations with China* (London: Routledge, 2024).
- 11 Alexander L. Vuving, „Bamboo in a Storm: The Russia-Ukraine War and Vietnam's Foreign Policy (2022–2024)“, *The Pacific Review* 38, Nr. 1 (2025): 90–118.
- 12 Sebastian Strangio, „Vietnam Island Building in South China Sea Continuing at ‘Breakneck Pace’“, *The Diplomat*, 25. März 2025, <https://thediplomat.com/2025/03/vietnam-island-building-in-south-china-sea-continuing-at-breakneck-pace/>.
- 13 Patrick Horvath, „Die Beziehungen Österreich-Vietnam: Die Geschichte“, *VOV-WORLD*, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://vovworld.vn/de-DE/vietnam-und-partner/die-beziehungen-osterreich-vietnam-die-geschichte-1002134.vov>.
- 14 „Vietnam“, *Historisches Lexikon der Schweiz*, 3. Januar 2015, <https://hls-dhs-dss.ch/articles/003430/2015-01-03/>.
- 15 Marc Tribelhorn, „Die Schweiz und der Vietnamkrieg: Der Besuch des ‚Napalm-Generals‘“, *Neue Zürcher Zeitung*, 6. September 2021.
- 16 „EUSEAR-Tracker“, Central European Institute of Asian Studies (CEIAS), 2026, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://euseartracker.ceias.eu/tracker>.
- 17 Patrizia Messmer, Sacha Batthyany, Joan Minder und Lee Starnes, „Imperium der Krallen: Die dunklen Seiten der Schweizer Nagelstudios“, *Neue Zürcher Zeitung*, 18. November 2023, <https://www.nzz.ch/gesellschaft/vietnamesische-arbeiterinnen-werden-in-nagelstudios-systematisch-ausgebeutet-ld.1778066>.
- 18 „EU Trade Relations with Vietnam“, Europäische Kommission, 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/vietnam_en.
- 19 „Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Vietnam“, Deutsche Botschaft Vietnam, 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://vietnam.diplo.de/vn-de/willkommen/1604032-1604032>.
- 20 „Außenhandelsstatistik“, Deutsche Industrie- und Handelskammer, März 2025, <https://www.dihk.de/de/suche?type=viennahead=vietnam>.
- 21 „Länderseite Vietnam – Wirtschaftspartner mit Potenzial“, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/laenderseiten/vietnam.html>.
- 22 „Nachhaltigkeit & Innovation in den deutsch-vietnamesischen Wirtschaftsbeziehungen“, AHK Vietnam, 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://vietnam.ahk.de>.
- 23 „Fachkräfteanwerbung aus Vietnam“, Germany Trade & Invest (GTAI), 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://www.gtai.de/de/trade/vietnam/wirtschaftsumfeld/fachkraefteanwerbung-aus-vietnam-1801030>.
- 24 „Vietnam Wirtschaftsbericht“, Wirtschaftskammer Österreich (WKO), März 2025.
- 25 „Wirtschaftliche Beziehungen Schweiz–Vietnam“, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), März 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche_Zusammenarbeit/Wirtschaftsbeziehungen/laenderinformationen/asien/suedostasien/vietnam.html.
- 26 „Wirtschaftliche Beziehungen Schweiz–Vietnam“, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), März 2024, abgerufen am 26. Februar 2026, https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche_Zusammenarbeit/Wirtschaftsbeziehungen/laenderinformationen/asien/suedostasien/vietnam.html.

4. Thematische Analysen und aktuelle Diskurse

4.1. ASEAN's Responses to the US Intervention in Venezuela

Kei Koga

Nanyang Technological University (NTU), Singapore

On 3 January 2026, the United States conducted a special operation in Venezuela that resulted in the rapid detention of President Nicolás Maduro and his transfer to the United States to face drug-related charges. The move generated significant controversy in the international community. Many, including Global South countries, framed the operation as a violation of core international principles — state sovereignty, territorial integrity, and the prohibition on the unilateral use of force. For ASEAN member states, which have long upheld non-interference as a foundational norm, the episode posed a particularly political test. The key question is not whether the member states value sovereignty, but whether they are willing to apply this principle consistently when the actor in question is the United States which has offered regional stability in East Asia for a long time.

To be sure, ASEAN's past responses to external interventions indicate that unity is often maintained through lowest-common-denominator diplomacy rather than through substantive convergence. The Gaza crisis after October 2023 illustrated this pattern: Brunei, Indonesia, and Malaysia — countries with diplomatic ties to Palestine — issued strong criticisms of Israel, while others adopted more cautious language emphasizing restraint and humanitarian concerns. The eventual ASEAN foreign ministers' statement avoided explicit condemnation and instead highlighted de-escalation and humanitarian assistance, thereby preserving formal unity despite clear intra-regional differences.

The emerging reactions to the Venezuela operation reveal a similar dynamic. Most Southeast Asian governments expressed concern and reiterated support for international law and the UN Charter, but only a few framed the US action as an outright violation. Singapore, for instance, expressed a grave concern about the US intervention, stating that any intervention

without authorization contravenes international law and has troubling implications for small states, while the Philippines stressed sovereignty and peaceful dispute settlement even as it acknowledged US security concerns. Malaysia adopted one of the strongest positions, describing the operation as a clear violation of the fundamental principles enshrined in the Charter of the United Nations and international law. Brunei, Cambodia, Laos, Thailand, Timor Leste, and Vietnam highlighted the importance of international law, restraint, and/or concerns over the protection of civilians. Overall, however, regional responses clustered around calibrated concern rather than direct condemnation, allowing them to signal normative consistency without openly confronting the United States.

A comparison with ASEAN reactions to Russia's invasion of Ukraine in 2022 is instructive. In that case, several member states — most notably Singapore — explicitly condemned Russia and imposed unilateral sanctions. Cambodia's then-Prime Minister Hun Sen also criticized the invasion and called for an immediate ceasefire. At the same time, most other members adopted stronger-than-usual language in defence of sovereignty and territorial integrity without engaging in direct naming-and-shaming. Brunei, Indonesia, Laos, Malaysia, the Philippines, Thailand, and Vietnam emphasized the importance of international law, called for dialogue, and urged the withdrawal of forces while avoiding explicit attribution. Although ASEAN was unable to reach a decisive and unified position, it issued a joint statement expressing concern and calling for peaceful resolution. Notably, at the United Nations General Assembly, eight ASEAN member states voted in favour of the resolution condemning the invasion, while Vietnam and Laos abstained, indicating that the political cost of supporting the norm of sovereignty was manageable when the target was not a central security partner.

The contrast highlights differences in member states' strategic positions. ASEAN states invoked the same legal principles in both cases; however, their level of diplomatic explicitness varied according to the strategic costs associated with their alignment with particular great powers. Russia is not a primary security provider for most Southeast Asian countries, although some members, notably Vietnam and Laos, maintain long-standing defence and political ties with Moscow. By contrast, the United States has relatively close relations with the majority of ASEAN members, even if more independent-minded states such as Malaysia were willing to adopt a firmer rhetorical stance. The more cautious responses to the Venezuela operation therefore reflect hedging behaviour and the need to balance normative

commitments with alliance politics, economic interdependence, and uncertainty in the Indo-Pacific strategic environment. At the same time, the scale and intensity of the Ukraine war – being a full-scale interstate invasion – also made stronger reactions more politically and morally compelling than in the case of a limited special operation.

This does not necessarily mean that ASEAN members are neglecting the non-interference principle or that divergent strategic preferences jeopardize ASEAN unity. Rather, respect for non-interference functions as an institutional reference point to prevent external powers from excessively encroaching upon Southeast Asia, even if its application beyond the region is uneven. Divergence in national responses demonstrates ASEAN's capacity for flexible adaptation: member states retain diplomatic autonomy while the association produces collective statements framed in procedural and humanitarian terms. ASEAN unity, therefore, rests less on shared threat perceptions or common foreign policy positions than on agreement over diplomatic form and process. The Venezuela case reveals not fragmentation, but the limits of norm-based diplomacy under conditions of great-power asymmetry.

4.1.1. ASEAN Members' Official Statements on U.S. Action in Venezuela

Brunei Darussalam

Brunei Darussalam expresses concern on the developments in the Bolivarian Republic of Venezuela and continues to closely monitor the situation.

We underscore the importance of upholding international law and principles of the United Nations Charter, including respect for the independence, sovereignty, and territorial integrity of all states.

Brunei Darussalam stresses the need to ensure the protection and well-being of the Venezuelan people and to respect their legitimate right to determine their future.

We call on all parties concerned to exercise restraint and to settle differences by peaceful means, including through genuine dialogue and diplomacy without resorting to threat or use of force. In this regard, Brunei Darussalam supports all efforts towards promoting de-escalation for an inclusive and peaceful resolution on the situation in Venezuela, in accordance with international law.¹

5 January 2026

Kei Koga

Kingdom of Cambodia

Cambodia follows the developments in Venezuela with serious concerns. Cambodia strongly advocates for peace and stability in Latin America and beyond.

Cambodia consistently upholds the importance of peaceful settlement of differences and disputes through dialogue and respect for the sovereignty and territorial integrity of all states, to contribute to peace, security, stability and cooperation in the region and the world

Cambodia wishes to underscore its respect for international laws and norms, and in compliance with principles enshrined in the United Nations Charter.²

17 January 2026

Republic of Indonesia

The Government of the Republic of Indonesia is closely monitoring the latest developments in Venezuela.

Indonesia expresses its grave concern over any action involving the use or threat of force, which risk setting a dangerous precedent in international relations and could undermine regional stability, peace, and the principles of sovereignty and diplomacy.

It is imperative that the international community respects the right and the will of the people of Venezuela to exercise their sovereignty and to determine their own path and future.

Indonesia urges all parties to exercise dialogue and self-restraint and to fully respect international law, including the principles enshrined in the United Nations Charter and international humanitarian law, particularly the protection of civilians, whose safety and well-being must remain a top priority.³

5 January 2026

People's Republic of Laos

The Lao PDR expresses deep concern regarding information related to the ongoing situation in Venezuela. The Lao PDR calls upon all parties concerned to strictly adhere to international law and Charter of the United Nations, including the principle of respect for national sovereignty, and to refrain from the use or threat of force in international relations. The Lao PDR urges all

*parties concerned to exercise restraint, engage in constructive dialogue to resolve disputes and differences in accordance with international law, thereby fostering peace, security, stability, and cooperation in the region and the world at large.*⁴

4 January 2026

Malaysia

The Ministry of Foreign Affairs is closely monitoring the unfolding developments in Caracas, Venezuela, following reports of security operations in the capital earlier today.

As a matter of principle, Malaysia opposes all forms of foreign intervention in the internal affairs of other States, as well as the threat or use of force. These are fundamental principles enshrined in the Charter of the United Nations and international law. Malaysia consistently upholds the importance of peaceful resolution of disputes through dialogue, respect for sovereignty, and adherence to international norms.

At this critical time, it is crucial for the concerned parties to exercise maximum restraint, and seek peaceful solutions through dialogue and diplomacy.

*In parallel with these developments, the Ministry's priority remains the safety and well-being of Malaysian citizens abroad. The Embassy of Malaysia in Caracas has established contact with registered Malaysians in the country, and all confirmed registered citizens are currently safe and accounted for. The Embassy is actively monitoring the situation on the ground and stands ready to provide necessary consular assistance should the need arise.*⁵

4 January 2026

Neither the Ministry of Foreign Affairs under the National Security and Peace Commission nor the National Unity Government of the Republic of the Union of Myanmar has issued a statement

Republic of the Philippines

The Philippines views with concern the evolving events in Venezuela and their consequential impact on peace and stability in the region as well as on the rules-based international order.

Kei Koga

While acknowledging the United States' underlying security considerations, the Philippines stresses the relevant principles of international law, including the independence and sovereign equality of states, the peaceful resolution of disputes, the prohibition against the threat or use of force, and non-interference in the domestic affairs of sovereign states.

The Philippines calls on concerned parties to respect international law, including the UN Charter, exercise restraint to prevent escalation of conflict, restore peace and order in Venezuela and promote the safety and well-being of all the people, including the Filipinos living in Venezuela and the surrounding countries.⁶

5 January 2026

Singapore

Singapore is gravely concerned by the US intervention on 3 January 2026 in Venezuela.

Singapore is deeply committed to international law and the principles of the UN Charter that safeguard the independence, sovereignty and territorial integrity of all states, especially small states. Singapore has consistently opposed actions contrary to international law by any parties, including foreign military intervention in any country.

Singapore urges all parties to exercise restraint and hopes for a peaceful resolution to the situation in Venezuela in accordance with international law and the principles of the UN Charter.

There are no Singaporeans e-registered with MFA in Venezuela. Singaporeans are advised to defer all travel to Venezuela.⁷

4 January 2026

Kingdom of Thailand

Following the recent escalation of tensions between the United States and Venezuela and events of 3 January 2026,

Thailand has been monitoring the situation in Venezuela closely and urges all parties involved to resolve the conflict peacefully with full respect for the UN Charter and international law, exercising the utmost restraint to avoid a further escalation, while prioritizing the protection of civilians and respecting the will of the Venezuelan people.

*The Royal Thai Embassy in Lima, Peru, which is accredited to Venezuela, remains in close coordination with Thai nationals in Venezuela and stands ready to provide necessary assistance. The Ministry of Foreign Affairs also advises Thai nationals to carefully assess the situation and reconsider non-essential travel to the area at this time.*⁸

4 January 2026

Timor-Leste

Timor-Leste has been monitoring reports of the United States' intervention in the Bolivarian Republic of Venezuela and the apprehension and forcible removal of its President and his wife on 3 January 2026.

Timor-Leste expresses its concern over the disruption to civilian life and the potential humanitarian impact resulting from foreign military activities.

Timor-Leste reaffirms its commitment to international law, including respect for sovereignty, non- use of threat and force against the territorial integrity or political independence of any state, and the peaceful resolution of disputes, as enshrined in Article 2 of the United Nations Charter as its principles are essential to safeguarding the independence of all States, and particularly, small States.

*Timor-Leste calls for restraint, a return to dialogue and diplomacy, and a peaceful resolution of the situation in accordance with international law and the principles of the United Nations Charter.*⁹

5 January 2026

Socialist Republic of Vietnam

Vietnam is deeply concerned about information regarding the current situation in Venezuela, spokeswoman of the Vietnamese Ministry of Foreign Affairs Pham Thu Hang said on January 3.

Answering reporters' question on Vietnam's response to the situation in Venezuela, Hang said Vietnam calls on all relevant parties to respect international law and the United Nations Charter, including the principles of respecting national sovereignty and refraining from the use or threat of force in international relations.

Vietnam also calls on the parties to exercise restraint, engage in dialogue and resolve disputes and differences on the basis of international law, contributing

to peace, security, stability, and cooperation in the region and the world, she said.

Given the complex and tense situation in Venezuela, which poses potential safety risks to citizens, the ministry on January 3 advised Vietnamese nationals to carefully consider travel to the country at this time.

Vietnamese citizens currently in Venezuela should leave dangerous areas, closely monitor developments, and strictly comply with local authorities' regulations on travel as well as advisories issued by the ministry, including those by the Consular Department and the embassy in Venezuela.¹⁰

4 January 2026

Notes

- 1 Ministry of Foreign Affairs, Brunei Darussalam, "Brunei Darussalam's Statement on the Situation in Venezuela," press release, 5 January 2026, <https://www.mfa.gov.bn/Lists/Press%20Room/news.aspx?id=1208&source=https://www.mfa.gov.bn/site/home.aspx>.
- 2 Ministry of Foreign Affairs and International Cooperation of the Kingdom of Cambodia, "Statement of the Spokesperson on the Situation in Venezuela," press release, 17 January 2026, <https://mfaic.gov.kh/en/media/view/2026-01-17-press-release-statement-of-spokesperson-of-the-ministry-of-foreign-affairs-and-international-cooperation-on-the-si-23-47-38>.
- 3 Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Indonesia (Kemlu RI), X post, 4 January 2026, accessed 24 February 2026, https://x.com/Kemlu_RI/status/2007830880182792425.
- 4 Ministry of Foreign Affairs, Lao PDR, "Statement of the Ministry of Foreign Affairs of the Lao People's Democratic Republic on the Situation in Venezuela," press release, 4 January 2026, <https://www.mofa.gov.la/gweb/gweb/backend/web/index.php?r=site/detail&id=1446>.
- 5 Ministry of Foreign Affairs, Malaysia (Wisma Putra), "Update on the Situation in Caracas, Venezuela," press release, 4 January 2026, <https://www.kln.gov.my/web/guest/-/update-on-the-situation-in-caracas-venezuela-4-january-2026?inheritRedirect=true>.
- 6 Department of Foreign Affairs, Republic of the Philippines, "DFA Statement on Situation in Venezuela," Press release, 5 January 2026, <https://www.philippine-embassy.org.sg/dfa-statement-on-situation-in-venezuela/>.
- 7 Ministry of Foreign Affairs, Singapore, "Situation in Venezuela," press statement, 4 January 2026, <https://www.mfa.gov.sg/newsroom/press-statements-transcripts-and-photos/ministry-of-foreign-affairs-press-statement--situation-in-venezuela--4-january-2026/>.
- 8 Ministry of Foreign Affairs, Thailand, "Statement on tensions between the United States and Venezuela," press release, 4 January 2026, <https://www.mfa.go.th/en/content/statement-us-venezuela-2>.

4.1. ASEAN's Responses to the US Intervention in Venezuela

- 9 Government of Timor-Leste, "Timor-Leste's statement on the situation in Venezuela," press release, 5 January 2026, <https://timor-leste.gov.tl/?lang=en&p=46661>.
- 10 Ministry of Foreign Affairs, Vietnam, "Vietnam deeply concerned about reports on situation in Venezuela: spokesperson," 4 January 2026, <https://mofa.gov.vn/en/web/ministry-of-foreign-affairs/detail/chi-tiet/vietnam-deeply-concerned-about-reports-on-situation-in-venezuela-spokesperson-58311-178.html>.

4.2. Der Grenzkonflikt zwischen Kambodscha und Thailand im Sommer 2025: Hintergründe und Ausblick

David M. Malitz

German Institute for Japanese Studies (DIJ), Tokyo

4.2.1. Einleitung

Der Ausbruch von Gefechten entlang der kambodschanisch-thailändischen Grenze am 24. Juli 2025 und deren rasche Eskalation – bis hin zu kambodschanischen Raketenangriffen und thailändischen Luftschlägen – überraschte selbst erfahrene Beobachter der Region. Erklärungsversuche rekurrierten schnell auf die Gefechte, die zwischen 2008 und 2011 um die Kontrolle des Gebiets um den Tempel Prasat Preah Vihear (Khmer) / Prasat Phra Wihan (Thai) stattfanden. Parallelen sind offensichtlich: Der genaue Grenzverlauf zwischen den beiden Ländern, der prinzipiell Anfang des 20. Jahrhunderts durch Verträge zwischen dem damaligen Königreich Siam und der Kolonialmacht Frankreich festgelegt wurde, ist auch heute nicht vollständig demarkiert. Dies erklärt jedoch nicht, warum es gerade im Sommer 2025 zu erneuten Gefechten kam. Und wie zuvor im Jahr 2008, entzündeten sich auch im Sommer 2025 die Konflikte an der Frage der Lage von diesmal zwei kleineren Tempelruinen, die von beiden Seiten beansprucht werden: Prasat Ta Moan Thom (Khmer) / Prasat Ta Muen Thom (Thai) und Prasat Ta Krabey (Khmer) / Prasat Ta Khwai (Thai). Und ebenso wie 2008 brach der Konflikt vor dem Hintergrund politischer Instabilität, innenpolitischen Machtkämpfen und insbesondere Spannungen zwischen der gewählten Regierung und der Militärführung in Thailand aus.

In einem wichtigen Aspekt unterscheiden sich die beiden Konflikte jedoch. Seit der COVID-19-Pandemie wurde in Kambodscha der industriell organisierte, grenzüberschreitende Onlinebetrug zu einem zentralen Standbein der Wirtschaft des Landes. Einer Schätzung des United States Institute of Peace gemäß, die im Mai 2024 veröffentlicht wurde, erwirtschaftete der transnationale Onlinebetrug in Kambodscha über 10 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Die Summe könnte sogar bis zur Hälfte des regulären Bruttoinlandsprodukts ausgemacht haben. Dabei konnte verifiziert werden, dass Mitglieder der wirtschaftlichen und politischen Elite Kambodschas direkt

daran beteiligt waren.¹ Bei den Betrügern selbst, die vor allem über soziale Medien mit Betrugsopfern Kontakt aufnehmen, handelt es sich dabei oft um Opfer von Menschenhandel. Durch falsche Versprechungen und attraktive Jobangebote wurden diese vor allem aus der Volksrepublik China, aber auch aus einer Vielzahl von anderen Ländern nach Kambodscha gelockt. Dort angekommen wurden ihnen ihre Pässe abgenommen und sie wurden in gefängnisartigen Betrugskomplexen als „Cyber-Sklaven“ durch oft massive Gewalt zur Teilnahme am industriellen Betrug gezwungen. Die Vereinten Nationen schätzten, dass bis zu 100.000 Menschen in gefängnisartigen Betrugskomplexen gefangen gehalten wurden.² Die kambodschanische Regierung hat lange die Existenz dieser Betrugsfabriken geleugnet. Kritische Journalisten wurden gerichtlich verfolgt und auch zu Gefängnisstrafen verurteilt. Ab September 2024 nahm der internationale Druck auf Kambodscha dann aber deutlich zu. Das US-amerikanische Außenministerium setzte den kambodschanischen Unternehmer und Senator Ly Yong Phat aufgrund seiner Verwicklung in Onlinebetrug und dem damit verbundenen Menschenhandel auf die Sanktionsliste. Ly gilt als enger Vertrauter und offizieller Berater des langjährigen Premierministers Hun Sen sowie auch von Hun Sens Sohn und Nachfolger Hun Manet. Die enge Verbindung zwischen grenzüberschreitender, organisierter Kriminalität und der politischen Elite Kambodschas konnte nicht mehr geleugnet werden.

Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als die kambodschanische Regierung bereits mit gleich mehreren Herausforderungen konfrontiert war – und dies erst ein Jahr, nachdem der langjährige Machthaber Hun Sen das Amt des Ministerpräsidenten an seinen Sohn Hun Manet übergeben hatte. So hatte die wichtige Textilindustrie im Jahre 2020 den zollfreien Zugang zu den Exportmärkten in Europa und den Vereinigten Staaten verloren. Anfang 2025 kündigte Präsident Trump eine Zollschränke von 49 % an, die die wichtigste kambodschanische Exportindustrie vernichtet hätte. Es wird geschätzt, dass diese bis zu eine Million Arbeiter beschäftigt und etwa 15 % des Bruttoinlandsprodukts Kambodschas erwirtschaftet. Auch der wichtigste internationale Geldgeber, die Volksrepublik China, hatte nach der Pandemie begonnen, die Entwicklungshilfe deutlich einzuschränken. Ein Staatsbesuch Xi Jinpings im April 2025 zeichnete sich dadurch aus, dass zwar viele Abkommen unterzeichnet wurden, aber keine neuen Darlehen oder Zuschüsse versprochen wurden.³ Und schließlich begann die thailändische Regierung in der zweiten Jahreshälfte von 2024 ernsthaft damit, die Legalisierung von Kasinos in Thailand in Erwägung zu ziehen. Dies hätte

voraussichtlich massive Auswirkungen auf die kambodschanische Tourismusindustrie gehabt.

Es gibt Indizien dafür, dass die kambodschanische Regierung in Reaktion auf diese multiplen Bedrohungen des Regimes eine Reihe von eskalatorischen Maßnahmen im umstrittenen Grenzgebiet ergriff. Dieses Vorgehen entspricht einem bekannten Muster kambodschanischer Machtpolitik, bei dem nationalistische Ressentiments gegen Thailand instrumentalisiert werden, um von innenpolitischen Krisen abzulenken. Die Frage der ungeklärten Grenze bot sich hierfür aufgrund deren großen Prominenz im öffentlichen Bewusstsein sowie zweier Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs (IGH; englisch: International Court of Justice) zu Gunsten Kambodschas in der Vergangenheit an. Gleichzeitig war diese Entscheidung riskant, da eine harte Reaktion aus Thailand mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten war.

Die Veröffentlichung des Mitschnitts eines vertraulichen Gesprächs zwischen Hun Sen und der thailändischen Ministerpräsidentin Paetongtarn Shinawatra am 18. Juni 2025 brachte nicht nur ihre Regierung zu Fall, sondern entfachte auch eine nationalistische Stimmung in Thailand. Diese wurde durch den Beschuss des grenznahen zivilen Raums durch die kambodschanische Armee nach Ausbruch der Gefechte am 24. Juli 2025 noch einmal deutlich verstärkt. Selbst die progressive thailändische Volkspartei, die in der Vergangenheit mit harscher Kritik am Militär Wahlkampf gemacht hatte, schwenkte nun auf nationalistische, anti-kambodschanische Narrative ein. Vor diesem Hintergrund gewannen konservative Kräfte deutlich an Aufwind. Am 5. September wurde der Vorsitzende der Bhumjaithai („Thai Stolz“)-Partei Anutin Charnvirakul mit Unterstützung der Volkspartei zum Premierminister gewählt, wobei Neuwahlen innerhalb eines halben Jahres Bedingung für die Unterstützung waren. Trotz einer vereinbarten Waffenruhe und des durch den Konflikt verursachten großen wirtschaftlichen Schadens für beide Seiten bestand somit aus innenpolitischem Gründen auf beiden Seiten der Grenze kein Interesse daran, mit ersten Schritten zur Deeskalation in Vorleistung zu treten. Dies führte dann zu einer zweiten Runde von heftigen Gefechten im Dezember 2025.

4.2.2. Der historische Hintergrund

Mit den französisch-siamesischen Verträgen von 1904 und 1907 wurden die Grundlagen einer Demarkierung der Grenze zwischen dem französischen

Kolonialbesitz und dem Königreich Siam festgelegt. In den Dangrek-Bergen, im heutigen Grenzgebiet zwischen Kambodscha und Thailand, sollte diese der Wasserscheide folgen. Die dann von französischen Kartographen erstellten Karten im Maßstab 1:200.000 wichen von dieser vertraglich festgelegten Richtlinie allerdings ab. Die berühmte Tempelruine Prasat Preah Vihear (Khmer) / Prasat Phra Wihan (Thai), an der sich der Grenzkonflikt zwischen 2008 und 2011 entzündete, liegt auf der thailändischen Seite der Wasserscheide, wurde aber auf der Karte Französisch-Indochina zugeschlagen. Dies muss auch der Regierung des bis 1932 währenden absolutistischen Siam bekannt gewesen sein, war aber vor dem Hintergrund einer ganzen Reihe weiterer innen- und außenpolitischen Herausforderungen und der geringen wirtschaftlichen Bedeutung der Grenzregion sicherlich keine Priorität. Eine eigene siamesische Karte wurde so erst 1934, zwei Jahre nach der konstitutionellen Revolution Siams, im Maßstab 1:50.000 erstellt. Dass sich bis heute die beiden Länder auf unterschiedliche Karten beziehen, verkompliziert die Aushandlung der Grenzziehungen noch mehr.

Versuche, die Grenze zu Gunsten Thailands, wie Siam seit 1939 heißt, neu zu verhandeln, blieben erfolglos. Nach der Besetzung Frankreichs durch das nationalsozialistische Deutschland setzte Premierminister und Armeechef Phibun Songkhram eine irredentistische Bewegung in Gang.⁴ In Publikationen und Demonstrationen wurde die Rückgabe von an Frankreich „verlorene Territorien“ verlangt und Exzesse der französischen Kolonialherrschaft harsch verurteilt. Die Abtretung von Gebieten im heutigen Kambodscha an Frankreich wurde dabei zu einer historischen Demütigung der thailändischen Nation stilisiert, die es zu sühnen galt. Diese Erzählung wurde jahrzehntelang durch das Schulwesen tief im öffentlichen Bewusstsein verankert.⁵ Als im September 1940 die japanische Armee den Norden Französisch-Indochinas besetzte, beschloss Phibun, diese „verlorenen Gebiete“ zurückzuerobern. In einem kurzen Krieg gelang es der thailändischen Armee tatsächlich, die französischen Kolonialstreitkräfte zurückzuschlagen. Zur See musste die thailändische Marine jedoch eine empfindliche Niederlage einstecken.

Durch japanische Mediation in Tokyo konnte zwar eine vertragliche Rückgabe eines Teils der umstrittenen Gebiete erreicht werden, bei weitem jedoch nicht in dem Umfang, den die thailändische Bevölkerung aufgrund der staatlichen Propaganda erwartet hätte. Vor diesem Hintergrund wurde die eindrucksvolle Tempelruine von Prasat Preah Vihear (Khmer) / Prasat Phra Wihan (Thai) zu einem Symbol des thailändischen Sieges stilisiert. Nach Ende des Zweiten Weltkrieg musste Thailand sich dann jedoch auf

die Grenzen von Anfang 1940 zurückziehen. Das Ende der französischen Kolonialherrschaft und die Unabhängigkeit Kambodschas im Jahre 1953 wurde dann von Phibun, der 1948 nach einem Putsch erneut Premierminister geworden war, als Chance wahrgenommen, die Tempelruine erneut für Thailand zu gewinnen, und er ließ diese besetzen. Dies erlaubte es dem kambodschanischen Premierminister Prinz Norodom Sihanouk, der kurz zuvor auf den Thron verzichtet hatte, um Regierungschef zu werden, den Tempel nun ebenfalls zu einem Symbol historischer Demütigungen der kambodschanischen Nation durch Thailand zu machen.⁶

Der Prinz und Premierminister nutzte den Konflikt um den Tempel, um die Bevölkerung zur nationalen Einheit hinter seiner Regierung zu beschwören. Im September 1958 rief Kambodscha den Internationalen Gerichtshof an, der im Jahr 1962 entschied, dass der Tempel und dessen „Umgebung“ Teil Kambodschas seien. Da Thailand jahrzehntelang keinen Einspruch gegen die französische Karte erhoben hatte, sei diese als gültig anzusehen. Feldmarschall Sarit Thanarat, der sich 1957 in Thailand an die Macht geputscht hatte, erklärte öffentlich seine Unzufriedenheit mit der Entscheidung, ließ die Ruine aber entsprechend der Entscheidung räumen. Da der Gerichtshof die der Tempelruine zugehörige „Umgebung“ undefiniert gelassen hatte, ließ Sarit den Tempel mit dessen „Umgebung“ gleichsetzen und eine Stacheldrahtabspernung entlang des Tempels und somit so nah wie möglich an der Wasserscheide anlegen.

Aufgrund des Ausbruchs des kambodschanischen Bürgerkriegs und der sich anschließenden Terrorherrschaft der Roten Khmer (1975–1979) sowie dem Beginn einer kommunistischen Aufstandsbewegung in Thailand waren jahrzehntelang Verhandlungen zwischen beiden Ländern nicht mehr möglich. Erst nach dem Ende des kambodschanischen Bürgerkriegs und der Kapitulation der letzten Roten Khmer – die in der Umgebung des Tempels erfolgte – konnte die Frage der Grenzziehung wieder in Angriff genommen werden.

Im Jahre 2000 wurde zwischen beiden Ländern eine bilaterale Absichts-erklärung zur Festlegung der Grenzziehung unterzeichnet. Diese sollte von einer bilateralen Kommission festgelegt werden. Bis heute wurden so in etwa 75 % der Grenze erfolgreich demarkiert. Vor dem Hintergrund des politischen Konflikts zwischen dem 2006 aus dem Amt geputschten thailändischen Premierminister Thaksin Shinawatra und den ihm nahestehenden politischen Kräften einerseits und seinen Gegnern aus dem konservativen Establishment andererseits wurde Prasat Preah Vihear / Prasat Phra Wihan im Jahre 2008 jedoch erneut zu einem politischen Symbol in Thailand.

Die Regierung von Premierminister Samak Sundaravej unterstützte im Juli 2008 den Antrag Kambodschas, die Tempelruine als Weltkulturerbe bei der UNESCO einschreiben zu lassen. Aufgrund des einfacheren Zugangs von der thailändischen Seite aus wurde dies auch als vorteilhaft für Thailand eingeschätzt. Innenpolitische Gegner der Regierung stellten dies jedoch als eine Preisgabe nationalen Bodens dar und mobilisierten ihre Anhänger gegen die vermeintlichen Landesverräter in der Regierung. So unter Druck gesetzt, zog die thailändische Regierung ihre Unterstützung des Antrags zurück. Beide Länder begannen nun Truppen in der Umgebung des Tempels zu mobilisieren.

Bis Ende 2011 kam es immer wieder zu Schusswechseln und Artilleriegefechten, bei denen auch der Tempel selbst beschädigt wurde. Kambodscha rief zum zweiten Mal den Internationalen Gerichtshof an, um auch die bisher ungeklärte Definition der „Umgebung“ von Prasat Preah Vihear / Prasat Phra Wihan klären zu lassen. Im Jahre 2013 entschied der Gerichtshof zu Gunsten Kambodschas, die „Umgebung“ sei ebenfalls entsprechend der historischen Karte zu interpretieren. Die Lage an der Grenze beruhigte sich wieder und auch die gemeinsame Grenzdemarkation wurde wieder aufgenommen.

4.2.3. Innenpolitische Krisen und anti-thailändische Narrative in Kambodscha

Die internationale Berichterstattung, aber auch die Forschung hat sich stark auf die innenpolitischen Konflikte in Thailand konzentriert, um die Grenzkonflikte sowohl im Zeitraum zwischen 2008 und 2011 als auch seit 2025 zu erklären. Aber die Mobilisierung von nationalistischen und dezidiert anti-thailändischen Narrativen in Momenten innenpolitischer Krisen ist auch eine etablierte Taktik des langjährigen kambodschanischen Machthabers Hun Sen, der im August 2023 das Amt des Premierministers an seinen Sohn Hun Manet übergab. Sie ist eng mit der Legitimierung des Regimes als Begründer von Frieden und Wirtschaftswachstum verbunden. Die nationale Erzählung einer langen Geschichte wiederholter Demütigung durch ausländische Mächte dient dabei der Ablehnung jeglicher Kritik am autoritären Regime. Diese wird mit ausländischen Versuchen, Unruhe im Inneren zu schüren und so die persönlichen Verdienste Hun Sens und seiner Partei im Sinne ausländischer Interessen zu untergraben, in Verbindung gebracht.⁷ Dabei begann der Aufstieg Hun Sens zum Machthaber selbst mit einer ausländischen Invasion im wortwörtlichen Sinne.

Im Jahr 1977 floh Hun Sen als junger Funktionär der Roten Khmer nach Vietnam. Dort schloss er sich den vietnamesischen Streitkräften an, die im Dezember 1978 in Kambodscha einmarschierten. Die Invasion beendete zwar die Terrorherrschaft und den Völkermord der Roten Khmer, führte jedoch zugleich zu einem erneuten langjährigen Bürgerkrieg. In der von Vietnam etablierten kambodschanische Volksrepublik diente Hun Sen erst als Außenminister, ab 1986 war er der de-facto Regierungschef. Ein Erbe des Bürgerkriegs, der erst nach Ende des Kalten Krieges endete, sind die Minenfelder an der kambodschanisch-thailändischen Grenze, die noch immer nicht vollständig geräumt sind. Unter einer Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen wurden im Juli 1993 nationale Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung abgehalten. Aus diesen ging die kambodschanische Volkspartei mit Hun Sen als Vorsitzenden und eine Partei unter Führung eines Sohns von Prinz Sihanouk fast gleichstark hervor. Durch einen Putsch konnte sich Hun Sen im Jahre 1997 jedoch eine führende Position in der Politik sowie die Kontrolle über die Sicherheitskräfte sichern. In den Folgejahren entwickelte sich Kambodscha zunehmend zu einem autoritär regierten Regime, in denen Wahlen nur der Legitimation der kambodschanischen Volkspartei Hun Sens dienen.

Diese Entwicklung sowie die Stabilität der langjährigen Regierung Hun Sens basiert bis heute auf dieser doppelten Kontrolle sowohl der politischen Institutionen als auch der Sicherheitsorgane Kambodschas bei gleichzeitiger personeller Abschottung beider voneinander. Die Sicherheitskräfte dienen dabei nicht nur der Unterdrückung oppositioneller Kräfte, sondern auch der Aufrechthaltung einer extraktiven Wirtschaftsstruktur. Der Raubbau an Kambodschas natürlichen Ressourcen, wie der Abholzung tropischer Wälder und Landraub für die Etablierung von Großplantagen, erwirtschaften dabei die Mittel, die für die Aufrechterhaltung der doppelten Kontrolle notwendig sind.

Vor den Wahlen des Jahres 2003 hatte sich jedoch eine vereinigte Opposition gebildet, die eine ernsthafte Herausforderung für die Regierung darstellte. Im Januar des Jahres berichteten dann kambodschanische Zeitungen, dass eine bekannte thailändische Schauspielerin das berühmte Angkor Wat für Thailand in Anspruch genommen hätte. In der kambodschanischen Hauptstadt Phnom Penh brachen Proteste aus, auf die die Sicherheitskräfte ausgesprochen zurückhaltend reagierten. Beobachter vermuteten ein politisches Interesse, feuerte der Premierminister die Proteste durch eigene Reden doch noch zusätzlich an. Erst nachdem die thailändische Botschaft und Niederlassungen thailändischen Unternehmens nieder-

gebrannt worden waren, wurden die Proteste gewaltsam aufgelöst. Analysen zufolge kam die aufgeheizte anti-thailändische, nationalistische Stimmung Hun Sen als Regierungschef schließlich an der Wahlurne zugute. Die gewalttätigen Proteste in Phnom Penh erlaubten Hun Sen aber auch, den populären Bürgermeister der Hauptstadt, Chea Sophara, abzusetzen, der sich als ernster parteiinterner Rivale Hun Sens etabliert hatte.⁸ Fünf Jahre später erlaubte der Konflikt um Prasat Preah Vihear / Prasat Phra Wihan 2008–2011 Hun Sen erneut, nationalistische, anti-thailändische Diskurse zu nutzen, um von innenpolitischen Krisen und Kritik abzulenken. Sie erlaubten der Regierung auch, eine Erhöhung des Militärbudgets um 60 % durchzusetzen.⁹

4.2.4. Von der Glücksspiel- zur Betrugsindustrie

Die Glücksspielindustrie in Kambodscha begann 1994, als der malaysische Investor Chen Lip Keong für siebzig Jahre die Lizenz für ein Kasino in Phnom Penh erwarb.¹⁰ Der von Chen gegründete Kasino- und Resort-Komplex NagaWorld in Phnom Penh ist seit 2006 an der Börse in Hong Kong gelistet. Da Glücksspiel für kambodschanische Staatsbürger illegal ist, handelt es sich bei den Spielern in NagaWorld vor allem um Touristen, erst aus den ASEAN-Staaten und ab den 2000er Jahren vermehrt aus der Volksrepublik China, wo das Glücksspiel ebenso verboten ist. Da NagaWorld für vierzig Jahre ein Monopol für ein Gebiet von 200 km im Umkreis um die Hauptstadt erhalten hatte, siedelten sich andere Kasinobetreiber in Grenzorten, wie Poipet an der thailändischen Grenze, an. Das erste Kasino für thailändische Spieler öffnete hier im Jahre 1999 seine Pforten. Die Hafenstadt Sihanoukville – mit dem einzigen Tiefwasserhafen des Landes – wurde insbesondere nach dem Start der Belt-and-Road-Initiative zum Hauptstandort chinesischer Investitionen. Mit ihren tropischen Stränden wurde die Stadt aber auch zu einem Badeort, in dem sich Kasinos zum zentralen Bestandteil der legalen Unterhaltung entwickelten, die Touristen aus der Volksrepublik anzogen.

In der zweiten Hälfte der 2010er Jahre begann die Glücksspielindustrie mit aus Kambodscha operierenden Internetplattformen und Zahlungsdienstleistern direkt den chinesischen Markt zu bedienen, wobei der Übergang zwischen in Kambodscha legalem Glücksspiel einerseits sowie Finanzbetrug und Geldwäsche andererseits von Anfang an fließend war. Auf chinesischen Druck wurden deswegen Onlinekasinos 2019 in Kambodscha

verboten. Die Pandemie brachte dann jedoch den Tourismus und mit ihm die Kasinos zum Erliegen. Deren Betreiber gingen nun vermehrt dazu über, die existierende Infrastruktur und Chinesisch sprechende Arbeitskräfte zum Onlinebetrug in Form von Anlagebetrug und „Romance Scams“ einzusetzen. Kambodscha bot sich hierfür auch aufgrund der hohen Korruption innerhalb von Polizei und Verwaltung an. Aus leerstehenden Kasinos, Hotels und Büros wurden so gefängnisartige Betrugskomplexe. Die benötigten Arbeitskräfte wurden mit falschen Versprechungen für Arbeitsverträge nach Kambodscha oder in anliegende Länder gelockt und von dort in die Anlagen verschleppt. Bei den Hauptzielgruppen sowohl der Betrugsopfer als auch der zur Teilnahme am Betrug gezwungenen Menschen handelt es sich durchgehend um Chinesen und Taiwanesen. Schnell wurden die Zielgruppen aber ausgeweitet, und es wurden nicht nur Menschen aus den ASEAN-Staaten, sondern auch aus Südasien und Afrika, möglicherweise in vereinzelt Fällen auch aus Europa und Nordamerika, in die Betrugszentren verschleppt. Fluchtversuche werden brutal bestraft, und ein Verlassen der Zentren ist so oft nur durch Lösegeldzahlungen oder die Anwerbung von Ersatzarbeitern, also die Komplizenschaft in der Verschleppung neuer Cybersklaven, möglich.

Mitglieder der politischen und wirtschaftlichen Elite Kambodschas waren direkt in den Aufbau der Betrugsindustrie verstrickt, so wie der Geschäftsmann und Senator Ly Yong Phat.¹¹ Ly hatte sein Startkapital durch den Grenzhandel mit Thailand erworben und später in Zuckerrohrplantagen, Tourismus und Kasinos investiert. Gewalt in der Form von Landraub und Kinderarbeit war von Anfang an eine Grundlage seines wirtschaftlichen und politischen Aufstiegs. Die Existenz von organisiertem Onlinebetrug in Kambodscha wurde anfangs von der Regierung Hun Sen strikt geleugnet. Aber bereits der jährliche *Trafficking in Persons* Bericht des United States Department of State von 2022 erwähnt explizit die Existenz von durch die chinesische organisierte Kriminalität geführten Betrugskomplexen, in die sowohl Chinesen als auch Thais verschleppt wurden.¹² Auch in der internationalen Presse wurde bereits vereinzelt über diese berichtet. Im Bericht des Folgejahres wird bereits eine weite Verbreitung und strukturelle Verankerung der Betrugsindustrie sowie die Verstrickung hochrangiger Regierungsmitglieder in diese explizit erwähnt.¹³ In Kambodscha konnte Ly Yong Phat dennoch politisch weiter aufsteigen. Im Dezember 2023 wurde er zu einem persönlichen Berater Hun Sens ernannt. Ein halbes Jahr später erwarb er den Adelstitel *Okna*, und noch einem Monat vor seiner Sanktionierung durch das US-amerikanische Außenministerium im

September 2024 erhielt er den höchsten Adelstitel, *Lok Neak Oknha*, des Landes.

4.2.5. Internationale Reaktionen und der Beginn einer Eskalationsspirale im Grenzgebiet

Obwohl sowohl die Mafiagruppierungen als auch die Opfer der Verschleppungen und des Betrugs zum Großteil Staatsbürger der Volksrepublik China waren, übte die chinesische Regierung bis 2025 nur verhaltenen Druck auf Hun Sen aus. Dies lässt sich dadurch erklären, dass die chinesische Regierung die Beziehung zu ihrem wichtigsten Partner in ASEAN als bedeutsamer einschätzte als eine effektive Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Die Volksrepublik war bereits 1999 zum wichtigsten Entwicklungspartner Kambodschas geworden, seit den 2010er Jahren ist China auch der größte Investor.¹⁴

Im Jahre 2012 scheiterte ASEAN zum ersten Mal daran, ein gemeinsames Communiqué zu verabschieden, da Kambodscha als damaliger ASEAN-Vorsitz eine Kritik an China in Bezug auf das Südchinesische Meer ablehnte. Vier Jahre später blockierte Kambodscha erneut eine gemeinsame Kritik der südostasiatischen Staatengemeinschaft an China. Einer im Oktober 2025 veröffentlichte Anklageschrift aus New York zufolge wurden aber auch Beamte der chinesischen Staatssicherheit direkt von chinesischen Betrugsunternehmern in Kambodscha bestochen.¹⁵ Die Sanktionierung Lys am 12. September 2024 durch das State Department – „wegen schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Behandlung von Arbeitskräften, die zur Zwangsarbeit an Onlinebetrugsoperationen gezwungen wurden“ – auf Grundlage des Magnitsky Act stellt daher aufgrund der Öffentlichkeitswirksamkeit und der direkten Konsequenzen, die die Unternehmen Lys praktisch von globalen Märkten ausschließen, eine Zäsur dar.¹⁶ Das kambodschanische Außenministerium nannte die Sanktionierung „politisch motiviert“ und sprach von „unbewiesenen Anschuldigungen“.¹⁷ Trotzdem verlor Ly die Konzession für ein Wasserkraftwerk in einem Naturschutzgebiet. Tochtergesellschaften von Lys Konglomerat wurden aus dem Unternehmensverzeichnis gelöscht und deren Logos von Gebäuden abgenommen. Zu strafrechtlichen Konsequenzen kam es jedoch nicht, und auch seine Ämter scheint Ly nicht verloren zu haben, worauf auch der *Trafficking in Persons* Bericht von 2025 eingeht. Die langjährigen engen und offiziellen Beziehungen Lys zu Hun Sen und Hun Manet scheinen einer kambodschanischen Reaktion bis heute entgegengewirkt zu haben.¹⁸

Betrugsoperationen mit thailändischen Opfern nahmen im Jahr 2024 stark zu und verursachten einen Gesamtschaden von mindestens 60 Milliarden Baht.¹⁹ Bis Ende des Jahres arbeitete die thailändische Polizei dabei mit den kambodschanischen Sicherheitskräften zusammen, um Betrugskomplexe ausfindig zu machen, diese zu schließen und dort gefangene thailändische Staatsbürger zu befreien. Gegen Ende 2024 begann die thailändische Regierung auch unilaterale Maßnahmen zu ergreifen. So wurden grenzüberschreitende Telekommunikationsverbindungen, die den Zugriff auf thailändische Internet- und Mobilfunkverbindungen erlaubten, gekappt.²⁰

Die Ankündigung der Regierung von Premierministerin Paetongtarn Shinawatra im September 2024, einen Gesetzentwurf zur Legalisierung von Kasinos ausarbeiten zu lassen, wird die bilateralen Beziehungen zusätzlich belastet haben. Spieler in Poipet zum Beispiel kommen fast ausschließlich aus Thailand. Schätzungen zufolge sollen dort vor der Pandemie bis zu 400 Millionen US-Dollar pro Jahr umgesetzt worden sein.²¹

In der Presseberichterstattung wird ein symbolischer Protest am 13. Februar 2025 an der von beiden Seiten beanspruchten Tempelruine von Prasat Ta Moan Thom / Prasat Ta Muen Thom als erster Funke des Wiederaufflammens des Konflikts genannt. Tatsächlich hatte ein ähnlicher Protest, an dem sich auch kambodschanische Soldaten beteiligt hatten, bereits am 5. Oktober 2024 stattgefunden, also nur knapp drei Wochen nach der Sanktionierung Lys durch das State Department.²² Außerdem führte einem Bericht des Australian Strategic Policy Institute zufolge das kambodschanische Militär bereits während des Jahresendes von 2024 Verbesserungen der Versorgungswege in das umstrittene Grenzgebiet durch.²³ Im März 2025 begann zusätzlich der Bau von Befestigungsanlagen im umstrittenen Grenzgebiet durch die kambodschanische Armee.²⁴ Die thailändischen Streitkräfte begannen im Folgemonat ebenfalls mit dem Ausbau ihrer Versorgungsstraßen. Gleichzeitig entdeckten Influencer auf den Sozialen Netzwerken den Konflikt als Geldquelle durch die Vermarktung nationalistischer Narrative, was die Stimmung weiter anheizte.²⁵

Eine erste Konfrontation, als thailändische Soldaten am 18. Mai 2025 kambodschanische Soldaten beim Bau eines Schützengrabens im umstrittenen Grenzgebiet antrafen, konnte noch friedlich gelöst werden. Die Spannungen nahmen jedoch rasch weiter zu. Der internationale Druck auf die kambodschanische Regierung erhöhte sich außerdem noch einmal, nachdem ein Joint Statement der UN-Sonderberichterstatter zu modernen Formen der Sklaverei und dem Menschenhandel scharfe Kritik an der Re-

gierung äußerte.²⁶ Daneben wurde die kambodschanische Betrugsindustrie in detaillierten unabhängigen Berichten nun auch deutlich als internationales Sicherheitsrisiko benannt.²⁷ Vor diesem Hintergrund kam es bei einer erneuten Begegnung kambodschanischer und thailändischer Soldaten am 28. Mai zu einem Schusswechsel, bei dem ein kambodschanischer Soldat sein Leben verlor. In Reaktion auf diesen Zwischenfall rief das kambodschanische Parlament einstimmig die Bevölkerung zur nationalen Einheit und Unterstützung der Regierung auf. Die Frage der beiden Tempel solle ebenso zur Entscheidung an den Internationalen Gerichtshof gesandt werden.²⁸

In Reaktion auf diese angekündigte Internationalisierung des Konflikte schränkte die thailändische Regierung den Grenzverkehr ein und verbot thailändischen Staatsbürgern den Besuch der Grenzkasinos.²⁹ In Kambodscha folgten Demonstrationen zur Unterstützung der Regierung und gegen die „thailändischen Aggressionen“.³⁰ Verbunden hiermit war der vermehrte Besuch der beiden umstrittenen Tempel aus Kambodscha, wozu in der Presse ausdrücklich aufgefordert wurde.³¹ Hun Sen selbst verband in einer Rede anlässlich des 74. jährigen Gründungstags seiner Partei die Geschichte territorialer Verluste in der Vergangenheit mit dem Konflikt in der Gegenwart.³² In Thailand wiederum wurde am 7. Juli ein Haftbefehl gegen den kambodschanischen Senator und „Gottvater von Poipet“ Kok An erlassen und Razzien auf mit ihm verbundenen Grundstücken ausgeführt. Auch Kok An steht Hu Sen nahe und hat den niedrigsten der Adelsränge des Landes inne, weshalb dies ebenso als Eskalation des Konfliktes in der Presse interpretiert wurden.³³

Beide Seiten hatten begonnen, schwere Waffen in das Grenzgebiet zu verlegen, als am 16. Juli 2025 mehrere thailändische Soldaten durch eine Landmine verletzt wurden. Der thailändischen Armee zufolge handelte es sich dabei um neu verlegte Minen, was von der kambodschanischen Regierung strikt zurückgewiesen wurde. Diese erklärte, es handle sich um Minen aus der Zeit des Bürgerkriegs. Auch wenn sich diese Frage im konkreten Einzelfall nicht eindeutig klären lässt, gibt es unabhängige Berichte, wonach Kambodscha im Rahmen der jüngsten Spannungen und unter Verstoß gegen den von beiden Ländern unterzeichneten Ottawa-Vertrag zum Verbot von Antipersonenminen tatsächlich neue Landminen verlegt haben soll.³⁴ Zwei kambodschanische Journalisten, die ein Foto veröffentlichten, auf dem noch nicht verlegte Antipersonenminen zu sehen waren, wurden verhaftet und später zu 14 Jahren Haft verurteilt.³⁵

Premierministerin Paetongtarn Shinawatra versuchte durch ein direktes Gespräch mit Hun Sen die Lage zu deeskalieren. Das Gespräch wurde aber heimlich mitgeschnitten und öffentlich gemacht. Die unterwürfige Haltung der Premierministerin gegenüber ihrem kambodschanischen Gesprächspartner sowie ihre Bezeichnung des thailändischen Militärs als Teil der Opposition löste auch unter ihren Anhängern Empörung aus. Sowohl ihre eigenen Umfragewerte als auch die ihrer Partei stürzten ab. Der Hauptkoalitionspartner Bhumjaithai verließ die Regierung. Bereits am 1. Juli wurde die Premierministerin durch den Verfassungsgerichtshof suspendiert und Verteidigungsminister Phumtham Wechayachai übernahm geschäftsführend das Amt. Die formale Amtsenthebung folgte am 29. August 2025. Das Leak überraschte viele Beobachter, da Thaksin Shinawatra, dem Vater der Premierministerin, und Hun Sen lange eine gute Beziehung, wenn nicht sogar eine persönliche Freundschaft nachgesagt wurde. Noch im August 2023, vor seiner Rückkehr aus dem Exil nach Thailand, hatte Thaksin zusammen mit seiner ebenso im Exil lebenden Schwester und ehemaligen Premierministerin Yingluck Shinawatra an den Feierlichkeiten zum Geburtstag Hun Sens teilgenommen. Im Februar 2024 besuchte Hun Sen Thaksin in Bangkok, kurz nachdem dieser aus dem Hausarrest entlassen worden war. Unklar ist, was Hun Sen mit der Veröffentlichung zu erreichen hoffte. Möglicherweise war das Ziel jedoch der Sturz der Phuea Thai-Regierung, um die Legalisierung von Kasinos in Thailand zu verhindern. Der Gesetzesentwurf wurde auch tatsächlich nach der Suspendierung der Premierministerin zurückgezogen.³⁶

4.2.6. Der Ausbruch der Kämpfe im Juli 2025

Am 23. Juli kam es erneut zu einer Landminenexplosion im Grenzgebiet. Thailand rief den eigenen Botschafter aus Phnom Penh ab und wies den kambodschanischen Botschafter aus. Am Folgetag kam es zu einem Feuergefecht am Zugang zum Prasat Ta Moan Thom / Prasat Ta Muen Thom -Tempel, das schnell eskalierte. Weitere Gefechte brachen entlang der Grenze aus und die kambodschanische Armee setzte Mehrfachraketenwerfer des Typs BM-21 ein. Die Soldaten verschossen un gelenkte Raketen kilometertief auf ziviles Gebiet in Thailand, wobei auch ein Krankenhaus und eine Tankstelle getroffen wurden, wodurch mehrere Zivilisten ums Leben kamen. Hier muss angemerkt werden, dass aufgrund des geringen Ausbildungsstandards der kambodschanischen Streitkräfte nicht ausgeschlossen

werden kann, dass der Angriff ohne Befehl der Militärführung erfolgt war. Die thailändischen Streitkräfte reagierten auf diese Eskalation mit Luftschlägen. Später gab der befehlshabende Offizier, Lt. Gen. Boonsin Padklang, bei einem öffentlichen Vortrag zu, dass innerhalb von sechs Stunden ein Politiker den Befehl gegeben habe, das Feuer einzustellen. Der Offizier hätte sich aber geweigert, um „von Kambodscha besetztes Land zurückzugewinnen“. Ohne Rückendeckung der Armeeführung wäre ein solches Eingeständnis der Insubordination natürlich nicht denkbar.³⁷ Vor dem Hintergrund einer aufgeheizten nationalistischen Stimmung in Thailand stritten der amtierende Premierminister sowie der Verteidigungsminister später ab, diesen Befehl gegeben zu haben.³⁸

Erst am 28. Juli trat ein Waffenstillstand in Kraft, der unter Vermittlung des malaysischen Premierministers und unter Druck der Vereinigten Staaten auf beide Konfliktparteien ausgehandelt worden war. Präsident Trump hatte hohe Zölle angedroht, sollten die Verhandlungen scheitern. Die kambodschanische Regierung gab nach dem 24. Juli keine Verlustzahlen mehr bekannt. Eine Schätzung von Nikkei Asia geht auf Grundlage von Nachrichten auf sozialen Medien aber von mindestens 50 getöteten kambodschanischen Soldaten aus.³⁹ Die weitaus geringeren thailändischen Verluste von 19 Gefallenen sind aufgrund der freieren Presselandschaft als belastbar anzusehen.⁴⁰ 14 thailändische und 13 kambodschanische Zivilisten wurden offiziellen Angaben nach bei den Gefechten getötet.⁴¹ Weitere Schätzungen gehen davon aus, dass ca. 260.000 Menschen auf beiden Seiten der Grenze vor den Gefechten fliehen mussten.⁴² Kambodscha kritisierte Thailand für den Einsatz von Streumunition. Diese Munitionsart setzt eine Vielzahl kleiner Submunitionen frei, die häufig nicht sofort detonieren. Solche Blindgänger stellen über Jahrzehnte hinweg eine Bedrohung für die Zivilbevölkerung dar. Allerdings sind im Gegensatz zur Ottawa-Konvention zum Verbot von Antipersonenminen weder Thailand noch Kambodscha dem Übereinkommen über Streumunition beigetreten, wie auch nicht China, die USA und Russland. Aufgrund mangelnder unabhängiger Berichterstattung sind der Verlauf der Kämpfe und die Verschiebung der Front nicht unabhängig nachvollziehbar. Trotz heftiger Angriffe blieb Prasat Ta Moan Thom / Prasat Ta Muen Thom jedoch unter thailändischer Kontrolle, während der Prasat Ta Krabey / Prasat Ta Khwai erfolgreich von kambodschanischen Truppen besetzt wurde.

4.2.7. Der erste Waffenstillstand

In den Folgemonaten rückte die Problematik des industriellen Onlinebetrugs in Kambodscha noch einmal verstärkt in das internationale öffentliche Bewusstsein. Die Ermordung eines südkoreanischen Studenten in Kambodscha Anfang August machte auch internationale Schlagzeilen. Die südkoreanische Regierung verhängte Reisewarnungen und berief in Seoul den kambodschanischen Botschafter ein. Zur Autopsie wurde auch ein südkoreanischer Pathologe entsandt. Ende August wurden kambodschanische Onlinebetrugskomplexe auch mit der „Sextortion“ von US-amerikanischen Minderjährigen in Verbindung gebracht.⁴³ Schließlich machte der Bundesgerichtshof in Brooklyn, New York, am 14. Oktober eine Anklageschrift gegen den chinesischen Unternehmer mit kambodschanischer Staatsbürgerschaft Chen Zhi öffentlich. Chen wird Verschwörung zum Onlinebetrug, Verschwörung zur Geldwäsche und Menschenhandel vorgeworfen. In Zusammenhang mit dieser Anklage wurden gemeinsam mit den britischen Behörden 15 Milliarden US-Dollar in Kryptowährung und 133 Millionen US-Dollar in Immobilien in Großbritannien beschlagnahmt, was das Ausmaß des grenzüberschreitenden Onlinebetrugs aus Kambodscha belegt.⁴⁴ Chen hatte seine kriminelle Karriere in der Volksrepublik begonnen und war von dort 2011 nach Kambodscha übersiedelt, wo er 2014 die kambodschanische Staatsbürgerschaft erhielt. Seine im Jahr 2015 gegründete Prince Group wurde zu einem der größten und einflussreichsten Unternehmen Kambodschas. Chen wurde 2020 in den zweithöchsten Adelsrang eines *Neak Oknha* erhoben.⁴⁵

Auf dem ASEAN-Gipfeltreffen am 26. Oktober in Kuala Lumpur wurde ein Friedensabkommen in Gegenwart Präsident Donald Trumps unterzeichnet, das auch konkrete Maßnahmen formulierte, um die Lage langfristig zu entschärfen. Der Waffenstillstand sollte dabei von Beobachtern aus den ASEAN-Staaten überwacht werden. So sollten bilaterale Kommissionen für die Minenräumung und Bekämpfung der transnationalen Kriminalität geschaffen werden sowie noch 18 in thailändischer Kriegsgefangenschaft verbliebene kambodschanische Soldaten freigelassen werden. Beobachter aus den ASEAN-Staaten sollten den Waffenstillstand überwachen.

Nach dem Gipfel war jedoch keiner der beiden Seiten bereit, in Vorleistung zu treten. Wegen des starken internationalen Drucks auf Kambodscha aufgrund des grenzüberschreitenden Onlinebetrugs dürfte in Phnom Penh wenig Interesse daran bestanden haben, den Konflikt mit Thailand zu entschärfen. In Thailand erschwerte die nationalistische Stimmung politische

Zugeständnisse insbesondere auch deshalb, weil eine zentrale Vereinbarung zwischen der progressiven Volkspartei und der konservativen Bhumjaithai-Partei vorsah, innerhalb von sechs Monaten Neuwahlen anzusetzen. Thailand kritisierte eine mangelnde Zusammenarbeit bei der Minenräumung und verweigerte mit dieser Begründung die Freilassung der Kriegsgefangenen. Nach einer erneuten Minenexplosion am 10. November 2025, bei der ein thailändischer Soldat verletzt wurde, setzte die thailändische Regierung den Friedensprozess gänzlich aus. Die ASEAN-Beobachter unterstützten dem malaysischen Außenminister zufolge die thailändische Interpretation, dass es sich um eine neu verlegte Waffe gehandelt habe.⁴⁶ Dabei ist natürlich nicht feststellbar, ob diese vor oder nach dem Waffenstillstand vom 28. Juli 2025 verlegt worden war.

Die thailändische Regierung war aber auch innenpolitisch unter Druck geraten.⁴⁷ Ende November kam es zu starken Überschwemmungen in Südthailand mit über hundert Toten. Die mangelnde Vorbereitung, aber auch eine zu spät angeordnete Evakuierung wurde nicht nur der städtischen Verwaltung, sondern auch der Zentralregierung zur Last gelegt. Anfang Dezember wurden zudem Fotos in Umlauf gebracht, die den Premierminister und einen ehemaligen Armeechef mit dem südafrikanischen Geschäftsmann und „Fixer“ Mauerberger zeigten, dem Verbindungen zu kambodschanischen Onlinebetrugsnetzwerken nachgesagt werden. Die Fotos waren jedoch bereits über zehn Jahre alt.

4.2.8. Die erneuten Gefechte im Dezember 2025

Am 7. Dezember kam es zu einem erneuten Schusswechsel, bei dem zwei thailändische Soldaten verwundet wurden. Am Folgetag begann eine thailändische Offensive mit Luftunterstützung, durch die wichtige strategische Stellungen gesichert und Pufferzonen von jenseits der thailändischen Demarkationslinie besetzt werden konnten.⁴⁸ Auch Prasat Ta Krabey / Prasat Ta Khwai konnte von der thailändischen Armee eingenommen werden, wobei die Ruine aber stark beschädigt wurde. Des Weiteren wurde auch Prasat Preah Vihear / Prasat Phra Wihan bei den Kämpfen stark beschädigt. Die Verschiebung der faktischen Grenze zugunsten Thailands wurde einerseits damit begründet, dass es sich um von Kambodscha unrechtmäßig besetztes Gebiet gehandelt hätte, andererseits aber auch mit der Notwendigkeit, erneute kambodschanische Angriffe auf ziviles Gebiet in Thailand zu verhindern. Gleich zu Beginn der erneuten thailändischen

Offensive erklärte Premierminister Anutin, kein Interesse an Gesprächen zu haben. Der Armeechef sagte, dass „[es] das Ziel der thailändischen Armee ist, die militärische Fähigkeit Kambodschas für lange Zeit außer Gefecht zu setzen, zum Schutz der Sicherheit unserer Kinder.“⁴⁹ Dabei wurden auch zivile Wohngebäude abgerissen, um eine Rückkehr von im umstrittenen Grenzgebiet lebenden Kambodschanern zu verhindern.

Die neuen Gefechte wurden von der thailändischen Regierung auch als Kampf gegen den grenzüberschreitenden Onlinebetrug dargestellt, also als eine Maßnahme im internationalen Interesse. Nahe an der Grenze gelegene Betrugskomplexe wurden direkt unter Beschuss genommen, auch mit der Begründung, dass sie angeblich als Lager für schwere Waffen dienten und Antennen für den Betrieb von Drohnen beherbergten.⁵⁰ Vor diesem Hintergrund fand am 17. Dezember in Bangkok auf Einladung des thailändischen Außenministeriums eine internationale Konferenz zur Global Partnership against Online Scams statt, für die der Generalsekretär der UN António Guterres sowie UN-Kommissar für Menschenrechte Volker Türk Eröffnungsreden per Videobotschaft beisteuerten.⁵¹ Am 2. Februar 2026 organisierte die thailändische Armee die Besichtigung eines ehemaligen Betrugskomplexes für ausländische Militär- und Polizeiattachés in einem von Thailand kontrollierten Grenzabschnitt. Die Maßnahme löste diplomatische Proteste seitens Kambodschas aus.⁵²

Nach dreitägigen bilateralen Verhandlungen unter malaysischer Vermittlung in Kuala Lumpur trat am 27. Dezember ein neuer Waffenstillstand in Kraft. Dieser beinhaltete Vereinbarungen zur Freilassung der verbliebenen kambodschanischen Kriegsgefangenen, zur Bekämpfung des Onlinebetrugs, zu einer gemeinsamen Minenräumung sowie zu einer gemeinsamen Lösung der Grenzziehung.

Bei der zweiten Runde der Gefechte sind nach Recherche durch Nikkei Asia mindestens 110 Soldaten und Polizisten auf kambodschanischer Seite getötet worden.⁵³ 26 thailändische Soldaten sollen ebenso ihr Leben bei den erneuten Kämpfen verloren haben.⁵⁴ Außerdem kamen 18 kambodschanische und 16 thailändische Zivilisten ums Leben.⁵⁵

4.2.9. Die wirtschaftlichen Kosten des Konflikts

Der Grenzkonflikt war und ist weiterhin mit immensen wirtschaftlichen Schäden für beide Seiten verbunden, die sich in ihrer Gänze nur schwer schätzen lassen. Die direkten Kosten der Kriegsführung sind dabei nicht

bekannt. Die Schließung der Grenzübergänge durch Thailand brachte den Handel über Land praktisch zum Erliegen. Der Handel über Laos oder den Seeweg ist zwar weiterhin möglich, aber mit deutlich höheren Kosten verbunden. Insgesamt brach der bilaterale Handel so um ca. 15 % ein und belief sich für 2025 nur noch auf ca. 3,6 Milliarden US-Dollar.⁵⁶ Für Januar 2026 brach der Handel jedoch im Vergleich zum Vorjahr um ca. 44 % ein.⁵⁷ Dies trifft vor allem thailändische kleine und mittlere Unternehmen hart, die auf anderen internationalen Märkten weniger wettbewerbsfähig und oft hoch verschuldet sind. Chinesische und vietnamesische Exporteure bemühen sich derweil, die Nachfrage in Kambodscha zu bedienen.

Die Grenzschließung ist aber auch für zahlreiche japanische Unternehmen, die die Fertigung von Vorprodukten in das günstigere Kambodscha verlagert haben, mit erheblichen Mehrkosten verbunden. Die japanische Botschaft in Bangkok hat daher bereits zweimal zu einer Öffnung der Landgrenze aufgefordert. Der Grenzkonflikt hat somit konkrete Auswirkungen auf die Attraktivität Thailands für Direktinvestitionen.⁵⁸

Der Ausbruch der Feindseligkeiten im Juli 2025 hat auch die große Mehrheit der kambodschanischen Arbeitsmigranten zurückkehren lassen. Vereinzelt Angriffe von Nationalisten auf Kambodschaner in Thailand haben hierzu beigetragen. Es verbreiteten sich aber auch Gerüchte, dass in Thailand verbleibende Arbeitsmigranten die Staatsbürgerschaft aberkannt und dass sie enteignet werden würden. Zuvor arbeiteten ca. 1,2 Millionen Kambodschaner in Thailand, was über 90 % der kambodschanischen Arbeitsmigration ausmachte. Deren Rücküberweisung aus Thailand belief sich im Jahre 2024 auf ca. 2,8 Milliarden US-Dollar und machte damit ca. 6 % des Bruttoinlandsproduktes ihres Heimatlandes aus.⁵⁹

Das Versprechen der Regierung, für die Heimkehrer Arbeitsplätze zu finden, hat sich nicht bewahrheitet. In der thailändischen Presse finden sich so immer wieder Berichte von illegalen Grenzübertritten durch Kambodschaner. In Thailand hat der Wegfall der benötigten kambodschanischen Arbeitskräfte im Bau, in der Tourismusindustrie, aber auch in Teilen der Landwirtschaft und des verarbeitenden Gewerbes ebenfalls bereits zu deutlichen wirtschaftlichen Verwerfungen geführt.⁶⁰ Schließlich ist hier auch der Tourismus zu nennen, denn nach der Pandemie ist Thailand mit ca. 30 % zum wichtigsten Markt für die kambodschanische Tourismusindustrie geworden.

4.2.10. Die zweite Waffenruhe und ein Ausblick

Die Ende Dezember vereinbarte Waffenruhe bestand auch noch Ende Februar 2026 fort. Nach den ersten 72 Stunden wurden am 29. Dezember vereinbarungsgemäß die sich seit Juli in Kriegsgefangenschaft befindenden kambodschanischen Soldaten von Thailand freigelassen. Ob oder in welchem Umfang der Abzug schwerer Waffen von der Grenze erfolgt, ist hingegen aus der Presse nicht zu erkennen. Am 15. Januar 2026 erfolgte ein erstes bilaterales Meeting beider Streitkräfte, bei dem auch erste Schritte zur gemeinsamen Minenräumung vereinbart wurden.⁶¹ Nach einem erneuten Unfall Anfang Februar betonte das thailändische Militär, dass es sich um eine alte Mine gehandelt hätte.⁶² Kambodscha konnte auch bereits neue internationale Unterstützung für die Minenräumung gewinnen. Japan, die Vereinigten Staaten und Norwegen haben Anfang 2026 zusätzliche Hilfe für die Minenräumung und Zerstörung bestehender Lagerbestände versprochen, nicht so aber die EU und die deutschsprachigen Länder.

Dem Waffenstillstand folgte ein hartes Durchgreifen der kambodschanischen Regierung mit dem Ziel, den grenzüberschreitenden Onlinebetrug zu bekämpfen. Am 6. Januar 2026 wurde Chen Zhi verhaftet. Nach der Aberkennung der kambodschanischen Staatsbürgerschaft wurde er in die Volksrepublik China abgeschoben. Es folgte eine Reihe von koordinierten Razzien, erst in den Grenzgebieten und schließlich auch in Sihanoukville. Hunderte von Ausländern wurden festgenommen und abgeschoben. Dabei wurden jedoch keine Versuche unternommen, zwischen Rädelsführern und zur Kriminalität gezwungenen Opfern des grenzüberschreitenden Menschenhandels zu unterscheiden. Eine große Anzahl von Ausländern lebt derzeit auf den Straßen Kambodschas, ohne nennenswerte Unterstützung von ihren Regierungen, der kambodschanischen Regierung, NGOs oder UN-Organisationen zu erhalten. Am 12. Februar 2026 stellte das kambodschanische Informationsministerium außerdem einen Gesetzentwurf vor, um den grenzüberschreitenden Onlinebetrug zu bekämpfen. Kritikern zufolge dient diese Vorgehensweise auch dazu, eine Regierungsverantwortung an der Entstehung und der Duldung der Industrie abzustreiten.

Auch kam es zu einem weiteren Treffen zwischen Vertretern der beiden Streitkräfte zur Grenzdemarkation, das jedoch ergebnislos blieb. Eine schnelle Einigung ist unwahrscheinlich, da die grundsätzlich unterschiedlichen Standpunkte bezüglich der Grenzziehung und der ihr zugrundeliegenden Karten weiterhin bestehen. Kompromisse wurden noch einmal dadurch erschwert, dass auf beiden Seiten der Grenze nationalistische Res-

sentiments gegenüber dem jeweils anderen Land und die nationalistische Aufladung der umstrittenen Tempel durch den Konflikt des letzten Jahres noch einmal verstärkt wurden. In Thailand hat das Militär zum Beispiel ein noch Anfang 2025 undenkbares, deutliches Comeback in der öffentlichen Meinung erreicht, insbesondere auch bei jüngeren Menschen. Unmittelbar verbunden ist diese Entwicklung mit dem deutlichen Sieg konservativer Kräfte bei den thailändischen Wahlen am 8. Februar 2026.

Es gibt auch Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Auslegung des Waffenstillstandsabkommens. So protestiert die kambodschanische Regierung international gegen die Besetzung kambodschanischer Gebiete durch die thailändische Armee. Thailand weist die Vorwürfe unter Verweis auf das Waffenstillstandsabkommen zurück, wonach Truppen ihre Stellungen zwar halten, aber nicht weiter ausbauen dürfen.

Premierminister Anutin hat bereits angekündigt, die Kündigung des „Memorandum of Understanding 44“ mit Kambodscha vorbereiten zu lassen. Dieses bildet den Verhandlungsrahmen für die ebenso umstrittene Seegrenze und die Aushandlung der Nutzung der sich im umstrittenen Seegebiet befindlichen natürlichen Ressourcen, insbesondere auch Erdgas.⁶³ Thailand erzeugt ca. 60 % des benötigten Stroms durch Erdgas. Der Premierminister hat auch die nationale Sicherheit zu einer Kernpolitik seiner Regierung erklärt. Daher hat er den Bau eines Zauns entlang der Grenze und den Erwerb neuer Waffensysteme angekündigt. Eine Öffnung der Grenzübergänge für den Handel hingegen wurde bis Ende Februar 2026 nicht bekannt gegeben.

In Kambodscha hat Premierminister Hun Manet vor dem Hintergrund der verlorenen Gefechte mit Thailand, angeblichem „unehrlichen“ Verhaltens Thailands nach dem Waffenstillstand und des laufenden Crack-downs auf den grenzüberschreitenden Onlinebetrug die nationale Einheit beschworen. Für die Betrugsindustrie werden ausländische Kriminelle und korrupte Beamte verantwortlich gemacht. Dass Opfer von Menschenhandel zur Kriminalität gezwungen wurden, wird dabei übergangen.⁶⁴

Was benötigt wird, sind vertrauensbildende Maßnahmen auf verschiedenen Feldern – durch den Austausch auf politischer, militärischer und wirtschaftlicher Ebene, aber auch auf der zivilgesellschaftlichen. Interessanterweise war es bisher einzig die Volksrepublik China, die eine erste Initiative in dieser Hinsicht umgesetzt hat. Die Hochschule für Auswärtige Angelegenheiten in Beijing brachte am 10. Februar 2026 Akademiker und Think-Tank-Mitarbeiter aus Thailand und Kambodscha zu einem Track II-Austausch in Beijing zusammen.⁶⁵

Notes

- 1 Legal Support for Children and Women, *Human Trafficking & Forced Labour in Cambodia's Cyber-Scam Industry* (Australian Aid and ASEAN-Australia Counter Trafficking, Mai 2024); United States Institute of Peace, *Transnational Crime in Southeast Asia: A Growing Threat to Global Peace and Security*. USIP Senior Study Group Final Report (Washington D. C.: USIP, Mai 2024), S. 9.
- 2 United Nations Human Rights Office of the High Commissioner, *Online Scam Operations and Trafficking into Forced Criminality in Southeast Asia: Recommendations for a Human Rights Response* (Bangkok, 2023). S. 7; Amnesty International, *Cambodia, 'I was someone else's property': slavery, human trafficking and torture in Cambodia's scamming compounds* (London: Amnesty International, 2025).
- 3 Chhay Lim, „With Xi Jinping Visit, Cambodia Doubles Down on China Ties“, *The Diplomat*, 22. April 2025, <https://thediplomat.com/2025/04/with-xi-jinping-visit-cambodia-doubles-down-on-china-ties>.
- 4 Siehe hierzu Shane Strate, *The Lost Territories: Thailand's History of National Humiliation* (University of Hawaii Press, 2015).
- 5 Gregory V. Raymond, *Thai Military Power: A Culture of Strategic Accommodation* (Copenhagen: NIAS Press, 2018), S. 3, 188–212.
- 6 Kimly Ngoun, „From a pile of stones to a national symbol: Preah Vihear Temple and Norodom Sihanouk's politics of postcolonial nation-building“, *South East Asia Research* 26, Nr. 2 (2018):194- 212.
- 7 Neil Loughlin, *The Politics of Coercion: State and Regime making in Cambodia* (Ithaca: Southeast Asia Program, Cornell University, 2024), S. 81, 82.
- 8 Sok Udom Deth, „Factional Politics and Foreign Policy Choices in Cambodia-Thailand Diplomatic Relations, 1950–2014,“ (Ph.D. Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin, 2014), S. 230–235.
- 9 P. Michael Rattanasengchanh, „The Role of Preah Vihear in Hun Sen's Nationalism Politics, 2008–2013“, *Journal of Current Southeast Asian Affairs* 36, Nr. 3 (2017): 63–89.
- 10 Mohammad Cohen, „Malaysia's Richest 2018: How 'Accidental' Casino Billionaire Chen Lip Keong's Cambodia Bet Paid Off“, *Forbes*, 7. März 2018, abgerufen am 22. Februar 2026 <https://www.forbes.com/sites/muhammadcohen/2018/03/07/malaysia-richest-2018-how-accidental-casino-billionaire-chen-lip-keongs-cambodia-bet-paid-off/#446d31975c22>.
- 11 Neil Loughlin, *The Politics of Coercion: State and Regime making in Cambodia* (Ithaca: Southeast Asia Program, Cornell University, 2024), 2, 71–72, 119, 129.
- 12 U.S. Department of State, *Trafficking in Persons Report 2022* (Washington, D.C.: U.S. Department of State, Juli 2022), 154–158, 76, 542; siehe auch U.S. Department of State, *Trafficking in Persons Report 2021* (Washington, D.C.: U.S. Department of State, June 2021), 156–161, 179, 538.
- 13 U.S. Department of State, *Trafficking in Persons Report 2023*, 2023, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.state.gov/reports/2023-trafficking-in-persons-report/cambodia/>; U.S. Department of State, *Trafficking in Persons Report 2024*, 2024, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.state.gov/reports/2024-trafficking-in-persons-report/cambodia/>.
- 14 Yun Sun, „Can China fill the void in foreign aid?“, *Brookings*, 11. März 2025, <https://www.brookings.edu/articles/can-china-fill-the-void-in-foreign-aid/>; Chandarith Neak und Chhay Lim, „Cambodia recalibrates its China policy, rather than realigns“,

- The Interpreter*, 29. April 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.lowyinstute.org/the-interpreter/cambodia-recalibrates-its-china-policy-rather-realigns>.
- 15 United States District Court for the Eastern District of New York, *United States v. Chen Zhi*, Nr. 25-CR-312 Anklageschrift, 8. Oktober 2025.
 - 16 “Treasury Sanctions Cambodian Tycoon and Businesses Linked to Human Trafficking and Forced Labor in Furtherance of Cyber and Virtual Currency Scams”, U.S. Department of the Treasury, 12. September 2024, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy2576>.
 - 17 „Cambodia Calls US Sanctions of Casino Tycoon ‘Misleading’”, *Radio Free Asia*, 13. September 2024, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.rfa.org/english/news/cambodia/ly-yong-phat-sanctions-foreign-ministry-responds-09132024154648.html>.
 - 18 U.S. Department of State, *Trafficking in Persons Report 2025*, 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.state.gov/reports/2025-trafficking-in-persons-report/cambodia/>.
 - 19 „Online Fraud Cost Thailand 60 Billion Baht in 2024, Report Reveals”, *The Nation*, 2. April 2025, <https://www.nationthailand.com/news/general/40048240>.
 - 20 „Thai Police Launch Phone Scam Crackdown at Cambodia Border”, *Khaosod English*, 28. Dezember 2024, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.khaosodenglish.com/news/2024/12/28/thai-police-launch-phone-scam-crackdown-at-cambodia-border>; „Thai Regulator and Police Target Call Centres in Cambodia’s Poipet”, *Thai PBS World*, 20. Februar 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://world.thaipbs.or.th/detail/thai-regulator-and-police-target-call-centres-in-cambodias-poipet/56477>.
 - 21 Muhammad Cohen, „Poipet, Cambodia’s Number Two Casino Destination, Gears Up to Go Global”, *Forbes*, 16. März 2018, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.forbes.com/sites/muhammadcohen/2018/03/16/poipet-cambodias-number-two-casino-destination-gears-to-go-global/>.
 - 22 „Boet nangsue prathuang Kamphucha mai tham tam kho kotklong thi Prasat Ta Muean Thom ploi thahan pai rong phleng chat เปิดหนังสือประท้วงกัมพูชา ไม่ทำตามข้อตกลงที่ปราสาทตามีอนรม ปลอยทหารไปร้องเพลงชาติ”, *Matichon*, 17. Februar 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, https://www.matichon.co.th/politics/news_5053295.
 - 23 Angela Suriyasenee und Nathan Ruser, „Thailand-Cambodia Conflict: Legacy Politics and Premeditated Escalation”, *The Strategist*, 29. Juli 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.aspi.org.au/strategist-posts/thailand-cambodia-conflict-legacy-politics-and-premeditated-escalation/>.
 - 24 Ridzwan Rahmat, „Cambodia Fortified Border Region with Thailand ahead of July Skirmish”, *Janes*, 29. August 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.janes.com/osint-insights/defence-news/industry/cambodia-fortified-border-region-with-thailand-ahead-of-july-skirmish>.
 - 25 Surachanee Sriyai, „Gun Jompalang: The Grey Zone of Influencers and Warfare in the Thai-Cambodia Conflict”, *Fulcrum*, 2. Dezember 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://fulcrum.sg/gun-jompalang-the-grey-zone-of-influencers-and-warfare-in-the-thai-cambodia-conflict/>.
 - 26 „Joint Statement by the Special Rapporteur on Contemporary Forms of Slavery, Special Rapporteur on Trafficking in Persons, and Special Rapporteur on Cambodia on Immediate Human Rights-Based Action to Tackle Forced Criminality in Southeast Asia Scam Centers”, Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, 19. Mai 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.ohchr.org/sites/de>

4.2. Der Grenzkonflikt zwischen Kambodscha und Thailand im Sommer 2025

- fault/files/documents/issues/slavery/sr/statements/2025-05-stm-sr-slavery-southeast-asia.pdf.
- 27 Jacob Sims, *Policies and Patterns: State-Abetted Transnational Crime in Cambodia as a Global Security Threat* (Brighton: Humanity Research Consultancy, 2025); Amnesty International, *Cambodia: 'I was someone else's property': Slavery, Human Trafficking and Torture in Cambodia's Scamming Compounds*.
 - 28 Tep Sony, „VIDEO: Hun Sen Calls on Cambodians to Unite“, *Khmer Times*, 28. Juni 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.khmertimeskh.com/501708684/video-hun-sen-calls-on-cambodians-to-unite/>; „Congress Calls for Public Trust in the Royal Government“, *Khmer Times*, 3. Juni 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.khmertimeskh.com/501694144/congress-calls-for-public-trust-in-the-royal-government/>.
 - 29 Taing Rinith, „Thais Worsen Border Dispute by Restricting Crossings“, *Khmer Times*, 9. Juni 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.khmertimeskh.com/501696919/thais-worsen-border-dispute-by-restricting-crossings/>.
 - 30 „PM: Solidarity March Shows 'Patriotic Spirit and Love for the Land of the Cambodian People'“, *Khmer Times*, 19. Juni 2025, abgerufen am 24. Februar 2026, <https://www.w.khmertimeskh.com/501703213/pm-solidarity-march-shows-patriotic-spirit-and-love-for-the-land-of-the-cambodian-people/>.
 - 31 Roth Santepheap, „Cambodians Stand United in Patriotism as Thailand Shamelessly Claims What Isn't Theirs“, *Khmer Times*, 21. Juli 2025, abgerufen am 24. Februar 2026, <https://www.khmertimeskh.com/501720601/cambodians-stand-united-in-patriotism-as-thailand-shamelessly-claims-what-isnt-theirs/>; „IN PICTURES: Hundreds More Cambodians Proudly Visit Flashpoint Temple“, *Khmer Times*, 23. Juli 2025, abgerufen am 24. Februar 2026, <https://www.khmertimeskh.com/501722596/in-pictures-hundreds-more-cambodians-proudly-visit-flashpoint-temple/>.
 - 32 Tep Sony, „VIDEO: Hun Sen Calls on Cambodians to Unite“, *Khmer Times*, 28. Juni 2025, abgerufen am 24. Februar 2026, <https://www.khmertimeskh.com/501708684/video-hun-sen-calls-on-cambodians-to-unite/>.
 - 33 Dominic Faulder und Danielle Keeton-Olsen, „Thailand Strikes at Cambodia with Raids on Tycoon Kok An's Properties“, *Nikkei Asia*, 8. Juli 2025, abgerufen am 24. Februar 2026, <https://asia.nikkei.com/spotlight/society/crime/thailand-strikes-at-cambodia-with-raids-on-tycoon-kok-an-s-properties>.
 - 34 Jonathan Head, „A Fierce War of Words Keeps Thailand and Cambodia on Edge“, *BBC News*, 21. August 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.bbc.com/news/articles/clyrx53zeg4o>; Jonathan Head, „Cambodia Counts the Cost of Its Border War with Thailand“, *BBC News*, 19. Dezember 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.bbc.com/news/articles/c0mpje3e2xmo>.
 - 35 Khuon Narim, „Two Journalists Sentenced 14 Years over Border Coverage, Appeal Filed“, *CambojaNews*, 19. Februar 2026, abgerufen am 24. Februar 2026, <https://cambojanews.com/two-journalists-sentenced-14-years-over-border-coverage-appeal-filed>.
 - 36 „Game over: Casino Bill Withdrawn“, *Thai PBS World*, 8. Juli 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://world.thaipbs.or.th/detail/game-over-casino-bill-withdrawn/58138>.
 - 37 „Boonsin Admits Defying Govt's Ceasefire Order Shortly after Border Clashes Began“, *The Nation*, 9. November 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.nationthailand.com/news/asean/40057977>.
 - 38 „Boonsin Admits Defying Govt's Ceasefire Order Shortly after Border Clashes Began“, *The Nation*, 9. November 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.nationthailand.com/news/asean/40057977>.

- 39 Danielle Keeton-Olsen und Vantha Phuong, „Cambodian Deaths Exceed 110 in December Border Conflict with Thailand”, *Nikkei Asia*, 13. Januar 2026, abgerufen am 24. Februar 2026, <https://asia.nikkei.com/politics/international-relations/thailand-cambodia-conflict/cambodian-deaths-exceed-110-in-december-border-conflict-with-thailand>.
- 40 „Th. b. yuean yan thahan sia chiwit su rop–Kamphucha phoem sam rai ruam su ro ha wan sip ha nai ทบ.ยีนยีน ทหารเสียชีวิตสู้รบ-กัมพูชา เพิ่ม 3 ราย รวม สู้รบ 5 วัน 15 นาย”, *Krungthep Turakij* กรุงเทพมหานคร, 29. Juli 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.bangkokbiznews.com/politics/1191820>.
- 41 UNICEF Cambodia, *UNICEF Cambodia Situation Report No. 1*, 29. Juli 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.unicef.org/cambodia/reports/situation-report-no-1>; „Incident Report on the Thai-Cambodian Border Clashes”, *PPTV Online*, 8. August 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.pptvhd36.com/news/ต่างประเทศ/254429>.
- 42 Grant Peck, Jintamas Saksonchai und Sopheng Cheang, „What to Know about the Shaky Truce after 5 Days of Combat between Thailand and Cambodia”, *AP*, 30. Juli 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://apnews.com/article/thailand-cambodia-border-conflict-explainer-0eb99510a4ea16ee769a5934e0c07383>.
- 43 Chris Conrad, Eric Heintz und Marc Mace, *A Potential Nexus Between Forced Scamming and the Financially-Motivated Sextortion of Children* (Washington D.C.: International Justice Mission, 2025).
- 44 United States District Court for the Eastern District of New York, *United States v. Chen Zhi*, Nr. 25-CR-312, Anklageschrift, 8. Oktober 2025.
- 45 Jacob Sims, „After Prince Group Sanctions, Unanswered Questions for Cambodia’s Interior Minister”, *The Diplomat*, 28. Oktober 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://thediplomat.com/2025/10/after-prince-group-sanctions-unanswered-questions-for-cambodias-interior-minister/>; „U.S. and U.K. Sanctions Target Cambodia’s Prince Group and Tycoon Chen Zhi”, *Japan Times*, 16. Oktober 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.japantimes.co.jp/news/2025/10/16/asia-pacific/crime-legal/cambodia-prince-us-uk-sanctions/>.
- 46 „Malaysia Ready to Hold Thailand-Cambodia Talks to Preserve Ceasefire – Mohamad Hasan”, *Bernama*, 15. November 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.bernama.com/en/news.php/general/news.php?id=2490566>; „ASEAN to Look into Landmine Incident as Thai-Cambodia Rift Escalates”, *The Star*, 15. November 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.thestar.com.my/aseanplus/aseanplus-news/2025/11/15/asean-to-look-into-landmine-incident-as-thai-cambodia-rift-escalate>.
- 47 Jack Board, „Has Domestic Politics in Thailand and Cambodia Fueled Latest Border Flare-Up?”, *Channel NewsAsia*, 10. Dezember 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.channelnewsasia.com/asia/thailand-cambodia-border-conflict-anutin-571901>.
- 48 „Cambodia Provides Proof of ‘Continued Aggressive Acts by Thailand against Cambodia’s Sovereignty and Territorial Integrity’”, *Khmer Times*, 3. Januar 2026, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.khmertimeskh.com/501820403/cambodia-provides-proof-of-continued-aggressive-acts-by-thai-armed-forces-against-cambodias-sovereignty-and-territorial-integrity-in-some-areas-even-beyond-thailands-opinion-boundary-line-aft>.
- 49 „PM Anutin Says No More Negotiations with Cambodia”, *Thai PBS World*, 8. Dezember 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://world.thaipbs.or.th/detail/pm-anutin-says-no-more-negotiations-with-cambodia/59794>.

4.2. Der Grenzkonflikt zwischen Kambodscha und Thailand im Sommer 2025

- 50 Philip Wen, „Fear, suspicion, and destroyed scam compounds at Cambodian border town weeks after Thai air strikes”, *Straits Time*, 16 Januar 2026, <https://asianews.net/ork/fear-suspicion-and-destroyed-scam-compounds-at-cambodian-border-town-weeks-after-thai-air-strikes>.
- 51 „Ministry of Foreign Affairs Co-Hosts the International Conference on the Global Partnership against Online Scams”, Thai Ministry of Foreign Affairs, 29. Dezember 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://mfa.go.th/en/content/global-partnership-against-online-scams-en?page=5d5bd3da15e39c306002aaf9&menu=5d5bd3cb15e39c306002a9b0>.
- 52 „Cambodia upset after Thailand brings FBI, international media to expose scam sites”, *Khaosod English*, 4. Februar 2026, <https://www.khaosodenglish.com/news/2026/02/04/cambodia-upsets-after-thailand-brings-fbi-international-media-to-expose-scam-sites/>.
- 53 Keeton-Olson und Phuong, „Cambodian deaths exceed 110 in December border conflict with Thailand”.
- 54 Wasamon Audjarint, „Thailand Bombs Cambodian Village even as Both Nations Hold Talks to End Armed Clashes”, *PBS*, 26. Dezember 2025, abgerufen am 22. Februar 2026, <https://www.pbs.org/newshour/world/thailand-bombs-cambodian-village-even-as-both-nations-hold-talks-to-end-armed-clashes>.
- 55 „Public Health Situation Analysis – Cambodia – Thailand Border Conflict, Emergency Situation Update”, World Health Organization, 5. Januar 2026, abgerufen am 24. Februar 2026, <https://www.who.int/cambodia-thailand-border-update>.
- 56 „Cambodian Ministry of Commerce Reports 15 % Decline in Thailand-Cambodia Trade in 2025 to \$3.6 Billion Due to Disputes”, *ThaiRath Online*, 14. Januar 2026, abgerufen am 24. Februar 2026, <https://en.thairath.co.th/news/foreign/2907659>.
- 57 „Cambodia–Thailand Trade Slumps as Imports from Thailand Plunge Nearly 50 % in January 2026”, *Khmer Times*, 11. Februar 2026, abgerufen am 24. Februar 2026, <https://www.khmertimeskh.com/501843801/cambodia-thailand-trade-slumps-as-imports-from-thailand-plunge-nearly-50-in-january-2026/>.
- 58 „Japan Calls Again for Thai–Cambodian Border Reopening”, *Thai PBS World*, 3. Februar 2026, abgerufen am 24. Februar 2026, <https://world.thaipbs.or.th/detail/japan-calls-again-for-thaicambodian-border-reopening/60329>.
- 59 Elena Pyltsina, „Cambodia Is Beginning to Feel the Economic Costs of the Border Conflict with Thailand”, *The Diplomat*, 10. Oktober 2025, abgerufen am 24. Februar 2026, <https://thediplomat.com/2025/10/cambodia-is-beginning-to-feel-the-economic-costs-of-the-border-conflict-with-thailand/>.
- 60 „The Heavy Economic Cost of the Thai-Cambodian Border Conflict”, *Thai PBS World*, 20. Juni 2025, abgerufen am 24. Februar 2026, <https://world.thaipbs.or.th/detail/the-heavy-economic-cost-of-the-thaicambodian-border-conflict-/57918>.
- 61 „Thailand and Cambodia Hold Border Cooperation Talks on Mine Clearance and Accident Prevention”, *ThaiRath Online*, abgerufen am 24. Februar 2026, <https://en.thairath.co.th/news/local/2908042>.
- 62 „Landmine Blast on Thai-Cambodian Border Maims Soldier”, *Thai PBS World*, 12. Februar 2026, abgerufen am 24. Februar 2026, <https://world.thaipbs.or.th/detail/landmine-blast-on-thaicambodian-border-maims-soldier/60407>.
- 63 „Anutin Rebutts Demeaning Labels..”, *ThaiRath Online*, 12. Februar 2026, abgerufen am 24. Februar 2026, <https://en.thairath.co.th/news/politic/2913808>.
- 64 Sao Phal Niseiy, „PM Hun Manet Calls for National Unity as Crackdown on Online Scams Intensifies”, *Cambodianess*, 13. Januar 2026, abgerufen am 24. Februar 2026,

- <https://cambodianess.com/article/pm-hun-manet-calls-for-national-unity-as-crackdown-on-online-scams-intensifies>; Ben Sokhean, „Hun Manet Calls for Unity as Thousands Remain Displaced”, *Khmer Times*, 12. Februar 2026, abgerufen am 24. Februar 2026, <https://www.khmertimeskh.com/501844073/hun-manet-calls-for-unity-as-thousands-remain-displaced/>.
- 65 Yang Yue und Han Zhili, „Track II Diplomacy: Scholars Forge Path for Cambodian-Thai Peace”, *China Daily*, 10. Februar 2026, abgerufen am 24. Februar 2026, <https://www.chinadaily.com.cn/a/202602/10/WS698ae7b2a310d6866eb387e3.html>.

4.3. Varied Threats, Tailored Responses: Rethinking International Cyber Cooperation in Southeast Asia

Surachanee ‘Hammerli’ Sriyai
S&I Strategic Advisory

4.3.1. Introduction

On 25 October 2025, 72 UN Member States signed the United Nations Convention against Cybercrime (UNCC) in Hanoi, Vietnam, underscoring their commitment to fight against the global problem of cybercrime.¹ With the transnational nature and impact of the crime, international cooperation in cybersecurity is no longer optional; it has become an imperative. Beyond the new Convention, international cooperation in cybersecurity has become ever more prominent in Southeast Asia, a region identified as hotspot for scam operations and IT-enabled illicit activities. Globally, scam losses are estimated to amount to hundreds of billions of US-Dollars, with figures in 2025 reports suggesting around 442 billion US-Dollars of losses. In the United States, an estimated 4.4 billion US-Dollars has been attributed to so-called ‘pig butchering’ schemes, a tactic most prevalent in Southeast Asia.²

For external partners, this illustrates both the promise and complexities of engagement. Since 2017, the Japanese Government has funded the ASEAN-Japan Cybersecurity Capacity Building Centre (AJCCBC) hosted in Bangkok with a goal to build competency for cybersecurity experts in the public and critical information infrastructure (CII) sectors of ASEAN countries.³ In August 2021, the US Cybersecurity and Infrastructure Security Agency (CISA) and the Cyber Security Agency of Singapore (CSA) signed a Memorandum of Understanding to expand cooperation on information-sharing, joint exercises, and research on critical technologies.⁴ Similarly, in November 2024, the United States and Vietnam concluded a cooperation agreement to strengthen Vietnam’s digital infrastructure resilience and capability to counter cyber threats.⁵ More broadly, in October 2024, the Philippines has agreed to collaborate with the United States and Japan to enhance the nation’s cyber and digital resilience through the US-Japan-Philippines Trilateral cyber and digital dialogue, which took place

on the side-lines of the 9th Singapore International Cyber Week.⁶ For collaboration with European counterparts, compelling examples include the regional workshop on cybercrime and electronic evidence organised by the Council of Europe in Bangkok under the “Octopus Project”, where more than 50 criminal justice representatives from Southeast Asian countries participated. The aim was to align legislative frameworks, enhance technical capacities for electronic evidence, and foster networking across jurisdictions.⁷ Another recent instance of cooperation is Operation SECURE, which is a joint initiative of the European Union, the Council of Europe, and INTERPOL’s Cybercrime Directorate-Asia and South Pacific Desk. The event was held in Bangkok in late February 2025 and brought together 75 professionals from 22 countries, including major regional partners and industry. The agenda included simulated responses to malware and “infostealer” threats, tabletop exercises on cross-border incident management, and sharing of best practices on transnational cybercrime.⁸ These real-world initiatives reflect the earnest efforts of external stakeholders to build resilience, share best practices and foster partnerships in Southeast Asia.

Despite the commendable nature of such cooperation, two important caveats must be acknowledged. First, while many programmes place the emphasis on combating cybercrimes and threats committed by nonstate actors (e.g., scams, fraud, phishing, malware), these threats are only one part of the cyber threat spectrum in the region. State-linked intrusions, supply chain compromise, ransomware against critical infrastructure, geopolitical cyber-coercion and peer-state espionage are equally material but may receive less emphasis when creating an agenda which focuses on building the capacity to combat cybercrime. Second, extrapolating best practices from Western or more developed cyber ecosystems and transplanting them into Southeast Asia without adjustment can overlook significant variations: partner states differ in legal frameworks, institutional capacity, threat-profiles, political incentives, and strategic priorities. What works in a mature American or European cyber environment may falter when applied to a Southeast Asian state dealing with limited digital infrastructure, nascent mutual-legal-assistance regimes, or different threat vectors (such as scam-centres tied to forced labour or cross-border insurgent networks). Recognising that variation is essential if cooperation is to be effective, sustainable and well-aligned with local realities.

With that backdrop, this paper explores Southeast Asia’s cyber threat landscape against variations that exists from outside the region, and how

it may shape opportunities for cooperation. Relying primarily on the data from the Council on Foreign Relations (CFR)'s Cyber Operations Tracker (2025) that records all publicly disclosed incidents of cyber activities around the world that can be attributed to state-sponsored actors since 2005, this paper takes a state-centric approach, viewing Southeast Asian countries as both targets and perpetrators of cyber operations.⁹ Since the data exclusively includes cases where the attacker, often referred to as the threat actor, is believed to have connections with a nation-state, its emphasis on state-linked operations is an added value to this analysis as it highlights instances where governments or their proxies engage in cyber activities to advance their foreign policy objectives, sifting out the non-attributable attacks by nonstate actors, that tend “to be murkier and makes for less reliable data” or may have already been extensively discussed elsewhere. Later, this paper will turn to concrete recommendations for EU countries, and in particular Germany, to expand collaboration with Southeast Asia in cybersecurity.

4.3.2. *Cyber Threats in Southeast Asia and Comparative Variation*

In Southeast Asia, cyber threats manifest along multiple, often overlapping axes. First, organised-crime networks exploit weak oversight and high connectivity to mount large-scale fraud, online-scams and money-laundering operations. Simultaneously, advanced persistent threat (APT) campaigns targeting governments, infrastructure and industry exploit uneven patching practices and regional vendor ecosystems. Finally, the rapid growth of cloud, digital economy and IoT exposure has increased the attack surface area the region.

According to CFR, there are seven distinct types of state-sponsored cyber attacks based on their goals and techniques.

- *Data Destruction* involves cyber operations aimed at permanently deleting, corrupting, or rendering data unusable. Attackers may target critical databases, intellectual property, or operational systems to cause disruption or inflict economic and strategic damage.
- *Defacement* attacks refer to when threat actors alter the visual appearance or content of websites, often to spread propaganda, political messages, or undermine the credibility of the targeted organisation. These attacks are typically low in sophistication but high in symbolic impact.

- *Denial of Service (DoS)* and Distributed Denial of Service (DDoS) attacks flood a network or server with overwhelming traffic, rendering it inaccessible to legitimate users. Such attacks aim to disrupt services, cripple communications, and cause reputational or operational damage.
- *Doxing* refers to the unauthorized gathering and public release of sensitive personal information, often to intimidate, embarrass, or pressure individuals or organizations. State-linked doxing campaigns can target government officials, journalists, or dissidents.
- *Espionage* operations involve the clandestine theft of sensitive or classified information from governments, corporations, or individuals. These campaigns are often long-term and focus on strategic intelligence gathering, influencing foreign policy or gaining economic advantages.
- *Financial Theft* targets financial institutions, cryptocurrency platforms, or large corporations to steal funds directly or launder money. North Korean groups like *Lazarus* have been prominent in state-sponsored cyber financial theft operations.¹⁰
- *Cyber Sabotage* involves the deliberate disruption or degradation of physical, and usually critical, systems through cyber means. This can include attacks on industrial control systems, energy grids, or transportation infrastructure. *Stuxnet*, which targeted Iranian nuclear facilities, is a prime example of cyber sabotage.¹¹

The data on cyber incidents in Southeast Asia illustrates an alarming trend. Between 2018 and 2025, the frequency of politically-motivated cyber operations targeting Southeast Asian states has escalated significantly (Figure 1). There's a clear uptick in incidents starting from 2018, peaking around 2022–2023. This indicates a persistent and escalated targeting of SEA nations, coinciding with broader geopolitical tensions and digitalization in the region.

Hactivist groups, who often operate in alignment with nationalist agendas, have taken centre stage in these campaigns. For instance, amidst the armed conflict between Thailand and Cambodia, the Cambodian hactivist group, AnonSecKh (also known as ANON-KH or Bl4ckCyb3r), claimed responsibility for 73 distributed denial-of-service (DDoS) attacks targeting Thai government bodies, military institutions, and key private sectors within a span of two weeks in July 2025.¹² Later, Nation Group, a Thai media conglomerate, announced that it has come under severe cyberattack originating from Cambodian users, which registered 223 million DDoS hits on its website and Facebook page within just 24 hours.¹³ The level of coordination and the volume of the attack indicated not only technical

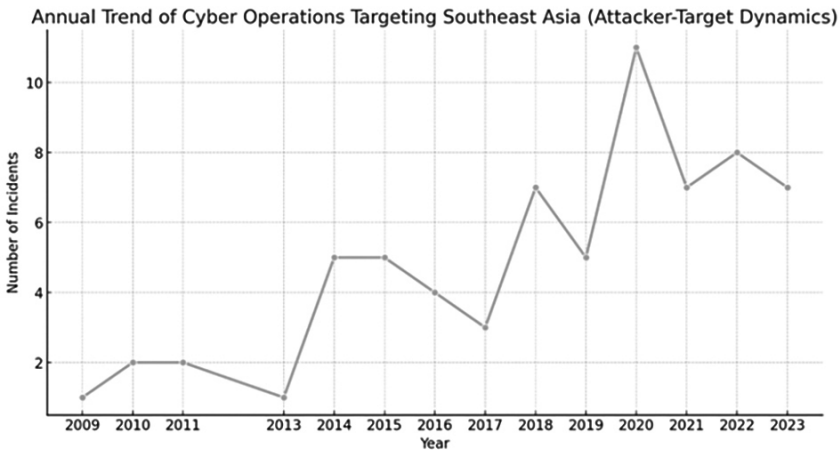


Figure 1: Number of Incidents of Cyber Operations with Southeast Asian Nations as a Target

Note: The slight dip in 2024 may reflect reporting lag or shifts in operational stealth, not necessarily a decrease in activity. Source: Surachanee ‘Hammerli’ Sriyai, based on data from the Council on Foreign Relations (CFR) Cyber Operations Tracker (2025).

capacity, but also a strategic intent to inflict operational disruption on a national scale.

Conversely, Thai hacktivist groups, such as BlackEye-Thai, have allegedly engaged in retaliatory operations against Cambodian governmental digital assets, compromising critical databases and leaking sensitive data.¹⁴ These tit-for-tat cyber campaigns, exacerbated by the lack of effective conflict resolution mechanisms, have entrenched a cycle of escalation. Notably, groups like KH Night Mare have further amplified these hostilities by leaking up to 800GB of exfiltrated data in recent incidents, claiming to have breached Cambodia’s top-secret servers.¹⁵ These developments underscore the fluidity of attacker-target dynamics within the region, where nationalistic fervour and geopolitical grievances often manifest in cyberspace.

External actors also play a pivotal role in shaping the cyber threat landscape in Southeast Asia. State-sponsored threat actors from China, India, and Iran have been implicated in cyber espionage campaigns aimed at extracting intelligence from Southeast Asian governments and critical infrastructure sectors. These operations, often executed through sophisti-

sia, and Vietnam frequently find themselves at the receiving end of Chinese-sponsored campaigns. These operations are typically sophisticated, prolonged, and multifaceted, reflecting Beijing's broader geopolitical ambitions to bolster its strategic leverage in Southeast Asia while maintaining a robust intelligence advantage.

In contrast, India's cyber operations in the region appear more narrowly focused on reconnaissance. APT groups linked to India, such as SideWinder, have been observed conducting espionage activities against countries like Thailand, Vietnam, and the Philippines on top of the usual South Asian government targets.¹⁷ These operations largely concentrate on defence establishments and intelligence apparatuses, reflecting New Delhi's intent to gather actionable intelligence amidst ongoing geopolitical tensions in the region. Unlike China's broad spectrum cyber targeting that spans governmental and private sectors, India's cyber efforts are more concentrated on state-level targets, seeking specific strategic advantages.

Notably, Vietnam occupies a unique position in the region's cyber conflict landscape, as it operates both as a frequent victim and an active attacker. Vietnam-linked actors, often suspected to be state-sponsored proxies, have utilized cyber operations, such as DDoS attacks against political dissidents and opposition groups. These domestic campaigns signal an entrenched strategy of state-endorsed digital repression aimed at silencing dissent and consolidating political control over the information domain.¹⁸ Vietnam's dual role illustrates how cyber tools are being repurposed not only for interstate conflicts, but also for domestic political surveillance and suppression.

Beyond the immediate regional neighbours, foreign actors like Iran have also made incursions into Southeast Asian cyberspace. Iranian cyber operations, while primarily orchestrated as part of larger, multi-region campaigns, have occasionally pursued Southeast Asian targets. These activities, often centred on mass espionage and disruptive cyber operations, exploiting regional cybersecurity vulnerabilities rather than treating the region as an intended target or pursuing Southeast Asia-specific strategic objectives. Iran's presence in the region underscores the broader reach of state-sponsored cyber actors who leverage global digital weaknesses to amplify their strategic campaigns. Additionally, Southeast Asia frequently becomes an unintended collateral battlefield in global cyber conflicts orchestrated by non-regional powers. The Stuxnet campaign, widely attributed to the joint operation between Israeli and US cyber forces, provides a prominent example where Southeast Asian systems, particularly in Indonesia, were

inadvertently drawn into a conflict that was primarily aimed at Iran’s nuclear infrastructure. Such incidents highlight the transnational interconnectedness of cyberspace, where the porous boundaries of digital networks often entangle Southeast Asian entities in conflicts far removed from their own geopolitical interests. This collateral involvement exposes the region to unintended disruptions and emphasizes the global ripple effects of high-profile cyber warfare.

Table 1: Comparison of Key Attacks, by Region

Key Dynamics	Southeast Asia	Europe	North America	Middle East	Latin America & Africa
State-Sponsored Espionage	High	High	High	High	Low to Moderate
Proxy/Hacktivist Operations	High	Moderate	Low, but impactful	Moderate	Low
Critical Infrastructure Targeting	Moderate with low repercussions	Moderate on High-value targets, but strong defence	Moderate, but robustly defended	High, often escalating to sabotage	Low

Note: High ≥ 30 incidents; Moderate 10–29 incidents; Low < 10 incidents. Source: Surachanee ‘Hammerli’ Sriyai, based on data from the Council on Foreign Relations (CFR) Cyber Operations Tracker (2025).

In comparison to other regions, Southeast Asia’s cybersecurity posture is markedly fragile as shown in Table 1 above. The radar chart positions Southeast Asia as a region facing persistent and strategically significant cyber threats, albeit with a narrower attacker ecosystem and attack type diversity compared to more cyber-saturated regions like North America and Europe. Unlike its Western counterparts that have been contending with a constant barrage of high-volume, multi-vector attacks from a wide array of threat actors ranging from nation-states, cybercriminal syndicates, to hacktivist groups, Southeast Asia’s cyber threat landscape is dominated by a few key adversaries, notably China, with additional threats from India-linked groups and Iranian actors.

In North America, cyber operations are deeply entrenched in strategic competition, with the United States frequently targeted by APTs from Russia, China, Iran, and North Korea. The scale and complexity of attacks are

far more diverse and sophisticated. Similarly, Europe faces relentless cyber activity, particularly from Russian and Chinese APTs engaging in cyber-espionage, disinformation campaigns, and infrastructure attacks. However, unlike Southeast Asia, Europe has established more mature cyber defence mechanisms, including collaborative cybersecurity initiatives under EU frameworks and NATO's cyber defence structures. While Southeast Asia often struggles with fragmented, bilateral, or informal cyber cooperation, Europe benefits from binding commitments and well-resourced joint response capabilities.

The Middle East, while similar to Southeast Asia in terms of having a concentrated set of active cyber adversaries, differs in the intensity and strategic aggressiveness of operations. Cyber conflicts between Iran, Israel, and Gulf States frequently involve high-impact sabotage and espionage efforts. Like Southeast Asia, the Middle East also faces the challenge of cyber proxy warfare. However, cyber operations in Southeast Asia are more geared towards long-term strategic espionage, with comparatively fewer instances of outright sabotage or destructive attacks. Latin America, finally, remains the least impacted region in this comparison. The cyber threat landscape there is predominantly opportunistic, driven by financially motivated cybercriminals rather than sophisticated state-backed campaigns.

In essence, Southeast Asia is not yet a high-frequency cyber conflict zone like North America or Europe, but its strategic significance ensures it remains persistently targeted, particularly for espionage and information operations. Unlike the Middle East, where cyber operations are more openly aggressive and destructive, Southeast Asia's cyber battles are subtler but no less impactful, with a focus on long-term strategic gains rather than immediate sabotage. The region's lack of cohesive cyber defence frameworks, coupled with rising tensions among neighbouring states like Thailand and Cambodia, amplifies the risks of escalation.

Apart from what is indicated in the data, the region is also seeing rising volumes of business-email-compromise, cryptojacking, online scams and data-interception campaigns; in part because many Southeast Asian states have yet to fully harmonise their legislative regimes, forensic capabilities or inter-agency coordination mechanisms.¹⁹ Meanwhile, capability gaps are also large: some states, like Singapore, have mature national CERTs and public-private collaboration, whereas others are still building from the ground up. This disparity means that attackers will often target the weakest link not merely within a country but across the regional supply chain. The academic work on ASEAN region-wide CERT coordination underscores

that, while ASEAN's initiative is promising, disparities in capability among member states persist. Moreover, interstate cooperation is challenged by differing legal frameworks, cross-border investigative constraints, and trust deficits between actors.²⁰ Thus, the variation matters: the nature of the threat (financial fraud vs. espionage), the sector of vulnerability (digital economy vs. critical infrastructure), and the partnering state's own capacity all differ. Therefore, any external cooperation must adapt to those differences rather than assume uniform baseline conditions or single-path solutions.

4.3.3. Implications for International Cooperation

Because of the variation across the region, international cooperation in cybersecurity must satisfy several criteria:

- It must be *differentiated*: high-capacity hubs will benefit from intelligence fusion, threat-sharing and joint exercises; lower-capacity states need assistance building legal frameworks, forensic labs, and public-private communication channels.
- It must be *multi-dimensional*: technical assistance alone is insufficient. Cooperation must involve law enforcement, judicial mechanisms (mutual legal assistance, asset-recovery), public-private collaboration (industry telemetry sharing), and diplomatic dialogue (norms, supply chain resilience).
- It must emphasize *regionality and network effects*: because transnational cybercrime flows through multiple jurisdictions, strengthening region-wide platforms (sharing between ASEAN states, multi-state workshops) amplifies impact more than isolated bilateral deals.
- It must be *sustainable*: capacity building needs long-term investment, not one-off events. Tools, processes, and institutional memory must be built from the ground up, and not just take the form of ad hoc responses.

These implications point to how EU partners, including Germany, should frame their engagement: not merely concerned with the export of capability, but rather establishing partnerships aligned with the uneven landscape in Southeast Asia.

4.3.4. Recommendations for EU Countries

At the EU level, the bloc should integrate cybersecurity cooperation with Southeast Asia into its broader Indopacific strategy. This means dedicating budget lines for regional CERT reinforcement, capacity-building grants, joint forensic labs and shared private-sector-telemetry frameworks. An EU-wide initiative could fund a regional cybercrime forensics hub that offers shared services (digital evidence handling, financial-crime analytics) to smaller ASEAN states while countries with strong expertise in cybersecurity, such as Estonia, can contribute to capacity building efforts in the region. Furthermore, the EU should scale up public-to-private sector cooperation, encouraging European companies to share anonymised telemetry under legal safeguards, helping build situational awareness of regional trends.

For Germany in particular, the following concrete steps are proposed:

1. Launch a “German-ASEAN Cyber Capacity Facility”: German development agencies (BMZ/GIZ) together with the German Federal Office for Information Security (BSI) should create a pooled funding and assistance mechanism to deploy mentors, incident-response teams, open-source forensic labs and legal-framework advisory services across ASEAN states.
2. Sponsor regional drills and shared tooling: Germany should fund and co-host with ASEAN partners annual live-fire or tabletop cyber-exercises, bringing together public, private and third-party actors. The drills should include cross-border incident simulation, multi-jurisdiction evidence-chain testing, and private-telemetry sharing.
3. Strengthen law enforcement and judicial cooperation: Germany should second prosecutors and forensic experts into regional teams (e.g., INTERPOL’s cybercrime programmes) and establish fast-track protocols for mutual legal assistance (MLA), asset recovery, money-laundering tracing and victim-support for scam-networks. It can also be integrated with the multi-cluster initiative in Thailand, which is spearheaded by UNODC, to coordinate anti-crime efforts among state agencies in Southeast Asia in order to prevent and mitigate threats; especially in the aspect of scam operations.²¹
4. Promote research, standards and industry linkages: Germany should fund Southeast scholars, expert think tankers, and civil society to do research focusing on a broad range of cybersecurity and digital resilience

topics, such as baseline institutional capacity of national CERT, secure cloud/IoT practices, AI-driven cybercrime tactics and supply chain assurance.

In conclusion, Southeast Asia presents a rich but challenging cyber-security landscape. The region's digital economy growth, diverse legal and institutional capacities, and the varied threat-profiles of states mean that cooperation cannot be generic. For the EU and Germany, the path forward lies in *tailored, sustained, multi-stakeholder engagement*, blending diplomacy, development assistance, law enforcement cooperation and private-sector partnerships. Germany's existing technical and institutional firepower positions it well to become a leading partner for Southeast Asia in the cyber domain – provided it aligns its initiatives to the varied capacities and needs of the region rather than offering a one-size-fits-all solution.

Notes

- 1 United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), *United Nations Convention against Cybercrime* (Vienna: UNODC, 2025).
- 2 Global Anti-Scam Alliance, *Global Scams on the Rise: Over Half of Adults Worldwide Report Scam Encounters, 23 % Lost Money, Global State of Scams 2025 Report*, 2025, <https://www.gasa.org/post/global-scams-on-the-rise-over-half-of-adults-worldwide-report-scam-encounters-23-%-lost-money-global-state-of-scams-2025-report>; United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), *Inflection Point: Global Implications of Scam Centres, Underground Banking and Illicit Online Marketplaces in Southeast Asia* (Vienna: UNODC, 2025).
- 3 ASEAN-Japan Cybersecurity Capacity Building Centre (AJCCBC), "About Us," 2026, <https://ajccbc.ncsa.or.th/about-us/> (accessed January 19, 2026).
- 4 Cybersecurity and Infrastructure Security Agency (CISA), "United States and Singapore Expand Cooperation on Cybersecurity," press release, 2021, <https://www.cisa.gov/news-events/news/united-states-and-singapore-expand-cooperation-cybersecurity> (accessed November 11, 2025).
- 5 "Việt Nam, US Sign Cooperation Agreement on Cybersecurity," Việt Nam News, November 14, 2024, <https://vietnamnews.vn/society/1667051/viet-nam-us-sign-cooperation-agreement-on-cybersecurity.html> (accessed November 11, 2025).
- 6 Abbey Gita-Carlos, "PH, US, Japan Vow Cooperation to Enhance Cyber, Digital Resilience," *Philippine News Agency*, October 19, 2024, <https://www.pna.gov.ph/articles/1235913> (accessed November 11, 2025).
- 7 Council of Europe, "Octopus Project: Regional Workshop on Cybercrime and Electronic Evidence in Southeast Asia," 2024, <https://www.coe.int/en/web/cybercrime/-/octopus-project-regional-workshop-on-cybercrime-and-electronic-evidence-in-south-east-asia-1> (accessed November 11, 2025).
- 8 Council of Europe, "Operation SECURE: Strengthening Cybersecurity in Asia and the South Pacific," 2025, <https://www.coe.int/en/web/cybercrime/-/operation-secure-strengthening-cybersecurity-in-asia-and-the-south-pacific> (accessed November 11, 2025).

- 9 Council on Foreign Relations, “Cyber Operations Tracker,” *CFR Interactives*, 2025, <https://www.cfr.org/cyber-operations/> (accessed August 10, 2025).
- 10 “The Lazarus Heist: How North Korea Almost Pulled Off a Billion-Dollar Hack,” *BBC News*, June 20, 2021, <https://www.bbc.com/news/stories-57520169> (accessed August 10, 2025).
- 11 “Stuxnet Worm ‘Targeted High-Value Iranian Assets,’” *BBC News*, September 23, 2010, <https://www.bbc.com/news/technology-11388018> (accessed August 10, 2025).
- 12 Michael Hipolito, “Thai Organisations Face Surge in Cyberattacks after Border Clash,” *Security Brief*, June 18, 2025, <https://securitybrief.com.au/story/thai-organisations-face-surge-in-cyberattacks-after-border-clash> (accessed August 10, 2025).
- 13 “Cross-Border Cyberattacks Surge as Thailand–Cambodia Tensions Escalate,” *Cyber Defense*, July 29, 2025, <https://cyberdefensewire.com/cross-border-cyberattacks-surge-as-thailand-cambodia-tensions-escalate/> (accessed August 10, 2025).
- 14 Cyber Defense, *Cross-Border Cyberattacks Surge as Thailand–Cambodia Tensions Escalate*.
- 15 BlackCat.News, “Bammm!!! Hacker Thai ชื่อ KH Night Mare ปล่อย...,” Facebook post, July 28, 2025, https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=pfbid07PwCTMTaRkSBszNkEg3v72AbZb6PQfzoq6NRV3dGIuxrqyih3divA6n8qczntorCl&id=61578863603543&rdid=UW58FavFHv8Z1RHW# (accessed August 10, 2025).
- 16 Surachanee ‘Hammerli’ Sriyai, “Analysis of Cyber Attacks in Southeast Asia: Strategic Dynamics, Policy Gaps, and Recommendations,” *ISEAS Perspective* 2025/104, <https://www.iseas.edu.sg/articles-commentaries/iseas-perspective/2025-104-analysis-of-cyber-attacks-in-southeast-asia-strategic-dynamics-policy-gaps-and-recommendations-by-surachanee-hammerli-sriyai/>.
- 17 Nate Nelson, “SideWinder APT Caught Spying on India’s Neighbor Govts.,” *Dark Reading*, May 22, 2025, <https://www.darkreading.com/cyberattacks-data-breaches/sidewinder-apt-spying-indias-neighbor-govts> (accessed August 10, 2025).
- 18 David Bak, Surachanee ‘Hammerli’ Sriyai, and S. Meserve, “Internet and State Repression: A Cross National Analysis of the Limits of Digital Constraint,” *Journal of Human Rights* 17, no. 5 (2018): 642–659; Surachanee ‘Hammerli’ Sriyai, “How Means for Digital Repression in Southeast Asia Have Unfolded in Recent Times,” *ISEAS Perspective* 2024/65, https://www.iseas.edu.sg/wp-content/uploads/2024/08/ISEAS_Perspective_2024_65.pdf.
- 19 Council of Europe, “*Octopus Project: Regional Workshop on Cybercrime and Electronic Evidence in Southeast Asia*.”
- 20 Benjamin T. F. Lee, Alexandra Tan, and Mark Chen, “ASEAN Cybersecurity Cooperation Strategy: Combating Cyber Terrorism and Hackers Through CERT Coordination,” *International Journal of Law and Public Policy (IJLAPP)* 7, no. 1 (2025): 20–30, <https://doi.org/10.36079/LAMINTANG.IJLAPP-0701.788>; Surachanee ‘Hammerli’ Sriyai, “The Thai-Cambodian War of Cyber Attrition: Implications for ASEAN,” *Fulcrum*, August 21, 2025, <https://fulcrum.sg/the-thai-cambodian-war-of-cyber-attrition-implications-for-asean/>.
- 21 Surachanee ‘Hammerli’ Sriyai, “Borderland Scam Centres and Cyber Threats: Policy Considerations for Thailand,” *ISEAS Perspective* 2025/60, <https://doi.org/10.48048/AI.2025.274566>.

5. Dokumentation

Autoren- und Autorinnenbiographien

Abhisit Vejjajiva

Abhisit Vejjajiva served as Thailand's 27th Prime Minister from 2008 to 2011. His parliamentary career began with his election to Parliament in 1992. Over nearly three decades in public office, he held several senior positions, including Minister Attached to the Prime Minister's Office and three terms as Leader of the Opposition. In June 2019, he resigned as a Member of Parliament after the Democrat Party decided to support Prayut Chan-o-cha's premiership. From January 2024 to October 2025, he served as Vice Chairman of the Board of Directors of consumer goods company Saha Pathanapibul PLC. In October 2025, he returned as leader of the Democrat Party. Following the February 2026 general election, he regained his seat in the House of Representatives.

Alfred Gerstl

Alfred Gerstl ist ein Spezialist für internationale Beziehungen mit geografischem Schwerpunkt auf dem Indopazifik und insbesondere Südostasien. Er ist Associate Professor am Institut für Asienwissenschaften der Palacký - Universität Olomouc (Tschechische Republik). Dort leitete er das von der EU finanzierte Projekt „Die EU im volatilen Indopazifik“ (EUVIP; 2023–2025). Alfred ist außerdem Präsident des Central European Institute of Asian Studies (CEIAS), wo er das von der EU und der Slowakei finanzierte Projekt „European-Southeast Asian relations: their current state and future prospect“ (EUSEAR; 2024–2026) leitet. Darüber hinaus ist er Lehrbeauftragter an der Universität Wien, der Vienna School of International Studies/Diplomatic Academy of Vienna und der Donau-Universität Krems.

Kei Koga

Kei Koga is Associate Professor/ Head of Division at the Public Policy and Global Affairs Programme, School of Social Sciences, Nanyang Technological University (NTU). Concurrently, he is a Nonresident Fellow at The National Bureau of Asia Research (NBR), the United States, and a member of RIPS Research Committee, the Research Institute for Peace and Security

(RIPS), Japan. His research focuses on International Security, International/Regional Institutions (particularly ASEAN), and East Asian/Indo-Pacific security.

Guanie Lim

Guanie Lim is an associate professor at the National Graduate Institute for Policy Studies (GRIPS), Japan. His main research interests are comparative political economy, value chain analysis, and the Belt-and-Road-Initiative in Southeast Asia. He is also interested in broader development issues within Asia, especially those concerning China, Vietnam and Malaysia.

Royston Lin

Royston Lin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand aus Singapur an der Professur für Ostasiatische Geschichte der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Sein Forschungsinteresse gilt vor allem der Religions- und Kulturgeschichte Chinas während der Ming- (1368–1644) und Qing-Dynastie (1644–1911), mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Jesuitenmission und ihrem Wirken in der chinesischen Gesellschaft. Neben der Geschichte Chinas lehrt er auch zu Themen wie den historischen Verbindungen zwischen China, Südostasien und der übrigen Welt sowie zur Geschichte der chinesischen Diaspora.

David M. Malitz

David M. Malitz ist Principal Researcher am Deutsches Institut für Japanstudien (DIJ) in Tokyo und leitet dort das Forschungsfeld „Japan in Transregional Perspective“. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit Japans Beziehungen zu Südostasien, insbesondere zu Thailand und der Mekong-Region. Er lehrte zuvor an der Chulalongkorn University in Bangkok und ist mit der Universität weiterhin affiliert. Er studierte Betriebswirtschaftslehre und Japanologie in Mannheim und Heidelberg. Nach Tätigkeiten in der Finanzwirtschaft in London und Düsseldorf promovierte er nach Forschungsaufhalten in Kyoto und Bangkok in München in Japanologie zu den japanisch-thailändischen Beziehungen.

Johanna Neumann

Johanna Neumann ist Sprachlektorin für Burmesisch am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften der Humboldt Universität zu Berlin. Ihre Doktorarbeit schrieb sie zu „Zat Pwe, Nationalismus und Gesellschaft in Myanmar“ und nebenbei ist sie auch Gründungsmitglied des Myanmar-Institut e.V. Allgemein fokussiert sich ihre Forschung auf darstellende Künste (insbesondere Zat Pwe), Nationalismus, Lehrbücher und Lehrpläne, Kultur, Politik und Kulturpolitik, Literatur und Gender.

Surachanee ‘Hammerli’ Sriyai

Surachanee "Hammerli" Sriyai, PhD, is the CEO and co-founder of S&I Strategic Advisory, a boutique consultancy specializing in government affairs and strategic communication. She was a Visiting Fellow at the Media, Technology, and Society Programme of ISEAS – Yusof Ishak Institute, where she wrote extensively on cyber-related topics in Southeast Asia. Prior to this, she taught political science at Chiang Mai University and Chulalongkorn University.

Oliver Thurin

Oliver Thurin is a lawyer specialized in international business law, with a particular focus on cross-border corporate transactions and joint ventures in the Indo-Pacific region. He is a member of the International Institute for Strategic Studies (IISS) in London, a partner at the international business law firm and a lecturer at the WU Executive Academy and FH Wien of the Austrian Economic Chamber. He contributes a practice-oriented legal, economic, and strategic perspective on geopolitical developments in the Southeast Asia to the project „European-Southeast Asian relations: their current state and future prospect“ (EUSEAR; 2024–2026) hosted at CEIAS.

Carmen Wintergerst

Carmen Wintergerst ist seit August 2025 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg tätig. Dort arbeitet sie im von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekt „Militärs und ‚Democratic Backsliding‘ seit Ende des Kalten Krieges (MILBACK)“. Im Jahr 2025 schloss sie ihre Promotion im Fach Politikwissenschaft ebenfalls an der Universität Heidelberg ab. In

ihrer Dissertation analysierte sie Strategien exekutiver Machterweiterung in Südostasien und untersuchte, wie politische Führungspersonen Methoden des „institutional capture“ und „social silencing“ einsetzen, um ihre Handlungsmacht auszubauen. In ihrer aktuellen Forschung widmet sie sich insbesondere dem Einfluss von Militärakteuren auf politische Entwicklungen in Asien und darüber hinaus. Im Zentrum ihrer Arbeit stehen Fragen nach demokratischer Erosion, militärischer Einflussnahme sowie der Anpassungsfähigkeit politischer Systeme unter wachsendem autoritärem Druck. Ziel ihrer Forschung ist es, Autokratisierungsdynamiken besser zu verstehen und systematisch zu erklären.

Patrick Ziegenhain

Dr. habil. Patrick Ziegenhain ist seit September 2019 Associate Professor für Internationale Beziehungen an der President University in Cikarang, Indonesien. Zuvor war er u.a. Visiting Professor am Asia-Europe-Institute der Universiti Malaya, Kuala Lumpur, Malaysia und im Fach Politikwissenschaft an der DeLaSalle University, Manila, Philippinen.

Er promovierte im Jahr 2005 an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg und habilitierte 2014 an der Universität Trier. Seine Forschungsschwerpunkte sind aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen in Südostasien sowie die internationalen Beziehungen in und zwischen der EU und Südostasien.

Stichwortverzeichnis

A

Abfallmanagement 55, 189
Arbeitslosigkeit 107, 135
Armut 66, 92, 107, 136
Atomkraft 91
Ausbildung 77, 78, 131, 188, 190, 217
– Berufsausbildung 14, 167, 183
– Lehrerausbildung 43
– militärische 33
Australien 22, 27, 105, 106, 182
Automobilindustrie 13, 54, 161, 188

B

Baden-Württemberg 27, 132, 188
Belt-and-Road-Initiative 24, 88, 89, 180, 212
Berufsausbildung 30, 54
Biden, Joe 183
Bildung 15, 19, 23, 32, 38, 39, 43, 53, 66, 78,
83, 107, 129, 132, 185, 188
BRICS 47, 56

C

Chemieindustrie 13, 131, 188, 190
China, Volksrepublik 20, 22–27, 33, 46–49,
56, 64, 70, 73–78, 81, 84, 88–91, 95, 105,
106, 122, 162–166, 168, 173, 174, 178–183, 191,
206, 212, 214, 218, 223, 224, 235–238
COVID-19 62, 89, 121, 123, 134, 135, 186, 205

D

De-Risking 24, 33, 177, 190
Demokratie 17, 21, 26, 35, 38, 56, 75, 80, 81,
83, 112, 167, 191, 192
– Institutionen 104
– semi-demokratisch 119
Deutschland 19, 20, 27–30, 32, 53–56, 94,
95, 99, 106, 120, 129–132, 151, 166–168, 174,
181–185, 187, 188, 191, 208
Dienstleistungen 14, 51, 66, 107, 109, 130, 134,
190
Digitalisierung 21, 23, 28, 29, 54, 107, 108, 130,
188
Direktinvestitionen
– Philippinen 108
– Singapur 121

– Thailand 151, 161, 163
– Vietnam 178, 179
Dynastien, politische
– Indonesien 35, 37, 56
– Jokowi 36, 37
– Philippinen 101–104, 108, 109, 111, 112
– Thailand 157, 161

E

Elektromobilität 47, 54, 95, 161, 162
Energie, erneuerbar 14, 15, 47, 51, 55, 165, 179,
181, 188
Energiewende 55, 65, 167, 181, 188
Europäische Union (EU) 18–28, 32, 33, 53,
54, 56, 64, 82, 86, 94, 106, 129–132, 166,
168, 177, 179–182, 185–188, 190–192, 206,
223, 232, 233, 238–242
European Free Trade Association (EFTA) 29,
168

F

Fanghänel, Bettina 131
Finanzdienstleistungen 14, 15, 65, 121, 134, 180
Frankreich 19, 27, 182, 205, 208

G

Global Gateway Initiative 24, 180

H

Halbleiter 134, 179
Halbleiterindustrie 132

I

Indien 22, 27, 84, 88, 90, 91, 180, 182
Industrie 4.0 14, 167
Infrastruktur 23, 24, 43, 45, 46, 49, 51, 55, 66,
73, 76, 87–91, 93, 107, 130, 133, 134, 161, 179,
180, 187, 189, 213, 232, 234–236, 240
Innovationen 14, 15, 29, 61, 119, 129–132, 141,
177

J

Japan 20, 22, 24, 27, 88, 105, 106, 161, 177,
180–182, 191, 208, 223, 231

K

Korruption 79, 105, 111, 126, 127, 155, 162, 175,
180, 213

Kulturaustausch 15, 53, 129, 131, 185

L

Landwirtschaft 40, 51, 52, 93, 107, 190, 222

M

Maritime Sicherheit 26, 27, 39

Maschinenbau 14, 54, 179, 188–190

Medien 37, 79, 102, 109, 124, 138, 152

– soziale Medien 104, 105, 110, 111, 137, 159,
206, 218

– staatliche 78

Menschenrechte 21, 26, 82, 86, 110, 191, 192,
221

Mittelmacht/Middle Power 22, 26, 60, 66, 70,
102, 105, 181, 191

N

Nationalismus 48, 67, 83, 151, 156–158, 160,
164, 207, 210, 212, 215, 218, 219, 223, 234,
235

Nationalisten 222

O

Opposition, politische 38, 60, 62, 63, 68, 69,
104, 112, 123, 124, 127, 128, 156, 168, 211, 217,
237

Österreich 19, 22, 25, 27–29, 31, 34, 174, 183,
184, 186, 189–191, 193

P

Pharma 188

Pharmazie 54, 189, 190

Pressefreiheit 81, 124, 125, 165, 218, 237

Protektionismus 14, 64, 70, 108

Protest 40, 41, 45, 62, 63, 70, 111, 152, 156, 211,
212, 215

Putsch 26, 73–76, 80, 81, 83, 86, 87, 90,
92–94, 151–154, 168, 209, 211

R

Referendum 160

– Quasi-Referendum 66, 104, 152, 160

Reformen 112, 151, 152, 169, 176, 177

– gesellschaftliche 164

– Landwirtschaft 52

– politische 40, 45, 192

– regulatorische 165

– Strukturreformen 162, 165

– Verfassung 154, 157, 160

Regionalismus 20, 22

Rhein, Boris 185

Rohstoffe 84, 89, 182, 224

– Palmöl 21, 25

– Ressourcenouveränität 47

Russland 22, 23, 25, 26, 56, 84, 88, 90, 181, 218

S

Scholz, Olaf 130, 166

Schweiz 19, 28–31, 168, 174, 183, 184, 186, 187,
190, 191, 193

Seewege 19, 26, 27, 191, 222

seltene Erden 24, 89, 91, 95

Steinmeier, Frank-Walter 166, 167, 185

Südchinesisches Meer 22, 26, 27, 33, 46, 173,
174, 182, 191, 214, 236

Südkorea 20, 22, 27, 177, 182, 219

T

Taiwan 105, 182, 213

Terror 137

Terrorismus 21, 22, 39, 130, 139

Tourismus 15, 32, 133, 134, 163, 164, 181, 207,
213, 222

Trump, Donald 18, 25, 33, 34, 47, 55, 56, 64,
65, 71, 157, 174, 179, 180, 183, 191, 192, 206,
218, 219

U

Ukraine 26, 196, 197, 236

United Nations Educational, Scientific and
Cultural Organization (UNESCO) 140,
210

Universitäten 15, 30, 31, 43, 158, 161, 183, 185,
190

Unternehmersdynamien

– Thailand 155

USA 13, 22, 23, 25, 27, 47–49, 55, 56, 102,
105, 106, 122, 168, 174, 179–184, 191, 195, 196,
206, 213, 218, 219, 223, 231, 238

V

- Van der Bellen, Alexander 186
Vereinte Nationen, UNO 18, 28, 44, 46, 140,
182, 196, 206, 211, 231
Verfassung 163, 167
– Indonesien 35, 36
– Myanmar 74, 80, 83
– Philippinen 108
– Thailand 152, 154

W

- Wadepful, Johann 53
Westphilippinisches Meer 22, 26, 27, 33, 46,
102, 105, 106, 173, 174, 182, 191, 214, 236
Wulff, Christian 53

Z

- Zölle 47, 54, 157, 174, 179, 218

